Beteiligungsbericht 2012

Kreis Offenbach

Impressum

Herausgeber

Kreisausschuss des Kreises Offenbach

Fachdienst Finanzen

20.3 Bereich Beteiligungsmanagement

Werner-Hilpert-Strasse 1

63128 Dietzenbach

Ansprechpartner:

Herr Horst Kreher	Telefon	06074/8180-5240
Leitung	Fax	06074/8180-5940
	E-Mail	h.kreher@kreis-offenbach.de
		beteiligungsmanagement@kreis-offenbach.de
Herr Rainer Bauer	Telefon	06074/8180-5408
	Fax	06074/8180-5940
	E-Mail	r.bauer@kreis-offenbach.de
		beteiligungsmanagement@kreis-offenbach.de

Stand: **31.12.2012**

Redaktionsschluss: **30.09.2013**

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

der Kreis möchte seine Leistungen bürgernäher, besser und flexibler anbieten und erfüllt einen nicht unwesentlichen Teil seiner Aufgaben außerhalb der „Kernverwaltung“ in wirtschaftlich geführten Unternehmen. Der Betätigung in privatwirtschaftlich organisierten Beteiligungen kommt daher eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Auf der anderen Seite muss der Einfluss der politischen Gremien des Kreises immer gewahrt sein.

Wie in den Vorjahren dient der Beteiligungsbericht 2012 dem Zweck einer einheitlichen und aktuellen Darstellung aller Beteiligungen. Er bietet eine detaillierte Übersicht auf die Vielfalt und die wirtschaftliche Entwicklung der Eigengesellschaften, auf die Beteiligungen an Unternehmen, auf die Mitgliedschaften in Zweckverbänden sowie auf den Eigenbetrieb des Kreises Offenbach und seine Anstalt öffentlichen Rechts, Pro Arbeit. Bei seiner Erstellung wurde auf eine möglichst aktuelle Information Wert gelegt. Grundsätzlich wurden daher alle Veränderungen berücksichtigt, soweit die Daten bis Redaktionsschluss vorlagen.

Der Beteiligungsbericht veranschaulicht das wirtschaftliche Handeln des Kreises, schafft Transparenz und ist so eine solide Grundlage für den Diskurs von Öffentlichkeit und Politik und hat sich als Informationsgrundlage für die politischen Gremien sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger etabliert. Grundsätzliche Veränderungen haben sich im Berichtzeitraum keine ergeben. Dennoch wurde in den Gesellschaften intensiv gearbeitet. Wesentliche Aufgabe im Jahr 2012 war die Vorbereitung der anstehenden Abwicklung der KVBG, obwohl sich dies in dem Beteiligungsbericht so noch nicht niederschlägt.

Der Beteiligungsbericht 2012 steht Ihnen ebenso wieder in elektronischer Form im Internet unter www.Kreis-Offenbach.de/Beteiligungen zur Verfügung. Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich auf diesem Wege interessante und aufschlussreiche Einblicke in das „Unternehmen Kreis Offenbach“. Abschließend möchte ich allen Beschäftigten danken, die an der Erstellung des Beteiligungsberichtes mitgearbeitet haben.

Carsten Müller
Kreisbeigeordneter

Redaktionelle Hinweise zum Beteiligungsbericht

Gemäß § 123a Abs. 1 HGO „hat die Gemeinde zur Information der Gemeindevertretung und der Öffentlichkeit jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen, an denen sie mit mindestens 20 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist."

Im Rahmen dieses Beteiligungsberichtes sind über diese gesetzliche Mindestanforderung hinausgehend alle Unternehmen des privaten Rechts, an denen der Kreis Offenbach beteiligt ist, aufgeführt, auch solche unterhalb von 20 Prozent.

Wie bereits auch in den Berichten der zurückliegenden Jahre, sind wiederum die Mitgliedschaften in Zweckverbänden und der einzige Eigenbetrieb des Kreises sowie die Kommunale Anstalt öffentlichen Rechts „Pro Arbeit – Kreis Offenbach (AöR)" bzw. deren wirtschaftliche Daten im Beteiligungsbericht wiedergegeben.

Der Begriff „Redaktionsschluss" ist im Beteiligungsbericht so zu verstehen, dass alle in den Beteiligungsbericht eingehenden Angaben zu einer Beteiligung, einem Zweckverband bzw. Eigenbetrieb oder der AöR, die per Stand 31.12.2012 bis zum 30.09.2013 dem Bereich Beteiligungsmanagement vorlagen, in den Bericht eingearbeitet sind.

Im Beteiligungsbericht findet sich zu Beginn der Darstellung jeder „Beteiligung" ein Hinweis auf das entsprechende Berichtsjahr.

Grundsätzlich ergibt sich so die Systematik, dass im diesjährigen Bericht - 2012 - im Wesentlichen die jeweiligen „Unternehmensdaten" des Jahres 2011 wiedergegeben werden. Ursache hierfür ist die Tatsache, dass die entsprechenden Daten in aller Regel den testierten Berichten über den Jahresabschluss entnommen und diese zunächst von den Organen der Gesellschaft – Aufsichtsrat, Verwaltungsrat, Gesellschafterversammlung – zu beschließen sind, ehe sie rechtsverbindlich werden.

Bei den nachfolgend aufgeführten Beteiligungen, des Zweckverbandes, des Eigenbetriebes sowie der AöR sind die von den jeweils zuständigen Gremien festgestellten Jahresabschlüsse für das Geschäftsjahr 2012 und somit Angaben zum Geschäftsjahr 2012 in den vorliegenden Beteiligungsbericht aufgenommen:

- Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark
- Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach
- FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main
- Hochtief PPP Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
- Hochtief PPP Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm
- ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main
- kvgOF - Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

- KVBG - Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach
- Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Frankfurt am Main
- Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main
- Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach am Main
- RTW Planungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main
- SKE Schul-Facility-Management GmbH, Langen
- Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd, Lampertheim-Hüttenfeld
- Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach am Main

Im Falle der kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach, hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 19.09.13 den Jahresabschluss 2012 festgestellt und der Gesellschafterversammlung zur Beschlussfassung empfohlen. Der entsprechende Beschluss der Gesellschafterversammlung hierzu steht zum Redaktionsschluss noch aus.

Generell ist zum Aufbau des Beteiligungsberichtes zu sagen, dass die Unternehmensdaten der jeweils letzten drei Jahre dargestellt werden. Darüber hinaus sind die Abweichungen des laufenden Jahres zum Vorjahr in den Zahlen der Bilanz in der Spalte Veränderung aufgezeigt.

Inhaltsverzeichnis

Seite

Entwicklung der Beteiligungen im Jahre 2012 3

Zielsetzung und Aufbau des Beteiligungsberichtes 4

Allgemeine Informationen zum Beteiligungsbericht 5

- Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung 5
- Der Begriff der Beteiligung 6
- Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen des Kreises Offenbach 7

Übersicht der Beteiligungen des Kreises Offenbach

- **KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach** 27
  - kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft mbH, Dietzenbach (KVG) 49
  - Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark 91
  - Hochtief PPP Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm 107
  - Hochtief PPP Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm 123
  - SKE Schul-Facility-Management GmbH, Langen 137
  - Sonnengarten Glienicke, GbR´s, Berlin Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30 149
  - Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin 179
- **Wirtschaft und Wirtschaftsförderung**
  - Frankfurt RheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main 205

Inhaltsverzeichnis

Seite

Übersicht der Beteiligungen des Kreises Offenbach (Fortsetzung)

- **Verkehr und Infrastruktur**
  - RTW Planungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main 229
  - Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main 241
  - Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus (RMV) 257
  - ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main 285
- **Ver- und Entsorgung**
  - Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach am Main (ZWO) 313
  - Rhein-Main-Abfall GmbH, Offenbach am Main (RMA) 327
  - Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd, Heppenheim 349
- **Bildung, Jugend, Soziales, Kultur und Gesundheit**
  - Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach 363
  - Pro Arbeit - Kreis Offenbach – (AöR), Dietzenbach 381
  - Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg v.d. Höhe 421
- **Mitgliedschaften** 441

Entwicklung der Beteiligungen im Jahr 2012

Am Ende des Jahres 2012 war der Kreis Offenbach an insgesamt 19 Unternehmen im Sinne der Berichterstattung des Beteiligungsberichts beteiligt; hierbei handelt es sich um insgesamt 12 unmittelbare sowie 7 mittelbare Beteiligungen (zur Begrifflichkeit der Beteiligung im Sinne des Beteiligungsberichts siehe auch „Redaktionelle Hinweise zum Beteiligungsbericht“).

Im Einzelnen handelt es sich hierbei um 14 Beteiligungen an Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH bzw. GmbH & Co. KG), zwei Beteiligungen an Zweckverbänden sowie je einer Beteiligung an einem Eigenbetrieb, einer Anstalt öffentlichen Rechts und der GbR (siehe auch Schaubild Gesamtübersicht Beteiligungen Seite 13).

Wesentliche Änderungen im Berichtsjahr 2012

Gegenüber dem Jahr 2011 kam es in der Beteiligungsstruktur des Kreises Offenbach zu keinen Veränderungen.

Zielsetzung und Aufbau des Beteiligungsberichtes

Zielsetzung

Zielsetzung des Beteiligungsberichtes ist es, den Gremien des Kreises sowie allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern einen Überblick über das Beteiligungsvermögen des Kreises Offenbach zu ermöglichen.

Der Beteiligungsbericht soll ein Nachschlagewerk sein, dem die wirtschaftliche Situation der Unternehmensbeteiligungen des Kreises Offenbach zu entnehmen ist.

Aufbau

Der Beteiligungsbericht setzt sich im Wesentlichen aus zwei Teilen zusammen.

Neben einem Teil mit allgemeinen Informationen zum Bericht wie

- Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung
- Definition des Begriffes „Beteiligung“
- Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen des Kreises Offenbach

besteht der Beteiligungsbericht aus einer Gesamtübersicht aller Beteiligungen, die wiederum in insgesamt fünf Einzelübersichten gegliedert ist.

Innerhalb des Beteiligungsberichtes nimmt die KVBG Kreisversorgungs-beteiligungsgesellschaft mbH - eine Sonderstellung ein. Als unmittelbare Beteiligung des Kreises Offenbach hält die KVBG ihrerseits Anteile an Unternehmen unterschiedlicher Sparten entsprechend der Gliederung des Beteiligungsberichtes.

Im Anschluss an die graphische Übersicht der einzelnen Aufgabenbereiche sind die Beteiligungen in der Einzeldarstellung grundsätzlich wie folgt gegliedert:

- Rechtliche und wirtschaftliche Daten
- Gesellschaftszweck, Verbandszweck bzw. Gegenstand des Eigenbetriebes
- Organe der Gesellschaft, der AöR, des Verbandes bzw. Eigenbetriebes
- Angaben zu Gesellschaftern, Verbandsmitgliedern
- Beteiligungen
- Erfüllung des öffentlichen Zwecks
- Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises
- Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis
- Verbindlichkeiten der Gesellschaft, der AöR, des Verbandes bzw. Eigenbetriebes
- vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)
- Lagebericht bzw. Auszüge aus dem Lagebericht
- Bilanz
- Gewinn- und Verlustrechnung bzw. Angaben zum Haushalt / Wirtschaftsplan
- bis zu 5-jähriger Vergleich wichtiger Geschäftszahlen in Diagrammform, z.B. Bilanzsumme, Jahresüberschuss bzw. –fehlbetrag, Eigenkapital etc.

Allgemeine Informationen zum Beteiligungsbericht

1. Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung

Das Grundgesetz garantiert Gemeinden und Gemeindeverbänden in Artikel 28 Abs. 2 das Recht, im Rahmen der Gesetze alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung, also durch Selbstverwaltung zu regeln. Diese verfassungsrechtliche Garantie der kommunalen Selbstverwaltung räumt den Kommunen neben der Personal-, Finanz- und Vermögenshoheit auch die Organisationshoheit ein. Kommunen haben das Recht zu entscheiden, auf welche Art und Weise die Erfüllung ihrer Aufgaben erfolgen soll.

Mit In-Kraft-treten des Gesetzes zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung und anderer Gesetze (GVBl I, Seite 54ff, vom 09. Februar 2005) wurde der Dritte Abschnitt des sechsten Teiles der HGO „Wirtschaftliche Betätigungen der Gemeinde“ maßgeblich geändert.

Gemäß § 52 Abs. 1 Hessische Landkreisordnung (HKO) in Verbindung mit § 121 Hessische Gemeindeordnung (HGO) darf ein Landkreis sich wirtschaftlich betätigen, wenn

- der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Landkreises und zum voraussichtlichen Bedarf steht
- der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Darüber hinaus bestimmt § 122 HGO, welche Voraussetzungen grundsätzlich erfüllt sein müssen, damit ein Landkreis eine Gesellschaft gründen oder sich an ihr beteiligen darf. Nach § 122 muss

- die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung des Landkreises auf einen seiner Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt sein,
- der Landkreis einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsgremium, erhalten
- gewährleistet sein, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.

Diese Voraussetzungen für eine Beteiligung gelten auch dann, wenn eine Gesellschaft, an der die Gemeinde oder der Gemeindeverband mit insgesamt mehr als 50% beteiligt ist, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will.

Nach § 121 Abs. 8 HGO sind wirtschaftliche Unternehmen so zu führen, dass sie einen Überschuss für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dies mit der Erfüllung des öffentlichen Zwecks in Einklang zu bringen ist.

2. Der Begriff der Beteiligung

Beteiligungen sind nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften über die Handelsbücher definiert als „Anteile an anderen Unternehmen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauerhaften Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen. Dabei ist es unerheblich, ob der Anteil in Wertpapieren verbrieft ist oder nicht“. Als Beteiligung gelten nach § 271 Abs. 1 Handelsgesetzbuch (HGB) im Zweifel Anteile an einer Kapitalgesellschaft, deren Nennbeträge insgesamt den fünften Teil des Nennkapitals dieser Gesellschaft überschreiten.

Im Gegensatz dazu liegt den Vorschriften des Gemeindewirtschaftsrechts ein umfassenderer Beteiligungsbegriff zugrunde. § 122 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) befasst sich mit „Beteiligungen an Gesellschaften“. Die Formulierungen des § 122 Abs. 6 lassen den Schluss zu, dass der Gesetzgeber auch die Mitgliedschaft an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft als Beteiligung ansieht. Zudem formuliert § 126 HGO „Beteiligungen an einer anderen privatrechtlichen Vereinigung“. Dies kann beispielsweise ein eingetragener Verein sein.

Insofern setzt die Verwendung des Begriffes der Beteiligung nicht zwingend voraus, dass es sich bei der Beteiligung um ein Unternehmen im Sinne des § 271 Abs. 1 HGB bzw. des § 121 HGO handelt.

Im vorliegenden Beteiligungsbericht ist der Begriff der Beteiligung deshalb auch weit gefasst. In den Beteiligungsbericht sind alle

- privatrechtliche Gesellschaften

sowie

- (Kommunale) Anstalten öffentlichen Rechts
- Eigenbetriebe
- öffentlich-rechtliche Körperschaften
- Vereine und Genossenschaften

aufgenommen, an denen der Landkreis Offenbach beteiligt ist.

3. Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen des Landkreises Offenbach

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung verfügt über eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die jeweiligen Gesellschafter sind mit Einlagen auf das in Stammanteile aufgeteilte Stammkapital beteiligt. Eine persönliche Haftung der Gesellschafter für Verbindlichkeiten der Gesellschaft erfolgt nicht.

Gesetzlich zwingend vorgeschriebene Organe der Gesellschaft mit beschränkter Haftung sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Die Bildung eines Aufsichtsrates für Gesellschaften mit beschränkter Haftung ist fakultativ. Die Kommune muss jedoch mit der Bildung eines entsprechenden Überwachungsorgans einen angemessenen Einfluss sicherstellen (§ 122 Abs.1 Nr. 3 HGO).

Gesellschaft bürgerlichen Rechts

Die gesetzliche Definition der GbR beschreibt § 705 BGB. Durch den Gesellschaftsvertrag verpflichten sich die Gesellschafter gegenseitig, die Erreichung eines gemeinsamen Zweckes in der durch den Vertrag bestimmten Weise zu fördern, insbesondere die vereinbarten Beiträge zu leisten (wobei der Beitrag auch in der Leistung von Diensten bestehen kann - § 706 Abs. 3 BGB -).

Grundsätzlich erfolgt eine gemeinsame Vertretung/Geschäftsführung durch alle Gesellschafter. Hiervon abweichend kann aber die Geschäftsführung im Gesellschaftsvertrag auf einen oder mehrere Gesellschafter übertragen werden.

Für die Gesellschaft bürgerlichen Rechts gelten keine Formvorschriften bzw. Eintragungserfordernisse. Der Gründungsaufwand einer GbR ist gegenüber anderen Gesellschaftsformen gering.

Grundsätzlich haften alle Gesellschafter unbegrenzt und persönlich für Gesellschaftsverbindlichkeiten, im Innenverhältnis der Gesellschafter besteht jedoch ein Ausgleichsanspruch gegen Mitgesellschafter, so dass der einzelne Gesellschafter nur entsprechend seiner Beteiligung (quotal) haftet.

3. Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen des Landkreises Offenbach (Fortsetzung)

Kommanditgesellschaft

Das Recht dieser Gesellschaftsform ist den §§ 161 – 177 des Handelsgesetzbuches (HGB) geregelt.

Namens gebend für die Gesellschaft sind die "Kommanditisten": Sie sind von der laufenden Geschäftsführung ebenso freigestellt wie von der Haftung mit ihrem Privatvermögen. Als "Teilhafter" müssen sie nur mit ihrer Einlage für die Gesellschaft gerade stehen.

Wichtiger für die Gläubiger ist der "Komplementär": Dieser persönlich haftende Gesellschafter muss mit seinem kompletten Vermögen gegenüber den Gläubigern des Unternehmens einstehen.

Eine KG besteht aus jeweils mindestens einem Voll- und einem Teilhafter, es kann aber auch mehrere Kommanditisten und / oder Komplementäre geben.

Eine besondere Form der Personengesellschaft KG stellt die GmbH & Co. KG dar. Hier übernimmt die Rechtspersönlichkeit einer Kapitalgesellschaft den Part des Komplementärs, als dessen "Privatvermögen" das Gesellschaftsvermögen der GmbH betrachtet wird. Diese Konstruktion kombiniert also Merkmale der Personengesellschaft mit denen einer Kapitalgesellschaft.

Aktiengesellschaft (AG)

Die Aktiengesellschaft verfügt über eine eigene Rechtspersönlichkeit. Das Grundkapital ist in Aktien aufgeteilt. Die Aktionäre sind mit einem Teil des Grundkapitales der AG beteiligt, ohne persönlich für Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften.

Im Gegensatz zu Gesellschaften mit beschränkter Haftung sieht das Aktienrecht für Aktiengesellschaften umfangreiche Formvorschriften und Direktionen vor.

Organe der Aktiengesellschaft sind der Vorstand, die Hauptversammlung und der Aufsichtsrat.

Eigenbetrieb

Eigenbetriebe sind Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die über organisatorische Selbstständigkeit, eigene Wirtschaftsführung und eigene Personalwirtschaft verfügen. Finanzwirtschaftlich gelten Eigenbetriebe als Sondervermögen. Im Falle der Landkreise entscheidet der Kreistag über die Grundsätze, nach denen der Eigenbetrieb gestaltet und wirtschaftlich geführt werden soll.

Organe der Eigenbetriebe sind die Betriebsleitung und die Betriebskommission.

3. Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen des Landkreises Offenbach (Fortsetzung)

Zweckverband

Zweckverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts, die der gemeinsamen Wahrnehmung einzelner, bestimmter kommunaler Aufgaben dienen. Sie verwalten ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften in eigener Verantwortung. Einzelheiten ergeben sich aus dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG).

Organe des Zweckverbandes sind der Verbandsvorstand und die Verbandsversammlung.

Anstalt öffentlichen Rechts

Anstalten des öffentlichen Rechts werden durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes errichtet, verändert und aufgelöst. Grundsätzlich wird unterschieden zwischen rechtsfähigen und nicht rechtsfähigen Anstalten öffentlichen Rechts. Eine Anstalt des öffentlichen Rechts hat keine Mitglieder, sondern Benutzer. Dies stellt einen wesentlichen Unterschied zur Körperschaft des öffentlichen Rechts dar.

Anstalten öffentlichen Rechts sind juristische Personen des öffentlichen Rechts, die der gemeinsamen Wahrnehmung einzelner, bestimmter kommunaler Aufgaben dienen. Sie verwalten ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften in eigener Verantwortung.

Gemäß § 1 des Hessischen Offensiv-Gesetzes (HessOffensivG) vom 20. Dezember 2004 sind die kreisfreien Städte und Landkreise kommunale Träger nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch; sie führen die Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitssuchende als Selbstverwaltungsangelegenheit durch.

Gemäß § 2b HessOffensivG können die kommunalen Träger nach § 1 sowie nach § 2a HessOffensivG. zur Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts errichten.

Organe der Anstalt öffentlichen Rechts sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.

Eingetragener Verein

Der eingetragene Verein ist ein auf Dauer angelegter freiwilliger Zusammenschluss von mindestens sieben Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zweckes, dabei ist der Zweck unabhängig vom jeweiligen Mitgliederbestand. Die Rechtsfähigkeit erlangt ein Verein durch Eintragung in das Vereinsregister beim zuständigen Amtsgericht.

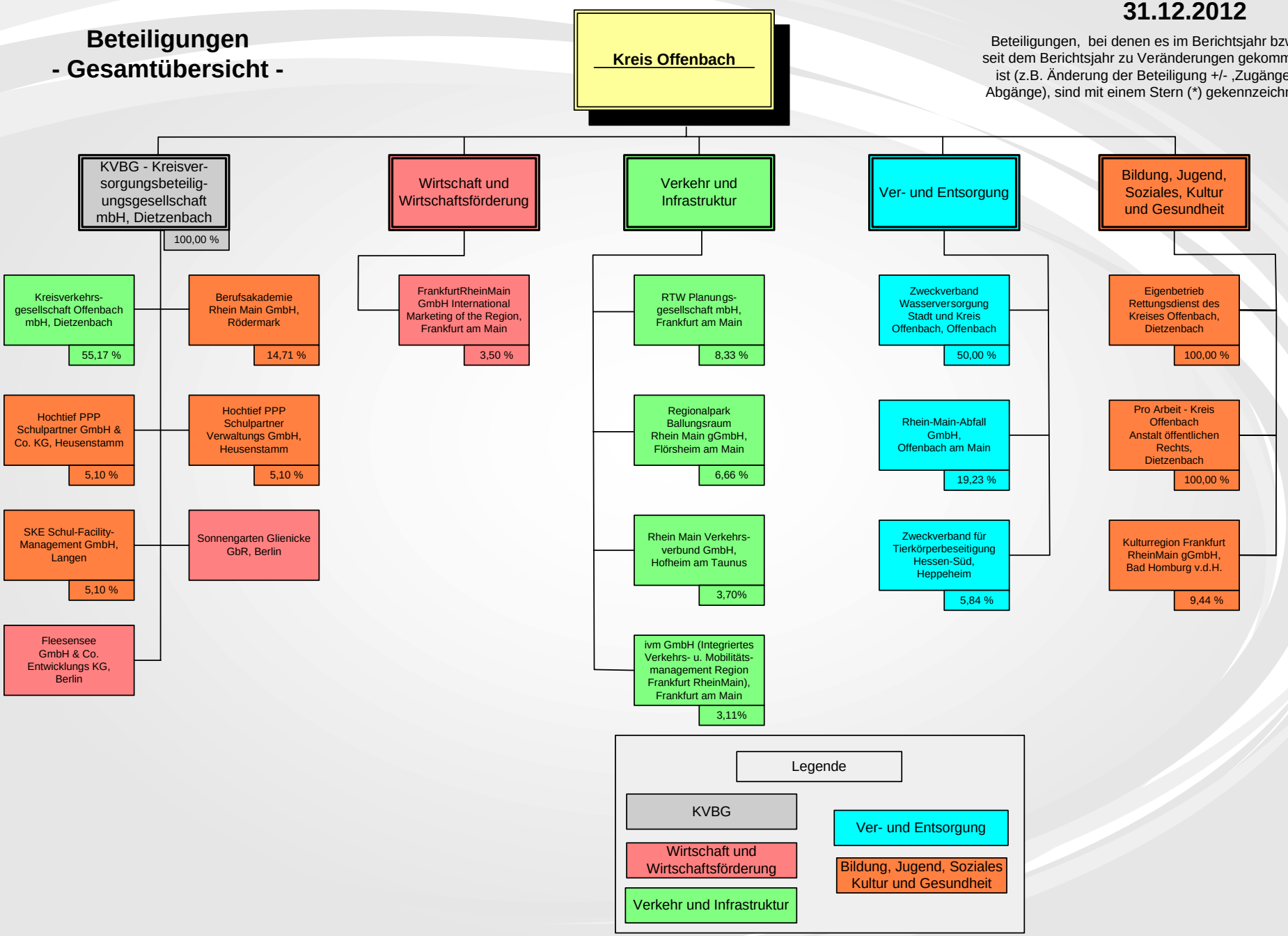
Organe des Vereines sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand.

Gesamtübersicht

Beteiligungen
- Gesamtübersicht -

Stand: 31.12.2012

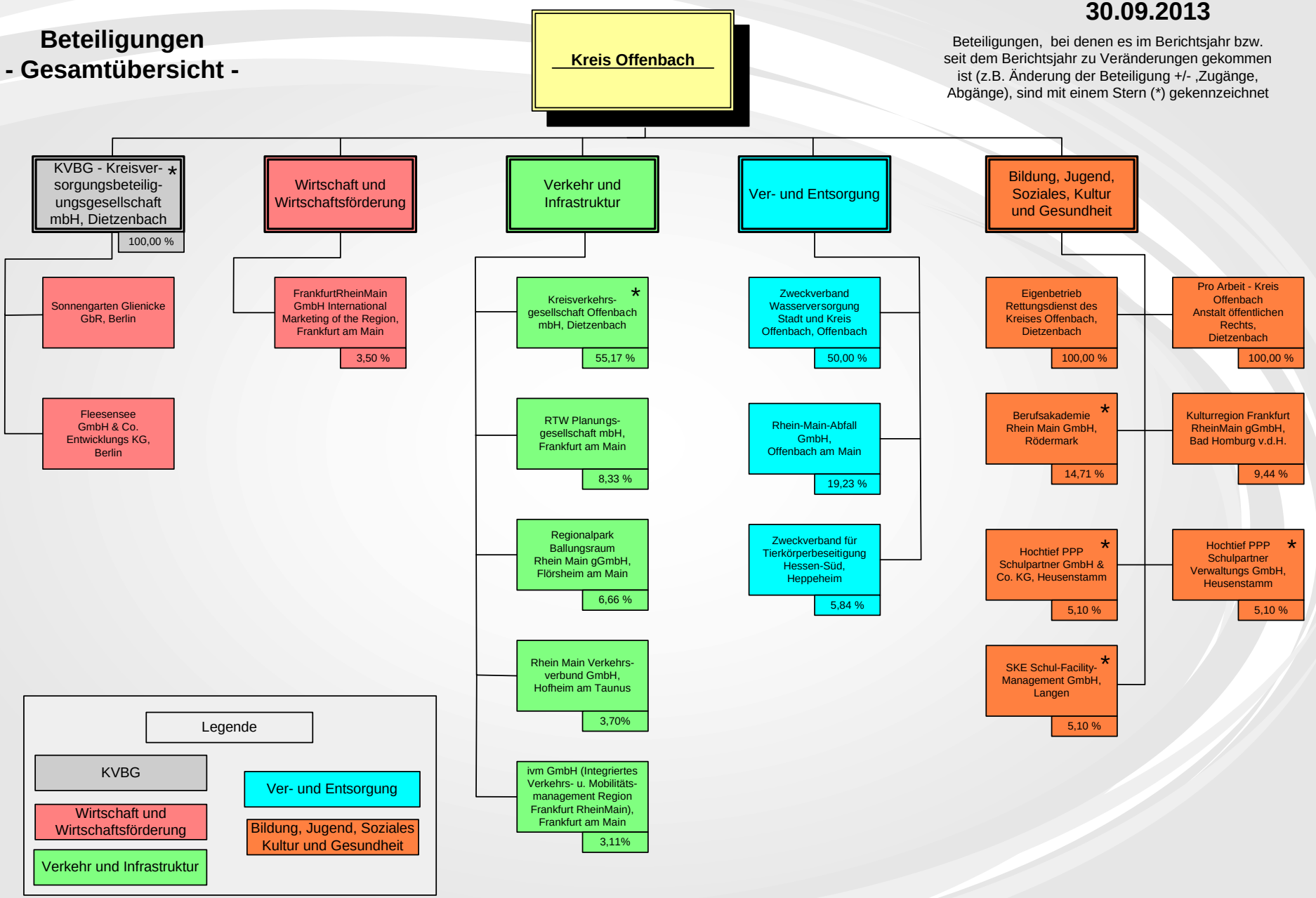
Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet



Beteiligungen
- Gesamtübersicht -

Redaktionsschluss: 30.09.2013

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet



KVBG

Kreisversorgungs-

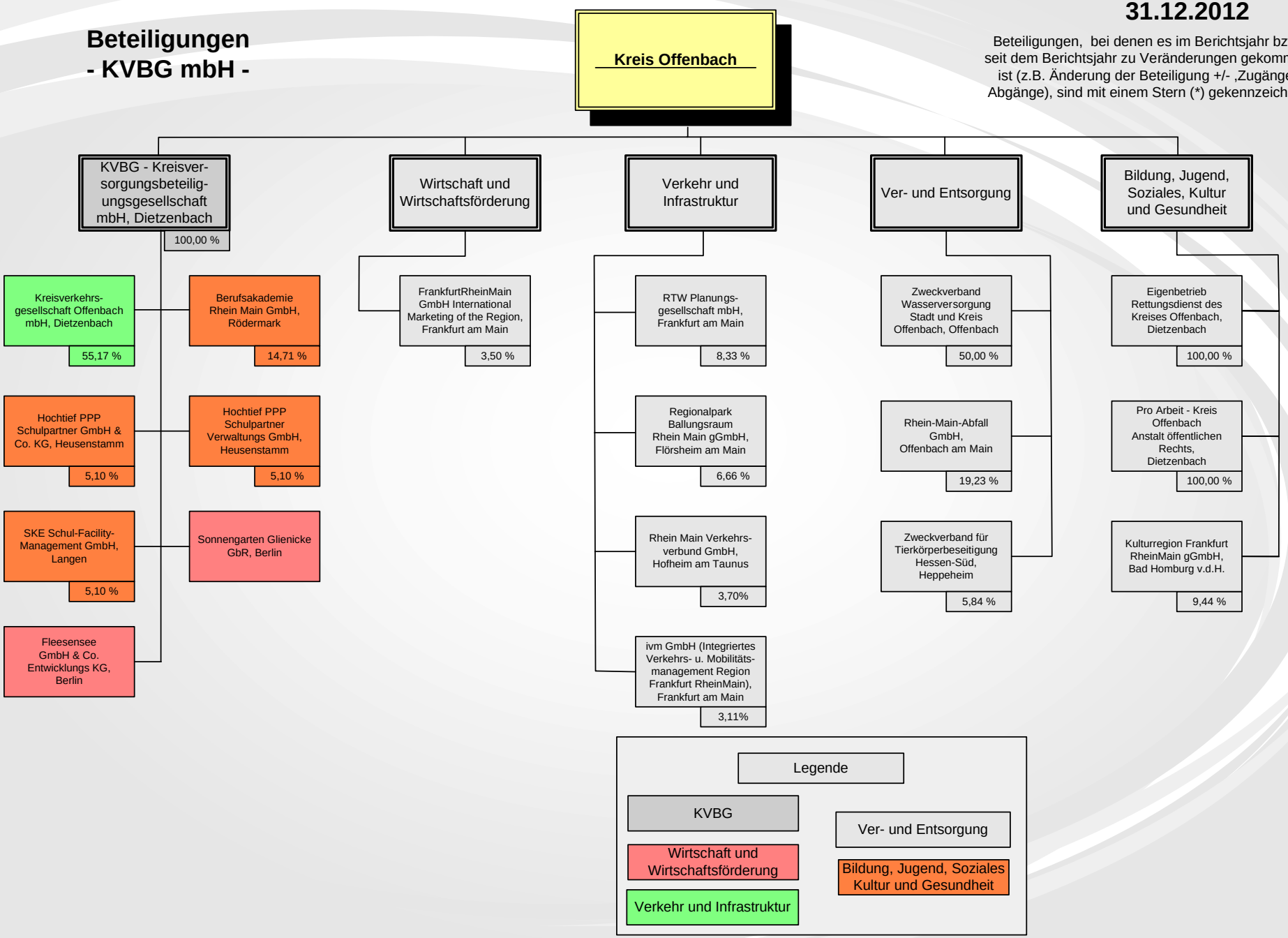
beteiligungsgesellschaft mbH,

Dietzenbach

Beteiligungen
- KVBG mbH -

Stand: 31.12.2012

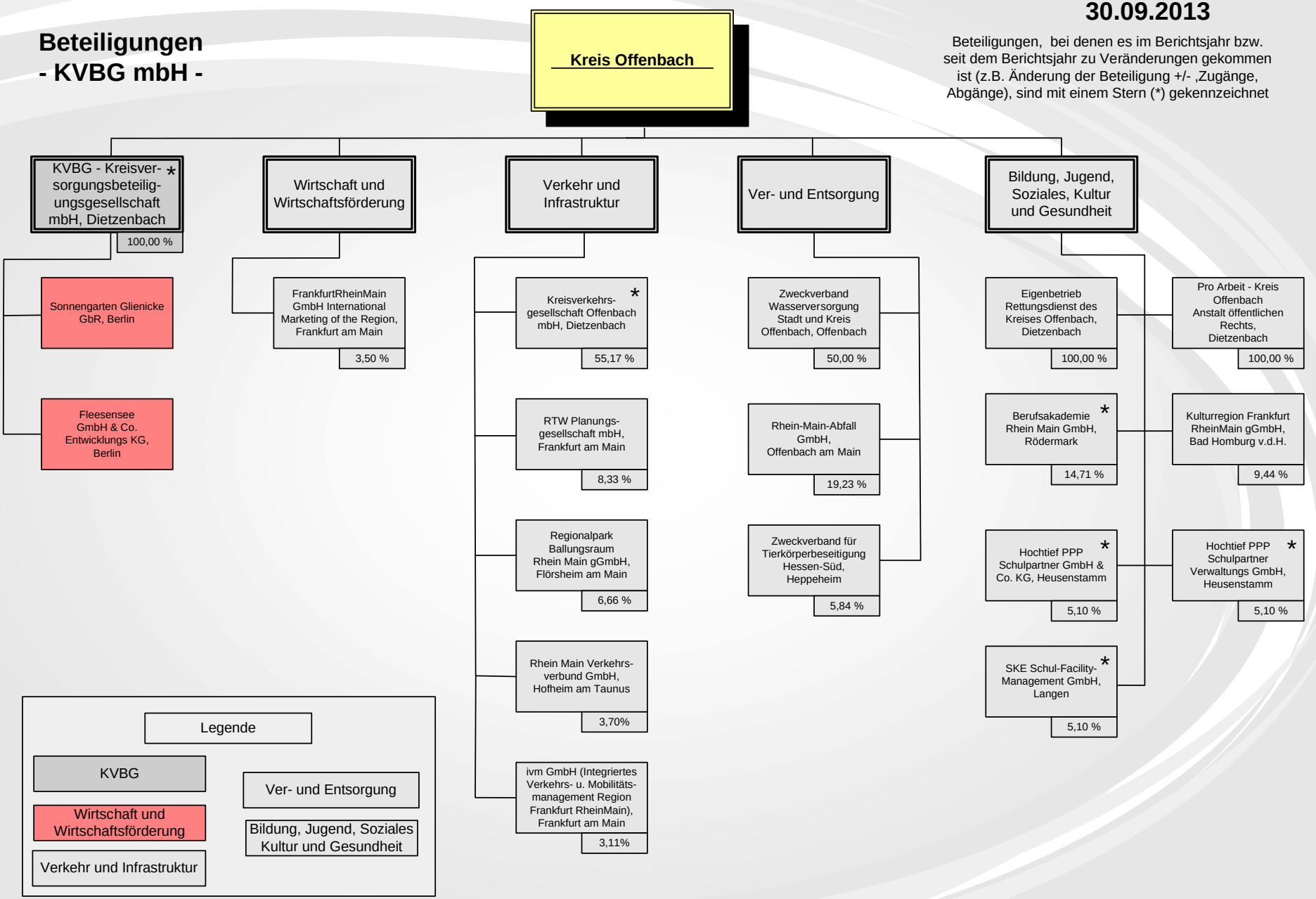
Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet



Beteiligungen
- KVBG mbH -

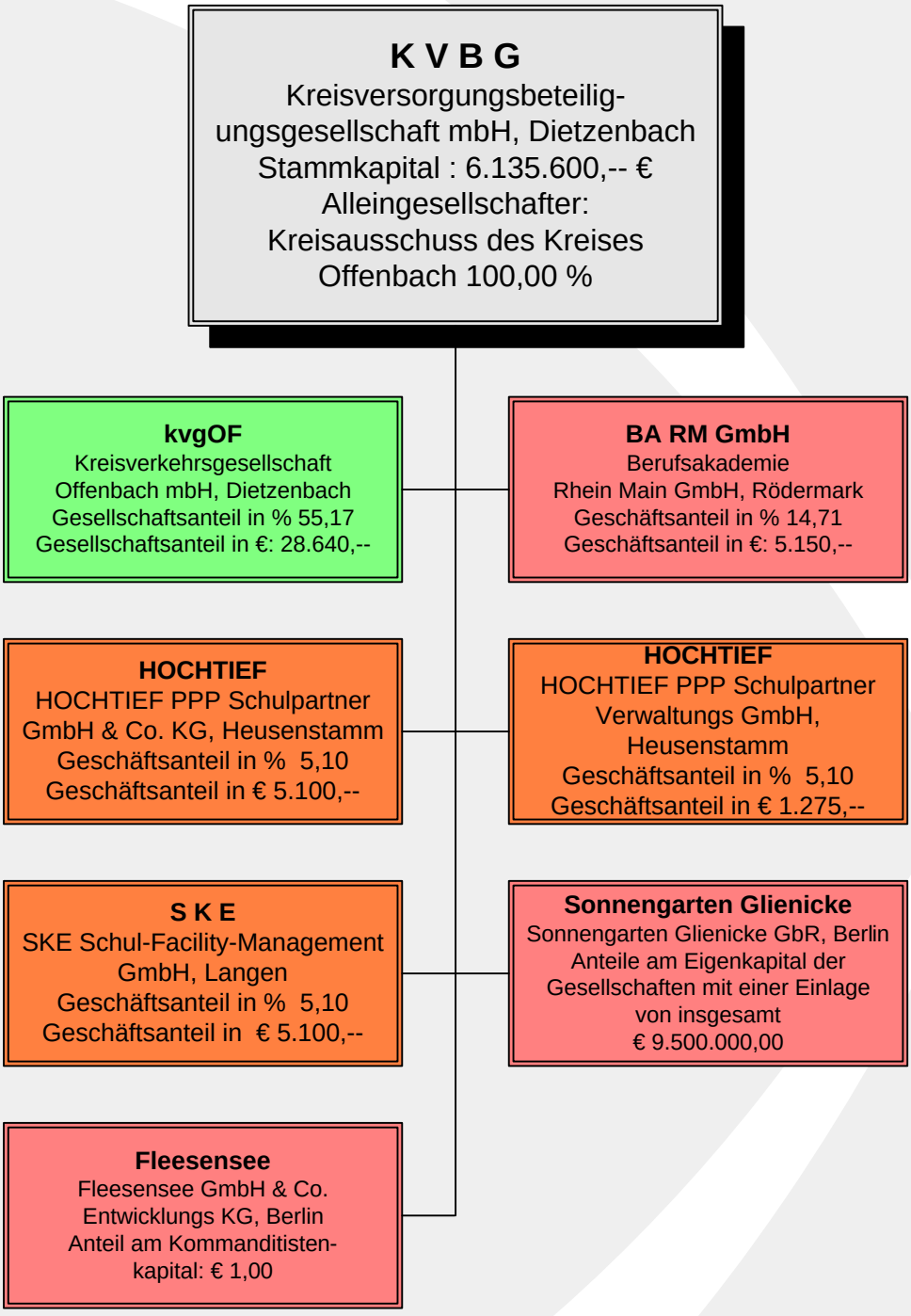
Redaktionsschluss: 30.09.2013

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet



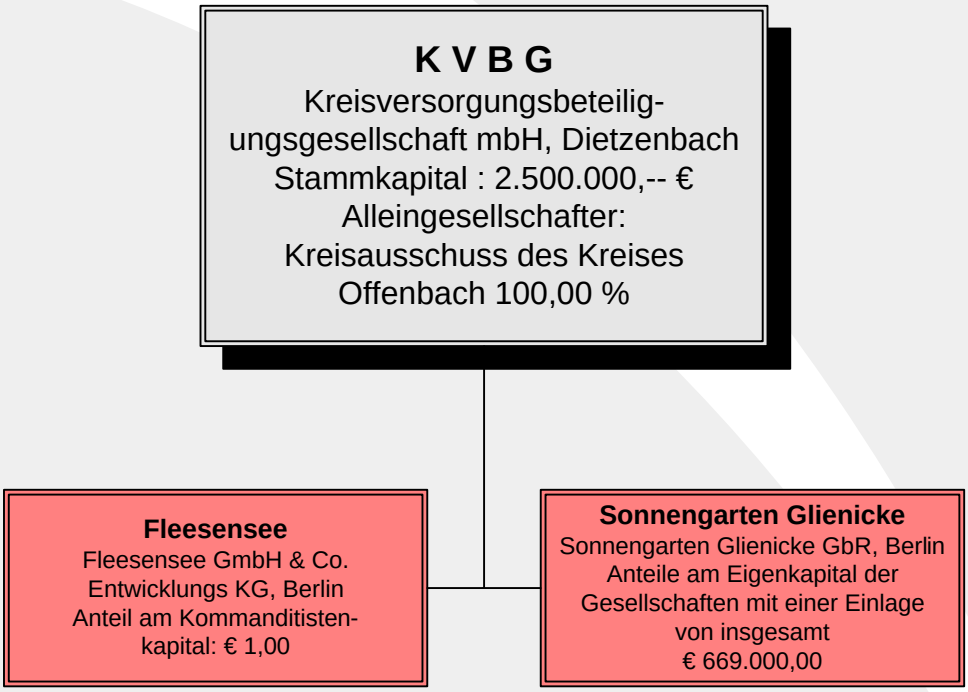
Darstellung der Beteiligungen der KVBG
- Gesamtübersicht -

Stand:
31.12.2012



Darstellung der Beteiligungen der KVBG
- Gesamtübersicht -

Stand:
30.09.2013



KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-gesellschaft mbH, Dietzenbach

Am 23. September 1980 wurde die Energieversorgung Offenbach Kreis-Beteiligungsgesellschaft mbH mit Firmensitz in Offenbach und einer Stammeinlage in Höhe von DM 12.000.000,-- vom Kreis Offenbach (Stammeinlage DM 11.900.000,--) und der Stadtwerke Offenbach GmbH (Stammeinlage DM 100.000,--) als Gesellschafter gegründet. Ursprünglicher Gegenstand des Unternehmens war der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung an der Energieversorgung Offenbach Aktiengesellschaft (EVO AG). Am 15. Dezember 1980 hat dann der Gesellschafter Stadtwerke Offenbach GmbH seine Geschäftsanteile an den Kreis Offenbach abgetreten, seither war der Kreis Offenbach alleiniger Gesellschafter.

Am 12. November 1990 wurde dann die Firma der Gesellschaft in KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH und der Unternehmensgegenstand dahingehend geändert bzw. erweitert, dass Gegenstand des Unternehmens „der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen an Unternehmen, die Versorgungsaufgaben im Kreis Offenbach wahrnehmen“ ist.

Innerhalb des Beteiligungsportfolios des Kreises Offenbach nimmt die KVBG eine herausgehobene Position ein.

Nach dem im Jahre 2000 vollzogenen Verkauf des an der Energieversorgung Offenbach AG gehaltenen Aktienpaketes an die MVV Energie AG, Mannheim, standen insgesamt drei Anlagealternativen der Wiederanlage des Veräußerungserlöses zur Disposition

1. Gesamte Ausschüttung des Veräußerungserlöses an den Kreis mit entsprechenden steuerlichen Verpflichtungen
2. Verbleib des Erlöses bei der KVBG und Wiederanlage ausschließlich in Festgeld
3. Verbleib des Erlöses bei der KVBG und Investition in Beteiligungen in Form von Immobilien- und Geldfonds und in die Errichtung einer Stiftung.

Aufgrund von Gremienentscheidungen der Gesellschafterversammlung wurde der Anlagealternative 3 der Vorzug eingeräumt und so auch die Errichtung der Stiftung „Miteinander Leben“ beschlossen und diese gegründet.

Bei der Wiederanlage des Veräußerungserlöses war unter anderem von Bedeutung, dass diese noch im Jahre 2000, dem Jahr des Ertrages, erfolgen musste, um entsprechende Steuervorteile hieraus ziehen zu können. Die Steuerersparnis betrug insgesamt ca. 7,5 Mio. €, die sich zusammensetzen aus steuerlichen Verlustzuweisungen für

- Sonnengarten Glienicke Fonds in Höhe von 4,9 Mio. €
- Fleesensee 1,2 Mio. €
- durch Gründung der Stiftung 1,4 Mio. €

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-gesellschaft mbH, Dietzenbach

Gegen die Investition in die Immobilienfonds Glienicke und Fleesensee gab und gibt es Vorbehalte hinsichtlich des Regierungspräsidiums Darmstadt als Aufsichtsbehörde. An dieser Stelle sei auf die Ausführungen bei den angesprochenen Beteiligungen unter der Rubrik „F. Erfüllung des öffentlichen Zwecks“ hingewiesen.

Zum Zeitpunkt der Re-Investition gab es für Geldanlagen keinen ministeriellen Erlass, der Richtlinien für kommunale Anlagegeschäfte vorgab. Die Anlagen erfolgten nach den Grundsätzen des Gemeindewirtschaftsrechts und somit in analoger Anwendung der Grundsätze für die Versicherungswirtschaft.

Gegenüber dem Zeitpunkt der Anlage im Jahre 2000 und der heutigen Situation hat sich die Rechtslage geändert. Mit dem Erlass des Hessischen Ministeriums des Inneren und für Sport vom 18.02.2009 „Richtlinien zu kommunalen Anlagegeschäften und derivativen Finanzierungsinstrumenten“ sowie des im Zuge der Erlassbereinigung mit Ablauf des 31.12.2008 außer Kraft getretenen Erlass des HMdIS vom 21.03.2003 sind u.a. der Erwerb von Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen zur Geldanlage nicht zulässig. Gemäß den Bestimmungen des Erlasses liegt eine Geldanlage vor, wenn die Gemeinde (der Kreis) über die Rendite hinaus keine eigenen kommunalpolitischen Ziele verfolgt.

Hinsichtlich der aus dem Veräußerungserlös der EVO-Anteile im Jahre 2000 erworbenen Beteiligungen an den Sonnengarten Glienicke Fonds und der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG besteht seitens des Regierungspräsidiums Darmstadt als Aufsichtsbehörde die Auffassung, dass es sich bei diesen Beteiligungen um reine Kapitalanlagen handelt und diese deshalb unzulässig sind. Seitens der Aufsichtsbehörde sind die Beteiligungen im Rahmen der vertraglichen Möglichkeiten in vermögensschonender Art und Weise zu beenden.

Dieser Vorgabe des Regierungspräsidiums Darmstadt zur Abwicklung der Beteiligungen wurde im Rahmen der Beschlussfassung zum Schulprojekt Rechnung getragen.

Eine Abwicklung der Beteiligungen ist bislang nicht erfolgt, da aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Marktsituation eine vermögensschonende Veräußerung bisher nicht möglich war.

Zwischenzeitlich wurde seitens der Geschäftsführung insbesondere hinsichtlich der Abwicklung der beiden Beteiligungen an den Sonnengarten Glienicke Fonds und der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG ein Umstrukturierungsprozess in Gang gesetzt, der über das Jahr 2012 hinaus zu grundlegenden Veränderungen führen wird.

Ein aktueller Sachstand zur Gesellschaft ergibt sich auf den nachfolgenden Seiten.

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-gesellschaft mbH, Dietzenbach

Anschrift	Werner Hilpert-Straße 1, 63128 Dietzenbach
Telefon	06074/8180-8890
Telefax	06074/8180-8899
E-Mail	h.tragesser@kreis-offenbach.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2012

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	23. September 1980
Stammkapital	2.500.000,00 €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 19. Juni 2012.
Handelsregistereintrag	HRB 4930 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, das Verwalten und Veräußern von Beteiligungen an Unternehmen aller Art, insbesondere an Unternehmen, die Versorgungsaufgaben im Kreis Offenbach wahrnehmen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder diesem unmittelbar oder mittelbar nützlich erscheinen, insbesondere auch zum Abschluss von Unternehmensverträgen, Interessengemeinschaften und ähnlichen Verträgen.

Die Gesellschaft kann Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften errichten und andere Unternehmen erwerben oder sich an solchen beteiligen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Stiftungen zu gründen und sich an solchen zu beteiligen.

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-gesellschaft mbH, Dietzenbach

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Der Kreisausschuss ist die Gesellschafterversammlung.

Zusammensetzung der Gesellschafterversammlung im Berichtsjahr 2012 (Stand: 31.12.2012)	
Vorsitzender	Herr Oliver Quilling
Mitglied	Frau Claudia Jäger
------„----	Herr Carsten Müller
------„----	Frau Sonja Arnold
------„----	Herr Heinz Eyßen
------„----	Frau Heide Heß
------„----	Herr Gerd Hibbeler
------„----	Herr Frank Lortz
------„----	Frau Natascha Maldener-Kowolik
------„----	Frau Margot Süß
------„----	Herr Axel Vogt
------„----	Herr Walter Winter
------„----	Frau Heide Wolf

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-gesellschaft mbH, Dietzenbach

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2012 Stand (31.12.2012)	
Vorsitzender	Herr Oliver Quilling
Mitglied	Frau Claudia Jäger
------„----	Herr Carsten Müller
------„----	Herr Bernd Abeln
------„----	Frau Maria Becht
------„----	Frau Ingeborg Fischer
------„----	Frau Lucie Gerhardt
------„----	Herr Frank Lortz
------„----	Herr Werner Müller
------„----	Frau Maria Sator-Marx
------„----	Herr Stefan Schmitt
------„----	Herr Helmut Weigert
------„----	Herr Rolf Wenzel

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Herbert Tragesser

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen.

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-gesellschaft mbH, Dietzenbach

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die im Geschäftsjahr 2012 gezahlten Geschäftsführerbezüge beliefen sich auf € 69.003.

Die Vergütungen für den Aufsichtsrat betragen für das Geschäftsjahr 2012 € 7.702,--.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	100,00	2.500.000,00

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen (Stand: 31.12.2012)	Anteil in %	Anteil in €
kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach	55,17	28.640,00
Berufsakademie Rhein-Main GmbH, Rödermark	14,71	5.150,00
HOCHTIEF PPP Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm	5,10	5.100,00
HOCHTIEF PPP Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm	5,10	1.275,00
SKE Schul-Facility-Management GmbH, Langen	5,10	5.100,00
Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin *		1,00
Sonnengarten Glienicke Fonds, Glienicke **		669.000,00

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-gesellschaft mbH, Dietzenbach

E. Beteiligungen (Fortsetzung)

* = Im Jahresabschluss der KVBG mbH zum 31.12.2008 wurde auf die Beteiligung an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG eine Wertberichtigung von vormals 8.052.847,13 in Höhe von € 1.480.000,00 = € 6.572.847,13 aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung vorgenommen.

Darüber hinaus wurde im Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2010 eine Abschreibung wegen dauerhafter Wertminderung in Höhe von € 6.572.846,13 auf € 1,00 vorgenommen.

** = Beim Kauf der Gesellschaftsanteile Sonnengarten Glienicke Fonds wurden Anschaffungskosten in Höhe von € 13.388.721,62 bezahlt und aktiviert. Daneben wurden zum Bilanzstichtag Zahlungen der Anteilseigner an die Fonds als weitere nachträgliche Anschaffungskosten in Höhe von insgesamt € 4.463.777,60 aktiviert. Im Geschäftsjahr 2008 wurde eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von € 1.500.000,00 vorgenommen.

Im Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2010 wurde eine Abschreibung wegen dauerhafter Wertminderung in Höhe von € 6.852.499,21 vorgenommen.

Darüber hinaus wurde im Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2012 eine Abschreibung aufgrund voraussichtlich dauernden Wertminderung in Höhe von € 8.831.000,00 auf € 669.000,-- vorgenommen.

Der Kreistag des Kreises Offenbach hat in seiner Sitzung am 20. März 2013 im Rahmen der Beschlüsse zur strategischen und finanziellen Entwicklung der KVBG mbH einstimmig die Abtretung der Gesellschaftsanteile der KVBG mbH an folgenden Gesellschaften an den Kreis Offenbach beschlossen:

- kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach
- Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark
- Hochtief PPP – Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
- Hochtief PPP – Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm
- SKE Schul Facility Management GmbH, Langen

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-gesellschaft mbH, Dietzenbach

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Hinsichtlich der aus dem Veräußerungserlös der EVO-Anteile im Jahre 2000 erworbenen Beteiligungen an den Sonnengarten Glienicke Fonds und der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG besteht seitens des Regierungspräsidiums Darmstadt als Aufsichtsbehörde die Auffassung, dass es sich bei diesen Beteiligungen um reine Kapitalanlagen handelt und diese deshalb unzulässig sind.

Seitens der Aufsichtsbehörde sind die Beteiligungen im Rahmen der vertraglichen Möglichkeiten in vermögensschonender Art und Weise zu beenden.

Dieser Vorgabe des Regierungspräsidiums Darmstadt zur Abwicklung der Beteiligungen wurde im Rahmen der Beschlussfassung zum Schulprojekt Rechnung getragen.

Eine Abwicklung der Beteiligungen ist bislang nicht erfolgt, da aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Marktsituation eine vermögensschonende Veräußerung bisher nicht möglich war.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Produkt Beteiligungsmanagement

Buchungsstelle 20.30.01.71250030

	2013	2012	2011
Zuweisung an den Wirtschaftsplan	5.620.350	7.249.000	6.874.260

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2011 und 2012 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung des Kreises.

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-gesellschaft mbH, Dietzenbach

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

k e i n e

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

in €	2012	2011	2010
Verbindlichkeiten	20.691.836	32.191.433	26.282.115

Berichtsjahr 2012	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	32.191.433
Zunahmen	0
Abnahmen	11.499.413
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31.Dezember)	20.691.836

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

Berichtsjahr 2012	in €
Ausfallbürgschaft gemäß KT-Beschluss vom 12.06.2002 in Höhe von	4.502.410,25
Ausfallbürgschaft gemäß KT-Beschluss vom 03.07.1996 in Höhe von	2.300.000,00
Ausfallbürgschaft gemäß KT-Beschluss vom 15.10.1997 in Höhe von	1.755.959,41
Ausfallbürgschaft gemäß KT-Beschluss vom 15.10.1997 in Höhe von	1.448.624,10

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-gesellschaft mbH, Dietzenbach

K. Lagebericht 2012

Vorbemerkung

Der Aufsichtsrat trat im vergangenen Jahr zu 7 Sitzungen zusammen. Die Gesellschafterversammlung führte ebenfalls 7 Sitzungen durch. Die Sitzungen wurden planmäßig und ordnungsgemäß unter dem Vorsitz von Herrn Landrat Quilling durchgeführt.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Entwicklung der Finanzanlagen

   Nachdem bereits im Vorjahr an den Sonnengarten Glienicke GbR Fonds 1 und 15 Darlehen ausgereicht worden waren, wurden im Geschäftsjahr 2012 auslaufende Bankfinanzierungen bei den weiteren Fonds 23, 24, 27, 29 und 30, für die Anschlussfinanzierungen entweder gar nicht oder zu nicht akzeptablen Konditionen möglich gewesen wären, durch Gesellschafterdarlehen der KVBG abgelöst. Die an die insgesamt sieben Fonds ausgereichten Darlehen valutieren zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 mit € 10,4 Mio. Die Rückzahlungsmodalitäten wurden so ausgestaltet, dass die in der Vergangenheit jährlich zu leistenden Nachschüsse ab dem Geschäftsjahr 2013 insoweit vollständig entfallen. Das Ziel, die Fondsstrukturen aufzulösen und die in den Fonds befindlichen Immobilien in das Eigentum der KVBG zu überführen, war mit einer Abkehr von der bislang vorgenommenen zulässigen Bewertung anhand beschaffungsmarktorientierter Kriterien (Sachwerte) und einer Hinwendung zu absatzmarktorientierten Werten (Verkehrswerte) verbunden, weshalb für die Immobilien der Fonds 1 und 15 Verkehrswertgutachten in Auftrag gegeben wurden, die zu Abwertungen aller Immobilienfonds in Höhe von € 8,8 Mio führten.

   Die Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG ist unverändert durch eine latente Insolvenzgefahr bedroht. Eine Entscheidung der Gläubiger über das Sanierungskonzept steht noch aus. Die Beteiligung an der Fleesensee GmbH & Co. KG ist bei der KVBG auf den Erinnerungswert abgeschrieben. Die Rückstellung für die Rückforderung von in der Vergangenheit vereinnahmten Liquiditätsausschüttungen besteht unverändert in maximaler Höhe von T€ 965.

   Die Spezial- und Investmentfondsanteile wurden im Geschäftsjahr 2012 – ausgenommen Anteile an drei geschlossenen Immobilienfonds – veräußert und die Veräußerungserlöse im Wesentlichen zur Ausreichung von Darlehen an die Sonnengarten Glienicke GbR Fonds verwendet bzw. zur Tilgung eigener Darlehens-

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-gesellschaft mbH, Dietzenbach

K. Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Darstellung des Geschäftsverlaufs (Fortsetzung)

1. Entwicklung der Finanzanlagen (Fortsetzung)

   verbindlichkeiten gegenüber der Postbank und gegenüber dem Gesellschafter Kreis Offenbach. Am Bilanzstichtag befinden sich demnach im Bestand noch Anteile an drei geschlossenen und vom Handel an der Börse ausgesetzten Immobilienfonds, die sich in Liquidation befinden und bereits erste Liquidationsraten ausbezahlt haben. Es wurden Abwertungen aufgrund voraussichtlich dauernder Wertminderung von insgesamt T€ 794 vorgenommen.

   Bei der Beteiligung an der Hochtief PPP Schulpartner GmbH & Co. KG wurden T€ 190 aufgrund einer Korrektur beim Beteiligungsbuchwert abgewertet. Es wurden gegenläufig Ansprüche auf Gewinnanteile für die Jahre 2004-2011 über insgesamt T€ 84 ergebniswirksam aktiviert.

2. Verlustübernahme

   Die Höhe des gemäß Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages von der Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH (kvgOF) zu übernehmenden Verlustes ist im Vergleich zum Vorjahr von T€ 4.415 auf T€ 4.221 gesunken. Die Verminderung ist in Einmaleffekten im Jahr 2012 begründet.

Ein Risikofrüherkennungssystem in instrumentalisierter Form liegt aufgrund der Unternehmensgröße nicht vor. Stattdessen werden die Risiken der Gesellschaft, insbesondere die Liquidität und die Entwicklung der Finanzanlagen kontinuierlich und in angemessener und ausreichender Art und Weise von der Geschäftsführung überwacht, unterstützt auch durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die in regelmäßigen Abständen Controllingberichte erstattet.

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-gesellschaft mbH, Dietzenbach

K. Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Vermögens- und Finanzlage

	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€	Veränderung in T€	Veränderung in %
AKTIVA				
Sachanlagen	530	530	0	0,0
Finanzanlagen	12.644	33.363	-20.719	-62,1
Anlagevermögen	13.174	33.893	-20.719	-62,1
			0	
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	535	46	489	o.A.
Forderungen gegen Gesellschafter	7.705	7.951	-246	-3,1
Flüssige Mittel	954	153	801	523,5
übrige Aktiva	1.909	2.032	-123	-6,1
Umlaufvermögen	11.103	10.182	921	9,0
Gesamtvermögen	24.277	44.075	-19.798	-44,9
PASSIVA				
Eigenkapital	2.465	10.331	-7.866	-76,1
Sonderposten	0	239	-239	-100,0
Darlehensverbindlichkeiten			0	
- gegenüber Kreditinstituten	9.705	11.859	-2.154	-18,2
- gegenüber dem Gesellschafter	7.900	17.630	-9.730	-55,2
Langfristiges Kapital	20.070	40.059	-19.989	-49,9
			0	
Rückstellungen	1.121	1.083	38	3,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	331	99	232	234,3
Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter	2.729	2.552	177	6,9
übrige Passiva	26	282	-256	-90,8
Kurzfristiges Kapital	4.207	4.016	191	4,8
Gesamtkapital	24.277	44.075	-19.798	-44,9

Bei den Sachanlagen handelt es sich um die Klinik-Grundstücke in Langen und Seligenstadt.

Der Rückgang bei den Finanzanlagen resultiert zum einen aus der Veräußerung der Spezial- und Investmentfondsanteile und der daraus erfolgten Vermögensumschichtung bzw. Darlehenstilgung sowie aus den Abschreibungen auf die Sonnengarten Glienicke GbR Fonds, auf die verbliebenen Anteile an geschlossenen Immobilienfonds sowie auf Beteiligungen.

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-gesellschaft mbH, Dietzenbach

K. Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Vermögens- und Finanzlage (Fortsetzung)

Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen im Wesentlichen die kvgOF und resultieren aus Rückforderungsansprüchen aufgrund von Abschlagszahlungen auf die zu hoch angenommene Verlustübernahme.

Die Forderungen gegen den Gesellschafter betreffen im Wesentlichen den unwiderruflichen Anspruch auf Erfüllungsübernahme der Kreises Offenbach als Gegenposten für die unter den Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erfassten Alt-Verbindlichkeiten der ehemaligen KommServe gGmbH.

Durch den Jahresfehlbetrag 2012 hat sich das Eigenkapital entsprechend vermindert. Zum Ausgleich der Verluste wurde das gezeichnete Kapital im Wege der vereinfachten Kapitalherabsetzung auf € 2,5 Mio vermindert.

Die langfristigen Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich durch Tilgungen entsprechend vermindert. In diesem Posten enthaltene Alt-Verbindlichkeiten der KommServe gGmbH in Höhe von € 7,7 Mio stehen entsprechende Ausgleichsansprüche an den Kreis Offenbach gegenüber.

Die folgende Kapitalflussrechnung zeigt die Entwicklung des Finanzmittelfonds:

	2012 **T€**	**2011** **T€**
Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit	1.182	596
Mittelzufluss aus der Investitionstätigkeit	10.849	2.039
Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-11.462	-1.824
zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands	**569**	**811**
Finanzmittelbestand zum Jahresanfang	54	-757
Finanzmittelbestand zum Jahresende	**623**	**54**

Die Kapitalflussrechnung wurde abweichend zum Vorjahr aufgestellt, insbesondere wurde der Finanzmittelbestand nach einer anderen Methodik definiert.

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-gesellschaft mbH, Dietzenbach

K. Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Ertragslage

	2012 T€	2011 T€	Veränderung in T€	Veränderung in %
Finanzerträge	268	199	69	34,7
Finanzaufwendungen	545	1.041	-496	-47,6
Aufwendungen aus Verlustübernahme KVG OF	4.221	4.415	-194	-4,4
Finanz- und Beteiligungsergebnis	**-4.498**	**-5.257**	**759**	**-14,4**
				o.A.
Betriebserträge	132	141	-9	-6,4
Betriebsaufwendungen	379	327	52	15,9
Übriges Ergebnis	**-247**	**-186**	**-61**	**32,8**
Betriebsergebnis	**-4.745**	**-5.443**	**698**	**-12,8**
Neutrale Erträge				
- nicht rückzahlbarer Zuschuss des Kreises	6.471	6.710	-239	-3,6
- Auflösung Sonderposten	239	0	239	0,0
	6.710	6.710	0	0,0
Neutrale Aufwendungen				
- Wertberichtigung Finanzanlagevermögen	9.815	0	9.815	o.A.
- Nachschüsse Sonnengarten Glienicke GbR Fonds	192	233	-41	-17,6
- Verluste aus dem Abgang von Sach- und Finanzanlagen	55	96	-41	-42,7
	10.062	329	9.733	2958,4
Neutrales Ergebnis	**-3.352**	**6.381**	**-9.733**	**-152,5**
Erstattung Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	231	376	-145	-38,6
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	**-7.866**	**1.314**	**-9.180**	**-698,6**

Das Jahresergebnis 2012 ist geprägt durch die außerplanmäßigen Abschreibungen auf die Sonnengarten Glienicke GbR Fonds, auf die geschlossenen Immobilienfonds sowie auf Beteiligungen, wohingegen im Übrigen der Kreiszuschuss planmäßig einen Überschuss über die im laufenden Jahr angefallenen zuschussfähigen Aufwendungen (Förderung des Kapitaldienstes von Altdarlehen und Verlustübernahme kvgOF) aufweist, der entsprechende Unterfinanzierungen früherer Jahre schrittweise kompensieren sollte.

Die Finanzerträge resultieren im Wesentlichen aus den vereinnahmten Zinserträgen für die an die Sonnengarten Glienicke GbR Fonds ausgereichten Darlehen. Der Rückgang der Finanzaufwendungen resultiert aus den im Geschäftsjahr 2012 aus den Verkaufserlösen der Finanzanlagen vorgenommenen umfangreichen Darlehenstilgungen.

Die Verluste aus dem Abgang von Sach- und Finanzanlagen betreffen die Veräußerung der Spezial- und Investmentfondsanteile.

In den Steuern vom Einkommen und Ertrag sind Erträge aus der Auflösung von passiven latenten Steuern in Höhe von T€ 231 enthalten.

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-gesellschaft mbH, Dietzenbach

K. Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Chancen und Risiken bestehen im Wesentlichen in der künftigen Entwicklung der Finanzanlagen. Hierbei sind im Hinblick auf die Risiken hauptsächlich die Beteiligungen an den Sonnengarten Glienicke GbR Fonds und an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG zu nennen. Aufgrund des Ergebnisabführungsvertrags mit der kvgOF ist die Gesellschaft ferner in gewisser Weise von der Ertragssituation der Tochtergesellschaft abhängig.

Bei den Sonnengarten Glienicke GbR Fonds handelt es sich um mehrere geschlossene Fonds für Wohnimmobilien. Durch die im Geschäftsjahr 2012 abgeschlossene Umfinanzierung der Fonds konnten für die Zukunft weitere Nachschüsse vermieden werden. Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Übernahme der derzeit noch im Eigentum der jeweiligen Fonds stehenden Immobilien in das Eigentum der KVBG wurden Verkehrswertgutachten für die Immobilien der Fonds 1 und 15 in Auftrag gegeben und in Ansehung der hierbei ermittelten Werte Abschreibungen von € 8,8 Mio auf sämtliche Fondsanteile vorgenommen. Unter Berücksichtigung dieser Abschreibungen ist davon auszugehen, dass Ergebnisbelastungen aus den Fonds bzw. dann aus den Immobilien nicht mehr erwachsen werden.

Die Beteiligung an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG ist weiterhin mit hohen Risiken behaftet. Es ist nach wie vor unsicher, ob bei der Beteiligung von einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit ausgegangen werden kann. Es handelt sich hierbei um eine Spezial-Hotelimmobilie (sog. „Freizeit- und Erlebnishotel“), die hauptsächlich vom Urlaubs- und Konsumverhalten von Privatpersonen abhängig ist. Weitere innewohnende Risiken bestehen in der Provinzlage sowie der Wetterabhängigkeit. Zwar wurden ausreichende Rückstellungen für die mögliche Rückforderung von Liquiditätsausschüttungen bzw. das Wiederaufleben der Kommanditistenhaftung gebildet, es kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass bei einer möglichen Insolvenz weitere, bislang unbekannte Ansprüche gegenüber den Kommanditisten geltend gemacht werden.

Die Frage der Aberkennung der Gemeinnützigkeit der KOMMSERVE gGmbH hat nach den aktuell vorliegenden Steuerbescheiden für die Veranlagungszeiträume bis einschließlich 2010 bisher nicht zu Steuerbelastungen geführt. Die Steuerbescheide für den Veranlagungszeitraum 2010 stehen noch unter dem Vorbehalt der Nachprüfung. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass Steuerbelastungen bzw. -verbindlichkeiten im Zusammenhang mit dem Wegfall der Gemeinnützigkeit dieser Gesellschaft, die im Rahmen der Verschmelzung auf die KVBG übergegangen wären, nicht entstehen.

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-gesellschaft mbH, Dietzenbach

K. Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Wesentliche Vorgänge nach Schluss des Geschäftsjahres

Zur Abdeckung von Verlusten des Jahres 2012 wurde im April 2013 eine vereinfachte Kapitalherabsetzung beschlossen, wobei das gezeichnete Kapital auf einen Betrag von T€ 2.500 vermindert wurde. Die Eintragung in das Handelsregister ist am 22. Mai 2013 erfolgt.

Anfang des Geschäftsjahres 2013 hat die Gesellschaft ihre Grundstücke zu einem Kaufpreis in Höhe des Buchwertes von rd. T€ 530 an den Landkreis Offenbach übertragen. Für einen Kaufpreis von insgesamt rd. T€ 45 wurden die Beteiligungen an der kvgOF, an der Hochtief PPP Schulpartner GmbH & Co. KG, an der Hochtief PPP Schulpartner Verwaltungs GmbH, an der Berufsakademie Rhein-Main GmbH sowie an der SKE Schul-Facility-Management GmbH an den Kreis Offenbach verkauft. Die Kaufpreise werden im Wege der Verrechnung zur Tilgung weiterer Kreisdarlehen verwendet.

Entsprechend der Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat wird aktuell zusammen mit Juristen weiter daran gearbeitet, die kostenintensiv arbeitenden Fonds der Sonnengarten Glienicke GbR aufzulösen und das derzeitige Quoten-Eigentum in Voll-Eigentum umzuwandeln.

Im Zuge dessen wird bei den Fonds 1 und 15, an denen die KVBG zum Bilanzstichtag mit 73,83 % bzw. 81,91 % beteiligt ist, darauf hingearbeitet, die restlichen Anteile zu übernehmen. Außerdem wird zum 1. Juli 2013 die Geschäftsbesorgerin ausgetauscht.

Bzgl. des Fonds 26, an dem die KVBG mit 16,67 % beteiligt ist, ist zwischenzeitlich die Auflösung der Gesellschaft beschlossen worden. Ziel der nunmehr zu betreibenden Liquidation ist eine Realteilung des Gesellschaftsvermögens durch den Liquidator und die Eintragung der KVBG als Eigentümerin einer der sechs derzeit noch im Eigentum dieses Fonds stehenden Eigentumswohnungen. Die grundbuchrechtlichen Voraussetzungen liegen bereits vor.

In den übrigen Fonds (Fonds 23, 24, 27, 29 und 30), bei denen die KVBG 99,9 % der Anteile hält, wird ebenfalls darauf hingearbeitet, die restlichen Anteile zu übernehmen und so das Volleigentum an den Fondsimmobilien zu erwerben. Mit Wirkung zum 1. April 2013 wurde auch in diesen Fonds die Geschäftsbesorgerin ausgetauscht.

Im Übrigen strebt der Gesellschafter Kreis Offenbach im Laufe des Jahres 2014 die Auflösung der KVBG an, wenn es gelingt, die dann im Volleigentum stehenden Immobilien in Glienicke bis dahin zu verkaufen.

Ansonsten haben sich Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres nicht ereignet.

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-gesellschaft mbH, Dietzenbach

K. Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Ausblick

Zum 1. Juli 2013 werden die Anteile an den drei geschlossenen und in Abwicklung befindlichen Immobilienfonds zum Buchwert in Höhe von T€ 1.537 vom Kreis Offenbach übernommen und der Kaufpreis mit Darlehensverbindlichkeiten dem Kreis gegenüber verrechnet werden. Zum gleichen Tag werden zudem die „Altdarlehen“ der ehemaligen Kommserve gGmbH in Höhe von aktuell rd. € 7,7 Mio, die im Zuge der Verschmelzung zum 1. Januar 2011 auf die KVBG übergegangen waren, vom Landkreis Offenbach übernommen. Im Gegenzug erlischt die in gleicher Höhe bestehende Forderung der KVBG gegen den Kreis Offenbach aus der unwiderruflichen Erfüllungsübernahmeverpflichtung bzgl. dieser Darlehen.

Die Ertragslage der Gesellschaft wird auch im Geschäftsjahr 2013 so sein, dass sie auf einen nicht rückzahlbaren Zuschuss des Kreises Offenbach (Zuschuss zum Ausgleich des Erfolgsplans als Teil des Wirtschaftsplans) angewiesen sein wird. Der Zuschussbedarf der Gesellschaft wird ab dem Jahr 2014 fast vollständig entfallen, da der Ergebnisabführungsvertrag mit der kvgOF zum 31. Dezember 2013 demnächst gekündigt wird. Eine neue Vereinbarung zum Verlustausgleich wird demnächst direkt zwischen der kvgOF und dem Landkreis Offenbach geschlossen (red. Anmerkung: Dies ist mittlerweile in 2013 geschehen). Allerdings bestehen Unsicherheiten im Hinblick auf den Liquidationszeitraum und -erlös im Zusammenhang mit der Abwicklung der Fonds der Sonnengarten Glienicke GbR sowie die anschließende Verwertung der Immobilien. Hier kann nicht ausgeschlossen werden, dass möglicherweise weiterer Zuschussbedarf entstehen könnte. Dies gilt auch im Hinblick auf die latenten Restrisiken aus der Beteiligung an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG.

Unsicherheit besteht auch hinsichtlich der Zulässigkeit von Beihilfen (Art. 107 Abs. 1 AEUV) aufgrund der Finanzierung der kvgOF einerseits durch den mittelbaren Gesellschafter (Kreis Offenbach) und ggf. andererseits durch die unmittelbaren Gesellschafter (Kommunen des Kreises Offenbach). Die Geschäftsführung der kvgOF hat sich der Klärung dieser Fragen angenommen und im Jahr 2013 eine Prüfung dieser Verfahrensweise vorgesehen.

Im Erfolgsplan des Wirtschaftsplanes 2013 sind Erträge und Aufwendungen von jeweils T€ 5.730 und somit ein ausgeglichenes Jahresergebnis veranschlagt. Im Vermögensplan sind Einnahmen von T€ 559 angesetzt, die im Wesentlichen für Darlehenstilgungen vorgesehen sind. Der Entwurf des 1. Nachtrags sieht abweichend hiervon Erträge in Höhe von T€ 5.444 und Aufwendungen in Höhe von T€ 5.528 und demzufolge einen Jahresfehlbetrag von T€ 84 vor. Im Vermögensplan sind Einnahmen von T€ 10.829 angesetzt, die wiederum im Wesentlichen für Darlehenstilgungen vorgesehen sind.

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-gesellschaft mbH, Dietzenbach

L. Bilanz

	2012	2011	Verände-rung-	2010
Aktiva	**in €**	**in €**	**in €**	**in €**
- Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten	529.583	529.583	0	0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	439	77	362	2
Sachanlagen	530.022	529.660	362	2
- Anteile an verbundenen Unternehmen	697.640	9.528.640	-8.831.000	9.528.640
- Ausleihungen an verbundene Unternehmen	10.392.930	6.843.085	3.549.845	0
- Beteiligungen	16.626	206.488	-189.862	206.488
- Wertpapiere des Anlagevermögens	1.536.979	16.785.190	-15.248.211	26.325.453
Finanzanlagen	12.644.175	33.363.403	-20.719.228	36.060.581
Anlagevermögen	13.174.196	33.893.062	-20.718.866	36.060.583
- Forderungen gegen verbundene Unternehmen	534.984	46.498	488.486	0
- Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	83.955	0	83.955	0
- Forderungen gegen den Gesellschafter	7.704.899	7.951.006	-246.107	0
- Sonstige Vermögensgegenstände	1.825.216	2.031.364	-206.148	3.015.122
- Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10.149.053	10.028.867	120.186	3.015.122
- Guthaben bei Kreditinstituten	954.232	153.136	801.096	247.183
Umlaufvermögen	11.103.285	10.182.003	921.282	3.262.305
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	345
	24.277.482	**44.075.066**	**-19.797.584**	**39.323.233**

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-gesellschaft mbH, Dietzenbach

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2012	2011	Verände-rung-	2010
Passiva				
- Gezeichnetes Kapital	2.500.000	6.135.600	-3.635.600	6.135.600
- Gewinnvortrag	0	0	0	19.671.952
- Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss	0	0	0	-14.311.899
- Bilanzergebnis	-35.376	4.195.458	-4.230.834	0
Eigenkapital	2.464.624	10.331.058	-7.866.434	11.495.653
Sonderposten mit Rücklageanteil	0	238.571	-238.571	0
- Sonstige Rückstellungen	1.121.021	1.082.504	38.517	1.014.000
Rückstellungen	1.121.021	1.082.504	38.517	1.014.000
- Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	10.035.952	11.958.027	-1.922.075	7.600.099
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	21.314	46.787	-25.472	0
- Verbindlichkeiten gg. Gesellschaftern	10.629.498	0	10.629.498	0
- Verbindlichkeiten gg. verbundenen Unternehmen	0	0	0	712.268
- Sonstige Verbindlichkeiten	5.072	20.186.619	-20.181.548	17.969.748
Verbindlichkeiten	20.691.836	32.191.433	-11.499.597	26.282.115
Passive latente Steuern	0	231.500	-231.500	531.465
	24.277.482	**44.075.066**	**-19.797.584**	**39.323.233**

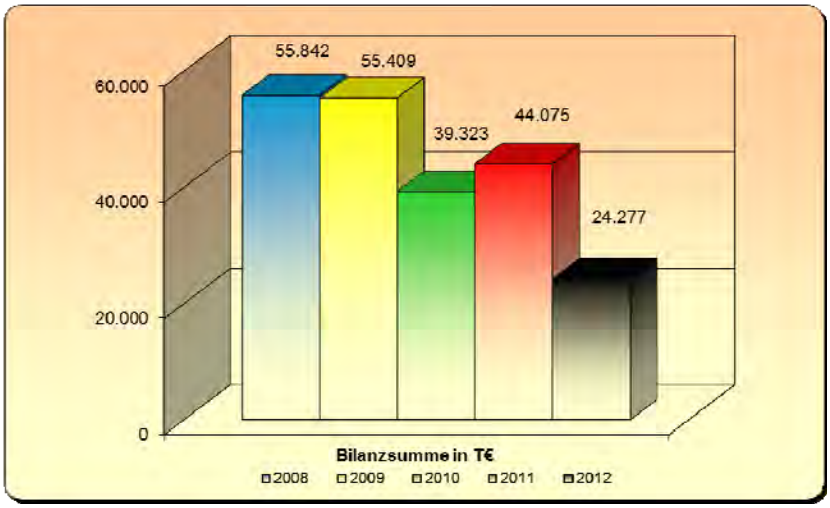
KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-gesellschaft mbH, Dietzenbach

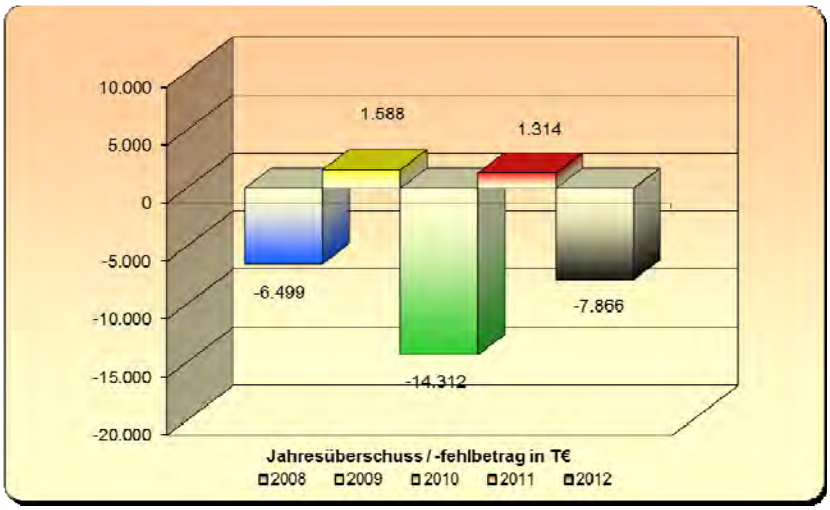
M. Gewinn- und Verlustrechnung

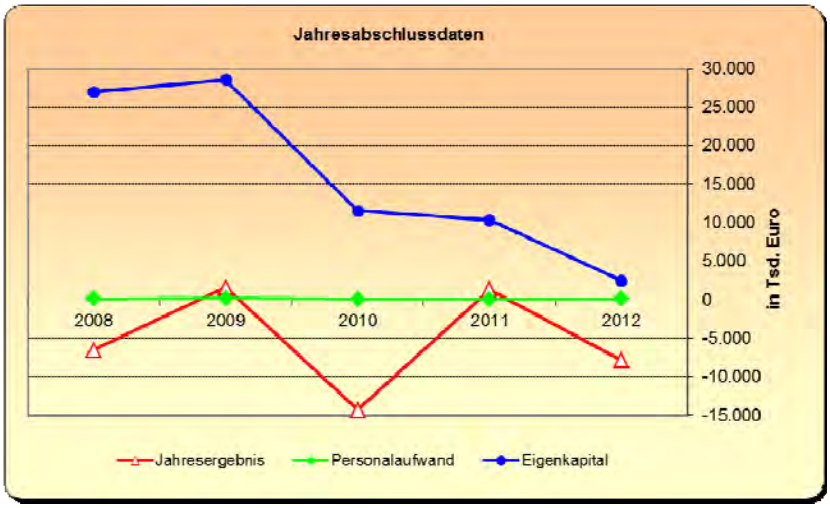
	2012	2011	2010
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	6.841.806	6.850.530	6.619.902
Personalaufwand	108.010	84.241	70.446
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage-vermögens und Sachanlagen	186	77	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	518.681	574.464	1.963.492
Erträge aus Beteiligungen	84.210	255	0
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlage-vermögens	81.397	107.549	449
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	102.281	91.381	107.291
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	9.814.624	0	15.660.176
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	544.863	1.040.971	981.663
Aufwendungen aus Verlustübernahme	4.221.182	4.414.735	4.641.438
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-8.097.854**	**935.227**	**-16.589.574**
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-231.500	-375.608	-2.278.103
Sonstige Steuern	80	-3.155	428
Jahresfehlbetrag/-überschuss (-)	**-7.866.434**	**1.313.990**	**-14.311.899**
Gewinnvortrag	**4.195.458**	**2.881.468**	
Erträge aus der Kapitalherabsetzung	**3.635.600**	**0**	
Bilanzergebnis	**-35.376**	**4.195.458**	

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-gesellschaft mbH, Dietzenbach

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen







kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

Am 30. September im Jahre 1992 wurde die Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH als lokale Nahverkehrsgesellschaft vom Kreis Offenbach und den 13 kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie dem Umlandverband Frankfurt zu einem Zeitpunkt gegründet, als der Rhein-Main-Verkehrsverbund (seit 1995 bestehend) noch nicht existierte.

Schon zu Beginn der 90er Jahre wurde seitens der Gesellschafter es als wichtig und notwendig angesehen, öffentlichen Personennahverkehr und Verkehrsplanung generell einheitlich zu fördern, örtliche Planung von Verkehrslinien etc. über die eigene Gebietskörperschaft hinausgehend, abzustimmen und auch zu betreiben.

Es setzte sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass eigene Verkehrsmaßnahmen nur dann erfolgreich umgesetzt werden können, wenn entsprechende Abstimmungen mit benachbarten Kommunen getroffen werden konnten. Letztlich konnten so durch Maßnahmenbündelungen Ergebnisse auch wirtschaftlich effizienter umgesetzt werden.

Die Zusammenarbeit des Kreises Offenbach mit den Kreiskommunen und dem Umlandverband Frankfurt (Rechtsnachfolger Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/ Rhein-Main bzw. jetzt Regionalverband FrankfurtRheinMain) trug so dann schon früh Früchte. Zu nennen sind das Projekt Anruf-Sammel-Taxi sowie die Inbetriebnahme der Buslinie 969 Kreisquerverbindung Langen – Seligenstadt.

Traditionell war im Kreis Offenbach der Schienenverkehr gegenüber dem Regionalbusverkehr bzw. der Bedeutung für den gesamten Sektor des Öffentlichen Personennahverkehrs stark unterrepräsentiert, dies insbesondere im Vergleich zum gesamten Geschäftsgebiet des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV). Diese Situation hat sich jedoch mit Inbetriebnahme der beiden S-Bahn-Strecken Dietzenbach und Rodgau am Jahresende 2003 grundlegend geändert; es kam so zu weitreichenden strukturellen Veränderungen im ÖPNV innerhalb des Kreisgebietes und der Schienenverkehr hat an Bedeutung gewonnen.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

Anschrift	Masayaplatz 1, 63128 Dietzenbach
Telefon	06074/69669-00
Telefax	06074/69669-09
E-Mail	info@kvgof.de
Internet	www.kvgof.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2012

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 30. September 1992

Stammkapital: 51.910,-- €

Gesellschaftsvertrag: Der zurzeit gültige Gesellschaftsvertrag datiert vom 30.09.1992, zuletzt geändert am 25. November 2010

Handelsregistereintrag: HRB 8669 Amtsgericht Offenbach am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens sind:

- die Förderung des öffentlichen Personennahverkehres sowie ergänzender Mobilitätsformen im Kreis Offenbach sowie in angrenzenden Verkehrsräumen und die Sicherstellung des öffentlichen Personennahverkehres und ergänzender Mobilitätsformen im Kreis Offenbach nach einheitlichen Gesichtspunkten und Planungen;
- die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beteiligten Gesellschafter bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs;
- die sofortige oder spätere Übertragung einzelner oder aller Verkehrsleistungen von den Gesellschaftern unter Weitergabe der damit im Zusammenhang stehenden öffentlichen Zuwendungen auf die Gesellschaft;
- die gegenseitige Unterrichtung der Gesellschafter über alle wesentlichen Verkehrsmaßnahmen und –vorhaben innerhalb ihrer Gebietskörperschaft und die zugrunde liegenden Überlegungen und Planungen;

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

- die Einrichtung und den Betrieb von Linien- und Freistellungsverkehren;
- die Einrichtung von Gelegenheitsverkehr mit Kraftfahrzeugen;
- die Beteiligung an Unternehmen, die die oben genannten Zwecke fördern

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2012 (Stand: 31.12.2012)	
Vorsitzende	Frau Claudia Jäger
Stellvertretender Vorsitzender, für die Gemeinde Hainburg	Herr Bernhard Bessel
Stellvertretende Vorsitzende, für die Gemeinde Mainhausen	Frau Ruth Disser
Mitglied für die KVBG	Herr Bernd Abeln
----------„----------	Frau Claudia Bicherl
----------„----------	Herr Hans-Peter Bicherl
----------„----------	Herr Arne Göhler
----------„----------	Herr Clemens Jäger
----------„----------	Frau Margrit Jansen
----------„----------	Herr Jürgen Kaiser
----------„----------	Herr René Rock
----------„----------	Frau Gisela Schmalenbach
----------„----------	Herr Stefan Schmitt

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2012 (Stand 31.12.2012) (Fortsetzung)		
Mitglied für die KVBG	Herr Norbert Schultheis	
----------„----------	Herr Karl-Heinz Stier	
----------„----------	Herr Alexander Sturm	
----------„----------	Herr Boris Wilfert	
Mitglied für die Stadt Dietzenbach	Herr Jürgen Rogg	
-----„---- für die Stadt Dreieich	Herr Martin Burlon	
-----„---- für die Gemeinde Egelsbach	Herr Rudi Moritz	bis 14.06.12
-----„---- für die Gemeinde Egelsbach	Herr Jürgen Sieling	ab 20.09.12
-----„---- für die Stadt Heusenstamm	Herr Uwe Michael Hajdu	
-----„---- für die Stadt Langen	Herr Frieder Gebhardt	
-----„---- für die Stadt Mühlheim	Herr Daniel Tybussek	
-----„---- für die Stadt Neu-Isenburg	Herr Herbert Hunkel	
-----„---- für die Stadt Obertshausen	Herr Hubert Gerhards	
-----„---- für die Stadt Rodgau	Herr Michael Schüßler	
-----„---- für die Stadt Rödermark	Herr Roland Kern	
-----„---- für die Stadt Seligenstadt	Herr Dieter Burkard	

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Andreas Maatz

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Vergütungen an die Mitglieder des Aufsichtsrates fielen im Jahre 2012 nicht an.

Die Gesamtbruttobezüge des Geschäftsführers betrugen im Geschäftsjahr 2012 € 90.000,--.

D. Gesellschafter

Gesellschafter (Stand: 31.12.2012)	Anteil in %	Anteil in €
KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH	55,176	28.640,00
Stadt Dreieich	3,448	1,790,00
Stadt Dietzenbach	3,448	1,790,00
Gemeinde Egelsbach	3,448	1,790,00
Gemeinde Hainburg	3,448	1,790,00
Stadt Heusenstamm	3,448	1,790,00
Stadt Langen	3,448	1,790,00
Gemeinde Mainhausen	3,448	1,790,00
Stadt Mühlheim	3,448	1,790,00
Stadt Neu-Isenburg	3,448	1,790,00
Stadt Obertshausen	3,448	1,790,00
Stadt Rodgau	3,448	1,790,00
Stadt Rödermark	3,448	1,790,00
Stadt Seligenstadt	3,448	1,790,00
	100,00	**51.910,00**

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

D. Gesellschafter (Fortsetzung)

Der Kreistag des Kreises Offenbach hat in seiner Sitzung am 20. März 2013 im Rahmen der Beschlüsse zur strategischen und finanziellen Entwicklung der KVBG mbH einstimmig die Abtretung der Gesellschaftsanteile der KVBG mbH an der kvgOF mbH an den Kreis Offenbach beschlossen.

E. Beteiligungen an anderen Unternehmen

	Anteil in %	Anteil in €
Frankfurt Ticket RheinMain GmbH	2,5 %	6.250,00

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Gemäß § 5 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPNVG) sind die Landkreise auf ihrem Gebiet zuständige Aufgabenträger für die Planung, die Organisation und die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs. Sie sind Aufgabenträger im Sinne des Personenbeförderungsgesetzes und zuständige Stelle im Sinne des § 4 des Regionalisierungsgesetzes vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378, 2395), Die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs obliegt den Verkehrsunternehmen nach dem Personenbeförderungsgesetz und dem Allgemeinen Eisenbahngesetz.

Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten als wirtschaftliche Betätigung nicht Tätigkeiten, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist. Aufgrund dieses Sachverhaltes ist die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

k e i n e

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

k e i n e

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2012	2011	2010
Verbindlichkeiten	1.365.061	313.965	458.368

Berichtsjahr 2012	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	313.965
Zunahmen	1.031.096
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31.Dezember)	1.345.061

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

k e i n e

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012

Rahmenbedingungen

Im Geschäftsjahr 2012 haben sich keine wesentlichen Änderungen bei den Rahmenbedingungen gegenüber dem Jahr 2011 ergeben. Herr Andreas Maatz hatte weiterhin die alleinige Geschäftsführung der Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH (kurz: kvgOF) inne, Herr Klaus Barthelmes war mit einer Einzelprokura ausgestattet und stellvertretender Geschäftsführer.

Sowohl die im Gesellschaftsvertrag vorgesehenen vier Sitzungen des Aufsichtsrats als auch die jährliche Gesellschafterversammlung wurden planmäßig und ordnungsgemäß unter dem Vorsitz der Aufsichtsratsvorsitzenden, Frau Erste Kreisbeigeordnete Claudia Jäger, durchgeführt.

Der zeitlich vorgeschaltete Beirat mit Vertretern von sechs Stadtwerken/Verkehrsbetrieben im Kreis Offenbach traf sich ebenfalls turnusgemäß, um Themen des Aufsichtsrats vorzubereiten und Belange der Kooperationsunternehmen zu behandeln.

Im Rahmen der jährlich stattfindenden Gesellschafterversammlung am 22. November 2012 wurden keine Änderungen im Gesellschaftervertrag beschlossen.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Allgemein

Die Zusammenarbeit mit der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH gestaltet sich weiterhin grundsätzlich positiv, obwohl größere Projekte, Ausschreibungen und andere Vorhaben viel Zeit auf beiden Seiten binden und zudem Reibungs- und Zeitverluste auf Seiten der kvgOF durch den hohen Abstimmungsaufwand entstehen.

Einnahmenaufteilung und Umlagen

Auch für das Jahr 2011 wurde das Verfahren zur Einnahmenaufteilung (EAV) nach dem seit 1998 angewendeten kassentechnischen Verfahren abgewickelt. Die Ergebnisse der RMV-weiten Fahrgastzählung und –befragung (Verbunderhebung 2010) stellen die nunmehr - gegenüber der letzten Erhebung aus dem Jahre 2004 - aktualisierte Grundlage der Abrechnung dar.

Nach den Ergebnissen der o.g. Fahrgasterhebung 2010 sind verbundweit erhebliche Veränderungen in der Zuscheidung der Einnahmen vom lokalen hin zum regionalen Verkehr eingetreten.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Darstellung der Lage der Gesellschaft (Fortsetzung)

Einnahmenaufteilung und Umlagen (Fortsetzung)

Die Verschiebung zu Lasten des lokalen Verkehrs führt bei allen Lokalen Nahverkehrsorganisationen (LNO) im RMV zu finanziellen Härten, da die zuzuscheidenden Fahrgeldeinnahmen betragsmäßig deutlich unterhalb der Werte in der EAV/ABR 2010 liegen.

Daher wurde im Aufsichtsrat des RMV vom November 2012 beschlossen, dass denjenigen Lokalen Nahverkehrsorganisationen, auf die geringere Fahrgeldeinnahmen entfallen, auf Basis der Abrechnung für das Geschäftsjahr 2010 ein einmaliger Zuschuss gewährt wird, der den Unterschied zu 100% ausgleicht (‚Abfederung').

Außerdem wurden im RMV-Aufsichtsrat noch folgende Punkte vereinbart, die unmittelbare Auswirkungen auf die kvgOF haben:

- Einführung eines Vertriebsanreizes als einheitlicher Prozentsatz auf die für Dritte verkauften Fahrausweise, die sich durch die Übersteiger / Fremdnutzer aus der EAV ergeben (2,5% für EAV/ABR 2011)

- Es soll mittelfristig auf die Erhebung einer RBNV-Umlage (Regionalbus-Umlage) verzichtet werden. In einem ersten Schritt soll mit Wirkung ab der EAV/ABR 2013 der bisherige Maximalbetrag von 5,8 Mio. €/a auf 5,0 Mio. € abgesenkt werden.

- Die kommunalen Anteile der Partnerschaftsfinanzierung im SPNV sollen reduziert werden. In einem ersten Schritt wird ab der EAV/ABR 2013 auf die Dynamisierung der kommunalen Anteile, die bisher 1,5%/a beträgt, verzichtet.

Damit ist der RMV der Vorgabe des RMV-Aufsichtsrats, den Einstieg in Budgets für den lokalen und den regionalen Verkehr bei gleichzeitiger Abschaffung der Umlagensystematik spätestens ab 2015 zu schaffen, einen ersten großen Schritt näher gekommen.

Die Details der oben genannten Beschlüsse wurden in der Aufsichtsratssitzung der kvgOF im November 2012 vorgestellt.

Die Verschiebungen der zugeschiedenen Einnahmen in der EAV/ABR 2011 zugunsten des Regionalverkehrs, die im Ergebnis zu den finanziellen Einbußen beim Lokalen Verkehr und zu der ‚Abfederung' für die EAV 2011 geführt haben, sind durch folgende Faktoren begründbar:

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Darstellung der Lage der Gesellschaft (Fortsetzung)

Einnahmenaufteilung und Umlagen (Fortsetzung)

- durch den Anstieg der Nutzung auf weiteren Entfernungen und im Regionalverkehr,
- durch stärkere Preisanstiege in den Preisstufe (PS) 4 – 7, bei gleichzeitiger Preiszurückhaltung im lokalen Bereich PS 1 – PS 3
- durch den Anstieg der Nutzung, insbesondere bei weiteren Entfernungen, der stark rabattierten Solidarmodelle (Semesterticket und Jobticket)
- durch die Einführung von Fahrscheinen mit verbundweiter Nutzbarkeit (Clever Card in den Ferien; Seniorenticket am Wochenende und an Feiertagen etc.)
- durch den demographischen Wandel als auch in den Wanderungsbewegungen - bei unterschiedlichen Zuwächsen - zwischen den Regionen
- durch den überproportionalen lokalen Verkauf bei gleichzeitig überproportionaler regionaler Nutzung, welche zu hohen lokalen kassentechnischen Einnahmen bei geringeren zugeschiedenen Einnahmen führen

Die kassentechnischen Einnahmen 2012 stiegen auf T€ 8.401 (+2,7%) und der abzuführende Fremdnutzerausgleich auf T€ 4.614 (+ 15,7%). Das daraus resultierende, zur Verteilung innerhalb der Gesellschaft zur Verfügung stehende Delta, verminderte sich auf T€ 3.787 (- 9,6%).

Der im Jahr 1998 unterzeichnete Einnahmenaufteilungsvertrag ist auch für die Abrechnung des Jahres 2011 EAV/ABR 2011 angewandt worden. Die Einnahmen werden unverändert im Rahmen einer Vorabzuscheidung auf die EAV zugeschieden. Die Kooperationsunternehmen und die kvgOF erarbeiteten gemeinsam ein akzeptables Modell zur Einnahmenaufteilung, das auch bei der EAV 2011 Anwendung gefunden hat.

Das Ergebnis der Einnahmenzuscheidung 2012 ohne Kooperationsfördermittel für die Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH veränderte sich gegenüber dem Vorjahr wie dargestellt um -9,6%. Die Strukturhilfe sowie die Zuscheidung aus Durch-tarifierungsverlusten beträgt T€ 291,3 und liegt damit 10,4% unter der des Jahres 2010 (T€ 325).

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Darstellung der Lage der Gesellschaft (Fortsetzung)

Einnahmenaufteilung und Umlagen (Fortsetzung)

Negativ entwickelte sich das Regionalbusdefizit, und zwar von T€ 639,7 in 2010 auf T€ 692,2 (+ T€ 52,5) in 2011 bei einem Umlagensatz von 11,95% gegenüber 11,12% in 2010.

Die SPNV-Umlage (Schiene) verbleibt weiterhin auf dem Wert € 0.

Die Regionalbusumlage wurde zu rund 60% von den Gesellschaftern und zu rund 40% von der kvgOF getragen. Grundlage ist das im lokalen Nahverkehrsplan 2011 - 2015 festgelegte Defizit-Aufteilungsmodell. Der im Februar 2011 vom Kreistag beschlossene Lokale Nahverkehrsplan 2011 -2015 wurde bislang nur marginal umgesetzt, nicht zuletzt aufgrund der angespannten Finanzlage beim Kreis und in den Kommunen.

Die Aufwendungen für die Partnerschaftsfinanzierung Schiene betragen im Jahr 2012 T€ 3.096 gegenüber einem Ergebnis von T€ 3.057 in 2011. Sie resultieren aus der jährlich mit 1,5% fortgeschriebenen Basis des Jahres 2004 zuzüglich der Zusatzbestellung für den Betrieb der Odenwaldbahn von T€ 274.

Verlustübernahme

Die Höhe der Verlustübernahme der KVBG verringert sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 194 von T€ 4.415 auf T€ 4.221 und fällt um T€ 598 geringer aus als in der vierten Wirtschaftsplan-Fortschreibung des Geschäftsjahres 2012 erwartet.

Hinsichtlich der Zulässigkeit von Beihilfen (Art. 107 Abs. 1 AEUV) – hier: Finanzierung der Gesellschaft einerseits durch den mittelbaren Gesellschafter (Kreis Offenbach) und ggf. andererseits durch die unmittelbaren Gesellschafter (Kommunen des Kreises Offenbach) – besteht eine Unsicherheit. Die Geschäftsführung hat sich der Klärung dieser Fragen angenommen und im Jahr 2013 eine Prüfung dieser Verfahrensweise vorgesehen.

Der Verlustausgleich durch die Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft (KVBG) gleicht im Wesentlichen die Aufwendungen/Verpflichtungen aus, die durch den Kreis Offenbach gegenüber dem RMV aufgrund der vertraglichen Verpflichtung zwischen dem Kreis Offenbach und dem RMV auch dann zu leisten wären, wenn diese Aufgaben nicht an die kvgOF übertragen worden wären.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Darstellung der Lage der Gesellschaft (Fortsetzung)

Interne Entwicklungen

Personal

Am 14. Januar 2013 hat Herr Klaus Barthelmes, seit 11 Jahren stellvertretender Geschäftsführer der kvgOF, in einem persönlichen Gespräch um seine Vertragsauflösung und das Ausscheiden aus der kvgOF zum Ende Januar 2013 gebeten. Es wurde in Absprache mit der Aufsichtsratsvorsitzenden einvernehmlich vereinbart, dass Herr Barthelmes zu Mitte Februar 2013 die kvgOF verlassen konnte.

Herr Barthelmes hat gemäß Absprache mit jedem Mitarbeiter der kvgOF ein ‚Übergabegespräch' vereinbart und durchgeführt. Außerdem wurde eine Auflösungsvereinbarung zwischen kvgOF und Herr Barthelmes geschlossen. Herr Barthelmes hat seine Urlaubsansprüche gegenüber der kvgOF nach Rodgau ‚mitgenommen', so dass keine Auszahlungen erfolgten oder noch verbleibende Ansprüche bestehen.

Auf Veranlassung der Geschäftsführung ist umgehend eine gesonderte Datensicherung des gesamten kvgOF-Netzwerks durch den EDV-Dienstleister der kvgOF (Firma net-wb) mit Stand 18. Januar 2013 vorgenommen worden. Seit dem 08. März 2013 ist Herrn Barthelmes der Zugang zum Netzwerk der kvgOF technisch nicht mehr möglich.

Die bisherigen Aufgaben von Herr Barthelmes werden – soweit möglich - zunächst durch andere Mitarbeiter der kvgOF und die Geschäftsführung wahrgenommen. Die Geschäftsführung beabsichtigt, die vakante Stelle bis Mai 2013 neu zu besetzen. Zudem beabsichtigt die Geschäftsführung, die Leiterin für Finanzen & Organisation mit einer Einzelprokura auszustatten.

Eine Mitarbeiterin der kvgOF ist seit Beginn des Jahres 2013 krankheitsbedingt aus der Lohnfortzahlung. Es ist zum Zeitpunkt der Berichtserstellung noch nicht absehbar, wann und in welchem Umfang die Mitarbeiterin ihre Tätigkeit wieder aufnehmen kann. Die Aufgaben dieser Mitarbeiterin werden zunächst durch freie Mitarbeiter sowie eine Praktikantin übernommen, die von Anfang Januar bis Ende April 2013 - kostenfrei für die kvgOF – tätig ist.

Die im Januar 2011 eingestellte Halbtagskraft zur Verstärkung unserer Aktivitäten im Bereich ‚Marketing & Kommunikation' ist seit Mitte März 2012 in Mutterschutz. Als Vertretung hatte die kvgOF – zunächst bis Ende 2012 befristet – einen neuen Mitarbeiter mit zwei Arbeitstagen pro Woche angestellt. Dieser Vertrag wurde um ein weiteres Jahr

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Darstellung der Lage der Gesellschaft (Fortsetzung)

Interne Entwicklungen (Fortsetzung)

Personal (Fortsetzung)

verlängert. Die Mitarbeiterin im Mutterschutz möchte Ihre Tätigkeit bei der kvgOF im Mai 2013 wieder aufnehmen. Die Geschäftsführung hat die Mitarbeiterin bereits darauf aufmerksam gemacht, dass sie zunächst – vertragsgemäß – eine andere Aufgabe übernehmen wird.

Zum Juli 2012 hat der langjährige Planer der kvgOF, Herr Klaus Böttcher, seine wöchentliche Arbeitszeit auf eigenen Wunsch hin um 20% reduziert. Gleichzeitig konnte die kvgOF einen neuen Mitarbeiter (Herrn Biederbick, Master-Absolvent der Hochschule Darmstadt) für den Bereich ‚Kundeninformation & Planung' gewinnen; er besetzt die zweite Hälfte der Vollzeitstelle ‚Marketing und Kommunikation' und ist gleichzeitig durch die o.g. Reduzierung von Herrn Böttcher für den Bereich ‚Planung' (insbesondere Konzept für flexible Bedienformen) vorgesehen.

Nach seiner erfolgreichen Abschlussprüfung im Juni 2012 wurde der frühere Auszubildende der kvgOF, Herr Furkan Orhan, in ein zunächst befristetes Arbeitsverhältnis (2 Jahre) übernommen.

Vermögenslage

Bei einer um T€ 936 erhöhten Bilanzsumme hat sich die Eigenkapitalquote rechnerisch von 3,4% zum Vorjahresstichtag auf 2,2% zum 31.12.2012 verringert.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt 20,4%, gegenüber 24,6% zum Vorjahresstichtag. Die kurzfristigen Fremdmittel betragen zum 31.12.2012 T€ 2.508 gegenüber T€ 1.572 im Vorjahr, wobei die Zunahme im Wesentlichen auf die Überzahlung des Verlustausgleichs zurückzuführen ist. Die Forderungen belaufen sich auf insgesamt T€ 460 gegenüber T€ 377 zum Vorjahresstichtag. Die Stichtagsliquidität von T€ 1.581 liegt um T€ 731 über dem Wert des Vorjahres.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Finanzlage

Die Entwicklung des Bestands an liquiden Mitteln zeigen die Kapitalflussrechnungen für 2012 und 2011:

	2012	2011	Ver-änderung
	T€	T€	T€
Periodenergebnis vor Verlustübernahme	-4.221	-4.415	194
+ Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	92	60	32
./. / + Abnahme/Zunahme der Rückstellungen	-147	-452	305
./. Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	0	0
./. / +Zunahme/ Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-83	748	-831
./. / + Abnahme/Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.083	-203	1.286
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	**-3.276**	**-4.262**	**986**
+ Einzahlungen aus Zuschüssen zum Sachanlagevermögen	285	0	285
+ Einzahlungen aus Zuschüssen zum immateriellen Anlagevermögen	0	0	0
./. Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-470	-52	-418
./. Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-29	-165	136
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	**-214**	**-217**	**3**
+ Zahlungen zum Verlustausgleich	4.221	4.415	-194
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	**4.221**	**4.415**	**-194**
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	**731**	**-64**	795
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	850	914	-64
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	**1.581**	**850**	**731**

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Vertrieb

Die Verkaufszahlen im gesamten Vertrieb liegen im Jahr 2012 leicht über dem Vergleichswert vom Vorjahr, wobei jedoch die jährlichen Preissteigerungen zu berücksichtigen sind.

Insgesamt ist diese Entwicklung gleichwohl positiv zu bewerten, da die neuen Fahrscheinautomaten – deren Einnahmen zunächst der Deutschen Bahn AG und dem RMV als kurzfristige Liquidität zur Verfügung stehen - dem Kunden offensichtlich wenig Probleme bereiten.

Die kvgOF wird im Zuge des eingeführten Vertriebsanreizes für Fahrkarten im Regionalverkehr ihre Anstrengungen zum personenbedienten Fahrkartenverkauf noch intensivieren. So wird für 2013 die Einrichtung weiterer Vorverkaufsstellen (z.B. Heusenstamm oder Seligenstadt) angestrebt; in Rödermark-Ober-Roden konnte mit der AGIP-Tankstelle bereits zum Jahresbeginn eine neue Verkaufsstelle etabliert werden.

Darstellung wichtigster Projekte

Regionaler Nahverkehrsplan des RMV

Mit dem Schreiben der Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms) vom 29. Januar 2013 sind die Kommunen im Kreis Offenbach, der Kreis Offenbach sowie die kvgOF als zuständiger Aufgabenträger separat aufgefordert worden, zu dem Entwurf des RNVP 2010 – 2019 bis zum 28. März 2013 eine Stellungnahme abzugeben.

Die kvgOF war in die Erstellung des vorliegenden RNVP-Entwurfs inhaltlich ausreichend einbezogen. Zu diesem Entwurf hat die kvgOF eine ausführliche Stellungnahme abgegeben, die im Aufsichtsrat der kvgOF am 14. März 2013 verabschiedet wurde.

S-Bahnen

Störungsmanagement bei Problemen auf den S-Bahn-Linien

Die DB Regio AG hat der kvgOF auf unsere Initiative hin erste Vorschläge für ein Pilotprojekt Störungsmanagement für den Linienast der S2 von Dietzenbach nach Offenbach Ost unterbreitet.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

S-Bahnen (Fortsetzung)

Ausschreibung der Vertriebsleistungen im Schienennahverkehr (SPNV)

Der stationäre SPNV-Vertrieb im RMV, also der Vertrieb über Fahrkartenautomaten und personalbediente Vertriebsstellen an Schienenstrecken, ist derzeit an den Ende 2014 auslaufenden Verkehrsvertrag mit DB Regio gekoppelt und wird von DB Vertrieb als Unterauftragnehmer erbracht.

Der RMV muss diese Leistungen daher für den Zeitraum ab Tarif-/Fahrplanwechsel im Dezember 2014 im Wettbewerb an einen oder mehrere Vertriebsdienstleister neu vergeben. Der RMV-Fachbereich Vertrieb erstellt hierzu die Leistungsbeschreibungen, definiert den Umfang sowie die Qualität der auszuschreibenden Leistungen und bildet Ausschreibungslose.

Bei der Anzahl und bei den Standorten der personalbedienten Vertriebsstellen erwartet der RMV Synergieeffekte mit bereits vorhandenen und in Verantwortung der LNO‘en liegenden Vertriebsstellen. Außerdem soll nach Auffassung des RMV die weitere Verbreitung des Elektronischen Fahrgeldmanagements in Verbindung mit den internetbasierten Vertriebskanälen RMV-TicketShop und RMV-HandyTicket eine Konzentration des personenbedienten Vertriebs an SPNV-Zugangsstellen ermöglichen.

Im Ergebnis hat diese Ausschreibung unmittelbare Auswirkungen auf die Vertriebsstellen (Mobilitätszentrale, Vorverkaufsstellen) der kvgOF und anderer LNO’en.

Die Ausschreibung des RMV war zunächst für das 1. Quartal 2013 vorgesehen. Allerdings sind aus Sicht der LNO’en noch zahlreiche offene Punkte zu klären. Deshalb wird wohl zunächst eine Verlängerung des, wenn auch sehr teuren, Vertrages mit der DB (28 Mio. € bei 230 Mio. € Erlösen) angestrebt, um Details zu klären und Abstimmungen mit den LNO´en herbeizuführen.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Regionalbahnen

Dreieichbahn (RB 61) und Odenwaldbahn (RB 64)

Am 23. Februar 2012 hat der RMV mit der kvgOF, der DaDiNa und der OREG eine Besprechung zur Neuvergabe der Dreieichbahn und der Odenwaldbahn mit Pfungstadtbahn in einem Linienbündel mit zwei Losen zum Dezember 2015 durchgeführt.

Auf der Odenwaldbahn sind dabei mit der Neuvergabe keine wesentlichen Veränderungen des Fahrplans und des Fahrzeugeinsatzes vorgesehen. Die kvgOF hat nochmals gebeten zu prüfen, inwieweit in Mainhausen-Zellhausen stündliche RB-Halte angeboten werden können.

Auf der Dreieichbahn hat der RMV zuletzt im Jahr 2005 geäußerte Wünsche der Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach wieder aufgegriffen, regelmäßige Direktverbindungen von und nach Frankfurt einzurichten, da die Umsteigezeit in Dreieich-Buchschlag knapp bemessen ist, bei Verspätungen die S-Bahnen leicht verpasst werden und kürzere Reisezeiten zum Hauptbahnhof und ins Bankenviertel angeboten werden können als mit der S-Bahn über Frankfurt Süd. Diese Ziele waren laut einem Gutachten vom Mai 2005 noch an fehlenden Fahrplantrassen zum Frankfurter Hauptbahnhof gescheitert.

Weiterhin hat der RMV deutlich gemacht, dass der heutige Fahrplan sehr aufwändig mit 10 Triebwagen gefahren wird und durch eine Reduzierung der benötigten Fahrzeugzahl eine nachhaltige Kostenreduzierung bei der Neuvergabe erzielt werden müsse.

In diesem Zusammenhang hat der RMV eine Neukonzeption unterbreitet, die in weiteren Gesprächen mit dem RMV zu einem Fahrplankonzept weiterentwickelt wurde.

Insgesamt werden die Vorteile des neuen Konzepts auch nach Abstimmung mit den zuständigen Dezernenten von Rödermark und Dreieich als so gewichtig eingeschätzt, dass sie die Nachteile in der Abwägung deutlich aufwiegen.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Busverkehre

Lokalisierung der Regionalbusse

Im Januar 2012 und teilweise noch bis Mitte Februar 2012 kam es auf einigen Regionalbuslinien zu Fahrtausfällen und/oder Verspätungen. Hiervon war insbesondere die morgendliche Beförderung von Schülern und Beschäftigten betroffen. Diese Linien werden von der Firma BRH viabus GmbH bedient.

Der RMV ist der ‚Besteller' dieser Regionalbuslinien und bezahlt die Grundleistungen auf diesen Linien – und somit ist der RMV auch der unmittelbare Adressat für Beschwerden. Die kvgOF hat also keinen unmittelbaren Einfluss auf Leistungsangebot und Qualität und muss zudem die Beschwerden an den RMV zur Beantwortung weiterleiten. Der Kunde kann verständlicherweise die Zuständigkeiten nicht nachvollziehen.

Am 13. Februar 2012 hat es einen hoch angesetzten Termin der kvgOF mit dem RMV (Geschäftsbereichsleiter) gegeben, in dem wir sowohl die aktuellen Probleme mit der Firma BRH viabus GmbH als auch die perspektivische Entwicklung des gesamten Liniennetzes der Regionalbusse im Kreis Offenbach erörtert haben.

Insgesamt hält es die kvgOF für zweckmäßig, mittelfristig die Regionalbusverkehre in unsere lokale Verantwortung zu übernehmen, um einen unmittelbaren Einfluss auf Angebot und Qualität zu haben – sofern es durch eine Entlastung bei den Zahlungen für den Schienenverkehr den erforderlichen finanziellen Spielraum gibt.

Am letzten Apriltag 2012 erhielt die kvgOF ein Anschreiben von der RMV GmbH, in dem die Geschäftsführung und die zuständige Geschäftsbereichsleitung der kvgOF anbietet, die bisherigen Regionalbuslinien OF-50, OF-95, OF-96 und 653, 662 und 663 ab dem 14. Dezember 2013 in die lokale Zuständigkeit zu übergeben. Eine verbindliche Entscheidung seitens der kvgOF zur Annahme oder Ablehnung des Angebots wurde für den letzten Maitag 2012 erbeten.

Die Geschäftsführung der kvgOF hält es zwar grundsätzlich für sinnvoll, den gesamten Busverkehr neu zu ordnen und strebt deshalb eine zeitgleiche und vollständige Übernahme der (meisten) Regionalbuslinien im Kreis Offenbach an. Die kurzfristige Offerte des RMV mit einem ebenso kurzfristigen Entscheidungszeitraum erschien der kvgOF gleichwohl unter einem erheblichen Handlungsdruck seitens des RMV entstanden zu sein.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Busverkehre (Fortsetzung)

Lokalisierung der Regionalbusse (Fortsetzung)

Das Angebot enthielt weder ausreichende wirtschaftliche Informationen zu diesen Linien noch zu den sonstigen Bedingungen der Lokalisierung, so dass das Angebot des RMV zunächst negativ beschieden wurde (vgl. auch: Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken).

Kürzung und Ausschreibung von Regionalbusleistungen

In einem Schreiben des RMV vom 28. Juni 2012 an alle LNO´en hat der Verkehrsverbund Leistungsanpassungen auf regionalen Linien angekündigt und um Rückmeldung gebeten.

Die kvgOF hat mit ihrem Antwortschreiben vom 2. August 2012 auf mehrere Unstimmigkeiten in der Vorgehensweise des RMV hingewiesen. Deshalb haben wir zu den einzelnen Vorschlägen eher konzeptionell Stellung bezogen, als Grundlage für ein abgestimmtes und stimmiges Gesamtkonzept im Kreis Offenbach und den angrenzenden Kommunen. Das ganze Anschreiben wurde dem Aufsichtsrat zur Kenntnis vorgelegt.

Nachdem das Land Hessen zwischenzeitlich die angekündigten Kürzungen der finanziellen Zuwendungen für 2013 und 2014 zurückgenommen hat, war für die Leistungsreduzierung zum Dezember 2012 zunächst keine Grundlage mehr gegeben. Insofern waren für Dezember 2012 keine nennenswerten Veränderungen auf den Regionalbuslinien zu erwarten; es wurden jedoch einzelne Tagesrandfahrten aufgrund definitiv mangelnder Nachfrage eingestellt.

Für den Fahrplanwechsel im Dezember 2013 sind zwei Linienbündel neu auszuschreiben und zu vergeben. In diesem Zusammenhang wird es nach heutigem Stand mit der Neuvergabe zu ent-sprechenden Anpassungen im Fahrplankonzept auf den Linien OF-50, OF-96 und 653 kommen.

Grundsätzlich vertritt die Geschäftsführung der kvgOF die Auffassung, dass Kürzungen dort, wo sie vor Ort sinnvoll und vertretbar erscheinen, durchaus mitgetragen werden. Voraussetzungen dafür sind, dass:

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Busverkehre (Fortsetzung)

Kürzung und Ausschreibung von Regionalbusleistungen (Fortsetzung)

- die Fahrgastzahlen pro Kurs genannt werden,
- eine Linienerfolgsrechnung vorgelegt wird,
- eine verkehrsplanerische enge Abstimmung mit den betroffenen LNO´en vor der Umsetzung erfolgt,
- die finanziellen Vorteile anteilig den LNO´en zugute kommen,
- ein politisches Marketing der Maßnahmen mit dem RMV und den betroffenen LNO´en abgestimmt und gemeinsam getragen wird.

Lokale Buslinie OF 30

Nachdem im Sommer 2012 die Frist zur Beantragung einer eigenwirtschaftlichen Genehmigung für ein Linienbündel im Kreis Offenbach, zu dem neben der OF 30 noch die RMV-Regionalbuslinien OF-50, OF-96 und 653 zählen, ohne eine einzige Interessensbekundung abgelaufen war, hat der RMV unverzüglich die Ausschreibung eingeleitet, die bis zum Sommer 2013 mit einer Vergabe abgeschlossen sein soll.

Die Möglichkeit zur etwaigen Aufhebung der Ausschreibung, sofern sie kein wirtschaftliches Ergebnis gehabt hat (§ 20 EG Absatz 1 c VOL/A), setzt zunächst die Bestimmung des Auftragswertes voraus. Bei einem signifikant höheren Auftragswert kann die Ausschreibung aufgehoben werden bzw. es ist eine Leistungsanpassung – auch nach unten - von 10% des ausgeschriebenen bzw. später vereinbarten Leistungsangebots möglich.

Der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) hat deshalb – wie bei solchen Verfahren üblich – für das o.g. gesamte Linienbündel nach den „Regeln der kaufmännischen Vorsicht“ einen zu erwartenden Angebotspreis von 3,51 € je Nutzwagenkilometer (Nwkm) ermittelt. Letztlich erwartet der Auftraggeber RMV allerdings durch die europaweite Ausschreibung der regionalen und lokalen Linie(n) ein kostengünstiges Preis-/Leistungsverhältnis.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Busverkehre (Fortsetzung)

Lokale Buslinie OF 30 (Fortsetzung)

Die kvgOF hatte im Herbst 2012 dargelegt, dass derzeit bei einer Neuvergabe mit einer Kostenerhöhung gegenüber der Neuvergabe an die Fa. First (heute Viabus) im Februar 2009 aufgrund der Marktentwicklung für Busverkehrsleistungen von rund 20% zu rechnen ist. Somit war die kvgOF bei einer groben Kostenschätzung von rund 3,35 € je Nutzwagenkilometer (Nwkm) für die Linie OF 30 ausgegangen und liegt somit im Toleranzbereich der Wertbestimmung durch den RMV. Es wurde jedoch vom RMV kein separater ‚Auftragswert' für die OF 30, sondern nur für das gesamte Linienbündel ermittelt.

Die kvgOF hat im Februar 2013 gegenüber dem RMV die Finanzierbarkeit des Auftragswerts nach Belegenheitsprinzip über die Vertragslaufzeit von 8 Jahren schriftlich bestätigt.

Lokale Buslinie OF 99

Die vergangenen Betriebsjahre der OF 99 mit dem Verkehrsunternehmen VINETA waren gekennzeichnet durch immer wiederkehrende Beschwerden über Busausfälle und Leistungseinschränkungen.

Nach dem Ersatz der störanfälligen Fahrzeuge durch Neufahrzeuge im Herbst 2011 konnte die ordnungsgemäße Bedienung des Fahrplanes deutlich verbessert werden, und es ist auch ein subjektiv höheres Fahrgastaufkommen auf den Bussen festzustellen.

Gleichwohl fielen auch für das Jahr 2012 aufgrund der unterschiedlichsten Vertragsverletzungen (überwiegend Meldeverzug) wiederum Vertragsstrafen des RMV sowie Maluszahlungen wegen Schlechtleistung an, die sich wirtschaftlich in einem sechsstelligen Umfang bewegen. Die Geschäftsführung der kvgOF, aber auch der RMV haben gegenüber dem Busunternehmen VINETA deutlich gemacht, dass aufgrund der Erfahrungen aus den letzten Jahren kein großer Verhandlungsspielraum mehr besteht. Die VINETA hatte mit einer möglichen Zahlungsunfähigkeit des Unternehmens argumentiert und zudem Versprechungen in die Zukunft gemacht.

Das Verkehrsunternehmen VINETA einerseits und die Auftraggeberseite (RMV und kvgOF) andererseits haben unterschiedliche Rechtsauffassungen zur Durchsetzbarkeit der vertraglich vereinbarten Vertragsstrafen und der Malusregelung.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Busverkehre (Fortsetzung)

Lokale Buslinie OF 99 (Fortsetzung)

Unter Abwägung des Prozessrisikos wurde eine inzwischen von allen Beteiligten unterzeichnete Zusatzvereinbarung entwickelt. Das Unternehmen verpflichtet sich zur Zahlung eines Teils der Vertragsstrafen und der Malusregelung sowie zur Durchführung von finanziell bewertbaren Verbesserungsmaßnahmen. Das Unternehmen investiert hierbei in die bessere Personalausstattung am Betriebshof in Rodgau-Jügesheim, in die Fahrerschulung und regelmäßige Busreinigung (innen und außen).

Als neuer Betriebsleiter der VINETA Rhein-Main, mit Sitz in Rodgau-Jügesheim, wurde im Juli 2012 der frühere Geschäftsführer der Main-Taunus-Verkehrsgesellschaft und Gründungsgeschäftsführer der kvgOF, Herr Ralf Scholz, eingestellt.

Die kvgOF wird jetzt und zukünftig von VINETA zu leistende Vertragsstrafen zweckgebunden in Verbesserungen des Angebots auf dem Linienweg der OF 99 und zur Intensivierung der Leistungsüberwachung einsetzen. Damit unterbleibt eine Erstattung und der Betrag wird direkt in Qualitätsverbesserungen investiert.

Stadtbus Rödermark

Seit September 2009 hat die Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH (kvgOF) Verhandlungen mit der Stadt Rödermark zur Einführung eines Stadtbusses für Rödermark geführt.

Mit dem Start des Stadtbusses Anfang August 2012 ist diese Vorbereitungsphase in ein konkretes Ergebnis gemündet: Es wurde ein Probetrieb bis Ende 2014 vereinbart.

Das mit der Stadt Rödermark ausgehandelte Finanzierungstableau lässt eine voraussichtliche jährliche Unterdeckung von 70.000 € erwarten. Die Stadt Rödermark hat mit Stadtverordnetenbeschluss vom 22. Mai 2012 die Übernahme der jährlichen Unterdeckung des Stadtbusbetriebes, zunächst für die Dauer des Probebetriebes bis zum 13.12.2014, beschlossen.

Zusätzlich trägt die Stadt Rödermark die Regiekosten der kvgOF in Höhe von 35.000 € pro Jahr (anteilig 14.500 € ab August für das Jahr 2012) sowie die notwendigen Sachkosten.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Busverkehre (Fortsetzung)

Stadtbus Rödermark (Fortsetzung)

Der Probebetrieb wird zunächst mit dem bestehenden Fuhrpark des Unternehmens ‚Schau in's Land – Hain' durchgeführt. Sollte der Stadtbusbetrieb nach Ablauf des Probebetriebes fortgesetzt werden, werden im Rahmen der dann notwendigen europaweiten Ausschreibung die im RMV gültigen Qualitätsanforderungen für Busse festgesetzt werden. Auch während des Probebetriebes werden die allgemeinen Qualitätsmerkmale eines ordnungsgemäßen Stadtbusbetriebes angewandt. Auch Pünktlichkeitsdaten und Echtzeitdaten werden zur Qualitätsüberwachung und Fahrgastinformationen erhoben und verwandt.

Durch die Einführung eines Stadtbusbetriebes in Rödermark erhalten die ÖPNV-Nutzer zukünftig zusätzliche Nutzungsmöglichkeiten. So werden zukünftig Schüler und Auszubildende mit dem Erwerb einer RMV-Fahrkarte, z.B. die CleverCard, neben dem Verkehrsangebot der Firma ‚Schau in's Land – Hain' auch die übrigen RMV-Verkehrsangebote nutzen können.

Obwohl im Rahmen der verbundweiten Fahrgasterhebung im Jahr 2010 die Fahrgäste der Firma Hain nicht erfasst wurden, konnte die kvgOF in Verhandlungen mit dem RMV eine sehr günstige Verfahrensweise im Rahmen des Einnahmeaufteilungsverfahren erreichen. Dies wird maßgeblich zur Finanzierung des Stadtbusbetriebes beitragen.

Da die Überführung des bisherigen Schülerlinienverkehrs in den Stadtbus Rödermark auch im Interesse einer langfristigen Sicherung der Schülerbeförderung in Rödermark liegt, gewährt der Kreis Offenbach aus Mitteln der Schülerbeförderung ebenfalls eine Anschubfinanzierung.

Betrieb und Technik

Dynamische Fahrgastinformationssysteme (DFI)

Im Jahr 2006 wurde das Projekt der Errichtung Dynamischer Fahrgastinformationstafeln in seiner ersten Ausbaustufe fertiggestellt. Für 2008 und 2009 war eine Weiterführung im Westteil des Kreises Offenbach vorgesehen.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Betrieb und Technik (Fortsetzung)

Dynamische Fahrgastinformationssysteme (DFI) (Fortsetzung)

Am 17.12.2010 ging der GVFG-Förderungsbescheid bei der kvgOF ein, so dass das Projekt in 2011 weitergeführt werden konnte. Die entsprechenden Angebote potentieller Anbieter sind nach einer Ausschreibung im März 2011 eingegangen, die Vergabe erfolgte am 18.05.2011. In der zweiten Jahreshälfte 2011 wurden die Vorarbeiten zur Installation der DFI-Anzeiger durchgeführt. Seit Januar 2012 wurden die DFI-Anzeigen bis Ende April 2012 errichtet.

Die vorgesehene Endabnahme am 3. Mai 2012 brachte kein befriedigendes Ergebnis. Die geforderten Echtzeitanzeigen wurden nicht rechtzeitig realisiert, und auch die richtungsgebundene Darstellung auf den Anzeigen war nicht zufriedenstellend.

Deshalb wurden von der kvgOF weitere Nachbesserungen vom Dienstleister gefordert und schließlich juristische Fristen und Nachfristen gesetzt, die Ende Juli 2012 zum gewünschten Ergebnis führen sollten.

Nachdem uns auch Anfang August noch offensichtliche Fehler in der Anzeige gemeldet wurden, hat die Geschäftsführung der kvgOF am 13. August 2012 den Geschäftsführer der ausführenden Firma DEISTER, Herrn Lippold, telefonisch aufgefordert, die DFI gemäß Ausschreibungs- und Vergabeunterlagen bis zum 31. August 2012 vollumfänglich und nachweislich fehlerfrei herzustellen. Die finale Abnahme mit dem entsprechenden Testbetrieb war somit für September 2012 vorgesehen.

Anschließend hat die kvgOF dem Geschäftsführer der Fa. DEISTER die Mängelliste aus Neu-Isenburg übersandt und nochmals schriftlich die o.g. Aufforderung dargelegt.

Weiterhin wurden mit der Projektsteuerung (Fa. Blic, Frau Hilken-Müer) die rechtlichen Möglichkeiten und Konsequenzen erörtert, die im Falle einer weiterhin bestehenden Minderleistung gegeben wären.

Letztlich konnten erst kurz vor Jahreswechsel 2012 / 2013 die finalen Abnahmen erfolgen.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Betrieb und Technik (Fortsetzung)

RBL-light

Im Rahmen der o.g. Probleme bei der Bereitstellung von Echtzeitdaten auf den neuen DFI-Systemen (s.o.) hat die Geschäftsführung den Eindruck gewonnen, dass das technische System zur Erfassung von Pünktlichkeits- und Echtzeitdaten zur Fahrgastinformation offensichtlich – oder vermeintlich - an seine Grenzen stößt.

Das RBL-light ist eine individuelle Entwicklung der kvgOF mit dem Dienstleister tim IT (Bad Vilbel). Zur Klärung der Fragen zum Stand der Technik und zu den Entwicklungsperspektiven dieses Systems hat die Geschäftsführung einen Experten auf diesem Gebiet beauftragt, die Leistungsfähigkeit und Zukunftssicherheit zu analysieren und zu bewerten.

Die Firma BLIC (Berlin) war zuständig für die technische Projektsteuerung im jüngsten DFI-Projekt der kvgOF und hat im Januar 2013 den Anschlussauftrag erhalten, die dafür erforderlichen Consultingleistungen zu erbringen.

Elektronisches Fahrgeldmanagement (eTicketing)

Die Einführung des eTickets für Monatskarten ging für die kvgOF als auch für die lokalen Partner weitgehend reibungslos vonstatten. Die Kontrollinfrastruktur war zu Beginn des Jahres 2012 noch nicht flächendeckend vorhanden, sie liegt jedoch im RMV-weiten Vergleich gut.

Die kvgOF hat für alle Stadtbusunternehmen im Kreis Offenbach das Handling für Ausgabe und Verwaltung der Jahreskarten übernommen. Auch für die autarken und mobilen Kontrollgeräte, die vom RMV zur Verfügung gestellt wurden und von verschiedenen Verkehrsunternehmen im RMV eingesetzt werden, hat die kvgOF gegen Kostenerstattung durch die Verkehrsunternehmen die Dienstleistung des Hostings übernommen.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Betrieb und Technik (Fortsetzung)

Busdrucker und Verkaufsgeräte

Die kvgOF hat im Jahr 2012 als Dienstleister für die Stadtbusbetriebe und für die eigenen Verkaufsgeräte die notwendige Software und Hardware des sogenannten ‚Hintergrundsystems' für den Betrieb des eTickets beschafft. Hierbei werden Synergieeffekte durch die Servernutzung unseres eigenen RBL-light-Systems sowie des Hostingservers für die Kontrollgeräte zum eTicketing genutzt.

Durch die zentrale Softwarehaltung wird die kvgOF zukünftig auch anderen Verkehrsunternehmen das Hosting, das Datenmanagement und die Verwaltung für Verkaufsgeräte und Busdrucker anbieten können und somit die eigenen Fixkosten für diese Aufgabe refinanzieren.

Die kvgOF erwartet durch diese Technik und zentrale Aufgabenwahrnehmung letztlich eine Reduzierung des administrativen Vertriebsaufwands für alle Beteiligten. Außerdem werden durch die neuen Verkaufsgeräte die Vertriebsanstrengungen intensiviert. Auch das Vorverkaufsstellennetz der kvgOF wird mit den neuen, modernen Verkaufsgeräten erweitert.

Projekt ‚touch & travel'

‚Touch & travel' ist ein mobiles Vertriebssystem der Deutschen Bahn AG für Nah- und Fernverkehrstickets. Es ist seit Dezember 2011 in Frankfurt und an allen Bahnstationen im RMV-Gebiet verfügbar. Dieses System soll in absehbarer Zeit deutschlandweit nutzbar werden.

Der Rhein-Main-Verkehrsverbund hat die kvgOF als zuständige Lokale Nahverkehrsorganisation (LNO) um die Genehmigung gebeten, die erforderlichen Kontaktpunkte für das Vertriebssystem ‚touch & travel' der Deutschen Bahn AG an den Haltestellen im Kreisgebiet anbringen zu dürfen.

Die kvgOF ist nicht selber Eigentümer dieser Infrastruktur. Insofern haben wir die jeweiligen Kommunen als Eigentümer der Haltestellen gebeten, uns die Erlaubnis auszusprechen, dem RMV die Anbringung der o.g. Punkte zu genehmigen.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Betrieb und Technik (Fortsetzung)

Projekt ‚touch & travel' (Fortsetzung)

Die kvgOF hat sich in Vorgesprächen mit dem RMV und anderen LNO'en darüber verständigt, dass mit der Einführung dieses Systems keine wirtschaftlichen oder andere nennenswerten Nachteile zu erwarten sind.

Automatische Fahrgastzählsysteme

Um künftig detaillierte Informationen über die tatsächliche Kundenfrequenz auf unseren Buslinien zu erhalten, plant die kvgOF den Einsatz von automatischen Fahrgast-zählsystemen.

Hierzu wurden der kvgOF in 2012 verschiedene Sensoren von unterschiedlichen Unternehmen präsentiert und diese für den künftigen Einsatz geprüft. Durch die moderne Technik können zudem bei Bedarf weitere Verknüpfungen zu anderen technischen Komponenten (u.a. Busdrucker) erzeugt werden.

Eine entsprechende Beauftragung ist mittlerweile erfolgt, und für das erste Quartal 2013 ist zunächst ein 6-wöchiger Probebetrieb auf den beiden Bussen des Stadtbusses Rödermark vorgesehen. Treten in dieser Zeit keine nennenswerten Probleme bei der Installation sowie im täglichen Einsatz auf, wird das System dort anschließend für mehrere Monate im Produktivbetrieb eingesetzt. Die Kosten für Hardware und Betrieb werden seitens der kvgOF getragen. Bis Ende Februar 2013 sollen die Busse der Firma ‚Schau in´s Land - Hain' durch die iris GmbH inspiziert und der Einbau des Systems vorbereitet werden.

Zusätzlich ist ein weiterer Einsatz der automatischen Zählgeräte auf der Linie OF 99 vorgesehen. Sollte der Probebetrieb auf dem Stadtbus Rödermark positiv verlaufen, werden nach dessen Abschluss insgesamt fünf Busse der Firma VINETA mit der entsprechenden Hardware ausgestattet.

Haltestellenmanagement für den Kreis Offenbach

Die heutige Situation zeigt, dass durch die vertraglich geregelten Vereinbarungen jede Kommune ihre Haltestellen in eigener Weise plant, baut und betreibt. Im Rahmen der vertraglichen Vereinbarungen wurden nur wenige Vorgaben festgehalten. Dies führt letztendlich dazu, dass die Haltestellen im Kreisgebiet unterschiedliche Standards haben und kein einheitliches Erscheinungsbild vorhanden ist.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Betrieb und Technik (Fortsetzung)

Haltestellenmanagement für den Kreis Offenbach (Fortsetzung)

Für die Planung und Gestaltung von Haltestellen werden von jeder Kommune bei jeder Maßnahme entsprechende Kosten für immer wiederkehrende Leistungen an externe Dienstleister gezahlt. Das Einreichen von Förderanträgen ist aufwendig und gestaltet sich schwierig, da die Mindestvolumen nur selten erreicht werden. Letztendlich können Verbesserungsmaßnahmen deshalb nur über einen längeren Zeitraum zusammengefasst und in unregelmäßigen Abständen durchgeführt werden.

Das Risiko besteht somit zukünftig darin, dass die Haltestelleninfrastruktur aufgrund fehlender finanzieller Mittel vernachlässigt wird – oder werden muss. Mögliche Fördergelder werden nicht abgerufen, was sich langfristig auch nachteilig auf die Akzeptanz des ÖPNV im Kreisgebiet auswirken kann.

Im Sinne eines möglichst kundenfreundlichen und attraktiven ÖPNV möchte die kvgOF dem Kunden attraktive und zeitgemäße Haltestellen im Kreisgebiet mit hohem Wiedererkennungswert anbieten. Zunächst sollte deshalb geklärt werden, welche Funktion eine Haltestelle in Zukunft übernehmen kann und welche Anforderungen an die Infrastruktur und Ausstattung gestellt werden.

Im Rahmen eines Konzeptes sollen zudem Perspektiven aufgezeigt werden, wie funktionell und nutzerfreundlich eine Haltestelle der Zukunft aussieht. Bei der Entwicklung von standardisierten Haltestellenmodulen sollen vor allem die Aspekte Praktikabilität, Funktionalität und ein hoher Servicelevel im Vordergrund stehen und nicht etwa die künstlerische Gestaltung. Weiterhin sind Modelle zur privatwirtschaftlichen Finanzierung (Deutsche Städte Medien u.ä.) zu prüfen und entsprechende Gespräche zu führen.

Durch ein aufeinander abgestimmtes Konzept entsteht für die Kommunen zukünftig der Vorteil, durch eine zentrale Koordination des Haltestellenmanagements entsprechend Kosten für Umbau- und Ausbau von Haltestellen zu sparen, durch Zusammenlegung von interkommunalen Maßnahmen höhere Fördergelder zu erhalten und eine schnellere Umsetzung der Maßnahmen zu realisieren. Zudem sind einheitliche und attraktive Haltestellen eine positive Visitenkarte für jede Stadt und leisten einen wesentlichen Beitrag zur langfristigen Sicherung des ÖPNV und der Mobilität der Einwohner.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Betrieb und Technik (Fortsetzung)

Haltestellenmanagement für den Kreis Offenbach (Fortsetzung)

Durch einheitliche Elemente können Ersatzteile zudem in größeren Stückzahlen eingekauft werden, weshalb der Betrieb der Haltestellen kostengünstiger wird. Durch zwei bis drei kreisweite Kümmerer können die Haltestellen kostengünstig gepflegt und gereinigt werden.

In einem zweiten Schritt soll anschließend die bestehende Infrastruktur aufgenommen, bewertet und ein detailliertes Handlungskonzept erstellt werden.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Neuer Gesellschafter der kvgOF

Die Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft (KVBG) GmbH ist Mehrheitsgesellschafterin der kvgOF und soll mittelfristig liquidiert werden. Dazu ist es erforderlich, dass die KVBG GmbH die von ihr gehaltenen Gesellschaftsbeteiligungen auf den Kreis Offenbach überträgt. Deshalb soll die Gesellschafterversammlung der kvgOF die nach § 8 Abs. 10 Buchst. f) des Gesellschaftsvertrages erforderliche Zustimmung zu der Übertragung des Geschäftsanteils im Nennbetrag zu € 28.640,00 von der KVBG GmbH an den Kreis Offenbach am 11. April 2013 erteilen.

Der Verlustausgleich zugunsten der kvgOF ist bislang von der KVBG GmbH vorgenommen worden. Die dafür erforderlichen Mittel wurden der KVBG GmbH von dem Kreis Offenbach zur Verfügung gestellt. Wegen der beabsichtigten Liquidation der KVBG GmbH soll ab dem Geschäftsjahr 2014 die Verlustübernahme direkt von dem Kreis Offenbach vorgenommen werden. Die bis zum 31.12.2013 entstehenden Verluste sind noch von der KVBG GmbH zu tragen.

Für die Aufhebung des Ergebnisabführungsvertrages und für den Abschluss der Verlustübernahmevereinbarung ist die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich. Weiter haben die Mitgesellschafter der KVBG GmbH einen Gesellschafterbeschluss zu fassen, wonach sie mit der Aufhebung des Ergebnisabführungsvertrages einverstanden sind.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken (Fortsetzung)

Neuer Gesellschafter der kvgOF (Fortsetzung)

Im Gesellschaftervertrag werden im Zuge der erforderlichen Änderungen beim Übergang der Gesellschaftsanteile von der KVBG an den Kreis Offenbach zudem die bis dato aufgelaufenen Änderungsvorschläge aus dem Aufsichtsrat sowie weitere Empfehlungen des Notars eingearbeitet. Damit sollen bislang offene Punkte eindeutig formuliert werden und zudem der aktuelle Stand der einschlägigen Rechtsvorschriften übernommen werden.

Strategische, organisatorische und wirtschaftliche Reorganisation

Der öffentliche Nahverkehr ist und bleibt ein wesentlicher Garant für die Sicherung der von Bevölkerung und Wirtschaft benötigten und geforderten Mobilität im Kreis Offenbach. Die Menschen in unserer Region sind auch in der Zukunft auf ein attraktives und bezahlbares System öffentlich nutzbarer Verkehrsmittel angewiesen. Zahlreiche Einwohner, Beschäftigte oder Besucher, die über eine Wahlfreiheit bei den Verkehrsmitteln verfügen, stehen der Nutzung des ÖPNV grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber und stellen somit ein erhebliches Potential als zukünftige Kunden dar.

Zugleich stellt sich aus heutiger Sicht die Frage nach der künftigen Finanzierung des Leistungsangebots und dessen Qualität dringlicher denn je, um ein nachhaltiges Nahverkehrsangebot sichern zu können. Hier ist in den kommenden Jahren ein hohes Maß an Optimierung, Koordinierung und Kreativität vonnöten, um den öffentlichen Nahverkehr mit den begrenzten finanziellen Mitteln zu bewältigen und dabei eines hohes Maß an Mobilität für alle Bevölkerungsgruppen zu garantieren.

Die Geschäftsführung der kvgOF sieht es für unerlässlich an, die heutige organisatorische und finanzielle Struktur des lokalen Nahverkehrs im Kreis Offenbach im Hinblick auf ihre Risiken und Potentiale und somit ihre Zukunftsfähigkeit zur Diskussion zu stellen und eine prozessorientierte Reorganisation durchzuführen. Hierzu hat die Geschäftsführung dem Aufsichtsrat am 14. März 2013 die wesentlichen Risiken und Potentiale dargelegt und einen entsprechenden Prozess eingefordert.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken (Fortsetzung)

Strategische, organisatorische und wirtschaftliche Reorganisation (Fortsetzung)

Aktuelle Herausforderungen

Die aktuelle Risikoanalyse der PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungs-gesellschaft (PwC) zum ÖPNV in Hessen sagt: „In den Jahren ab 2015 ist schrittweise eine Finanzierungslücke von bis zu 140 Millionen Euro pro Jahr zu erwarten, davon auf Ebene der Verkehrsverbünde 100 Millionen Euro […] und auf lokaler Ebene 40 Millionen Euro. […]."

Deshalb sollen Aufgaben künftig gestraffter und effizienter wahrgenommen werden. Zudem werden in der Risikostudie als ein Lösungsansatz auch die Zusammenlegung von LNO'en und die Bildung von sogenannten Kompetenzzentren zu thematischen Schwerpunkten gefordert.

Die Zukunft und die damit verbundene Organisation des ÖPNV in Hessen wird sich somit in den kommenden Jahren einem tiefgreifenden Wandel unterziehen müssen.

Diesem Wandel wird sich der Kreis Offenbach und sein Nahverkehr stellen und dabei tradierte Strukturen überdenken und ggf. anpassen müssen. Und die kvgOF muss diesen Wandel frühzeitig und gezielt mitgestalten können und sich Handlungsspielräume eröffnen, um ihre Position – und damit die Interessen aller Kommunen im Kreisgebiet - im Verkehrsverbund behaupten zu können.

Dabei sind insbesondere zu berücksichtigen:

- das zukünftige Beförderungsangebot in Qualität und Quantität,
- die erforderliche Infrastruktur,
- die technische und betriebliche Organisation,
- die Servicequalität und die Kundenansprache,
- die finanziellen Rahmenbedingungen vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Situation im Kreis und in den Kommunen sowie
- die Handlungsmöglichkeiten zur Reaktion auf wechselnde und neue Kundenwünsche.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken (Fortsetzung)

Strategische, organisatorische und wirtschaftliche Reorganisation (Fortsetzung)

Risiken für den ÖPNV im Kreis Offenbach

Verändertes Mobilitätsverhalten

Prof. Dr.-Ing. Jürgen Follmann weist in seinem aktuellen Thesenpapier zum ‚Leitbild ‚Mobilität für den Kreis Offenbach' auf folgende Rahmenbedingungen hin, die sich unmittelbar auf die Zukunft des ÖPNV auswirken:

- Veränderungen in Gesellschaft, Umwelt und bei den Ressourcen erfordern neue Lösungsansätze für eine zukunftsfähige Mobilität
- Ansprüche an die Mobilität werden immer individueller
- hohe Qualitätsansprüche bei größerer Wahlfreiheit
- effiziente Nutzung und optimaler Auslastungsgrad
- Angebot eines ganzheitlichen Leistungsbilds

Gesetzliche Rahmenbedingungen

Die Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH kann auch zukünftig als Aufgabenträger gemäß Hessischem ÖPNV-Gesetz nicht gleichzeitig als Verkehrsunternehmer und Inhaber einer Genehmigung nach § 42 des Personenbeförderungsgesetzes auftreten.

Das Regierungspräsidium Darmstadt als zuständige Genehmigungsbehörde hat die kvgOF schriftlich darauf hingewiesen, dass die Behörde die zukünftigen Anträge der kvgOF auf Liniengenehmigungen nach § 42 PBefG (z.B. AST-Verkehre) abzulehnen hat, da diese als Aufgabenträger nach § 8 Absatz 3 des Hessischen ÖPNV-Gesetzes nicht Verkehrsunternehmer nach dem PBefG sein darf und sich hieraus ein fehlendes Sachbescheidungsinteresse an der Entscheidung über den Antrag ergibt.

Veränderte operative Rahmenbedingungen

Die Qualität der Leistungen auf den Bussen wird kontinuierlich schlechter, die Einfluss-möglichkeiten der kvgOF auf die Dienstleister sind in der Praxis sehr begrenzt; der Kunde wird zunehmend unzufriedener. Die Effekte des Hessischen Weges („Wettbewerb durch Ausschreibung") zeigt seine problematischen Seiten, und die Kosten werden in den kommenden Jahren wahrnehmbar steigen.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken (Fortsetzung)

Strategische, organisatorische und wirtschaftliche Reorganisation (Fortsetzung)

Risiken für den ÖPNV im Kreis Offenbach (Fortsetzung)

Veränderte operative Rahmenbedingungen (Fortsetzung)

Die historisch bedingte Diversifizierung der Verantwortlichkeiten führt bei der erforderlichen Abstimmung der kvgOF mit den lokalen Partnern und dem RMV (z.B. Busdrucker, Haltestellen, Informationssysteme, Kontrollen etc.) häufig zu Reibungsverlusten und unterschiedlichen Qualitätsstandards.

Der RMV beabsichtigt zudem, ab dem Jahre 2014 den Vertrieb im Schienennahverkehr (SPNV) auszuschreiben und an externe Anbieter zu vergeben. Gleichzeitig soll eine generelle Optimierung der ‚Vertriebslandschaft' erfolgen, die kostengünstiger bei weiterhin hohem Service für die Kunden sein soll. Hier muss sich der Kreis Offenbach und sein Nahverkehr entsprechend positionieren und ggf. aktiv in den Wettbewerb gehen.

Veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die angebotene Lokalisierung der Regionalbuslinien ist uns derzeit aus finanziellen Gründen nicht möglich, aus Gründen der Synergie und Effizienz jedoch zwingend erforderlich. Stadtbuslinien einzelner Kommunen lassen sich jetzt oder zukünftig nicht mehr wirtschaftlich darstellen.

Vor dem Hintergrund der notwendigen Neuordnung der öffentlichen Haushalte - mit dem Ziel der Schuldenrückführung bis spätestens 2020 auf Null - ist die Bereitstellung finanzieller Mittel für den ÖPNV keine ‚Selbstverständlichkeit' mehr und wird zunehmend hinterfragt. Gleichzeitig zeigen die Diskussionen mit dem RMV und dem Land Hessen über die Finanzierung des ÖPNV in Hessen, dass wirtschaftliche Optimierungen unausweichlich sind.

Die angestrebte Realisierung von echten und transparenten Budgets für lokale und regionale Verkehre, in welche die heutigen Zuwendungen, Sondermittel etc. inkludiert werden, wird mehr Marktorientierung in den ÖPNV bringen. Damit wird auch die heutige Finanzierungsstruktur zwischen der kvgOF und den Kommunen bzw. deren Stadtwerke anzupassen sein.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken (Fortsetzung)

Strategische, organisatorische und wirtschaftliche Reorganisation (Fortsetzung)

Risiken für den ÖPNV im Kreis Offenbach (Fortsetzung)

Lokalisierung von Regionalbuslinien

Für die kvgOF wäre eine Verlängerung aller Konzessionen von Regionalbuslinien auf ein einheitliches Datum (z.B. bis Ende 2014) zweckmäßig, um die Buslinien im Kreisgebiet und den angrenzenden Gebietskörperschaften gesamtheitlich den zukünftigen Anforderungen und Zielsetzungen anzupassen und so auszuschreiben.

Diese Regionalbuslinien könnten dann ‚in einem Zug' lokalisiert werden, wenn bis dahin insbesondere

- die neuen Finanzierungsinstrumente im RMV erarbeitet und verabschiedet sind,
- eine spürbare Entlastung der kvgOF bei der Partnerschaftsfinanzierung Schiene erfolgt ist,
- ein verbindlicher Zeitplan für die Neudefinition eines „Status Quo" im SPNV verabschiedet ist, um eine Gleichbehandlung aller SPNV-Anlieger im RMV-Gebiet herbeizuführen,
- die finanziellen Rahmenbedingungen einer Lokalisierung geklärt sind und
- die Lokalisierung für die kvgOF wirtschaftlich und organisatorisch darstellbar ist.

In diesem Sinne hat die kvgOF bekundet, dass weiterhin unsere grundsätzliche Absicht der Lokalisierung von Regionalbuslinien im Kreis Offenbach besteht und den RMV aufgefordert, ein detailliertes Gesamtkonzept für die Übernahme der Regionalbuslinien in lokale Verantwortung vorzustellen, das auch die wirtschaftlichen Auswirkungen fundiert und transparent darstellt.

Die kvgOF hat den RMV zudem gebeten, dass er die Verkehrsunternehmen in den anstehenden Ausschreibungsverfahren bereits darauf hinweist, dass er ggf. beabsichtigt, während der Vertragslaufzeit das Linienbündel – oder zumindest Teile daraus – in die Verantwortung der Lokalen Nahverkehrsorganisation zu übertragen. Alle weiteren Verhandlungen während der Laufzeit des Vertrages würden dann von der kvgOF mit den Verkehrsunternehmen verhandelt. Insofern sollte die kvgOF während des Ausschreibungs- und Vergabeprozesses in alle notwendigen Schritte einbezogen werden.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken (Fortsetzung)

Strategische, organisatorische und wirtschaftliche Reorganisation (Fortsetzung)

Risiken für den ÖPNV im Kreis Offenbach (Fortsetzung)

Finanzierung im RMV

Bei der Neujustierung der Finanzierungsinstrumente im RMV wird die Diskussion zu FAG- und Regionalisierungsmitteln sowie Aufteilung des Lokalen Budgets nach der Verwendung entsprechend dem Hess. ÖPNV-Gesetz ein wesentlicher Diskussionspunkt sein.

Die Geschäftsführung des RMV vertritt die Auffassung, dass auch die lokale Seite Planungssicherheit für die Laufzeit der kommenden Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Hessen haben muss. Dies soll aus seiner Sicht dadurch gewährleistet werden, dass die FAG-Mittel vollständig an die lokale Seite gehen sollen. Sie plädiert an die kommunalen Aufgabenträger und deren Organisationen, sich für eine Dynamisierung bei ihren Gebietskörperschaften einzusetzen.

Die kvgOF hat im zurückliegenden Geschäftsjahr – anders als einige andere LNO'en – die Einbußen im lokalen Verkehr über den neuen Vertriebsanreiz, aber auch über entsprechende Rückstellungen in dem Wirtschaftsplan im Geschäftsjahr 2012 sowie die bereits genannte ‚Abfederung' vergleichsweise glimpflich überstanden.

Einnahmenaufteilung im RMV

Für das Geschäftsjahr 2013 ist sowohl bei der kvgOF als auch bei den lokalen Partnern zu berücksichtigen, dass es für die EAV/ABR 2012 voraussichtlich keine erneute ‚Abfederung'– oder nur zu einem gewissen Prozentsatz - wie für die EAV/ABR 2011 geben wird. Somit sollten die Wirtschaftspläne gemäß den Regeln der kaufmännischen Vorsicht aufgestellt und entsprechende Rückstellungen gebildet werden. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sich insbesondere die mittelhessischen Aufgabenträger für eine erneute Kompensation der lokalen Mindereinnahmen bei der Einnahmenzuscheidung zugunsten des Regionalverkehrs aussprechen werden.

Die LNO'en im Rhein-Main-Gebiet sprechen sich jedoch gegen eine erneute Abfederung der Auswirkungen für die anstehende EAV/ABR 2012 aus. Denn die Probleme der Unterfinanzierung der lokalen Verkehre werden sich damit, wenn überhaupt, nur kurzfristig lösen lassen. Sollte die Abfederung der Erhebung weiter fortgeführt oder gar noch betragsmäßig angehoben werden, sind die Probleme nur in die Zukunft verschoben und treten dann umso heftiger auf.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken (Fortsetzung)

Strategische, organisatorische und wirtschaftliche Reorganisation (Fortsetzung)

Risiken für den ÖPNV im Kreis Offenbach (Fortsetzung)

Einnahmenaufteilung im RMV (Fortsetzung)

Die Konsolidierung muss aus Sicht der ballungsraumnahen LNO‘en jetzt eingeleitet und Einsparungen vorgenommen werden. Unabhängig davon muss nach Auffassung der kvgOF et al so schnell wie möglich eine neue Vollerhebung folgen, um die erkannten Mängel aus 2010 zu beheben.

Kosten für Verkehrsleistungen

Die aktuelle Ausschreibung der OF 30 bzw. des gesamten Linienbündels zeigt zugleich den Rahmen für die übrigen Neuvergaben von Busleistungen auf, die in den kommenden Jahren anstehen.

Die positiven Effekte des Wettbewerbs in der ersten Ausschreibungswelle des RMV mit relativ günstigen Preisen je Nutzwagenkilometer sind mittlerweile aufgezehrt. Es ist mit erheblichen Kostensteigerungen bei einer Neuvergabe von Leistungen zu rechnen, die sich nach heutigem Stand bei Mehrkosten von etwa 20 – 30% gegenüber den heutigen Vereinbarungen bewegen werden.

Tarifstrukturreform im RMV

Der RMV setzt in 2013 und 2014 die vierte Stufe der Tarifstrukturreform um, die wesentliche Veränderungen in dem zukünftigen Tarifgefüge des Verbunds haben wird.

Ziel der Tarifstrukturreform ist es u. a., die Entwicklung eines flexiblen, marktgängigen Relationstarif zu ermöglichen. Somit sollen künftig Fahrtrelationen markt- und leistungsgerechter, aber voneinander unabhängiger, bepreist werden.

Die dritte Stufe bestand in der Einführung von Stadtpreisstufen, wie sie bereits zum Tarifwechsel 12/2012 in den Städten Frankfurt und Offenbach umgesetzt worden ist. Zum kommenden Tarifwechsel werden weitere Stadtpreisstufen in den Sonderstatusstädten sowie evtl. auch in der Stadt Darmstadt eingeführt.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken (Fortsetzung)

Strategische, organisatorische und wirtschaftliche Reorganisation (Fortsetzung)

Risiken für den ÖPNV im Kreis Offenbach (Fortsetzung)

Tarifstrukturreform im RMV (Fortsetzung)

Die größte Herausforderung zum Tarifwechsel im Dezember 2013 besteht jedoch in der Schaffung und Umsetzung der technischen Voraussetzungen für die vierte Stufe der Tarifstrukturreform, dem Regionaltarif, von der die kvgOF und damit der Kreis Offenbach unmittelbar betroffen sind.

In einem ersten Schritt sollen die technischen Voraussetzungen geschaffen werden, wobei sich zunächst aus Kundensicht wenige Veränderungen ergeben werden. Danach werden in späteren Tarifwechseln zunehmend die Tarifrelationen und Preise ausdifferenziert. Dabei wird sich die Preisbildung nicht mehr an abbildbaren Tarifregeln orientieren. Vielmehr werden künftig Zielpreise an Hand einer Preisfunktion, die verschiedene Parameter wie Entfernung, Angebots- u. Verbindungsqualität, Reisezeit, u. ä. beinhaltet, ermittelt. In weiteren Schritten können dann die derzeitigen Preise sukzessive an diese Zielpreise herangeführt werden.

Um derart vorgehen zu können, sieht das Konzept des Regionaltarifs kleinräumigere Tarifgebiete vor, die mit einer Anzahl von ca. 80 bis 90 für den Großteil des Fahrkartensortiments in einem preislichen Abstand von ca. 2,8 bis 3,3% gestaffelten Preisstufen, miteinander verknüpft werden können. Bei der Überführung der heutigen Preise in die künftige Preisreihung ist es unumgänglich, dass die meisten Einzel- u. Zeitkartenrelationen für das gleiche „Von“, „Nach“, „Über“ in unterschiedliche Preisstufen aufgetrennt werden.

Diese neue Einteilung führt zu deutlich mehr Tarifgebieten, die dazu auch komplett neu durchnummeriert werden. Damit ändern sich alle Datensätze, und das Verkaufssystem muss entsprechend angepasst werden.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken (Fortsetzung)

Strategische, organisatorische und wirtschaftliche Reorganisation (Fortsetzung)

Risiken für den ÖPNV im Kreis Offenbach (Fortsetzung)

Konzession für Anrufsammeltaxi OF 35

Vom Regierungspräsidium Darmstadt erhielt die kvgOF die Nachricht, dass nunmehr die beantragte Konzession für das AST endgültig erteilt werden soll, da eine Genehmigungsfiktion nach § 15 Absatz 1 PBefG eingetreten ist.

Gleichzeitig hat uns das Regierungspräsidium unmissverständlich darauf hingewiesen, dass die kvgOF als lokale Nahverkehrsorganisation zukünftig keinerlei Konzessionen nach § 42 PBefG mehr erhalten wird, da diese als Aufgabenträger nach § 8 Absatz 3 des Hessischen ÖPNV-Gesetzes nicht Verkehrsunternehmer nach PBefG sein darf (Besteller / Ersteller-Prinzip).

Da die Novelle des Hessischen ÖPNV-Gesetzes hierzu keine Öffnungsklausel aufgenommen hat, bedeutet das für die kvgOF, dass auch die heute bestehenden Konzessionen für AST-Verkehre (vor allem Ostkreis) keine Aussicht auf eine Verlängerung haben.

Dies würde zukünftig den Handlungsspielraum der kvgOF operativ und wirtschaftlich einschränken. Bereits heute ist festzustellen, dass die in Frage kommenden Taxi-Unternehmen wichtige und notwendige Bestandteile eines Verkehrsvertrages nur bedingt erfüllen können. Ohne sachkundige Mithilfe der kvgOF wären diese Unternehmen nicht in der Lage, die notwendigen Formalien zu erfüllen.

Veranstaltungsticket (Frankfurt Ticket Rhein Main)

Der Verkauf von Veranstaltungstickets in der Mobilitätszentrale erfordert häufig eine zeitintensive Beratung, die wiederum die Bedienung der Bus- und Bahnkunden beeinträchtigt. Außerdem kaufen die Kunden zunehmend ihre Tickets im Internet, so dass der Umsatz häufig die Fixkosten nicht trägt.

Deshalb werden wir die Verträge mit allen Ticket-Unternehmen zum Jahresende 2013 aufkündigen und den Vertrieb von Eventtickets in der Mobilitätszentrale einstellen.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken (Fortsetzung)

Strategische, organisatorische und wirtschaftliche Reorganisation (Fortsetzung)

Risiken für den ÖPNV im Kreis Offenbach (Fortsetzung)

Veranstaltungsticket (Frankfurt Ticket Rhein Main)

Dies gilt auch für die Tickets der ‚Frankfurt Ticket Rhein Main GmbH', bei der die kvgOF seit Jahren ein kleiner Gesellschafter ist. Die Geschäftsführung der kvgOF hat allerdings mit der Geschäftsführung der FTRM GmbH vereinbart, dass wir weiterhin Gesellschafter und Werbepartner bleiben.

Nach dem Bilanzstichtag haben sich – über die genannten hinaus – keine weiteren Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet.

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

L. Bilanz

	2012	2011	Verände-	2010
Aktiva	**in €**	**in €**	**rung in €**	**in €**
Immaterielle Vermögensgegenstände	86.404	85.074	1.330	49.754
Betriebs- und Geschäftsausstattung	396.863	143.287	253.576	163.216
Geleistete Anzahlung und Anlagen im Bau	34.007	166.231	-132.224	25.064
Sachanlagen	430.869	309.518	121.352	188.280
Finanzanlagen	6.250	6.250	0	6.250
Anlagevermögen	523.523	400.841	122.682	244.284
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	336.092	283.615	52.477	321.790
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0	0	0	712.267
Forderungen gegen Gesellschafter	50.086	56.697	-6.611	57.367
Sonstige Vermögensgegenstände	62.866	17.953	44.913	19.816
	449.045	358.265	90.779	1.111.240
Guthaben bei Kreditinstituten	1.580.539	850.040	730.499	912.652
Umlaufvermögen	2.029.584	1.208.305	821.279	2.023.891
Rechnungsabgrenzungsposten	10.623	18.420	-7.796	14.420
	2.563.731	**1.627.566**	**936.164**	**2.282.595**
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	51.910	51.910	0	51.910
Gewinnrücklagen	3.629	3.629	0	3.629
Eigenkapital	55.539	55.539	0	55.539
Sonstige Rückstellungen	1.087.013	1.233.688	-146.675	1.685.813
Rückstellungen	1.087.013	1.233.688	-146.675	1.685.813
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	58.223	0	58.223	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	734.327	243.333	490.994	437.054
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	361.438	46.498	314.940	0
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	45.400	8.882	36.518	8.429
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	51	176	-126	145
Sonstige Verbindlichkeiten	145.622	15.075	130.547	12.741
Verbindlichkeiten	1.345.060	313.965	1.031.096	458.368
Rechnungsabgrenzungsposten	76.118	24.375	51.743	82.875
	2.563.731	**1.627.566**	**936.164**	**2.282.595**

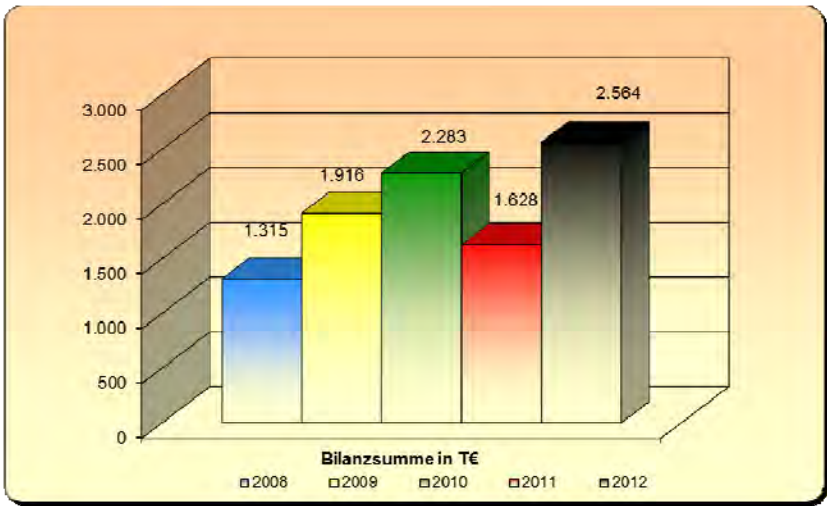
kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

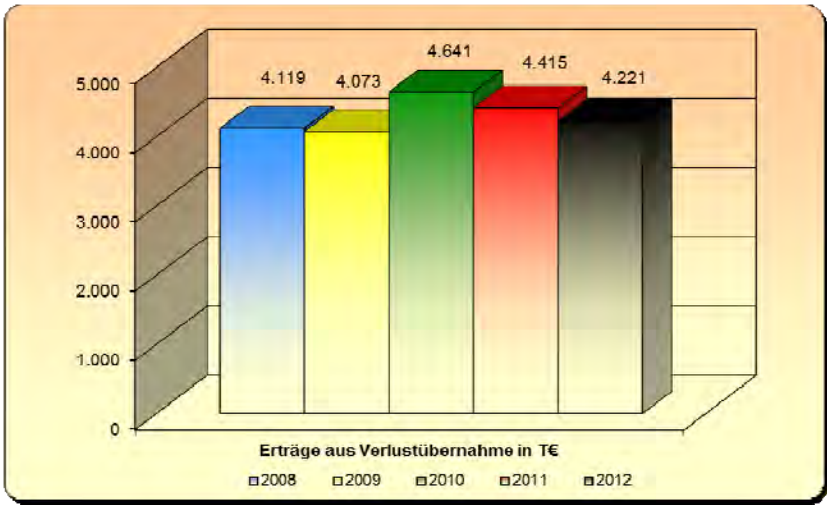
M. Gewinn- und Verlustrechnung

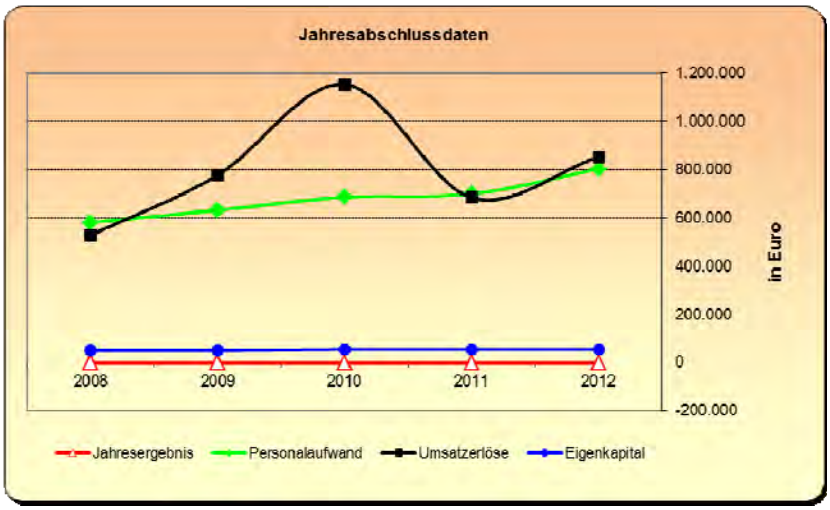
	2012 in €	2011 in €	2010 in €
Umsatzerlöse	852.108	683.530	1.153.835
Sonstige betriebliche Erträge	3.997.268	3.319.979	2.484.517
	4.849.375	4.003.510	3.638.352
Aufwendungen für Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe	6.297	2.992	834
Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.493.252	2.077.780	2.064.515
Materialaufwand	2.499.549	2.080.772	2.065.350
Gehälter	637.042	543.085	552.462
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	165.215	156.002	133.348
Personalaufwand	802.257	699.088	685.810
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	92.255	60.468	61.488
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.683.381	5.603.592	5.465.319
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.110	27.750	16.414
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	225	2.076	18.237
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-4.221.182**	**-4.414.735**	**-4.641.438**
Erträge aus Verlustübernahme	4.221.182	4.414.735	4.641.438
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	**0**	**0**	**0**

kvgOF Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen







Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

Die Berufsakademie Rhein-Main GmbH wurde mit Wirkung zum 27. Oktober 2008 gegründet. Sie ging aus der Verschmelzung der beiden Gesellschaften Berufsakademie Rhein-Main GmbH & Co. KG und der Berufsakademie Rhein-Main Verwaltungs GmbH hervor.

Gesellschafter der Berufsakademie Rhein Main GmbH sind die Stadt Rödermark und die Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH (KVBG). Das gezeichnete Kapital beträgt € 35.000,--. Daran sind die Stadt Rödermark mit € 29.850,-- (85,29%) und die KVBG mit € 5.150,-- (14,71%) beteiligt.

Die entsprechenden Gremienbeschlüsse seitens der Kreisversorgungsbeteiligungs-gesellschaft mbH wurden von der Gesellschafterversammlung am 28. Juli 2008 bzw. vom Kreistag des Kreises Offenbach am 01. Oktober 2008 gefasst.

Der Kreistag des Kreises Offenbach hat in seiner Sitzung am 20. März 2013 im Rahmen der Beschlüsse zur strategischen und finanziellen Entwicklung der KVBG mbH einstimmig die Abtretung der Gesellschaftsanteile der KVBG mbH an der Berufsakademie Rhein Main GmbH an den Kreis Offenbach beschlossen.

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

Anschrift	Am Schwimmbad 3, 63322 Rödermark
Telefon	06074/3101120
Telefax	06074/3101121
E-Mail	info@ba-rm.de
Internet	www.ba-rm.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2012.

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	27. Oktober 2008
Stammkapital	35.000,-- €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 27.10.2008.
Handelsregister	HRB 43780 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Gegenstand der Gesellschaft

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Berufsbildung gem. § 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 der Abgabenordnung. Dieser Zweck wird verwirklicht durch die Entwicklung sowie den Betrieb einer Berufsakademie in der Stadt Rödermark und in Städten des Kreises Offenbach.

Die Gesellschaft ist berechtigt, im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vorzunehmen, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes dienlich sind oder das

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

B. Gegenstand der Gesellschaft (Fortsetzung)

Unternehmen zu fördern geeignet erscheinen, insbesondere sich unmittelbar oder mittelbar an anderen Unternehmen zu beteiligen, die ebenfalls ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke verfolgen.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2012 (Stand: 31.12.2012)	
Vorsitzender	Herr Alexander Sturm
Mitglied	Herr Gerd Hibbeler
-----„-----	Herr Werner Popp
-----„-----	Frau Margot Süß
-----„-----	Herr Sven Sulzmann
-----„-----	Herr Michael Uhe-Wilhelm

Der Aufsichtsrat erhielt im Jahr 2012 Vergütungen von insgesamt € 390.

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Bernd Albrecht

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Geschäftsführung verzichtet unter Berufung auf § 286 Abs. 4 HGB auf die Angabe der Bezüge.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Stadt Rödermark	85,29	29.850,00
KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-gesellschaft mbH, Dietzenbach	14,71	5.150,00

E. Beteiligungen an anderen Unternehmen

k e i n e

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 2 HGO gelten als wirtschaftliche Betätigung nicht Tätigkeiten, auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung.

Aufgrund dieses Sachverhaltes ist die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

k e i n e

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

k e i n e

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2012	2011	2010
Verbindlichkeiten	2.772.132	3.003.488	115.790

Berichtsjahr 2012	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	3.003.488
Zunahmen	0
Abnahmen	231.356
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31.Dezember)	2.772.132

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

k e i n e

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Geschäft

Die Berufsakademie Rhein-Main GmbH wurde mit Wirkung zum 27. Oktober 2008 gegründet. Sie ging aus der Verschmelzung der beiden Gesellschaften Berufsakademie Rhein-Main GmbH & Co. KG und der Berufsakademie Rhein-Main Verwaltungs GmbH hervor.

Gegenstand der Berufsakademie Rhein-Main GmbH ist der Betrieb einer Berufsakademie in der Stadt Rödermark.

Gesellschafter der GmbH sind die Stadt Rödermark und die Kreisversorgungs-beteiligungsgesellschaft mbH (KVBG). Das gezeichnete Kapital beträgt € 35.000,--. Daran sind die Stadt Rödermark mit € 29.850,-- (85,29%) und die KVBG mit € 5.150,-- (14,71%) beteiligt.

Im Geschäftsjahr 2012 wurden folgende Studiengänge, jeweils mit der Regelstudiendauer von sechs Semestern, angeboten:

- Studiengang Wirtschaft, mit den Spezialisierungen Handel, Bank, Spedition, Hotel/Gastronomie, Industrie
- Studiengang Wirtschaftsinformatik
- Studiengang Außenwirtschaft

Mit 97 Studienbeginnern verzeichnete die BA auch im Jahre 2012 wieder ein gutes Ergebnis. Der Studiengang Außenwirtschaft wurde im Jahre 2012 einer erweiterten Akkreditierung zum Studiengang Internationale BWL und Außenwirtschaft unterzogen. Die Akkreditierung verlief erfolgreich. Durch den stärkeren internationalen Fokus erhofft sich die Geschäftsleitung eine breitere Resonanz auf Seiten der Unternehmen. Generell lässt sich auch weiterhin beobachten, dass es genügend Studieninteressenten, aber noch zu wenig interessierte Partnerunternehmen gibt, um einen wirtschaftlich erfolgreichen Verlauf einer Studiengruppe zu ermöglichen. Ziel ist es, diesen Studiengang in den nächsten beiden Jahren mit breiten Marketing- und Vertriebsaktivitäten zu unterlegen und mit ein bis zwei Studiengruppen dauerhaft am Markt zu platzieren.

Der neue BA Campus findet eine sehr positive Resonanz. Unternehmen, Studenten, Dozenten und Besucher der BA sind von der Architektur und der Ausstattung des Neubaus beeindruckt.

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Geschäfts- und Rahmenbedingungen (Fortsetzung)

Geschäft (Fortsetzung)

Das Kostenbudget wurde unterschritten. Die Finanzierung erfolgte über Bankdarlehen und Eigenmittel der BA. Eine Bürgschaft der Stadt Rödermark in Höhe von zwei Millionen Euro bot die Grundlage für günstigere Zinskonditionen. Erbpachtzinsen und Avalprovision für die Bürgschaft in Höhe von EUR 35.000,00 p.a. werden an die Stadt gezahlt.

Rahmenbedingungen

Das Jahr 2012 verlief für die BA insgesamt erfolgreich. Zahlreiche Veranstaltungen prägten den Jahresverlauf. Die Einweihung des neuen Gebäudes mit hochrangigen Vertretern aus Politik und Wirtschaft, Tag der offenen Tür, der Besuch des Hessischen Ministers für Justiz und Integration, Jörg Uwe Hahn, die IHK Vollversammlung, Rekrutingtage für die Unternehmen und unsere Abschlussfeier mit über 400 Gästen waren sehr erfolgreiche und publikumswirksame Veranstaltungen. Die offenen Studienplätze wurden nahezu alle besetzt. 16 neue Partnerunternehmen entschieden sich 2012 für die BA.

Duale Studiengänge sind weiterhin sehr beliebt. Immer mehr Hochschulen und Akademien entscheiden sich für duale Studienangebote. Das bedeutet für die BA, dass sie sich einer steigenden Anzahl von Mitbewerbern ausgesetzt sieht. Insofern muss die "unique selling proposition", also das Alleinsteilungsmerkmal der BA, deutlich herausgestellt und ausgebaut werden. Ein hoher Grad an Serviceorientierung, eine persönliche Atmosphäre, Transparenz und ein hohes Niveau sind neben einem attraktiven Studienangebot die wesentlichen Faktoren.

Geschäftsergebnis

Das Geschäftsjahr schloss mit einem Betriebsergebnis von TEUR 336 ab. Das Jahresergebnis betrug TEUR 215. Die Erlöse betreffen im Wesentlichen Studiengebühren in Höhe von TEUR 1.034 und öffentliche Zuschüsse in Höhe von TEUR 299.

Personal

Im Geschäftsjahr waren der Geschäftsführer und acht Mitarbeiter in der Gesellschaft beschäftigt.

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Vermögensstruktur

Insgesamt hat sich die Bilanzsumme um TEUR 11 gegenüber dem Vorjahr verringert.

Folgende, wesentliche Merkmale sind festzuhalten:

- Anstieg des Anlagevermögens um TEUR 182 auf TEUR 2.979
- Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 2.580 bleiben konstant
- Reduzierung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um TEUR 224 auf TEUR 171, insbesondere aufgrund des Ausgleichs von Baurechnungen.

Der Ausweis der Rechnungsabgrenzungsposten von TEUR 247 betrifft Landeszuschüsse gemäß Berufsakademiegesetz, welche periodengerecht abgegrenzt wurden.

Unter der Annahme einer vorläufigen Gewinnverwendung wurde der Jahresüberschuss den Gewinnrücklagen zugeführt.

Finanzlage

Die Gesellschaft verfügte zum 31. Dezember 2012 über liquide Mittel in Höhe von TEUR 1.866 (Vorjahr TEUR 2.060). Die Reduzierung der Liquidität um TEUR 194 bezieht sich ursächlich auf die Neubaukosten und die Darlehenszinsen.

Die Zahlungsfähigkeit war stets gegeben.

Ertragslage

Im Studienbetrieb waren im Jahre 2012 durchschnittlich 288 Studierende immatrikuliert. Das Jahresergebnis beträgt TEUR 215. Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Wesentlichen eine staatliche Zuwendung gemäß Berufsakademiegesetz in Höhe von TEUR 299. Das Jahresergebnis übertrifft das im Wirtschaftsplan 2012 ausgewiesene Planergebnis von TEUR112 um TEUR 103. Die erwarteten Umsatzerlöse wurden um TEUR 4 übertroffen. Weitere Zuwendungen von TEUR 250 wurden periodengerecht abgegrenzt und stehen für das Folgejahr zur Verfügung. Diese Abgrenzung wurde auf Grund der teilweise periodenfremden Auszahlung der Zuwendungen durch das Ministerium notwendig.

Die Voraussetzungen für die Zuwendungen wurden mit der Akkreditierung und der Anerkennung als gemeinnützige Einrichtung im Jahre 2008 gelegt.

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Darstellung der Lage der Gesellschaft (Fortsetzung)

Ertragslage (Fortsetzung)

Die Umsatzrentabilität beträgt 19,8 %.

Aus Sicht der Geschäftsführung ist die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens insgesamt als positiv zu betrachten.

Zukünftige Entwicklung

Die Planbarkeit der Studierendenzahlen ist weiterhin schwierig. Die konjunkturelle Situation der jeweiligen Branche wirkt sich in der Regel kurzfristig auf die betreffenden Studierendenzahlen aus. Das neue Gebäude sowie neue Studienangebote verleihen der BA mehr Attraktivität und eine ansprechende Studienatmosphäre.

Duale Studiengänge etablieren sich immer stärker. Die Initiative des Landes, duale Studienzentren zu errichten, zeigt weiterhin, dass die Politik dem dualen Studium einen bedeutenden Stellenwert einräumt. Neue Studienangebote sowie attraktive Wege und Kooperationen bezüglich Master-Studiengängen sowie ein bedarfsgerechtes Seminarprogramm werden die Entwicklung der BA die nächsten Jahren prägen. Darüber hinaus ist die strategische Option einer Hochschulgründung zu prüfen.

Hochschulen sind hierbei weiterhin ernst zu nehmende Konkurrenten. Sie verstehen unter einem dualen Studienangebot vielfach die Eingliederung der Studenten in Vollzeitstudiengängen, nur mit dem Unterschied, dass die Semesterferien von den dual Studierenden obligatorisch als Praktika zu belegen sind. Das erleichtert die Organisation um ein Vielfaches und verschafft den Hochschulen die Möglichkeit, mit überschaubarem Aufwand sehr schnell am Markt agieren zu können. Auch kleine Studiengruppen sind wirtschaftlich vertretbar, da durch die Integration in den Vollzeitbetrieb keine Zusatzkosten entstehen.

Die BA wird alle Anstrengungen unternehmen, die Planzahlen für 2013 zu erreichen. Eine zuverlässige Aussage zu den Studierendenzahlen für das Wintersemester 2013 ist zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund der Planungsunsicherheit und der späten Anmeldungen durch die Unternehmen, nicht möglich. In der Wirtschaftsinformatik fällt es den Unternehmen weiterhin sehr schwer, qualifizierte Abiturienten zu rekrutieren. Die Unternehmen müssen folglich stärker in das Personalmarketing investieren Die BA unterstützt die Partnerunternehmen im Rahmen der Rekrutierung. Werbespots im Rundfunk, Anzeigen, Messeauftritte, Schulpräsentationen und Online-Stellenanzeigen werden u.a. von der BA initiiert. Die Präsenz der BA auf Messen und Schulveranstaltungen ist weiterhin sehr hoch.

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Darstellung der Lage der Gesellschaft (Fortsetzung)

Zukünftige Entwicklung (Fortsetzung)

Die Wirtschaftspläne 2013 und 2014 weisen Jahresüberschüsse von TEUR 198 und TEUR 266 inklusive der staatlichen Zuschüsse von jährlich TEUR 300 aus.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Der Erfolg der Berufsakademie Rhein-Main hängt auch weiterhin im Wesentlichen von folgenden zentralen Faktoren ab

- wirtschaftliche Entwicklung
- Konkurrenzsituation
- Politische Rahmenbedingungen

Das kostenlose und zum Teil identische Studienangebot der öffentlich-rechtlichen Hochschulen sowie die Konkurrenz durch andere Berufsakademien, erschweren auch weiterhin das Geschäft. Das fehlende Angebot von Masterstudiengängen sowie der fehlende Hochschulstatus erschwert teilweise die Neukundenakquise.

Weitere Kostenverpflichtungen können sich möglicherweise aus dem EU-Beihilferecht ergeben. So könnte die Patronatserklärung ein zusätzliches Risiko darstellen. Es muss von Seiten der BA sichergestellt werden, dass die Landeszuschüsse ausschließlich dem Zweckbetrieb "Studienbetrieb" zufließen. Ein ggf. notwendiger Nachweis kann in Form einer Trennungsrechnung erfolgen.

Eine hohe Qualität des Studiums, Flexibilität und Kundennähe werden sich jedoch auch weiterhin positiv auf unsere Akademie auswirken.

Die Performance und die Studentenzahlen der Berufsakademien, die Stärke der Hochschullobby (Land und Bund) und die Parteistrukturen der jeweiligen Landesregierungen werden über die langfristige politische Verankerung der Berufsakademien im tertiären Sektor entscheiden. Tendenziell Ist jedoch davon auszugehen, dass Berufsakademien in Hessen weiterhin gern gesehen und gefördert werden. Allerdings Ist eine Tendenz der politischen Bildungsstrategie der Berufsakademien zu mehr Berufsorientierung und abnehmender Akademisierung zu sehen. So wurden zwischenzeitlich eine Musikschule und eine Zeichenakademie in eine BA um gegründet.

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Darstellung der Lage der Gesellschaft (Fortsetzung)

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Die strategische Positionierung der BA ist in den nächsten Jahren mehr denn je gefordert, aber auch nur zum Teil durch die BA beeinflussbar. Die Landespolitik gibt die Rahmenbedingungen für die künftige Strategie der BA vor. Die Gleichwertigkeit mit Hochschulen muss weiterhin gefördert und gestärkt werden. Berufsbegleitende Bildungsangebote müssen auch für Berufsakademien erlaubt sein. Dies würde einer weiteren Wettbewerbsverzerrung entgegen wirken.

Die Geschäftsführung und die Mitarbeiter der Berufsakademie werden auch weiterhin alle Kraft in die Weiterentwicklung der Berufsakademie lenken. Eine weiterhin kostenbewusste, kundenorientierte und bedarfsgerechte strategische Vorgehensweise, unter dem Blickwinkel des Wachstums und der Profitabilität, wird auch weiterhin die Maxime sein.

Der Risikofrüherkennung wird durch eine ständige Markt- und Konkurrenzbeobachtung Rechnung getragen. Unsere Controlling-Instrumentarien ermöglichen eine systematische und zeitnahe Kostenkontrolle und Kostenabweichungsanalyse.

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

L. Bilanz

	2012	2011	Verände-	2010
	in €	in €	rung in €	in €
Aktiva				
Immaterielle Vermögensgegenstände	4	4	0	4
Grundstücke, grundstücks-gleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.897.350	17.012	2.880.338	0
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	81.944	13.469	68.475	17.513
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0	2.766.688	-2.766.688	95.492
Sachanlagen	2.979.294	2.797.169	182.125	113.005
Finanzanlagen / Sonstige Ausleihungen	100	0	100	0
Anlagevermögen	2.979.398	2.797.173	182.225	113.009
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	16.341	14.205	2.137	167.537
Sonstige Vermögensgegenstände	95.594	96.819	-1.226	5.055
	111.935	111.024	911	172.592
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.865.770	2.060.294	-194.524	1.328.314
Umlaufvermögen	1.977.705	2.171.318	-193.613	1.500.906
Rechnungsabgrenzungsposten	660	751	-91	3.242
	4.957.763	**4.969.242**	**-11.479**	1.617.157

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2012	2011	Verände-	2010
	in €	in €	rung in €	in €
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	35.000	35.000	0	35.000
Kapitalrücklage	247.868	247.868	0	247.868
Gewinnrücklage	1.642.376	1.427.671	214.704	1.058.390
Eigenkapital	1.925.244	1.710.539	214.704	1.341.258
Sonstige Rückstellungen	35.387	31.714	3.673	31.859
Rückstellungen	35.387	31.714	3.673	31.859
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.580.000	2.580.000	0	0
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	2.700	27.900	-25.200	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	167.820	367.235	-199.416	97.844
Sonstige Verbindlichkeiten	21.612	28.353	-6.741	17.946
Verbindlichkeiten	2.772.132	3.003.488	-231.356	115.790
Rechnungsabgrenzungsposten	225.000	223.500	1.500	128.250
	4.957.763	**4.969.242**	**-11.479**	1.617.157

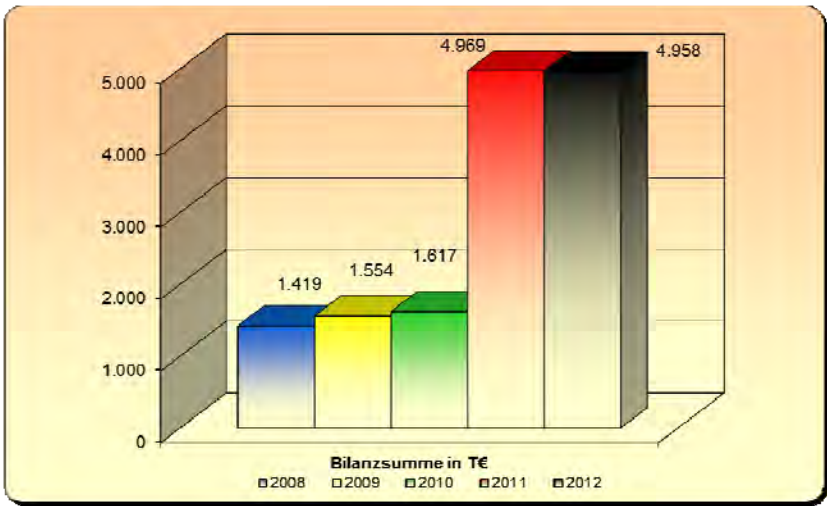
Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

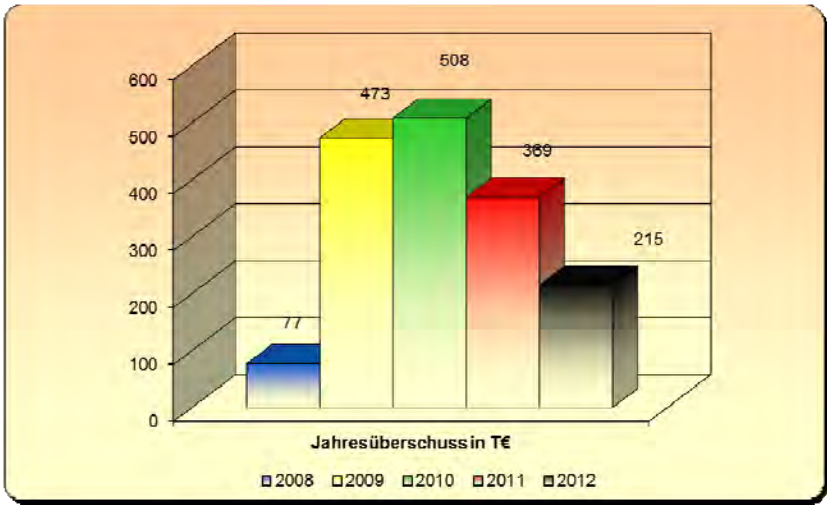
M. Gewinn und Verlustrechnung

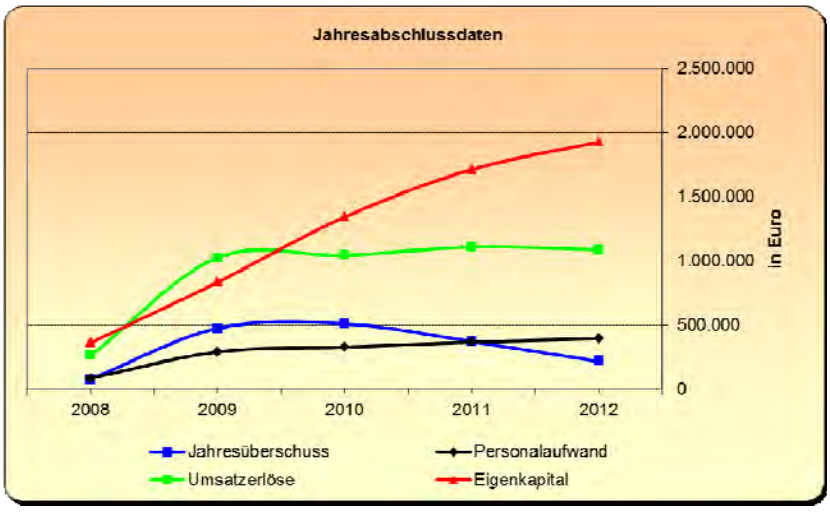
	2012	2011	2010
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	1.086.006	1.105.131	1.042.382
Sonstige betriebliche Erträge	313.058	284.202	322.868
Löhne und Gehälter	335.197	313.542	282.510
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	56.270	51.308	43.581
Personalaufwand	391.467	364.850	326.090
Abschreibungen auf Sachanlagen	91.296	8.056	17.850
Sonstige betriebliche Aufwendungen	581.065	595.665	519.138
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9.086	11.549	6.074
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	129.618	63.029	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**214.704**	**369.281**	508.245
Jahresüberschuss	**214.704**	**369.281**	508.245
Gewinnvortrag	0	0	0
Entnahmen Rücklagen	800.000	0	508.245
Einstellungen Rücklagen	1.014.704	369.281	508.245
Bilanzgewinn	**0**	**0**	0

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen







Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

Anschrift	Rembrücker Straße 15, 63150 Heusenstamm
Telefon	06104/6488-0
Telefax	06104/6488-19
E-Mail	schulpartner@hochtief.de
Internet	www.hochtief-schulpartner.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2012.

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH & Co. KG
Gründungsdatum	13. Oktober 2004
Stammkapital	100.000,-- €
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der zuletzt geänderten Fassung vom 18.08.2009.
Handelsregistereintrag	HRA 41335 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Bewirtschaftung, Instandsetzung und Instandhaltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten, wie Durchführung von Bauleistungen, Hausmeisterservices, Facility Management Aufgaben, Verwaltungsleistungen, etc. unter Beachtung des Grundsatzes des unbedingten Vorrangs des ordnungsgemäßen Schulbetriebes. Ausgenommen sind der Unterrichtsbetrieb in diesen Schulen und die Trägerschaft der Schulen.

Die Gesellschaft kann ferner Betriebs- und Instandhaltungsleistungen für öffentliche Gebäude aller Art im Rhein-Main-Gebiet erbringen.

Die Gesellschaft ist zu allen Handlungen berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm zu dienen geeignet sind und die seine Erfüllung nicht gefährden.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

B. Gegenstand des Unternehmens (Fortsetzung)

Die Gesellschaft darf insbesondere Dritte mit der Betreuung und Durchführung der baulichen Instandhaltung und Instandsetzung sowie der Bewirtschaftung der Schulimmobilien beauftragen.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2012 (Stand: 31.12.2012)		
Vorsitzender	Herr Wilfried Rammler	
Stellv. Vorsitzender	Herr Oliver Quilling	
Mitglied	Frau Sandra Arendt	
-----„-----	Herr Peter Buchta	
-----„-----	Herr Peter Coenen	ab 01.11.2012
-----„-----	Frau Claudia Jäger	
-----„-----	Herr Dr. Roland Mörmel	
-----„-----	Herr Bernd Romanski	bis 31.10.2012

Im Berichtsjahr wurden Aufsichtsratsvergütungen in Höhe von € 600,-- geleistet.

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Raik Kratz

Auf die Angaben der Gesamtbezüge der gesetzlichen Vertreter ist in zulässiger Anwendung von § 286 Abs. 4 HGB verzichtet worden.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Hochtief PPP Solutions GmbH, Essen	94,90	94.900,--
Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach	5,10	5.100,--

Der Kreistag des Kreises Offenbach hat in seiner Sitzung am 20. März 2013 im Rahmen der Beschlüsse zur strategischen und finanziellen Entwicklung der KVBG mbH einstimmig die Abtretung der Gesellschaftsanteile der KVBG mbH an der Hochtief PPP – Schulpartner GmbH & Co. KG an den Kreis Offenbach beschlossen.

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen
keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Entsprechend des § 138 Hessisches Schulgesetz (HSchG) sind die kreisfreien Städte und Landkreise Träger der Schulen, soweit in § 138 nichts anderes bestimmt ist. Die Trägerschaft des Kreises Offenbach bleibt durch die Beauftragung der Hochtief–PPP Schulpartner GmbH für die Bewirtschaftung, Instandsetzung und -haltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten, wie Durchführung von Bauleistungen, Hausmeisterservices, Facility Management Aufgaben, Verwaltungsleistungen, etc. unberührt.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Teilergebnishaushalt

Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Produkt Schulbezogene Dienstleistungen

	2013	2012	2011
Kostenerstattung PPP-Projekt Schulen - Buchungsstelle 40.01.11.54870010	54.990	107.320	117.565

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Produkt Schulpartnerschaftsprojekte

	2013	2012	2011
Leistungsentgelt Facility-Management - Buchungsstelle 65.01.01.61670050	29.000.000	28.200.000	22.680.250

Teilfinanzhaushalt-Investitionstätigkeit

Auszahlung für den Erwerb von Grundstücken, Gebäuden, Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen und geleistete Anzahlungen

Produkt Schulpartnerschaftsprojekte

	2013	2012	2011
Investiver FM-Anteil PPP – Lost Ost - Buchungsstelle 65.01.01/0203.84182130	0	0	4.227.641

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2011 und 2012 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

k e i n e

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

	2012	2011	2010
Verbindlichkeiten	2.986.269	2.946.990	3.090.638

Berichtsjahr 2012	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres	2.986.269
Zunahmen	39.279
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31.Dezember)	2.946.990

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

k e i n e

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2012

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes

1. Allgemeine Vorbemerkungen

Die Firma HOCHTIEF PPP Schulpartner GmbH & Co. KG, nachfolgend HTSP genannt, wurde gemäß Gesellschaftsvertrag vom 13. Oktober 2004 gegründet. Mit Umwandlungsbeschluss vom 14. August 2009 hat die Gesellschafterversammlung die Umwandlung der Gesellschaft von einer GmbH in eine GmbH & Co. KG gemäß § 190 ff. Umwandlungsgesetz (UmwG) beschlossen. Die Umwandlung wurde mit Eintragung in das Handelsregister am 29. September 2009 wirksam. Gesellschafter sind mit Stichtag 31.12.2012 HOCHTIEF PPP Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm, (Kapitaleinlage 0 €) als Komplementärin sowie HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, (Kapital- bzw. Kommanditanteil: € 94.900,--, 94,90%) und Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach (Kapital- bzw. Kommanditanteil: € 5.100,--, 5,10 %) als Kommanditisten. Mit Schreiben vom 15. Oktober 2012 teilte die KVBG mit, dass sie beabsichtigt, ihre Gesellschaftsanteile an den Kreis Offenbach zu übertragen. In der Gesellschafterversammlung vom 21. November 2012 teilte der Kreis Offenbach mit, dass er kurzfristig beabsichtigt, sämtliche Beteiligungen der KVBG direkt auf sich zu übertragen und final die KVBG aufzulösen. Bezüglich der Übertragung der KVBG-Anteile an der HTSP liegt gemäß Gesellschaftersatzung kein weiteres Zustimmungserfordernis vor. Bezüglich der Übertragung der KVBG-Anteile an der HTSP-VG erklärte die Gesellschafterin HTPPS ihre schriftliche Zustimmung. Eine Erklärung seitens des Kreises Offenbach zum Vollzug der beabsichtigten Übertragung liegt HTSP zum Stichtag nicht vor.

Gegenstand des Unternehmens ist nach aktueller Fassung die Bewirtschaftung, Instandsetzung und Instandhaltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten, wie Durchführung von Bauleistungen, Hausmeisterservices, Facility-Management-Aufgaben und Verwaltungsleistungen etc. sowie des Weiteren die Planung, der Bau und der Betrieb von Gebäuden einschließlich Schulen im Rhein-Main-Gebiet. Grundlage dafür bildet ein PPP-Vertrag mit dem Kreis Offenbach, Fachdienst Gebäudewirtschaft, Dietzenbach, (nachfolgend: Kreis Offenbach) über eine Laufzeit von 15 Jahren.

Das Geschäftsfeld der HTSP fällt in den Bereich der Public Private Partnership und unterliegt aufgrund des Pilotprojektcharakters und seiner Größe einer besonderen öffentlichen Wahrnehmung.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

2. Entwicklung der Branche

Öffentliche Infrastrukturprojekte auf privatwirtschaftlich finanzierter Basis - Public Private Partnership (PPP) - zu realisieren, schont die öffentlichen Haushalte. Ohne privates Engagement würden viele wichtige Projekte im Straßen- wie im Hochbau mangels Finanzierbarkeit überhaupt nicht realisiert. Studien weisen Effizienzgewinne von über 15% nach, wenn öffentliche Infrastrukturprojekte privatwirtschaftlich realisiert werden. Diese Effizienzsteigerungen resultieren vornehmlich aus geringeren Investitionskosten, weil Private die Lebenszyklenkosten eines Projektes gesamtheitlich optimieren. Hinzu kommen verkürzte Planungs- und Bauzeiten sowie ein besserer Betrieb und Unterhalt der Projekte.

Der steigende Kostendruck in den öffentlichen Haushalten und die zunehmende Bewertung von Straßen und Immobilien als Kostenfaktor sowie als wertvolle Ressource sind wichtige Treiber dieser Entwicklung. Dem entgegen stehen allerdings der zunehmend wachsende Druck hochverschuldeter öffentlicher Haushalte und eine parallel vorherrschende politische Meinung mit dem Fokus auf Rekommunalisierung und Antiprivatisierung. Mit dem Auslaufen der Konjunkturprogramme und dem Anhalten einer weiterhin prekären Finanzmarktsituation erklärt sich die sehr geringe Anzahl an neuen PPP-Projekten. Auch für den kurzfristigen Ausblick kann hier keine schnellere Rückkehr auf das Volumen vergangener Jahre erkannt werden.

3. Entwicklung der Gesellschaft

Zum 01. Januar 2005 begannen sämtliche Leistungserbringungen der Sanierungs-, Instandhaltungs- und Betreibungsleistungen an den Schulen im Kreis Offenbach.

Im Hinblick auf eine effektive und effiziente Leistungsausführung hat HTSP grundlegende Auftragsinhalte wie die Modernisierungs- und Sanierungsleistungen sowie die laufenden baulichen Instandhaltungsmaßnahmen an die HOCHTIEF Solutions AG (vormals: HOCHTIEF Construction AG) vergeben. Dies gilt entsprechend für die Instandsetzungsleistungen, Pflege der Außenanlagen sowie die Entsorgungsleistungen, die in Teilen an die HOCHTIEF Solutions AG (vormals: HOCHTIEF Facility Management GmbH) vergeben wurden. Dadurch wurden für die HTSP über die Vertragslaufzeit gesicherte Preisgrundlagen geschaffen. Die weiteren Facility-Management-Dienstleistungen werden vornehmlich mit eigenen Mitarbeitern ausgeführt.

Alle bisher geschuldeten vertraglichen Leistungen wurden termingerecht bzw. vorzeitig erfüllt.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

3. Entwicklung der Gesellschaft (Fortsetzung)

Der Kreis Offenbach zahlt für Facility-Management-Leistungen jeweils eine feste Pauschale zzgl. der auf zusatzsteuerpflichtige Leistungen entfallenden Umsatzsteuer in der jeweiligen gesetzlichen Höhe. Über eine Wertsicherungsklausel werden Änderungen bestimmter Indizes berücksichtigt. Die Vergütungsanpassung hat aufgrund von zehn Erfüllungstatbeständen stattgefunden. Diese gliedern sich in zwei Anpassungen im Jahr 2005, eine im Jahr 2007, zwei in 2008, eine in 2009, eine in 2010 und zwei im Jahr 2011 sowie eine in 2012. Bezüglich der Anwendung der Wertsicherungsklausel auf die beiden Leistungsverträge sowie einer eventuellen Änderung bzw. Fortschreibung der Wertsicherungsklausel besteht weiterhin Dissens zwischen den Parteien. Details dieser Sachverhalte, der bisherigen Entwicklungen sowie des weiteren Vorgehens werden in Kapitel III ausgeführt.

Für die operative Abarbeitung des Auftrages wurde vor Ort eine auftrags- und vertragsorientierte Aufbau- und Ablauforganisation innerhalb der HTSP implementiert, welche durch ein implementiertes und zertifiziertes Qualitätsmanagement (QMS) überwacht wird. Mit Ende der Sanierungsaufgaben trat mit Wirkung zum 1. Januar 2010 eine Neuorganisation in der Aufbauorganisation der HTSP in Kraft, welche der ausschließlichen FM-Fokussierung Rechnung trägt. Auch diese Organisation ist Bestandteil der QMS der Gesellschaft.

Die Gesellschaft ist weiterhin über die HOCHTIEF Solutions AG in das Finanz- und Rechnungswesen der HOCHTIEF-Services eingebunden. Für die Bereiche Personal, Steuern, Recht sowie Finanzen wird über Verträge mit HOCHTIEF Concessions AG auf Ressourcen von Zentralabteilungen der HOCHTIEF AG bzw. der HOCHTIEF Concessions AG zugegriffen.

Durch das Controllingsystem, basierend auf der Auftragszergliederung der Urkalkulation (Financial Model), werden Planabweichungen erfasst und die Ergebnisentwicklung sowie Zielerreichung fortlaufend analysiert (Bestandsmodell).

Das in 2005 eingerichtete Qualitätsmanagementsystem wurde Ende 2006 mittels externem Audit durch die DQS GmbH (Deutsche Gesellschaft zur Zertifizierung von Managementsystemen) zertifiziert und 2009 für drei Jahre verlängert. Die erneute Auditierung der DQS erfolgte in der Zeit vom 31. Oktober bis 2. November 2012. Das Zertifikat wurde mit Daum vom 9. Dezember 2012 für weitere drei Jahre verlängert

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

4. Umsatz- und Auftragsentwicklung

HTSP erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen planmäßigen Umsatz von T€ 23.500.

Der Auftragseingang im Geschäftsjahr 2012 in Höhe von T€ 1.065 beruht im Wesentlichen auf der Beschaffung von Schulmöbeln.

Der Auftragsbestand beläuft sich zum 31. Dezember 2012 auf T€ 150.782.

5. Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigt zum 31. Dezember 2012 74 Mitarbeiter (Vorjahr 70), diese gliedern sich in 72 Mitarbeiter mit HTSP-Verträgen, eine Kreis-Beigestellte und einen kreisdienstüberlassenen Mitarbeiter.

II. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Die Investitionen in das Sachanlagevermögen von T€ 47 entfallen mehrheitlich auf Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betreffen im Wesentlichen Nachlaufkosten in Höhe von T€ 1.064.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betreffen im Wesentlichen den Kunden Kreis Offenbach.

Die Eigenkapitalquote beträgt 68,1 % (Vj. 61,1 %).

2. Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft wird durch die laufenden monatlichen Zahlungen des Auftraggebers sichergestellt. Diese Feststellung wird durch das vertraglich vereinbarte Financial Model sowie durch die Liquiditätsplanung unterlegt. Des Weiteren ist HTSP über den Cash-Pool der HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, in das Cash-Pooling-System der HOCHTIEF AG, Essen, eingebunden.

Die Stichtagsliquidität der HTSP weist zum 31.12.2012 ein Guthaben im Cash-Pooling der HOCHTIEF PPP Solutions GmbH von T€ 11.305 (Vorjahr T€ 11.230) auf.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

II. Darstellung der Lage (Fortsetzung)

3. Ertragslage

Die Gesellschaft weist zum 31.12.2011 ein Ergebnis vor Steuern (EBT) in Höhe von T€ 7.671 (Vorjahr T€ 7.668) aus.

Die Umsatzerlöse in Höhe von T€ 23.500 setzen sich aus der Facility-Management-Leistung (T€ 18.756) und der baulichen Instandhaltung (T€ 4.744) zusammen.

Die langfristig abgeschlossenen Kunden- und Lieferantenverträge führen im Zeitablauf zu konstanten positiven Rohgewinnmargen, die stichtagsbedingt variieren können.

Die Umsatzrendite (Jahresergebnis vor Steuern/Umsatz) ist um 1,5%-Punkte auf 32,6% im Geschäftsjahr zurückgegangen.

Unter Berücksichtigung des Aufwands für Personalsonderzahlungen bewegt sich der Personalaufwand pro rata auf Höhe des Vorjahres.

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Im Zentrum sämtlicher Aktivitäten steht nach wie vor die Stabilisierung des neuen PPP-Geschäftes im Projekt Schulen Offenbach. Dabei genießen die beiden Unternehmensziele Vertragserfüllung und Kundenzufriedenheit oberste Priorität.

Im Bereich Betrieb steht die Aufrechterhaltung des ordnungsgemäßen Schulbetriebes durch Vorhaltung von funktionalen Schulbauten im Vordergrund. Kerninhalte sind hier die bauliche Instandhaltung, die technische Wartung, das infrastrukturelle Gebäude-management sowie die Ver- und Entsorgung. Des Weiteren wird ein Schwerpunkt auf das Energiemanagement und die Senkung der Vandalismusschäden an den Schulen gelegt.

Die HTSP hat mit dem Kreis Offenbach Verträge mit einer Laufzeit von 15 Jahren abgeschlossen. Für die Gesellschaft bedeutet dies eine langfristig gesicherte Geschäftsgrundlage. Das Risiko, dass sich Leistungen und entsprechende Vergütungen bei langfristigen Verträgen ändern, ist grundsätzlich gegeben. Jedoch wurden zur Kompensation dieses Risikos zum einen ausführliche Regelungen zur Leistungs- und Vergütungsanpassung in die Verträge aufgenommen und zum anderen ist eine Wertsicherungsklausel Vertragsbestandteil.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Zum Thema Abrechnung der Wertsicherung nach Sanierungsende besteht wie bereits berichtet zwischen den Vertragsparteien Unstimmigkeit. Sowohl die Anwendung der gemeinsamen Wertsicherungsklausel auf beide Leistungsverträge (FM und Sanierung) als auch die Änderung der gemeinsamen Wertsicherungsklausel zu einer eigenständigen FM-Klausel sind strittig. Diesbezüglich lassen sich die Parteien seit Mitte 2011 juristisch unterstützen. Eine einvernehmliche Einigung auf dem Weg einer vertraglichen oder gesetzlichen Schlichtung konnte weder im Kalenderjahr 2011 noch im Kalenderjahr 2012 erzielt werden. Alle Schlichtungsversuche waren erfolglos. Im Ergebnis der Gesellschafterversammlung vom 21. November 2012 erklärten beide Gesellschafter das Bestreiten des Klageweges als letztes verbleibendes Mittel. Unter dem Datum vom 11. Dezember 2012 hat HTSP beim Landgericht Klage eingereicht.

Neben diesen somit bestehenden allgemeinen Prozess- und Vergütungsrisiken liegen Risiken grundsätzlich in der zeitgerechten Realisierung der vertraglich vereinbarten Leistungen. Nach Abschluss der Sanierungen beschränken sich diese Leistungen jedoch ausschließlich auf das Facility-Management, d.h. Betriebsführung, Inspektion, Wartung, Instandsetzung etc. HTSP strebt im Projekt generell eine hohe Eigenleistungsquote an. Mit Ausnahme der auch in diesem Bericht benannten langlaufenden Verträge (vorrangig mit Konzernunternehmen) erbringt HTSP Leistungen des technischen/infrastrukturellen und kaufmännischen Gebäudemanagements mit eigenem Personal. Bereits in den zurückliegenden Jahren war hier ein im Vergleich zu anderen Konzerngesellschaften höherer Krankenstand der operativen Belegschaft zu verzeichnen. Wesentliche Gründe hierfür sind auf den Altersdurchschnitt der Gesellschaft und auf den hohen Anteil an schwerbeschädigter/gleichgestellter Belegschaft zurückzuführen. Im Berichtsjahr 2012 hat sich diese Entwicklung fortgesetzt. Aufgrund der bestehenden engen Kooperationen und der geschlossenen Verträge mit HOCHTIEF-Gesellschaften konnte aber sichergestellt werden, dass die vereinbarten Leistungen in Abhängigkeit von den Rahmenbedingungen zeitgerecht erbracht wurden. Die mit diesem (ungewollten) Outsourcing von ehemals eigenerbrachten Leistungen verbundene Kostensteigerung ist in der Ergebnisentwicklung in gedämpftem Maß ablesbar.

Durch die Einführung eines aktiven Energiemanagements im Jahr 2005 und die konsequente Fortsetzung dieser Maßnahmen ist es HTSP auch zukünftig möglich, energetische Veränderungen an den Gebäuden zu erkennen und hierauf kurzfristig zu reagieren.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Im Hinblick auf die erfolgreiche Abwicklung des Auftragsbestandes ist ein für die Belange der Gesellschaft geeignetes Überwachungs- und Steuerungssystem installiert worden. Darüber hinaus ist die Gesellschaft in das Risikomanagementsystem des Konzerns eingebunden.

Für den Prüfungszeitraum 2004 bis 2007 hat in den Jahren 2009 bis 2011 eine Betriebsprüfung durch das Finanzamt für Groß- und Konzernprüfung Essen stattgefunden. Der Betriebsprüfungsbericht wurde am 28. April 2011 durch das Finanzamt versendet. Die Steuerbescheide aufgrund der Betriebsprüfung sind Mitte 2011 ergangen und die offenen Beträge wurden zur Zahlung angewiesen. Gegen die Bescheide wurde beim Finanzamt Einspruch eingelegt, das Einspruchsverfahren ist derzeit noch nicht abgeschlossen.

Für den Prüfungszeitraum 2008 bis 2010 findet seit 2012 eine Betriebsprüfung durch das Finanzamt für Groß- und Konzernprüfung Essen statt. Die entsprechende Prüfungsanordnung datiert vom 17. Februar 2012, die Prüfung ist derzeit noch nicht abgeschlossen.

IV. Sonstige Angaben

Mit Wirkung zum 1. Februar 2012 sollen die derzeit zu 100% von der HOCHTIEF Concessions AG, Essen, gehaltenen Gesellschaftsanteile an der HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, auf die HOCHTIEF Solutions AG, Essen, übertragen werden.

Der bestehende Gasbelieferungsvertrag mit der MVV Energie AG, Mannheim, wurde dieses Jahr für die Jahre 2012 und 2013 verlängert.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

L. Bilanz

	2012	2011	Verände-rung	2010
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	116.993	107.288	9.705	108.052
Anlagevermögen	**116.993**	**107.288**	**9.705**	**108.052**
Forderungen aus Lieferung und Leistung	25.498	17.984	7.515	610.925
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	11.305.554	11.385.881	-80.327	12.335.714
Sonstige Vermögensgegenstände	36.675	93.225	-56.550	4.434
	11.367.727	11.497.090	-129.363	12.951.073
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.562	1.253	1.309	2.987
Umlaufvermögen	**11.370.289**	**11.498.342**	**-128.053**	**12.954.060**
Rechnungsabgrenzungsposten	**0**	**0**	**0**	**0**
	11.487.282	**11.605.630**	**-118.348**	**13.062.112**

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2012	2011	Verände-rung	2010
	in €	in €	in €	in €
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	0	100.000
Rücklagen	1.060.563	1.426.146	-365.583	1.246.809
Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	0	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	6.656.782	5.560.376	1.096.406	5.178.828
Eigenkapital	**7.817.345**	**7.086.521**	**730.823**	**6.525.637**
Rückstellungen für Pensionen	77.229	73.487	3.742	73.322
Steuerrückstellungen	0	797.743	-797.743	2.481.543
Sonstige Rückstellungen	606.439	700.889	-94.450	890.973
Rückstellungen	**683.668**	**1.572.119**	**-888.451**	**3.445.838**
Erhaltene Anzahlungen	47.934	0	47.934	510.082
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.087.511	1.294.276	-206.765	1.490.518
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	333.257	306.571	26.686	563.139
Sonstige Verbindlichkeiten	1.517.568	1.346.143	171.424	526.899
Verbindlichkeiten	**2.986.269**	**2.946.990**	**39.279**	**3.090.638**
Rechnungsabgrenzungsposten	**0**	**0**	**0**	**0**
	11.487.282	**11.605.630**	**-118.348**	**13.062.112**

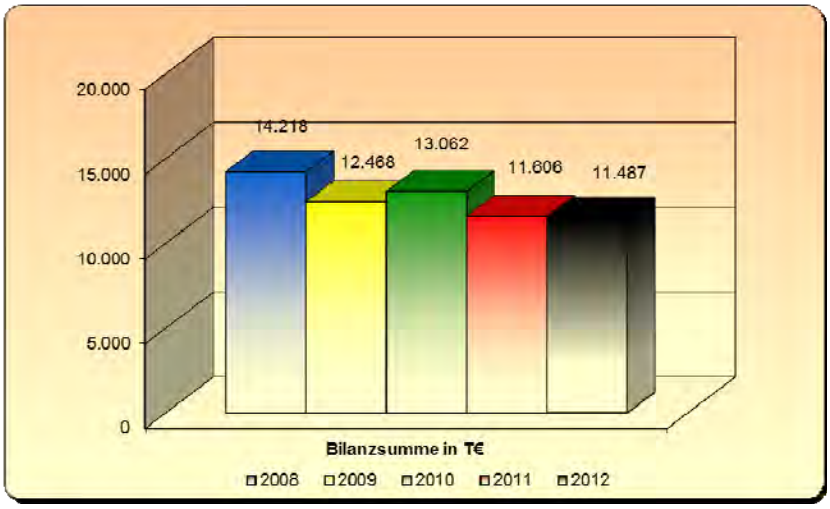
Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

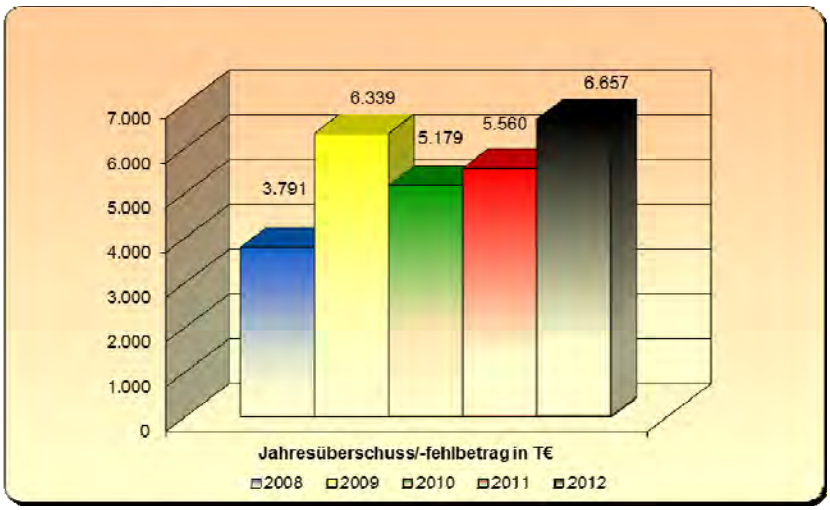
M. Gewinn und Verlustrechnung

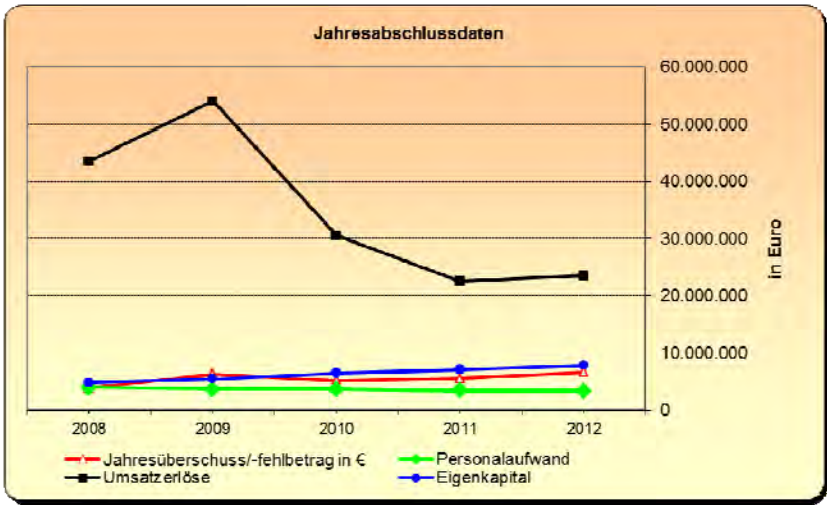
	2012	2011	2010
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	23.500.011	22.488.534	30.522.910
Verminderung/Erhöhung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen	0	0	-3.516.932
Sonstige betriebliche Erträge	1.065.692	1.920.672	2.457.740
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.736.130	2.883.234	3.275.330
Aufwendungen für bezogene Leistungen	9.309.598	8.763.112	14.979.236
Materialaufwand	12.045.728	11.646.346	18.254.567
Löhne und Gehälter	2.635.901	2.664.308	2.905.482
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	746.151	747.924	777.987
Personalaufwand	3.382.053	3.412.232	3.683.470
Abschreibungen	37.034	33.443	32.680
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.114.435	1.161.051	901.876
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	368.835	471.797	388.021
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	684.220	959.759	831.699
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**7.671.068**	**7.668.172**	**6.147.448**
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.014.286	2.107.796	968.620
Jahresüberschuss	**6.656.782**	**5.560.376**	**5.178.828**

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen







Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

Anschrift	Rembrücker Straße 15, 63150 Heusenstamm
Telefon	06104/6488-0
Telefax	06104/6488-19
E-Mail	schulpartner@hochtief.de
Internet	www.hochtief-schulpartner.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2012

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	14. August 2009
Stammkapital	25.000,-- €
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der zuletzt geänderten Fassung vom 01.09.2009.
Handelsregistereintrag	HRB 44319 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin an der HOCHTIEF PPP Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm, die die Bewirtschaftung, Instandsetzung und Instandhaltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach zum Gegenstand hat.

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Raik Kratz

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Hochtief PPP Solutions GmbH, Essen	94,90	23.725,--
Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach	5,10	1.275,--

Der Kreistag des Kreises Offenbach hat in seiner Sitzung am 20. März 2013 im Rahmen der Beschlüsse zur strategischen und finanziellen Entwicklung der KVBG mbH einstimmig die Abtretung der Gesellschaftsanteile der KVBG mbH an der Hochtief PPP – SchulpartnerVerwaltungsGmbH an den Kreis Offenbach beschlossen.

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen
keine

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Entsprechend des § 138 Hessisches Schulgesetz (HSchG) sind die kreisfreien Städte und Landkreise Träger der Schulen, soweit in § 138 nichts anderes bestimmt ist. Die Trägerschaft des Kreises Offenbach bleibt durch die Beauftragung der Hochtief–PPP Schulpartner GmbH für die Bewirtschaftung, Instandsetzung und -haltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten, wie Durchführung von Bauleistungen, Hausmeisterservices, Facility Management Aufgaben, Verwaltungsleistungen, etc. unberührt.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

k e i n e

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

k e i n e

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

	2012	2011	2010
Verbindlichkeiten	1.222	8.121	5.464

Berichtsjahr 2012	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres	8.121
Zunahmen	6.899
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31.Dezember)	1.222

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

k e i n e

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2012

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes

1. Allgemeine Vorbemerkungen

Die Firma HOCHTIEF PPP Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm, (HTSP VG) existiert seit dem Umwandlungsbeschluss vom 14. August 2009 der HOCHTIEF PPP Schulpartner GmbH, Heusenstamm, zur HOCHTIEF PPP Schulpartner GmbH & Co. KG (HTSP KG) als Komplementärin dieser KG.

Gegenstand der HTSP VG ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der HTSP.

Gegenstand dieser KG ist nach neuester Fassung die Bewirtschaftung, Instandsetzung und Instandhaltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten wie Durchführung von Bauleistungen, Hausmeisterservices, Facility-Management-Aufgaben und Verwaltungsleistungen etc. sowie des Weiteren die Planung, der Bau und der Betrieb von Gebäuden einschließlich Schulen im Rhein-Main-Gebiet. Grundlage dafür bildet ein PPP-Vertrag mit dem Kreis Offenbach, Fachdienst Gebäudewirtschaft, Dietzenbach (nachfolgend: Kreis Offenbach) über eine Laufzeit von 15 Jahren.

Gesellschafter der HTSP KG sind mit Stichtag 31. Dezember 2012 HTSP VG, (Kapitaleinlage: € 0) als Komplementärin sowie HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, (Kapital- bzw. Kommanditanteil: € 94.900,--, 94,90%) und Kreisversorgungs-beteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach (Kapital- bzw. Kommanditanteil: € 5.100,--, 5,10 %) als Kommanditisten.

Gesellschafter der HTSP VG sind mit Stichtag 31. Dezember 2012 HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, (Kapitalanteil: € 23.725,--, 94,90%) und Kreisversorgungs-beteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach, (Kapitalanteil € 1.275,--, 5,10%).

Mit Schreiben vom 15. Oktober 2012 teilte die KVBG mit, dass sie beabsichtigt, ihre Gesellschaftsanteile an den Kreis Offenbach zu übertragen. In der Gesellschafterversammlung vom 21. November 2012 teilte der Kreis Offenbach mit, dass er kurzfristig beabsichtigt, sämtliche Beteiligungen der KVBG direkt auf sich zu übertragen und final die KVBG aufzulösen. Bezüglich der Übertragung der KVBG-Anteile an der HTSP liegt gemäß Gesellschaftersatzung kein weiteres Zustimmungserfordernis vor. Bezüglich der Übertragung der KVBG-Anteile an der HTSP-VG erklärte die Gesellschafterin HTPPS ihre schriftliche Zustimmung. Eine Erklärung seitens des Kreises Offenbach zum Vollzug der beabsichtigten Übertragung liegt HTSP zum Stichtag nicht vor.

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

1. Allgemeine Vorbemerkungen (Fortsetzung)

Bedingt durch die Bedeutung dieses Projektes und der Historie der Gesellschaft – zunächst geführt über eine GmbH und später durch Umwandlungsbeschluss zur KG und einer Komplementär-GmbH – gelten für beide Gesellschaften gemäß Gesellschaftsvertrag die Regeln für große Kapitalgesellschaften und die Prüfungserfordernisse nach § 53 HGrG. Die Aufgaben und der Gesellschaftszweck der Komplementär-GmbH würden dies bei isolierter Betrachtung mit Sicherheit nicht erfordern. Maßgeblich bleibt aber der Gesellschaftsvertrag. In ihrer Sitzung vom 18. November 2010 haben die Gesellschafter beschlossen, einen Antrag über den Kreis Offenbach an das Regierungspräsidium Darmstadt zu stellen, mit dem Ziel, die Prüfungserfordernisse für die HTSP VG zu reduzieren. Der Antrag wurde seitens des Regierungspräsidiums Darmstadt abgelehnt.

2. Entwicklung der Branche

Öffentliche Infrastrukturprojekte auf privatwirtschaftlich finanzierter Basis - Public Private Partnership (PPP) - zu realisieren, schont die öffentlichen Haushalte. Ohne privates Engagement würden viele wichtige Projekte im Straßen- wie Hochbau mangels Finanzierbarkeit überhaupt nicht realisiert. Studien weisen Effizienzgewinne von über 15% nach, wenn öffentliche Infrastrukturprojekte privatwirtschaftlich realisiert werden. Diese Effizienzsteigerungen resultieren vornehmlich aus geringeren Investitionskosten, weil Private die Lebenszyklenkosten eines Projektes gesamtheitlich optimieren. Hinzu kommen verkürzte Planungs- und Bauzeiten sowie ein besserer Betrieb und Unterhalt der Projekte.

Der steigende Kostendruck in den öffentlichen Haushalten und die zunehmende Bewertung von Straßen und Immobilien als Kostenfaktor sowie als wertvolle Ressource sind wichtige Treiber dieser Entwicklung. Dem entgegen stehen allerdings der zunehmend wachsende Druck hochverschuldeter öffentlicher Haushalte und eine parallel vorherrschende politische Meinung mit dem Fokus auf Rekommunalisierung und Antiprivatisierung. Mit dem Auslaufen der Konjunkturprogramme und dem Anhalten einer weiterhin prekären Finanzmarktsituation erklärt sich die sehr geringe Anzahl an neuen PPP-Projekten. Auch für den kurzfristigen Ausblick kann hier keine schnellere Rückkehr auf das Volumen vergangener Jahre erkannt werden.

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

3. Entwicklung der Gesellschaft

Zum 01. Januar 2005 begannen sämtliche Leistungserbringungen der Sanierungs-, Instandhaltungs- und Betreibungsleistungen an den Schulen im Kreis Offenbach. Seit dem Umwandlungsbeschluss vom 14. August 2009 wird die operative Projektführung vollständig durch die HTSP KG wahrgenommen. Als Geschäftsführerin und als persönlich haftende Gesellschafterin dieser KG tritt die HTSP VG auf. Gemäß bestehendem Vertrag mit dem alleinigen Geschäftsführer ist bis September 2013 über eine Verlängerung bzw. Neubestellung zu entscheiden. Der aktuelle Geschäftsführungsvertrag läuft in seiner aktuellen Fassung längstens bis September 2014.

4. Umsatz- und Auftragsentwicklung

HTSP VG erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr planmäßig keinen relevanten Umsatz.

Sämtliche operativen Verträge für die Umsetzung des Projektes und zur Leistungserbringung werden durch die HTSP KG abgeschlossen. Als Ausnahme gelten hier die folgenden:

- Abschluss von Geschäfts- und Dienstleistungsverträgen mit den Corporate Services der HOCHTIEF AG, HOCHTIEF Solutions AG bzw. der HOCHTIEF Concessions AG in den Bereichen Rechnungswesen, Controlling, Personal, Steuern, Recht und Financial Services durch die HTSP VG.
- Abschluss des Geschäftsführervertrages mit dem Geschäftsführer Raik Kratz durch die HTSP VG, legitimiert durch beide Gesellschafter.

5. Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigt zum 31.12.2012 einen Mitarbeiter (Geschäftsführer).

II. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von € 10.384,06 (Vorjahr € 7.566,50) betreffen die HTSP KG und resultieren aus Erstattungen für die Kosten der Prüfung des Jahresabschlusses und der anteiligen Haftungsvergütung lt. Gesellschaftsvertrag und Cash-Pool-Forderungen.

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

II. Darstellung der Lage (Fortsetzung)

1. Vermögenslage (Fortsetzung)

Die liquiden Mittel bestehen aus dem Guthaben auf dem Girokonto der Commerzbank AG und betragen zum 31. Dezember 2012 € 25.000,00.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (€ 1.206,55) betreffen ausschließlich Verbindlichkeiten gegenüber der HOCHTIEF AG.

Die Eigenkapitalquote beträgt 82,1 % (Vorjahr 59,4%).

2. Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft wird durch die laufenden Aufwandserstattungen der HTSP KG sichergestellt. Die HTSP VG ist seit September 2010 über den Cash-Pool der HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, in das Cash-Pooling-System der HOCHTIEF AG, Essen, eingebunden.

3. Ertragslage

Die Gesellschaft weist zum 31. Dezember 2011 einen Jahresüberschuss in Höhe von € 9.727,01 (Vorjahr: Jahresfehlbetrag in Höhe von € -1.264,65) aus.

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Im Zentrum sämtlicher Aktivitäten steht nach wie vor die Stabilisierung des neuen PPP-Geschäftes im Projekt Schulen Offenbach. Dabei genießen die beiden Unternehmensziele Vertragserfüllung und Kundenzufriedenheit oberste Priorität.

Im Bereich Betrieb steht die Aufrechterhaltung des ordnungsgemäßen Schulbetriebes durch Vorhaltung von funktionalen Schulbauten im Vordergrund. Kerninhalte sind hier die bauliche Instandhaltung, die technische Wartung, das infrastrukturelle Gebäude-management sowie die Ver- und Entsorgung. Des Weiteren wird ein Schwerpunkt auf das Energiemanagement und die Senkung der Vandalismusschäden an den Schulen gelegt.

Die HTSP KG hat mit dem Kreis Offenbach Verträge mit einer Laufzeit von 15 Jahren abgeschlossen. Für die Gesellschaft bedeutet dies eine langfristig gesicherte Geschäftsgrundlage. Das Risiko, dass sich Leistungen und entsprechende Vergütungen bei langfristigen Verträgen ändern, ist grundsätzlich gegeben. Jedoch wurden zur Kompensation dieses Risikos zum einen ausführliche Regelungen zur Leistungs- und Vergütungsanpassung in die Verträge aufgenommen und zum anderen ist eine Wertsicherungsklausel Vertragsbestandteil.

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Zum Thema Abrechnung der Wertsicherung nach Sanierungsende besteht zwischen den Vertragsparteien Unstimmigkeit. Sowohl die Anwendung der gemeinsamen Wertsicherungsklausel auf beide Leistungsverträge (FM- und Sanierung) als auch die Änderung der gemeinsamen Wertsicherungsklausel zu einer eigenständigen FM-Klausel sind strittig. Diesbezüglich lassen sich die Parteien seit Mitte 2011 juristisch unterstützen. Eine einvernehmliche Einigung auf dem Weg einer vertraglichen oder gesetzlichen Schlichtung konnte weder im Kalenderjahr 2011 noch im Kalenderjahr 2012 erzielt werden. Alle Schlichtungsversuche waren erfolglos. Im Ergebnis der Gesellschafterversammlung vom 21. November 2012 erklärten beide Gesellschafter das Bestreiten des Klageweges als letztes verbleibendes Mittel. Unter dem Datum vom 11. Dezember 2012 hat HTSP KG beim Landgericht Darmstadt Klage eingereicht.

Neben diesen somit bestehenden allgemeinen Prozess -und Vergütungsrisiken liegen grundsätzlich Risiken in der zeitgerechten Realisierung der vertraglich vereinbarten Leistungen. Nach Abschluss der Sanierungen beschränken sich diese Leistungen jedoch ausschließlich auf das Facility Management, d.h. Betriebsführung, Inspektion, Wartung, Instandsetzung, etc. Die HTSP KG strebt im Projekt generell eine hohe Eigenleistungsquote an. Mit Ausnahme der langlaufenden Verträge (vorrangig mit Konzernunternehmen) erbringt die HTSP KG Leistungen des technischen/infrastrukturellen und kaufmännischen Gebäudemanagements mit eigenem Personal. Bereits in den zurückliegenden Jahren war hier ein im Vergleich zu anderen Konzerngesellschaften höherer Krankenstand der operativen Belegschaft zu verzeichnen. Wesentliche Gründe hierfür sind im Altersdurchschnitt der Gesellschaft zu vermuten. Im Berichtsjahr 2012 hat sich diese Entwicklung fortgesetzt. In Folge der bestehenden engen Kooperationen und der geschlossenen Verträge mit HOCHTIEF-Gesellschaften konnte aber sichergestellt werden, dass die vereinbarten Leistungen in Abhängigkeit von den Rahmenbedingungen zeitgerecht erbracht wurden. Die mit diesem (ungewollten) Outsourcing von ehemals eigenerbrachten Leistungen verbundene Kostensteigerung ist in der Ergebnisentwicklung in gedämpftem Maß ablesbar. Durch die Einführung eines aktiven Energiemanagements im Jahr 2005 und die konsequente Fortsetzung dieser Maßnahmen ist es der HTSP KG auch zukünftig möglich, energetische Veränderungen an den Gebäuden zu erkennen und hierauf kurzfristig zu reagieren.

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Im Hinblick auf die erfolgreiche Abwicklung des Auftragsbestandes ist ein für die Belange der Gesellschaft geeignetes Überwachungs- und Steuerungssystem installiert worden. Darüber hinaus ist die Gesellschaft in das Risikomanagementsystem des Konzerns eingebunden.

Für den Prüfungszeitraum 2004 bis 2007 hat in den Jahren 2009 bis 2011 eine Betriebsprüfung durch das Finanzamt für Groß- und Konzernprüfung Essen stattgefunden. Der Betriebsprüfungsbericht wurde am 28. April 2011 durch das Finanzamt versendet. Die Steuerbescheide aufgrund der Betriebsprüfung sind Mitte 2011 ergangen und die offenen Beträge wurden zur Zahlung angewiesen. Gegen die Bescheide wurde beim Finanzamt Einspruch eingelegt, das Einspruchsverfahren ist derzeit noch nicht abgeschlossen.

Für den Prüfungszeitraum 2008 bis 2010 findet seit 2012 eine Betriebsprüfung durch das Finanzamt für Groß- und Konzernprüfung Essen statt. Die entsprechende Prüfungsanordnung datiert vom 17. Februar 2012, die Prüfung ist derzeit noch nicht abgeschlossen.

Für die HTSP VG ist somit festzuhalten, dass bedingt durch die hohe Sicherheit des Geschäftes der KG keine signifikanten Risiken zu erkennen sind. Sämtliche Verpflichtungen sind vertraglich abgedeckt und die Finanzausstattung (bedingt durch die Kostenüberwälzung auf die HTSP KG) sichergestellt.

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

L. Bilanz

	2012	2011	Veränderung	2010
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	10.384	7.557	2.828	6.064
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	25.000	25.000	0	25.000
Umlaufvermögen	**35.384**	**32.557**	**2.828**	**31.064**
	35.384	**32.557**	**2.828**	**31.064**
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	0	25.000
Verlustvortrag	-5.665	-4.400	-1.265	-6.778
Jahresüberschuss(+)/-fehlbetrag (-)	9.727	-1.265	10.992	2.378
Eigenkapital	29.063	19.336	9.727	**20.600**
Sonstige Rückstellungen	5.100	5.100	0	5.000
Rückstellungen	5.100	5.100	0	**5.000**
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	15	15	0	15
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.207	8.106	-6.899	5.449
Verbindlichkeiten	**1.222**	**8.121**	**-6.899**	**5.464**
	35.384	**32.557**	**2.828**	**31.064**

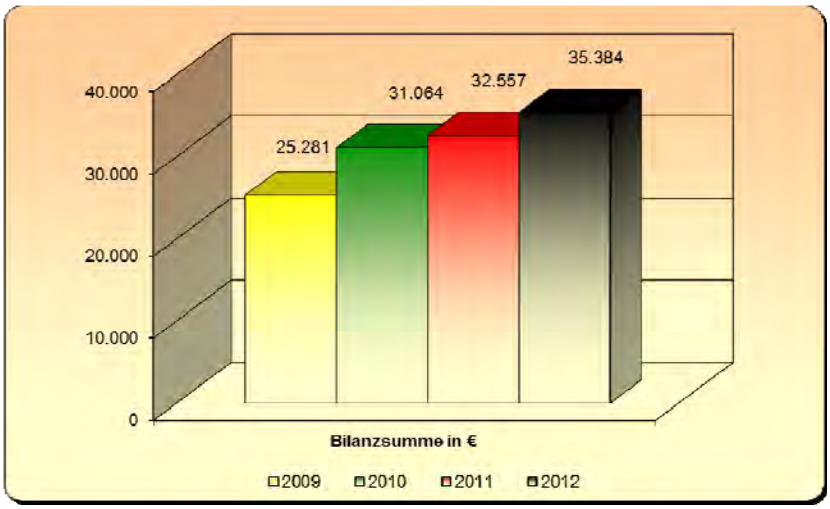
Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

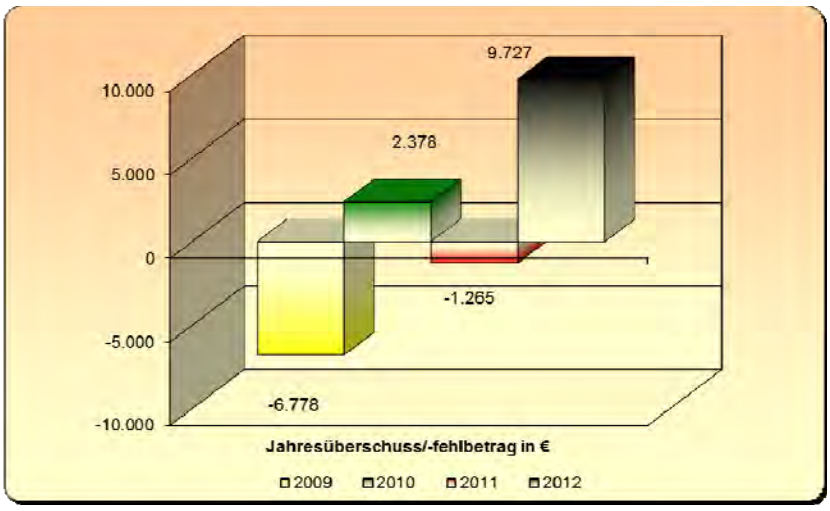
M. Gewinn und Verlustrechnung

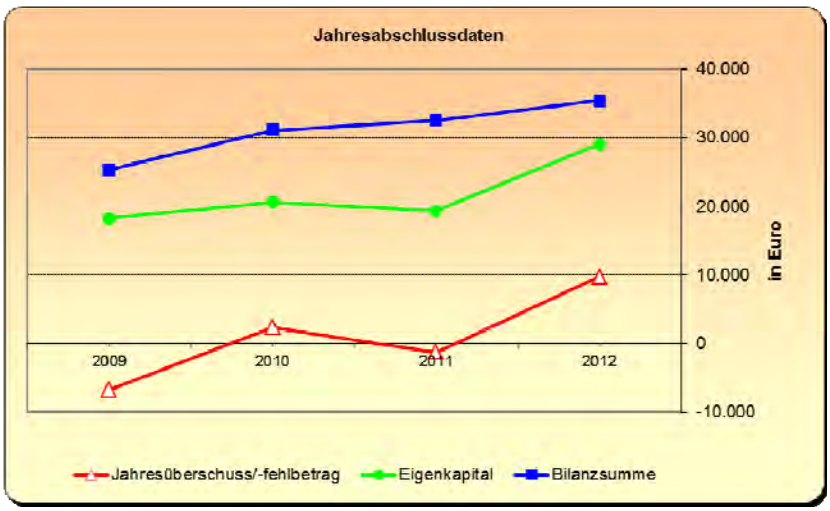
	2012	2011	2010
	in €	in €	in €
Sonstige betriebliche Erträge	17.373	6.350	8.261
Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.460	7.539	5.816
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14	72	0
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	199	148	67
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**9.727**	**-1.265**	**2.378**
Jahresüberschuss	**9.727**	**-1.265**	**2.378**

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen







SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

Anschrift	Paul-Ehrlich-Straße 9 -13, 63225 Langen
Telefon	06103/83320-100
Telefax	06103/83320-111
E-Mail	ske@sfm-online.de
Internet	www.sfm-online.de/ppp/offenbach/ske_ppp_projekt.php

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2012

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	Am 10. Oktober 2003 wurde der Gesellschaftsvertrag der Granat 41. V V GmbH, Berlin, geschlossen und am 28. Oktober 2003 beim Amtsgericht Charlottenburg unter der Nr. HRB 90604 eingetragen. Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 12. Dezember 2003 ist die Firma von Granat 41. V V GmbH in SKE Schul-Facility-Management GmbH geändert und das Stammkapital von € 25.000,-- um € 75.000,-- auf € 100.000,-- erhöht worden.
Stammkapital	100.000,-- €
Gesellschaftsvertrag	Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 02. Juni 2004
Handelsregistereintrag	HRB 41313 beim Amtsgericht Langen

B. Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Bewirtschaftung, Instandsetzung und -haltung von Schulen des Kreises Offenbach und alle damit zusammengehörenden Aktivitäten, wie Durchführung von Bauleistungen aller Art durch Nachunternehmer, Hausmeisterdienstleistungen, kleinere Instandhaltungsarbeiten und alle hiermit in Zusammenhang stehenden Verwaltungsleistungen.

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Gemäß § 10 Ziffer 1 des Gesellschaftsvertrages hat die Gesellschaft einen aus sechs natürlichen Personen bestehenden Aufsichtsrat. Zwei Mitglieder des Aufsichtsrates werden vom Gesellschafter KVBG entsandt.

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2012 (Stand 31.12.2012)		
Vorsitzender	Herr Joachim Nolden	
Stellv. Vorsitzende	Frau Claudia Jäger	
Mitglied	Herr Rainer Beisel	
-----„-----	Herr Mario Dorn	bis 30.08.2012
-----„-----	Herr Jochen Hauptmann	
-----„-----	Herr Martin Kothe	ab 30.08.2012
-----„-----	Herr Oliver Quilling	

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Dipl.-Ing. Johannes Huismann	
----------„----------	Herr Dipl.-Ing. Rainer Langer	bis 31.03.2012

Keiner der beiden Geschäftsführer erhält Bezüge von der Gesellschaft.

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
SKE Service GmbH, Mannheim	94,90	94.900,--
KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach	5,10	5.100,--

Der Kreistag des Kreises Offenbach hat in seiner Sitzung am 20. März 2013 im Rahmen der Beschlüsse zur strategischen und finanziellen Entwicklung der KVBG mbH einstimmig die Abtretung der Gesellschaftsanteile der KVBG mbH an der SKE Schul-Facility Management GmbH an den Kreis Offenbach beschlossen.

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen
keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes (Fortsetzung)

Entsprechend des § 138 Hessisches Schulgesetz (HSchG) sind die kreisfreien Städte und Landkreise Träger der Schulen, soweit in § 138 nichts anderes bestimmt ist. Die Trägerschaft des Kreises Offenbach bleibt durch die Beauftragung der SKE Schul-Facility Management GmbH für die Bewirtschaftung, Instandsetzung und -haltung von Schulen des Kreises Offenbach und alle damit zusammengehörenden Aktivitäten, wie Durchführung von Bauleistungen aller Art durch Nachunternehmer, Hausmeisterdienstleistungen, kleinere Instandhaltungsarbeiten und alle hiermit in Zusammenhang stehenden Verwaltungsleistungen unberührt.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Teilergebnishaushalt

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Produkt Schulpartnerschaftsprojekte

	2013	2012	2011
Leistungsentgelt Facility-Management Los West - Buchungsstelle 65.01.01.61670040	24.600.000	23.750.000	19.085.495

Teilfinanzhaushalt-Investitionstätigkeit

Auszahlung für den Erwerb von Grundstücken, Gebäuden, Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen und geleistete Anzahlungen

Produkt Schulpartnerschaftsprojekte

	2013	2012	2011
Investiver FM-Anteil PPP – Lost West - Buchungsstelle 65.01.01/0202.84182120	0	0	3.324.730

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2011 und 2012 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

	2012	2011	2010
Verbindlichkeiten	2.518.864	1.677.534	2.297.466

Berichtsjahr 2012	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	1.677.534
Zunahmen	841.330
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31.Dezember)	2.518.864

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes

1. Gegenstand der Gesellschaft

Der Gegenstand unseres Unternehmens ist die Bewirtschaftung sowie die Instandsetzung und Instandhaltung von Schulgebäuden des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten. Zu den Tätigkeiten gehören neben der Ausführung von Bau- und Baudienstleistungen zum Beispiel auch die Durchführung von Hausmeister-Serviceleistungen sowie andere allgemeine auftragsbezogene Verwaltungsleistungen.

Der Sitz der Gesellschaft ist Langen.

2. Tätigkeitsbeschreibung

Mit dem Kreis Offenbach (Auftraggeber und über eine Beteiligungsgesellschaft Minderheitsgesellschafter) wurde am 02.06.2004 ein Vertrag geschlossen, die kreiseigenen Schulen im „Los West“ (die Städte Dietzenbach, Neu-Isenburg, Dreieich und Langen sowie die Gemeinde Egelsbach) für 15 Jahre bis zum 30.09.2019 zu bewirtschaften. Der Vertrag ist in einen Sanierungs- und einen Bewirtschaftungsvertrag aufgeteilt:

- Über den Sanierungsvertrag sind alle beauftragten Bauleistungen innerhalb der ersten fünf Jahre erbracht worden. Die einzelnen Teilleistungen waren festgelegt und mit Preisen versehen. Vertraglich geschuldet war im Zeitraum vom 01.10.2004 bis 30.09.2009 die Herstellung eines definierten Sollzustandes für alle Schulen des „Los West“.
- Über den Bewirtschaftungsvertrag werden alle Dienstleistungen definiert, die mit der Bewirtschaftung der Liegenschaft anfallen. Zu nennen sind beispielsweise Energielieferungen, Müllentsorgung, Unterhaltsreinigung, jede Art von Reparaturen innerhalb und außerhalb der Gebäude, Pflege der Außenanlagen, ein Wartungsprogramm für alle wartungsfähigen Einbauten sowie Übernahme von kreiseigenem Personal. Die Leistungen werden durch ein pauschales monatliches Entgelt vergütet.

Die SKE-SFM versteht sich als Projektgesellschaft, da sich die betriebliche Tätigkeit ausschließlich auf die Abwicklung der vom Kreis Offenbach beauftragten Leistungen beschränkt.

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

2. Tätigkeitsbeschreibung (Fortsetzung)

Mit Vertrag vom 17./20. November 2006 ist die SKE Facility-Management GmbH, Mannheim (kurz „SKE FMG“), mit Wirkung zum 01.01.2007 an Stelle der Bauunternehmung Ehrenfels GmbH (kurz „Ehrenfels“) in den zwischen der SKE Schul-Facility-Management GmbH, Langen (kurz „SKE-SFM“), und der Ehrenfels geschlossenen Generalunternehmervertrag vom 30.09.2004/18.02.2005 zur Erbringung von Bau- und Sanierungsleistungen eingetreten.

Auf Grund des zuvor dargestellten Generalunternehmervertrages mit der SKE FMG gehen nahezu sämtliche Chancen und Risiken aus dem Vertrag zwischen der SKE-SFM und dem Kreis Offenbach auf die SKE FMG über.

3. Umsatz- und Ergebnisentwicklung

Auf Grund des Generalunternehmervertrages zwischen der SKE-SFM und der SKE FMG ist ein annähernd gleichbleibendes Betriebsergebnis zu erwarten. Die Gesellschaft führt ein Jahresergebnis von T€ 496 an die SKE Facility Management GmbH (im Vj. T€ 455) an die SKE Service GmbH ab.

4. Personalbestand

Der Personalbestand zum Bilanzstichtag 2012 hat sich gegenüber dem Vorjahresstichtag um drei Personen von 34 auf 31 Angestellte reduziert.

Durch die Zertifizierung der gesamten SKE-Gruppe nach der Qualitätsmanagementnorm ISO EN 9000 (Grundlagen und Begriffe) sowie die aktive Einbeziehung der zuständigen Behörden (Gewerbeaufsicht, Berufsgenossenschaft, Bauaufsicht u.a.), Nutzer (Schulgemeinden) und Kunden ist der zentrale Leitgedanke unseres Handelns, die Erreichung einer hohen Kundenzufriedenheit erneut in die betrieblichen Prozesse eingebunden worden. Die der Zertifizierung zu Grunde liegende Qualitätssicherung wird flankiert durch die aktive Förderung und Investition in die kontinuierliche Weiterbildung unserer gesamten Belegschaft. Jeweils zum Jahresanfang werden in einem Schulungsplan die Fortbildungsmaßnahmen festgelegt.

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

5. Auftragsbestand

01.01.2012	Auftragsabgang	Leistung	31.12.2012
175,9	-1,1	-23,6	151,2

Über den Auftragsbestand für das Projekt „Los West“ einschließlich des Nachtrags „Haus des lebenslangen Lernens“ ist die Beschäftigung bis 2019 gesichert. Der Auftragsabgang setzt sich zusammen aus der Teilkündigung des „HLL“ (€ -5,7 Mio.) und aus Flächenreduzierungen (€ -1,1 Mio.), was teilweise durch den positiven Effekt aus Indexierung (€ + 5,2 Mio.) und Ablöse auf Vertragsablösung (€ 0,5 Mio.) kompensiert wird.

6. Vermögens- und Kapitalstruktur/Finanzierung/Liquidität

Durch die Erhöhung des Gesamtkapitals um T€ 826 auf T€ 2.697 ist die langfristige Eigenkapitalquote (im „wirtschaftlichen Sinne“) um 8,7 % auf 48,2 % gesunken.

Die laufende Finanzierung der Gesellschaft wird aus eigenen Mitteln sowie über die Muttergesellschaft SKE Service GmbH gesichert.

II. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Das gesamte Private Public Partnership-Geschäft mit deutschen Kunden ist auf die Schwestergesellschaft SKE Facility-Management GmbH, Mannheim, übertragen, um dort das kunden– und branchenspezifische Know-how zu bündeln. Da das Geschäft mit deutschen Kunden auch im Rahmen der Projektgesellschaft ausgeführt wird, sind von der SKE-SFM im Zuge weitergehender Maßnahmen mit der SKE Facility-Management GmbH Vereinbarungen getroffen worden, wonach die SKE Facility-Management GmbH von uns zum 1. Januar 2007 Mitarbeiter übernahm und alle Auftragsleistungen der SKE-Schul-Facilty-Management GmbH zu festen Preisen über ihren Geschäftsbetrieb steuert und ausführt.

Aus dem Facility-Management-Vertrag mit dem Kreis Offenbach, der noch eine Laufzeit bis zum 30. September 2019 hat, ist die SKE-SFM zur Erbringung von Leistungen verpflichtet, die gemäß Generalunternehmervertrag seit dem 01.01.2007 von der SKE FMG zu erbringen sind.

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

II. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Fortsetzung)

Durch den Generalunternehmervertrag mit der SKE Facility-Management GmbH und den damit nach Preis und Qualität garantierten Fremdleistungen sind die wesentlichen Chancen und Risiken auf den Vertragspartner übergegangen. Insofern bestehen keine Risiken der künftigen Entwicklung, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage haben könnten. Insbesondere bestehen keine entwicklungsbeeinträchtigenden oder bestandsgefährdenden Risiken.

Am Ende der Vertragslaufzeit hat der Kreis Offenbach direkt oder indirekt über eine andere ihm gehörende Gesellschaft die Option, die SKE SFM zu übernehmen; er kann sie aber auch im Beteiligungsbesitz der SKE SFM belassen und mit einem Folgeauftrag ausstatten.

Die Geschäftsführung der Gesellschaft erwartet für die folgenden beiden Geschäftsjahre 2013 und 2014 ein gleichbleibendes Jahresergebnis auf der Basis von 2012.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

L. Bilanz

	2012	2011	Verände-	2010
Aktiva	**in €**	**in €**	**rung in €**	**in €**
Anlagevermögen	0	0	0	**0**
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	587.848	129	587.719	0
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	2.102.676	1.865.995	236.680	2.778.147
Sonstige Vermögensgegenstände	6.500	5.121	1.379	0
	2.697.024	1.871.246	825.778	2.778.147
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	0	169	-169	1.621
Umlaufvermögen	2.697.024	1.871.415	825.609	**2.779.768**
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	**0**
	2.697.024	**1.871.415**	**825.609**	**2.779.768**
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	0	100.000
Jahresüberschuss	0	0	0	0
Eigenkapital	100.000	100.000	0	**100.000**
Sonstige Rückstellungen	78.160	93.881	-15.721	382.302
Rückstellungen	78.160	93.881	-15.721	**382.302**
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	255	255	0	107.817
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.002.136	1.200.000	802.136	1.600.000
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	495.814	454.841	40.973	573.030
Sonstige Verbindlichkeiten	20.659	22.438	-1.780	16.619
Verbindlichkeiten	2.518.864	1.677.534	841.329	**2.297.466**
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	**0**
	2.697.024	**1.871.415**	**825.609**	**2.779.768**

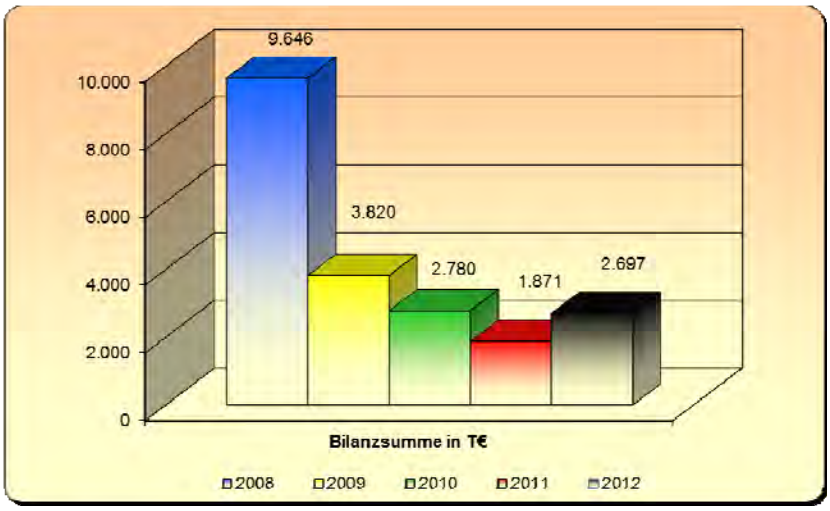
SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

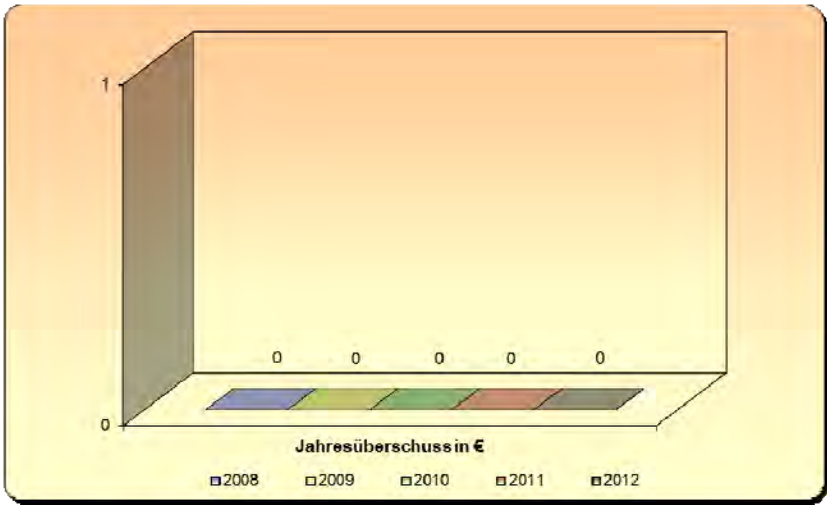
M. Gewinn und Verlustrechnung

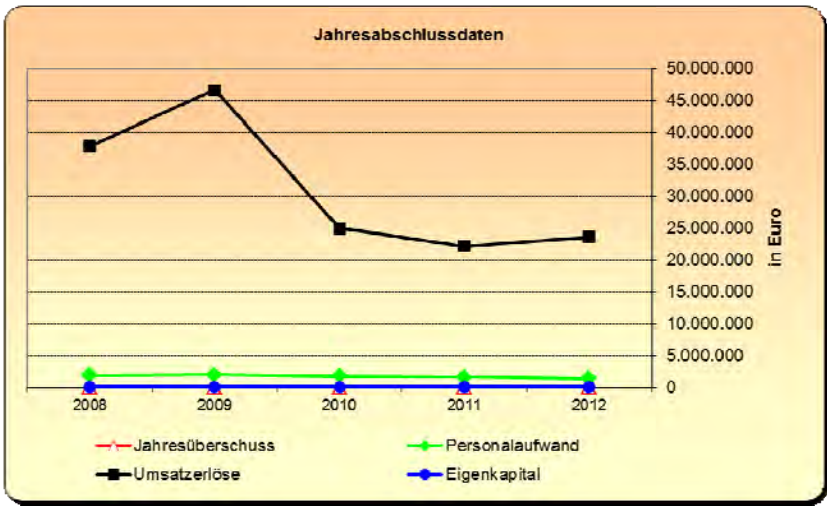
	2012	2011	2010
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	23.609.884	22.220.617	24.956.392
Sonstige betriebliche Erträge	1.412.079	1.687.285	167.953
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	2.269.580
Aufwendungen für bezogene Leistungen	22.904.805	21.553.908	20.286.527
Materialaufwand	22.904.805	21.553.908	22.556.107
Löhne und Gehälter	1.045.419	1.255.281	1.378.390
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	353.455	389.553	443.270
Personalaufwand	1.398.874	1.644.834	1.821.660
Sonstige betriebliche Aufwendungen	144.866	164.972	71.345
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	562	14.743	8.251
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	78.166	104.000	110.453
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**495.814**	**454.931**	**573.030**
Steuern vom Einkommen	0	90	0
	495.814	**454.841**	**573.030**
Gewinnabführung	495.814	454.841	573.030
Jahresüberschuss	**0**	**0**	**0**

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen







Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

Die Angaben zu den einzelnen Fonds beziehen sich mit Ausnahme des Fonds 26 (= 2011), dessen Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2012 bis zum Redaktionsschluss noch nicht vorlag, auf das Geschäftsjahr 2012.

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaften

Rechtsform Gesellschaften bürgerlichen Rechts

Fonds	Gesellschafts-kapital in €	Gesellschafts-kapital inkl. Agio in €	Gründungsdatum	Gesellschafts-vertrag i.d.F. vom /letzte Änderung
01	3.328.510,15	3.494.935,65	04.09.1998	04.09.1998/ 28.12.2000
15	1.809.973,26	1.900.471,92	17.12.1998	17.12.1998/ 28.12.2000
23	2.101.409,63	2.206.480,11	17.12.1998	17.12.1998
24	2.121.861,31	2.227.954,37	17.12.1998	17.12.1998
26	997.019,17	1.046.870,13	17.12.1998	17.12.1998/ 21.12.2000
27	2.142.312,98	2.249.428,63	17.12.1998	17.12.1998
29	1.283.342,62	1.347.509,75	17.12.1998	17.12.1998
30	1.316.576,59	1.382.405,42	17.12.1998	17.12.1998

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

B. Zweck der Gesellschaften

Gegenstand der Gesellschaften ist die Verwaltung eigenen Grundvermögens.

Fonds	Grundstücks-größe in m²	Gesamtwohn-fläche in m²	Anzahl Wohnungen	Stellplätze im Aussenbereich (A)/in Tiefgaragen(TG)
01	3.484	2.732,80	37	37 A
15	1.531	1.200.30	16	16 TG
23	1.552	1.216.10	16	16 TG
24	1.606	1.236,70	16	16 TG
26	1.233	781,80	6	12 A
27	1.330	1.314,20	18	10 TG / 8 A
29	1.042	834,80	11	3 TG / 8 A
30	967	834,80	11	3 TG / 8 A

C. Organe der Gesellschaften

Gesellschafterversammlungen

Geschäftsführungen

Angaben zur Geschäftsbesorgerin

Name	AL-BAN Immobilienfonds-Verwaltungsgesellschaft mbH
Anschrift	Berliner Straße 27, 13507 Berlin

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

D. Gesellschafter

Fonds	Gesellschafts-anteil KVBG in %	Gesellschafts-anteil in €
01	73,83	2.580.310,99
15	81,91	1.556.866,60
23	99,99	2.206.435,98
24	99,99	2.227.909,81
26	16,66	174.481,84
27	99,99	2.249.383,64
29	99,99	1.347.455,85
30	99,99	1.382.351,51

Die Berechnung der Anteile in € beinhaltet ein Agio in Höhe von 5 %.

Beim Kauf der Gesellschaftsanteile Sonnengarten Glienicke Fonds wurden Anschaffungskosten in Höhe von € 13.388.721,62 bezahlt und aktiviert. Daneben wurden zum Bilanzstichtag Zahlungen der Anteilseigner an die Fonds als weitere nachträgliche Anschaffungskosten in Höhe von insgesamt € 4.463.777,60 aktiviert. Im Geschäftsjahr 2008 wurde eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von € 1.500.000,00 vorgenommen.

Im Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2010 wurde eine Abschreibung wegen dauerhafter Wertminderung in Höhe von € 6.852.499,21 vorgenommen.

Darüber hinaus wurde im Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2012 eine Abschreibung aufgrund voraussichtlich dauernden Wertminderung in Höhe von € 8.831.000,00 auf € 669.000,-- vorgenommen.

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

E. Beteiligungen der Gesellschaften

k e i n e

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Hinsichtlich der aus dem Veräußerungserlös der EVO-Anteile im Jahre 2000 erworbenen Beteiligungen an den Sonnengarten Glienicke Fonds besteht seitens des Regierungspräsidiums Darmstadt als Aufsichtsbehörde die Auffassung, dass es sich bei diesen Beteiligungen um reine Kapitalanlagen handelt und diese deshalb unzulässig sind.

Seitens der Aufsichtsbehörde ist die Beteiligung im Rahmen der vertraglichen Möglichkeiten in vermögensschonender Art und Weise zu beenden.

Dieser Vorgabe des Regierungspräsidiums Darmstadt zur Abwicklung der Beteiligung wurde im Rahmen der Beschlussfassung zum Schulprojekt Rechnung getragen.

Eine Abwicklung der Beteiligungen ist bislang nicht erfolgt, da aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Marktsituation eine vermögensschonende Veräußerung bisher nicht möglich war.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

k e i n e

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

k e i n e

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaften, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

Fonds	2012 in €	2011 in €	2010 in €
01	3.493.342	4.814.217	4.842.990
15	1.450.127	2.074.080	2.073.102
23	1.902.026	1.919.330	1.949.404
24	1.926.258	1.952.848	1.984.197
26	1.126.657 (2011)	1.159.548 (2010)	1.168.077 (2009)
27	2.053.034	2.080.887	2.123.267
29	1.333.056	1.352.261	1.363.934
30	1.302.475	1.317.323	1.332.087

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

k e i n e

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

K. Vermögensstatus Fonds 01

	2012	2011	Verände-	2010
			rung	
Aktiva	**in €**	**in €**	**in €**	**in €**
Sachanlagen	4.332.115	4.421.481	-89.366	4.510.847
Finanzanlagen	0	1.214.599	-1.214.599	1.171.054
Anlagevermögen	4.332.115	5.636.080	-1.303.965	5.681.901
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	65.648	62.020	3.628	62.608
Guthaben bei Kreditinstituten	53.752	5.636	48.116	21.785
Umlaufvermögen	119.400	67.656	51.744	84.393
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	20.860
	4.451.515	**5.703.736**	**-1.252.221**	**5.787.154**
Passiva				
gezeichnete Kapitalanteile	3.328.510	3.328.510	0	3.328.510
Rücklagen	1.985.097	1.985.097	0	1.985.097
Entnahmen	-9.304	-9.304	0	-9.304
Verlustvortrag	-4.416.708	-4.360.138	-56.570	-4.214.691
Jahresergebnis	70.579	-56.570	127.149	-145.447
Kapitalanteile	958.173	887.594	70.579	944.164
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	0	0	0	4.823.407
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0	0	0	2.870
Sonstige Verbindlichkeiten	3.493.342	4.814.217	-1.320.876	16.713
Verbindlichkeiten	3.493.342	4.814.217	-1.320.876	4.842.990
Rechnungsabgrenzungsposten	0	1.924	-1.924	0
	4.451.515	**5.701.812**	**-1.250.297**	**5.787.154**

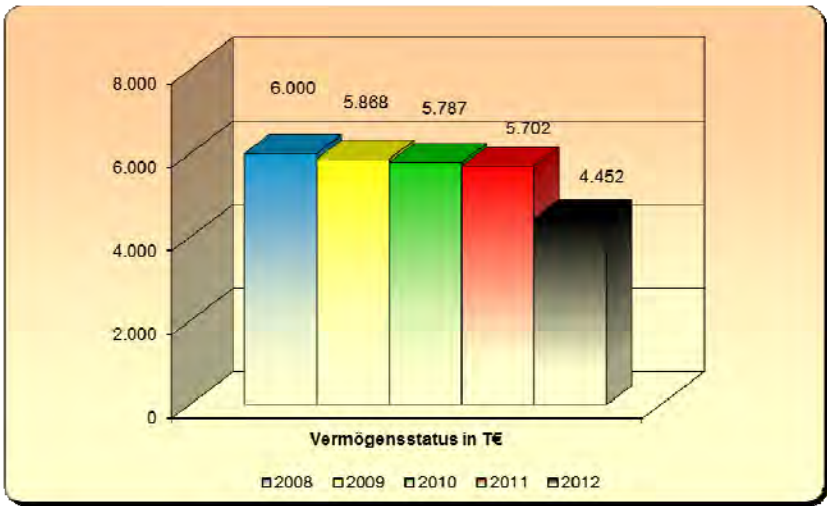
Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

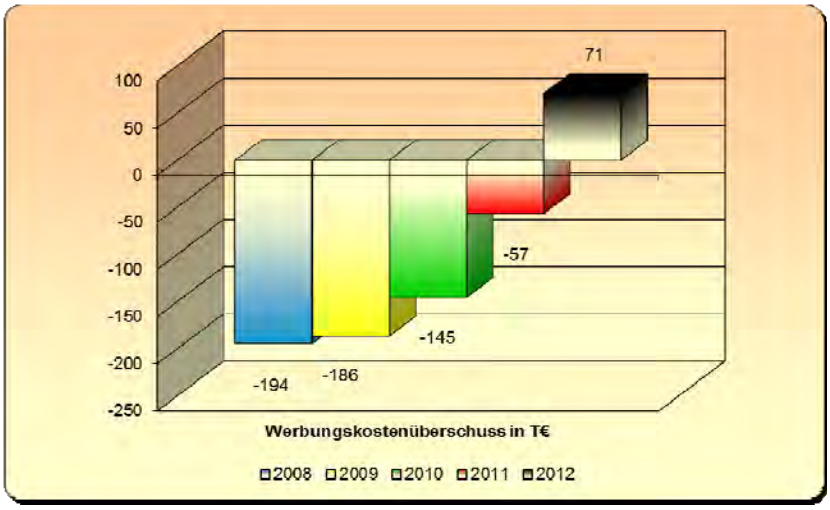
L. Gewinn- und Verlustrechnung Fonds 01

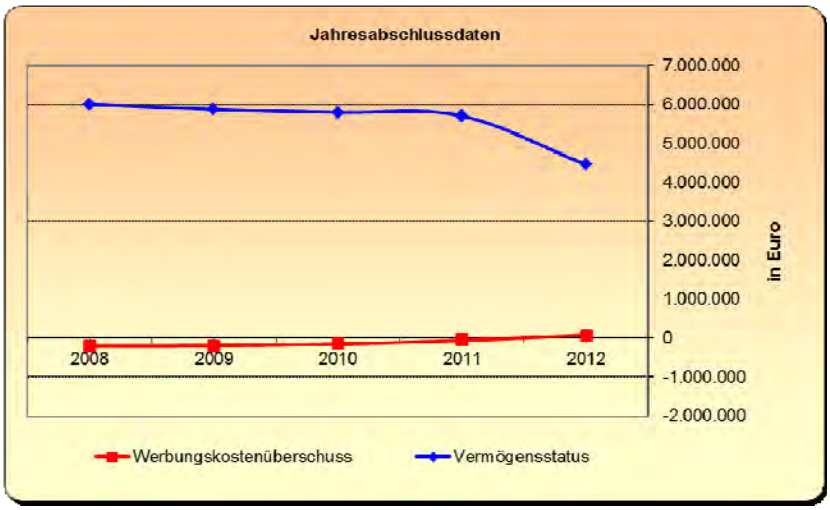
	2012	2011	2010
Einnahmen	**in €**	**in €**	**in €**
Mieteinnahmen	260.351	259.415	267.287
neutrale Einnahmen	62.825	43.545	43.991
	323.176	302.960	311.277
Werbungskosten			
Bewirtschaftungskosten, umlagefähig	54.186	49.328	45.817
Bewirtschaftungskosten, nicht umlagefähig	27.634	25.580	27.391
Abschreibungen auf Sachanlagen	89.366	89.366	89.366
Sonstige Kosten	21.188	18.357	15.255
Neutrale Kosten			
Darlehenszinsen	56.243	156.033	228.818
Damna	0	20.860	50.055
Zinsen	3.981	6	22
Summe Werbungskosten	**252.597**	**359.530**	**456.725**
Einnahmen-/Werbungskostenüberschuss	**70.579**	**-56.570**	**-145.447**

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

M. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen







Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

K. Vermögensstatus Fonds 15

	2012	2011	Veränderung	2010
Aktiva	**in €**	**in €**	**in €**	**in €**
Sachanlagen	2.135.960	2.179.506	-43.546	2.223.052
Finanzanlagen	0	553.577	-553.577	540.255
Anlagevermögen	2.135.960	2.733.083	-597.123	2.763.307
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11.846	11.532	314	12.904
Guthaben bei Kreditinstituten	53.454	52.982	472	22.533
Umlaufvermögen	65.300	64.514	786	35.437
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	3.575
	2.201.259	**2.797.597**	**-596.337**	**2.802.319**
Passiva				
gezeichnete Kapitalanteile	1.809.973	1.809.973	0	1.809.973
Ausstehende Einlagen	0	0	0	-511
Rücklagen	812.763	812.763	0	812.763
Entnahmen	-91	-32	-59	-29
Verlustvortrag	-1.899.936	-1.892.978	-6.957	-1.832.424
Jahresergebnis	28.424	-6.957	35.381	-60.554
Kapitalanteile	751.133	722.768	28.365	729.217
Rückstellungen	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	0	0	0	2.047.241
Sonstige Verbindlichkeiten	1.450.127	2.074.080	-623.954	25.861
Verbindlichkeiten	1.450.127	2.074.080	-623.954	2.073.102
Rechnungsabgrenzungsposten	0	749	-749	0
	2.201.259	**2.797.597**	**-596.337**	**2.802.319**

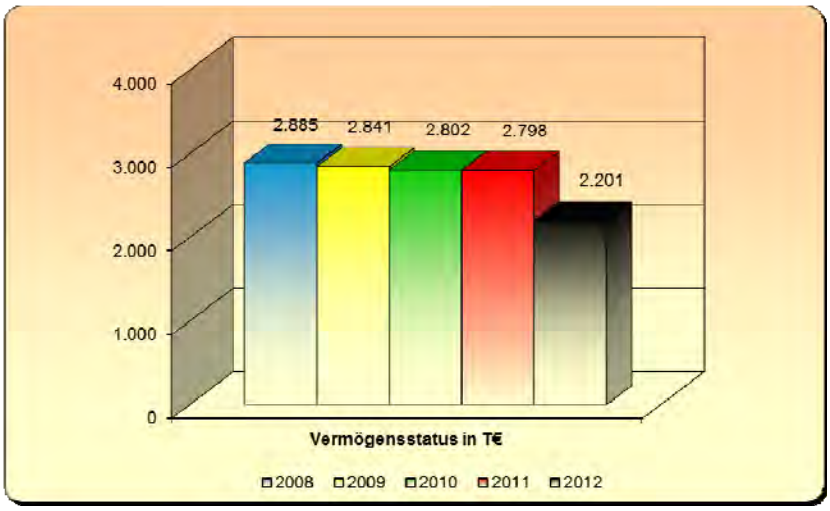
Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

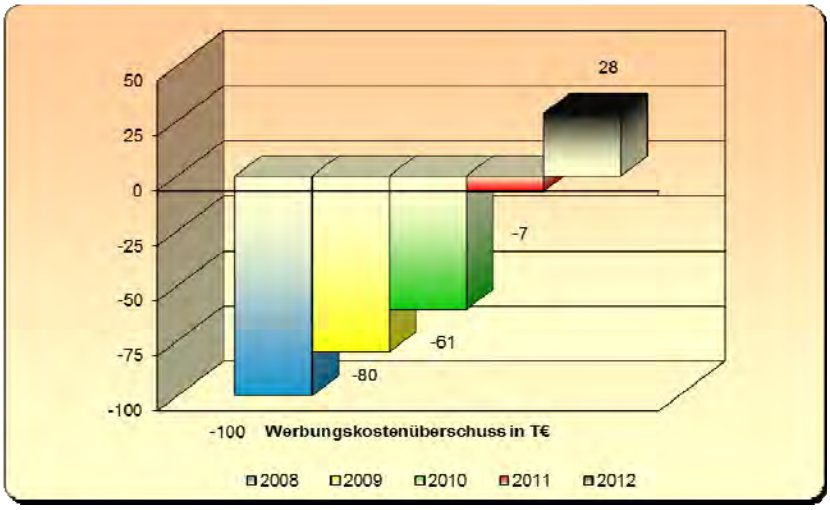
L. Gewinn- und Verlustrechnung Fonds 15

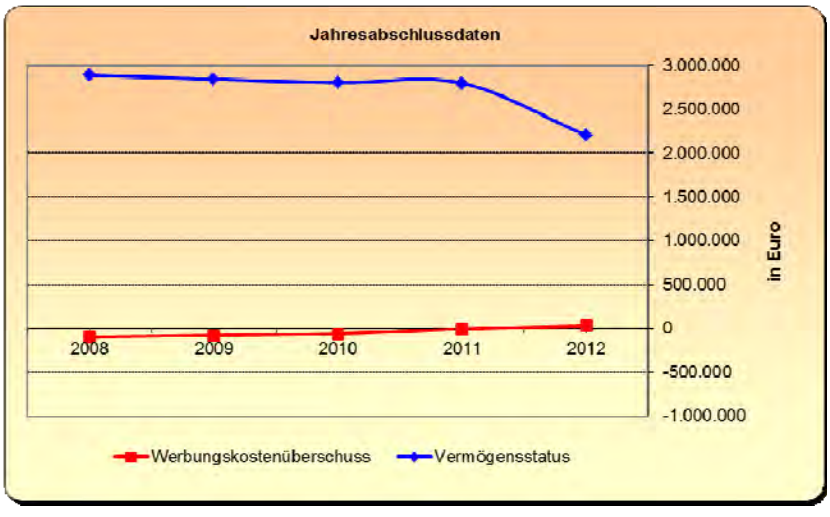
	2012	2011	2010
Einnahmen	**in €**	**in €**	**in €**
Mieteinnahmen	123.241	126.127	122.672
neutrale Einnahmen	38.491	13.332	27.077
	161.732	139.460	149.749
Werbungskosten			
Bewirtschaftungskosten, umlagefähig	24.651	16.206	17.231
Bewirtschaftungskosten, nicht umlagefähig	25.150	19.121	16.540
Abschreibungen auf Sachanlagen	43.546	43.546	43.546
Sonstige Kosten	11.092	13.974	9.267
Neutrale Kosten			
Darlehenszinsen	24.009	49.995	102.261
Damna	0	3.575	21.458
Zinsen für kurzfristiges Darlehen	4.861	0	0
Summe Werbungskosten	**133.308**	**146.417**	**210.303**
Einnahmen-/Werbungskostenüberschuss	**28.424**	**-6.957**	**-60.554**

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

M. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen







Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

K. Vermögensstatus Fonds 23

	2012	2011	Verände-	2010
			rung	
Aktiva	**in €**	**in €**	**in €**	**in €**
Sachanlagen	2.051.837	2.094.109	-42.272	2.136.381
Finanzanlagen	600.395	509.927	90.468	494.545
Anlagevermögen	2.652.232	2.604.036	48.196	2.630.926
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	24.691	30.269	-5.578	30.051
Guthaben bei Kreditinstituten	19.399	6.460	12.939	7.587
Umlaufvermögen	44.090	36.729	7.361	37.638
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	2.696.322	**2.640.765**	**55.557**	**2.668.564**
Passiva				
gezeichnete Kapitalanteile	2.096.399	2.096.399	0	2.096.399
Rücklagen	847.001	803.426	43.575	754.121
Entnahmen	-6.740	-6.740	0	-6.740
Verlustvortrag	-2.172.367	-2.125.337	-47.030	-2.072.942
Jahresergebnis	29.286	-47.030	76.316	-52.396
Kapitalanteile ausgeschiedene Gesellschafter	718	718	0	718
Kapitalanteile	794.296	721.435	72.861	719.161
Rückstellungen	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	600.240	1.907.237	-1.306.997	1.938.551
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0	1.030	-1.030	0
Sonstige Verbindlichkeiten	1.301.786	11.062	1.290.723	10.853
Verbindlichkeiten	1.902.026	1.919.330	-17.304	1.949.404
	2.696.322	**2.640.765**	**55.557**	**2.668.564**

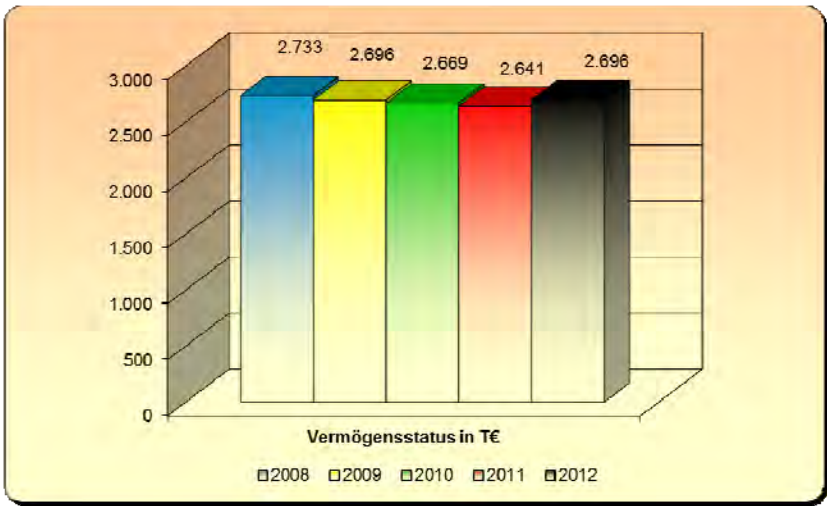
Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

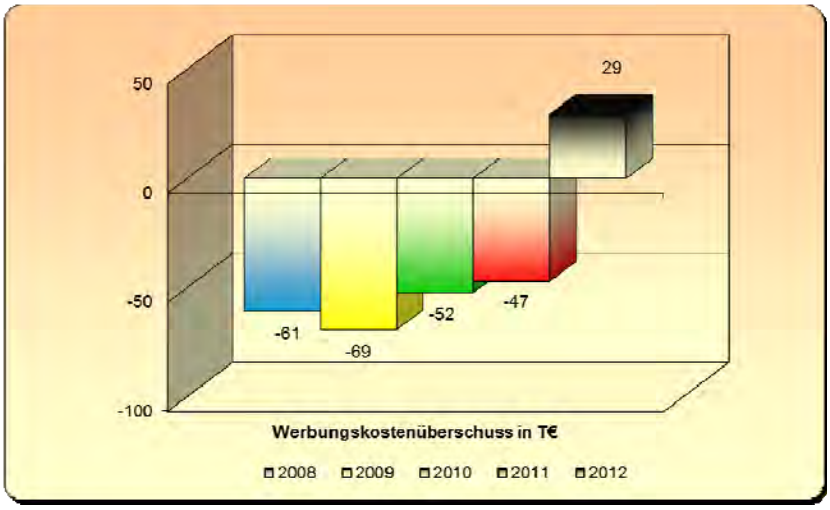
L. Gewinn- und Verlustrechnung Fonds 23

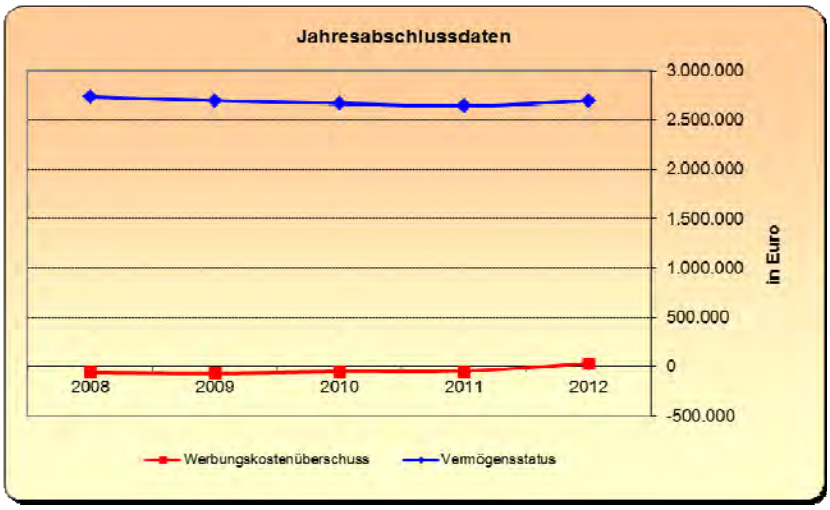
	2012	2011	2010
Einnahmen	**in €**	**in €**	**in €**
Mieteinnahmen	121.627	113.629	118.925
neutrale Einnahmen	92.737	16.215	14.889
	214.363	129.844	133.814
Werbungskosten			
Bewirtschaftungskosten, umlagefähig	22.862	21.856	18.368
Bewirtschaftungskosten, nicht umlagefähig	16.719	6.645	16.164
Abschreibungen auf Sachanlagen	42.272	42.272	42.272
Sonstige Kosten	8.799	10.077	11.728
Neutrale Kosten			
Darlehenszinsen	94.425	96.024	97.545
Summe Werbungskosten	**185.078**	**176.874**	**186.077**
Einnahmen-/Werbungskostenüberschuss	**29.286**	**-47.030**	**-52.262**

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

M. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen







Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

K. Vermögensstatus Fonds 24

	2012	2011	Verände-rung	2010
Aktiva	**in €**	**in €**	**in €**	**in €**
Sachanlagen	2.109.726	2.150.069	-40.343	2.190.412
Finanzanlagen	658.265	559.076	99.189	542.211
Anlagevermögen	2.767.991	2.709.145	58.846	2.732.623
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10.797	15.146	-4.349	16.075
Guthaben bei Kreditinstituten	15.349	8.792	6.557	2.370
Umlaufvermögen	26.146	23.938	2.208	18.446
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	2.794.137	**2.733.083**	**61.054**	**2.751.069**
Passiva				
gezeichnete Kapitalanteile	2.116.851	2.116.851	0	2.116.851
Rücklagen	859.413	810.934	48.478	755.891
Entnahmen	-6.812	-6.812	0	-6.812
Verlustvortrag	-2.141.824	-2.100.143	-41.681	-2.051.645
Jahresergebnis	39.166	-41.681	80.847	-48.498
Kapitalanteile ausgeschiedene Gesellschafter	1.086	1.086	0	1.086
Kapitalanteile	867.880	780.235	87.645	766.872
Rückstellungen	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	652.917	1.941.433	-1.288.516	1.973.668
Sonstige Verbindlichkeiten	1.273.340	11.415	1.261.926	10.529
Verbindlichkeiten	1.926.258	1.952.848	-26.590	1.984.197
	2.794.137	**2.733.083**	**61.054**	**2.751.069**

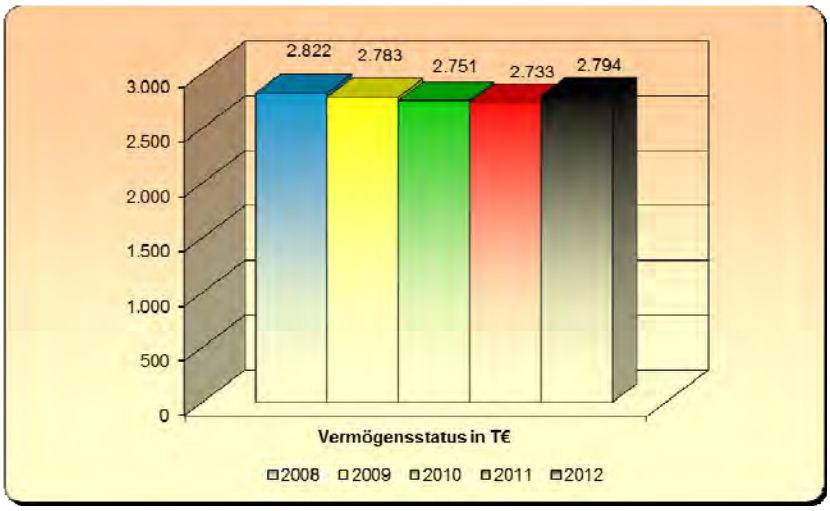
Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

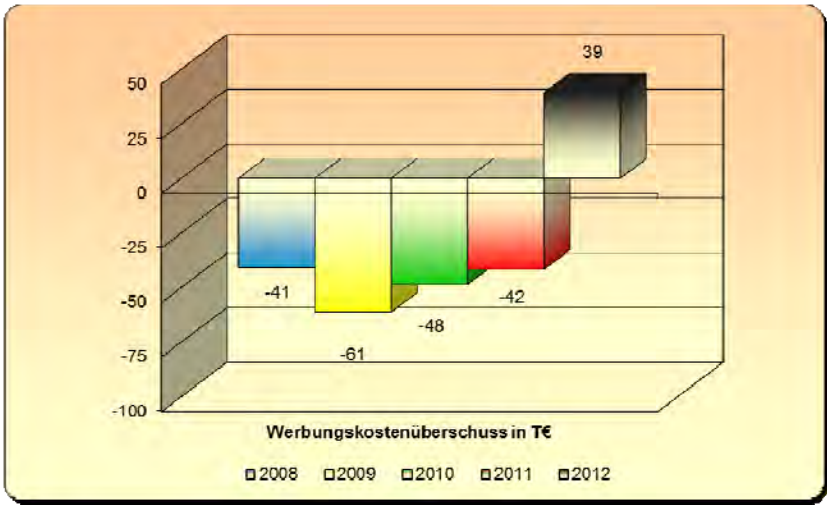
L. Gewinn- und Verlustrechnung Fonds 24

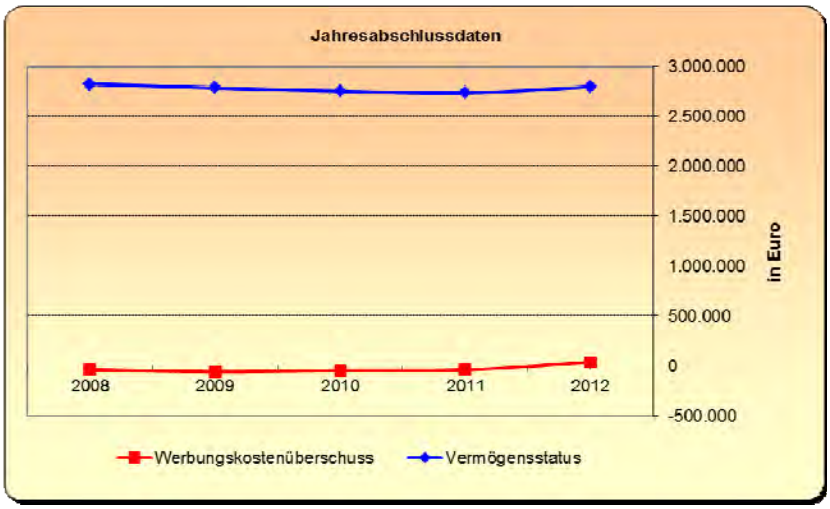
	2012	2011	2010
Einnahmen	**in €**	**in €**	**in €**
Mieteinnahmen	126.677	122.867	123.633
neutrale Einnahmen	100.053	16.865	17.554
	226.730	**139.732**	**141.187**
Werbungskosten			
Bewirtschaftungskosten, umlagefähig	24.042	22.025	21.294
Bewirtschaftungskosten, nicht umlagefähig	18.647	8.824	19.320
Abschreibungen auf Sachanlagen	40.343	40.343	40.343
Sonstige Kosten	8.412	12.477	9.440
Neutrale Kosten			
Darlehenszinsen	96.120	97.744	99.289
Summe Werbungskosten	**187.564**	**181.413**	**189.685**
Einnahmen-/Werbungskostenüberschuss	**39.166**	**-41.681**	**-48.498**

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

M. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen







Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

K. Vermögensstatus Fonds 26

	2011	2010	Verände-	2009
			rung	
Aktiva	**in €**	**in €**	**in €**	**in €**
Sachanlagen	1.242.350	1.265.968	-23.618	1.289.586
Finanzanlagen	395.629	394.229	1.400	363.914
Anlagevermögen	1.637.979	1.660.197	-22.218	1.653.500
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	20.139	18.941	1.199	22.442
Guthaben bei Kreditinstituten	4.596	15.165	-10.569	1.073
Umlaufvermögen	24.736	34.106	-9.370	23.515
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	1.662.714	**1.694.302**	**-31.588**	**1.677.015**
Passiva				
gezeichnete Kapitalanteile	997.019	997.019	0	997.019
Rücklagen	491.406	461.751	29.655	430.865
Entnahmen	-4.147	-4.147	0	-4.147
Verlustvortrag	-919.869	-914.799	-5.070	-908.172
Jahresergebnis	-28.352	-5.070	-23.282	-6.627
Kapitalanteile	536.057	534.754	1.303	508.938
Rückstellungen	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	1.125.425	1.144.498	-19.073	1.165.736
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0	90	-90	199
Sonstige Verbindlichkeiten	1.232	14.960	-13.728	2.142
Verbindlichkeiten	1.126.657	1.159.548	-32.891	1.168.077
	1.662.714	**1.694.302**	**-31.588**	**1.677.015**

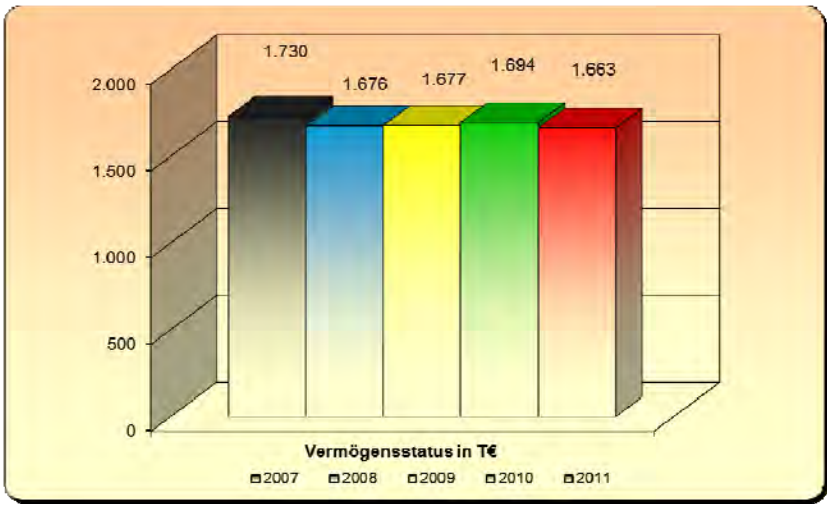
Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

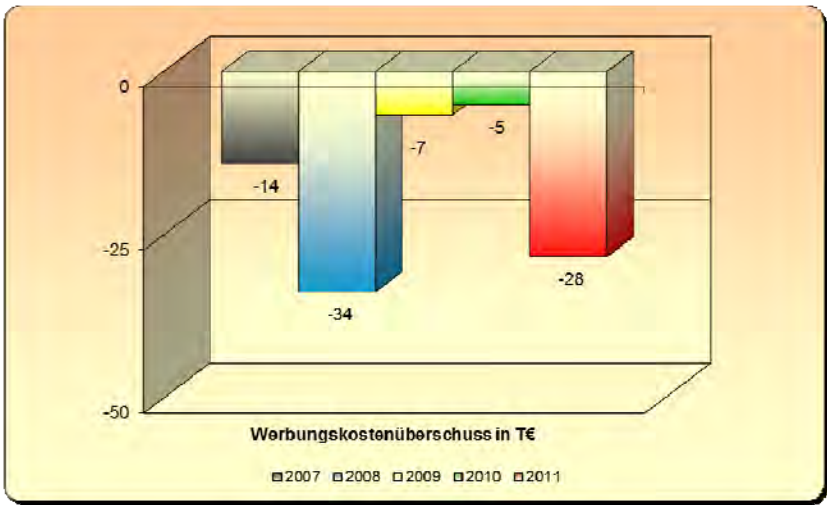
L. Gewinn- und Verlustrechnung Fonds 26

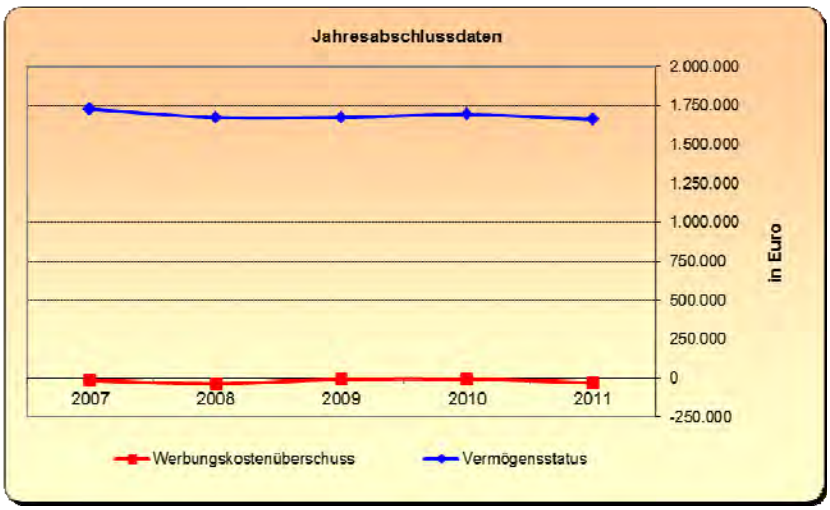
	2011	2010	2009
Einnahmen	**in €**	**in €**	**in €**
Mieteinnahmen	66.740	65.130	91.229
Neutrale Einnahmen	1.400	30.315	0
Werbungskosten	68.140	95.445	91.229
Bewirtschaftungskosten, umlagefähig	3.986	3.316	4.401
Bewirtschaftungskosten, nicht umlagefähig	4.380	9.641	2.703
Abschreibungen auf Sachanlagen	23.618	23.618	27.033
Sonstige Kosten	7.830	6.335	5.233
Neutrale Kosten			
Darlehenszinsen	56.678	57.605	58.486
Summe Werbungskosten	**96.492**	**100.515**	**97.856**
Werbungskostenüberschuss	**-28.352**	**-5.070**	**-6.627**

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

M. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen







Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

K. Vermögensstatus Fonds 27

	2012	2011	Verände-rung	2009
Aktiva	**in €**	**in €**	**in €**	**in €**
Sachanlagen	2.138.024	2.182.266	-44.242	2.226.508
Finanzanlagen	654.315	555.613	98.702	538.902
Anlagevermögen	2.792.339	2.737.879	54.460	2.765.410
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	34.199	44.439	-10.240	59.177
Guthaben bei Kreditinstituten	17.904	9.823	8.081	3.063
Umlaufvermögen	52.103	54.262	-2.160	62.241
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	2.844.442	**2.792.141**	**52.301**	**2.827.651**
Passiva				
gezeichnete Kapitalanteile	2.137.302	2.137.302	0	2.137.302
Rücklagen	882.337	845.309	37.028	792.199
Entnahmen	-7.341	-7.341	0	-7.341
Verlustvortrag	-2.264.644	-2.218.404	-46.240	-2.165.775
Jahresergebnis	43.125	-46.240	89.365	-52.629
Kapitalanteile ausgeschiedener Gesellschafter	628	628	0	628
Kapitalanteile	791.407	711.254	80.153	704.384
Rückstellungen	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	654.160	2.051.139	-1.396.979	2.096.245
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0	0	0	498
Sonstige Verbindlichkeiten	1.398.874	29.748	1.369.126	26.523
Verbindlichkeiten	2.053.034	2.080.887	-27.853	2.123.267
	2.844.442	**2.792.141**	**52.301**	**2.827.651**

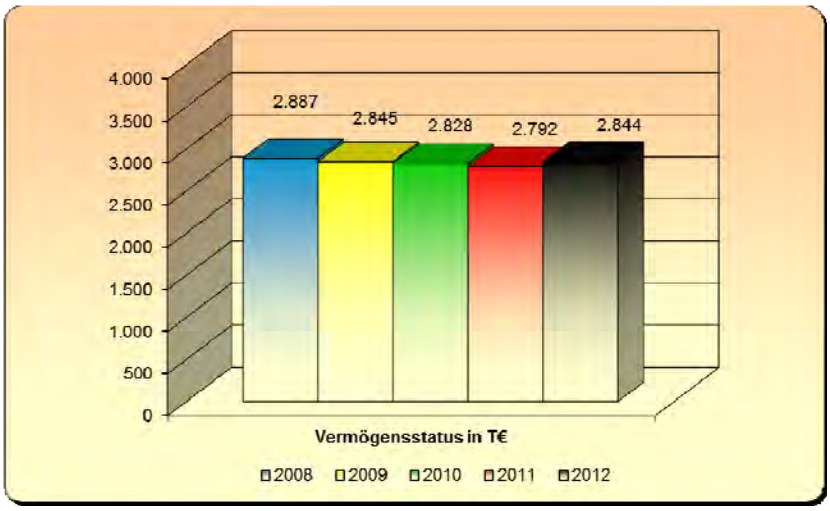
Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

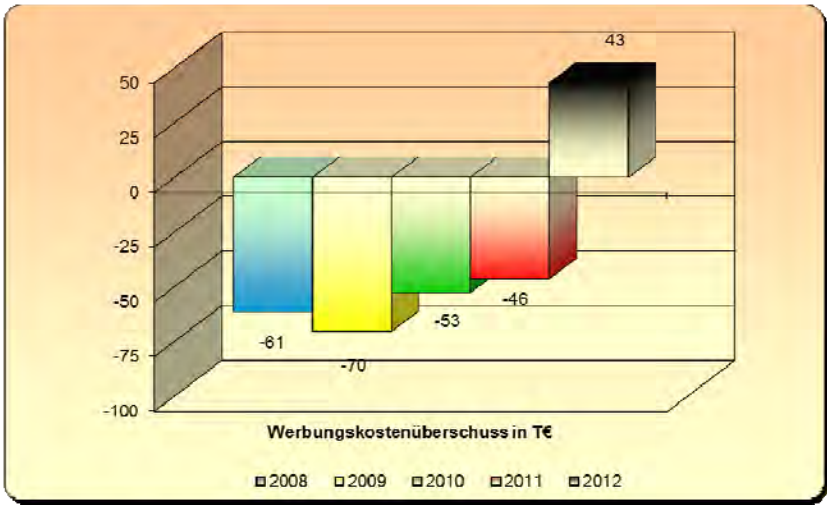
L. Gewinn- und Verlustrechnung Fonds 27

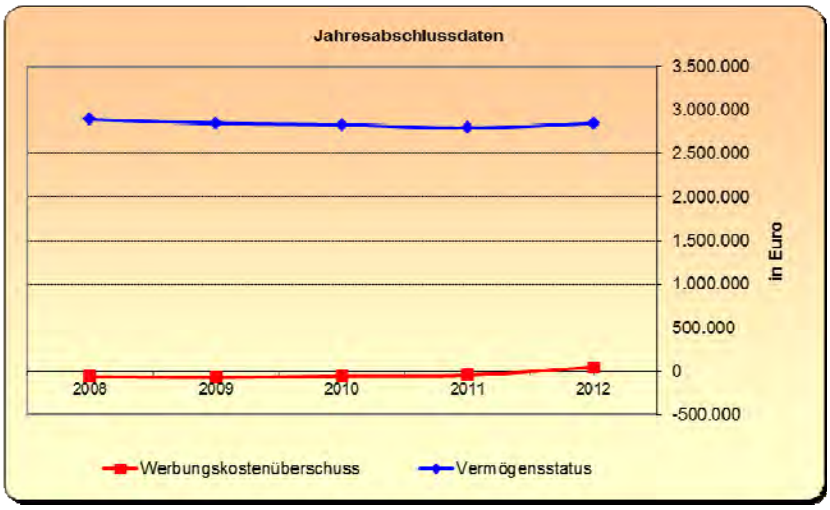
	2012	2011	2010
Einnahmen	**in €**	**in €**	**in €**
Mieteinnahmen	136.009	129.785	128.394
neutrale Einnahmen	101.819	16.711	16.134
	237.828	146.496	144.528
Werbungskosten			
Bewirtschaftungskosten, umlagefähig	24.112	21.399	20.120
Bewirtschaftungskosten, nicht umlagefähig	14.088	13.493	18.756
Abschreibungen auf Sachanlagen	44.242	44.242	44.242
Sonstige Kosten	10.712	10.332	9.132
Neutrale Kosten			
Darlehenszinsen	101.549	103.270	104.908
Summe Werbungskosten	**194.703**	**192.736**	**197.157**
Einnahmen-/Werbungskostenüberschuss	**43.125**	**-46.240**	**-52.629**

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

M. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen







Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

K. Vermögensstatus Fonds 29

	2012	2011	Verände-	2010
			rung	
Aktiva	**in €**	**in €**	**in €**	**in €**
Sachanlagen	1.333.430	1.360.383	-26.953	1.387.336
Finanzanlagen	419.343	356.085	63.258	345.375
Anlagevermögen	1.752.773	1.716.468	36.305	1.732.711
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	20.328	29.675	-9.347	23.986
Guthaben bei Kreditinstituten	15.062	1.196	13.865	11.043
Umlaufvermögen	35.390	30.871	4.519	35.029
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	1.788.163	**1.747.339**	**40.824**	**1.767.740**
Passiva				
gezeichnete Kapitalanteile	1.278.332	1.278.332	0	1.278.332
Rücklagen	562.518	532.018	30.500	500.804
Entnahmen	-4.407	-4.407	0	-4.407
Verlustvortrag	-1.411.332	-1.371.390	-39.942	-1.352.046
Jahresergebnis	29.529	-39.942	69.471	-19.344
Kapitalanteile ausgeschiedener Gesellschafter	466	466	0	466
Kapitalanteile	455.107	395.078	60.029	403.805
Rückstellungen	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	419.189	1.289.612	-870.423	1.310.324
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0	0	0	338
Sonstige Verbindlichkeiten	913.867	62.649	851.218	53.272
Verbindlichkeiten	1.333.056	1.352.261	-19.205	1.363.934
	1.788.163	**1.747.339**	**40.824**	**1.767.740**

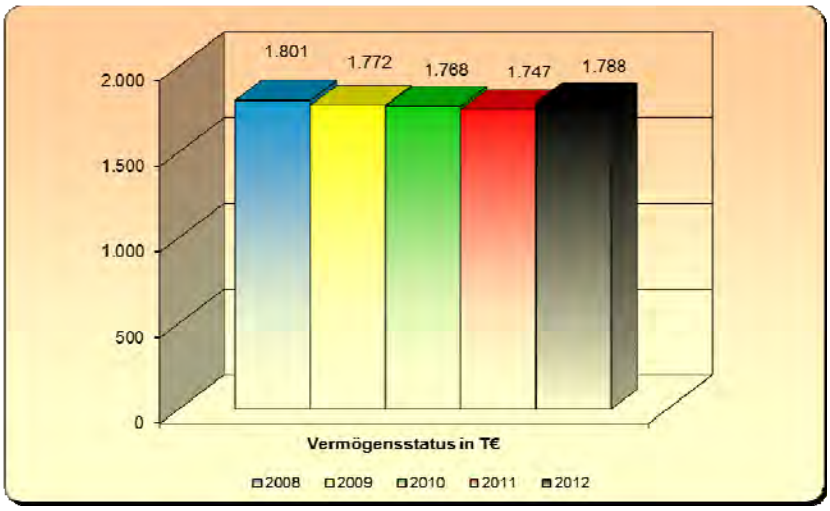
Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

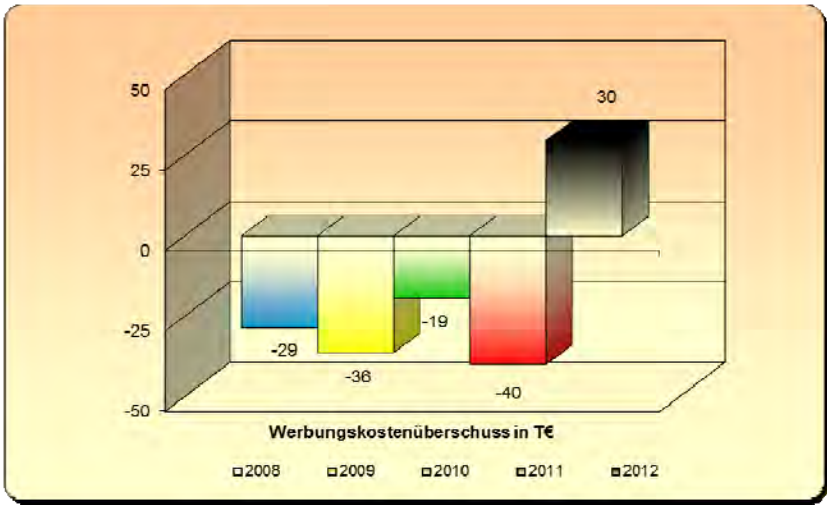
L. Gewinn- und Verlustrechnung Fonds 29

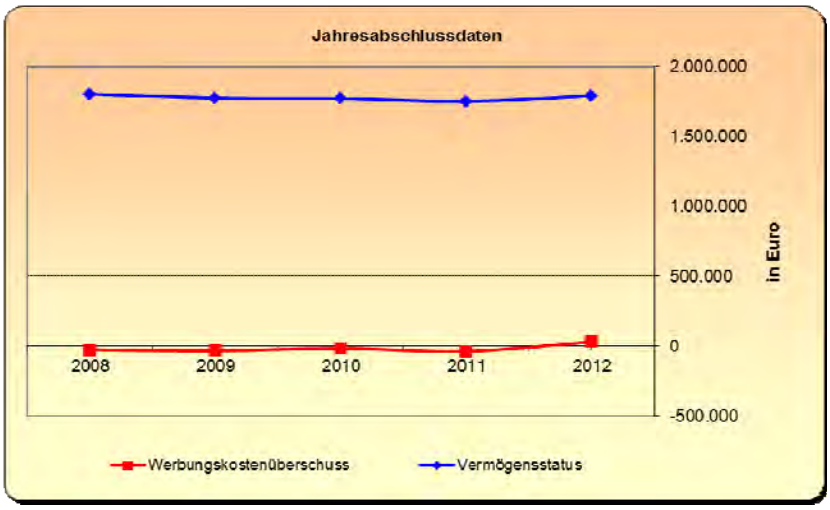
	2012	2011	2010
Einnahmen	**in €**	**in €**	**in €**
Mieteinnahmen	85.129	80.925	85.065
neutrale Einnahmen	66.103	10.710	12.861
	151.232	91.635	97.926
Werbungskosten			
Bewirtschaftungskosten, umlagefähig	15.104	13.931	12.722
Bewirtschaftungskosten, nicht umlagefähig	10.772	17.558	5.629
Abschreibungen auf Sachanlagen	26.953	26.953	26.953
Sonstige Kosten	5.015	8.218	6.043
Neutrale Kosten			
Darlehenszinsen	63.858	64.916	65.922
Summe Werbungskosten	**121.703**	**131.576**	**117.270**
Einnahmen-/Werbungskostenüberschuss	**29.529**	**-39.942**	**-19.344**

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

M. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen







Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

K. Vermögensstatus Fonds 30

	2012	2011	Verände-	2010
			rung	
Aktiva	**in €**	**in €**	**in €**	**in €**
Sachanlagen	1.328.239	1.355.584	-27.345	1.382.929
Finanzanlagen	419.371	356.121	63.250	345.407
Anlagevermögen	1.747.610	1.711.705	35.905	1.728.336
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	31.950	32.006	-56	27.863
Guthaben bei Kreditinstituten	17.242	6.586	10.656	843
Umlaufvermögen	49.192	38.592	10.600	28.706
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	1.796.802	**1.750.298**	**46.504**	**1.757.042**
Passiva				
gezeichnete Kapitalanteile	1.311.566	1.311.566	0	1.311.566
Rücklagen	534.536	505.488	29.049	470.853
Entnahmen	-4.410	-4.410	0	-4.410
Verlustvortrag	-1.380.335	-1.353.719	-26.616	-1.324.344
Jahresergebnis	32.303	-26.616	58.919	-29.376
Kapitalanteile ausgeschiedener Gesellschafter	666	666	0	666
Kapitalanteile	494.327	432.975	61.352	424.956
Rückstellungen	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	419.216	1.289.612	-870.396	1.310.705
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0	0	0	337
Sonstige Verbindlichkeiten	883.259	27.711	855.548	21.045
Verbindlichkeiten	1.302.475	1.317.323	-14.848	1.332.087
	1.796.802	**1.750.298**	**46.504**	**1.757.042**

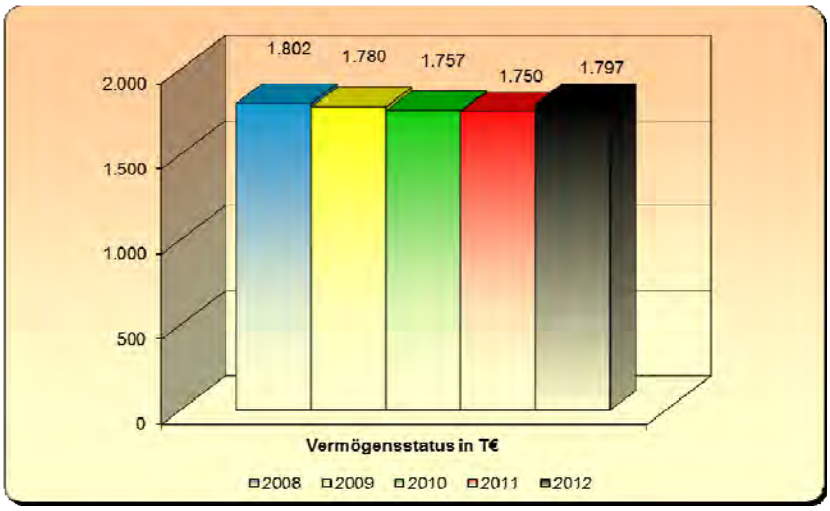
Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

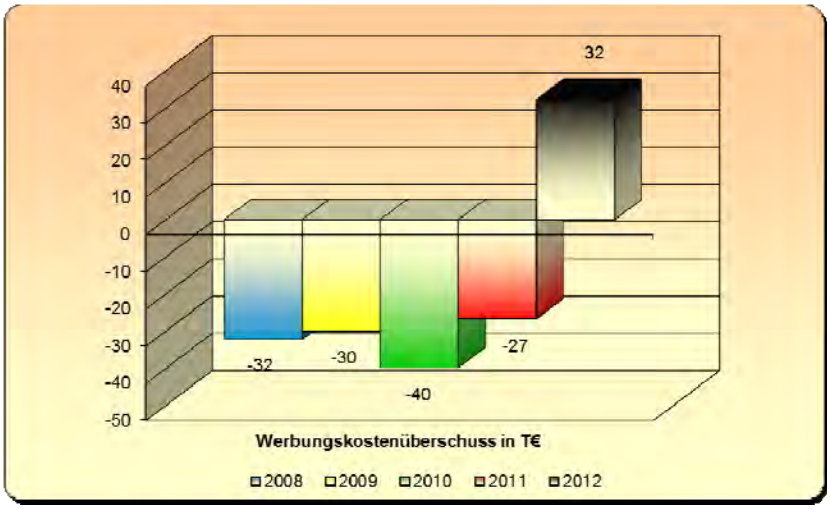
L. Gewinn- und Verlustrechnung Fonds 30

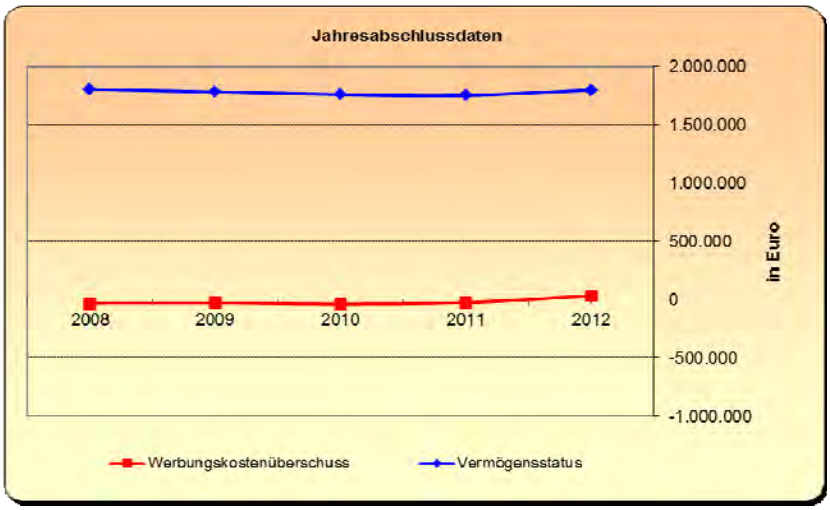
	2012	2011	2010
Einnahmen	**in €**	**in €**	**in €**
Mieteinnahmen	87.242	85.411	84.707
Neutrale Einnahmen	63.250	10.714	2.544
	150.491	96.125	87.252
Werbungskosten			
Bewirtschaftungskosten, umlagefähig	15.788	13.724	13.019
Bewirtschaftungskosten, nicht umlagefähig	6.280	8.151	14.881
Abschreibungen auf Sachanlagen	27.345	27.345	27.345
Sonstige Kosten	4.916	8.605	5.810
Neutrale Kosten			
Darlehenszinsen	63.858	64.916	65.922
Summe Werbungskosten	118.188	122.741	126.976
Einnahmen-/Werbungskostenüberschuss	**32.303**	**-26.616**	**-39.725**

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

M. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen







Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

Aus dem Erlös des Verkaufes der EVO-Anteile hat sich die KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH im Zuge der Gesamtkonzeption der Wiederanlage als Kommanditist an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin, beteiligt.

Bei der vorliegenden steuerbegünstigten Kapitalanlage handelt es sich um eine Beteiligung in der Rechtsform der Kommanditgesellschaft. Im Vordergrund dieser Beteiligung standen Ausschüttungen/Entnahmen aus prospektierten Liquiditätsüberschüssen bezogen auf die Nominalbeteiligung.

Die Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG betreibt in Göhren-Lebbin an der Müritzseenplatte in Mecklenburg-Vorpommern das Freizeit- und Urlaubsresort „Land Fleesensee".

„Land Fleesensee", als eine der größten Resortanlagen in Nordeuropa, besteht aus insgesamt drei Hotelbetrieben, dem RadissonSAS Resort Schloßhotel, dem Robinson Club und dem Dorfhotel. Zu dem Gesamtkomplex gehören darüber hinaus noch eine moderne Wasserwelt mit angegliedertem Sauna- und Wellnessbereich sowie großzügige Sportanlagen. Hierbei seien insbesondere die insgesamt sechs Golfplätze genannt.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

Anschrift	Thyssenstraße 7 -17, 13407 Berlin
Telefon	030/85613494-0
Telefax	030/85613494-9
Internet	www.fleesensee.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2011.

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	Kommanditgesellschaft in Form einer GmbH & Co. KG
Gründungstag/-jahr	24. September 1994
Persönlich haftende Gesellschafterin	Fleesensee Verwaltungs GmbH, Berlin
Geschäftsführer der Komplementärin	Detlev U. Fricke, Berlin
Stammkapital	30.677,51 €
Kommanditkapital (ursprünglich)	96.634.165,56 €

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist neben der Entwicklung, der Errichtung und dem Betrieb (auch durch Managementgesellschaften) von Hotels, sowie gastronomischen und anderen touristischen Einrichtungen im Bereich des „Freizeit- und Urlaubsresort Land Fleesensee“ in Göhren-Lebbin in Mecklenburg-Vorpommern, die Koordination, die finanzielle Führung sowie die Übernahme aller sonstigen übergeordneten Aufgaben im Zusammenhang mit dem vorgenannten Projekt.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung

Geschäftsführer der Komplementärin	Detlev U. Fricke, Berlin

D. Kommanditisten

Kommanditisten	Anteil in %	Anteil in €
Gesamtkapital der Kommanditisten	100,00	96.634.165,56

Kommanditisten	Anzahl
Anzahl der Kommanditisten zum 31.12.2011	1.807

Die Beteiligung der KVBG mbH als Kommanditist beträgt € 8.052.847,13

Im Jahresabschluss der KVBG mbH zum 31.12.2008 wurde auf die Beteiligung an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG eine Wertberichtigung von vormals € 8.052.847,13 in Höhe von € 1.480.000,00 = € 6.572.847,13 aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung vorgenommen.

Darüber hinaus wurde im Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2010 der KVBG mbH eine Abschreibung wegen dauerhafter Wertminderung in Höhe von € 6.572.846,13 = € 1,00 vorgenommen.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

E. Anteilsbesitz

Konsolidierte verbundene Unternehmen	Anteil in %	Erstkonsolidierungszeitpunkt
Fleesensee GmbH & Co. Golf- und Sporthotel KG, Berlin	100,00	01.01.2001
Fleesensee GmbH & Co.Clubanlage KG, Berlin	100,00	01.01.2001
Fleesensee GmbH & Co. Feriendorf KG, Berlin	100,00	01.01.2001
Fleesensee GmbH & Co. Sportanlagen KG, Berlin	100,00	01.01.2001
Fleesensee GmbH & Co. Kur- und Thermen KG, Berlin	100,00	01.01.2001
Land Fleesensee Tourismus Marketing GmbH, Göhren-Lebbin (vormals: Fleesensee Hotels & Sports Marketing und Service GmbH, Berlin)	100,00	31.12.2008

Nicht konsolidierte verbundene Unternehmen	Anteil in %	Erstkonsolidierungszeitpunkt
Schloss Blücher Dorf- und Tagungszentrum Betriebs GmbH i. L., Berlin	100,00	---
Schloss Blücher Reitanlagen Management GmbH i. L., Berlin	100,00	---

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Hinsichtlich der aus dem Veräußerungserlös der EVO-Anteile im Jahre 2000 erworbenen Beteiligung an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG besteht seitens des Regierungspräsidiums Darmstadt als Aufsichtsbehörde die Auffassung, dass es sich bei dieser Beteiligung um eine reine Kapitalanlage handelt und diese deshalb unzulässig ist.

Seitens der Aufsichtsbehörde sind die Beteiligungen im Rahmen der vertraglichen Möglichkeiten in vermögensschonender Art und Weise zu beenden.

Dieser Vorgabe des Regierungspräsidiums Darmstadt zur Abwicklung der Beteiligungen wurde im Rahmen der Beschlussfassung zum Schulprojekt Rechnung getragen.

Eine Abwicklung der Beteiligungen ist bislang nicht erfolgt, da aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Marktsituation eine vermögensschonende Veräußerung bisher nicht möglich war.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

k e i n e

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

k e i n e

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

in €	2011	2010	2009
Verbindlichkeiten	57.288.638	56.248.500	48.145.317

Berichtsjahr 2011	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	56.248.500
Zunahmen	1.040.138
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31.Dezember)	57.288.638

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

k e i n e

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2011

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns

Entwicklung des Markts und des Konzerns

Der Deutschlandtourismus hat sich nach den negativen Einflüssen von Wirtschafts- und Finanzkrise in den Vorjahren deutlich erholt. In Mecklenburg-Vorpommern wurde das drittbeste Jahresergebnis nach 1990 erzielt. Der Trend zu erdgebundenen Zielen muss mit entsprechenden Qualitätsverbesserungen aufgegriffen werden. Vor allem saisonübergreifende Angebote sind geeignet, die immer häufiger auftretenden witterungsbedingten Einbußen in der traditionellen Hochsaison wie im Sommer 2011 aufzufangen.

Das eher wetterunabhängige Gruppengeschäft MICE (Meetings, Incentives, Conventions und Events) hat maßgeblich zur Stabilisierung beigetragen. Die Zimmerdurchschnittspreise konnten in 2011 marktgerecht leicht angehoben werden.

Die positiven Auswirkungen der Mehrwertsteuerharmonisierung im europäischen Wettbewerb führten auch 2011 zu weiteren Investitionen in die Qualität und mehr Beschäftigung.

Der Trend hin zum kurzfristig gebuchten Urlaub hält weiterhin an. Auch hier gilt es, auf diese neue Herausforderung die geeigneten Mittel zu finden.

Die drei zum Fonds zählenden Hotelbetriebe RadissonBLU, Robinson Club und Dorfhotel im Land Fleesensee konnten im Jahr 2011 mit zusammen rund 272.900 Übernachtungen (Vorjahr: 263.400) bei einer durchschnittlichen Zimmerauslastung von rund 57,3 % (Vorjahr: 56,0 %) die Belegung des vergleichbaren Vorjahreszeitraums spürbar verbessern. Sie erzielten in 2011 einen Umsatz in Höhe von EUR 22,3 Mio. und liegen damit um rd. 2,2 % über den Vorjahreserlösen. Das operative Betriebsergebnis (GOP) der Hotels insgesamt lag in 2011 mit rund EUR 4,5 Mio. 1 % über dem Vorjahr.

Unter Einbeziehung der beiden Tochterunternehmen Fleesensee GmbH & Co. Sportanlagen KG und Fleesensee GmbH & Co. Kur- und Thermen KG wurden im Gesamtresort Umsatzerlöse von rund EUR 28,3 Mio. erwirtschaftet und liegen damit auf dem Niveau des Vorjahres. Durch den verregneten Sommer konnten die erwarteten Ertragspotentiale im Golfgeschäft nicht realisiert werden. Mit einem operativen Betriebsergebnis des Resorts von rund EUR 5,2 Mio. wurde das Vorjahresergebnis deshalb knapp verfehlt.

Die Fleesensee GmbH & Co. Golf- und Sporthotel KG (Radisson Blu Resort Schloss Fleesensee) konnte mit EUR 7,01 Mio. den Vorjahresumsatz (EUR 6,98 Mio.) leicht übertreffen, verfehlte aber um 4 % den budgetierten Gesamthotelumsatz. Das operative Betriebsergebnis (GOP) konnte gegenüber dem Vorjahr um rund 4 % verbessert werden.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2011 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns (Fortsetzung)

Entwicklung des Markts und des Konzerns (Fortsetzung)

Die durchschnittliche Zimmerbelegung lag mit 60 % um 3 % höher als im Vorjahr. Gleichzeitig gelang es, die durchschnittliche Zimmerrate um EUR 6,00 auf EUR 90,00 zu erhöhen. Realisiert wurde dies durch allgemein höhere Zimmerpreise aber auch durch eine Änderung des Verhältnisses zwischen Logis- und Frühstücksanteil. Der überaus starke Trend der ersten sechs Monate des Jahres konnte aufgrund von langanhaltenden Regenphasen, gerade im Juli, leider nicht beibehalten werden. Dies hatte auch eine niedrigere Belegung im August zur Folge. Im Herbst fehlten die starken Vorjahresumsätze aus dem Tagungsgeschäft. Dafür konnten mehr Erlöse aus individuellen Buchungen generiert werden.

Das Geschäft ist für die Fleesensee GmbH & Co. Clubanlage KG (Robinson Club Fleesensee) im Jahr 2011 erfreulich verlaufen. So konnte die durchschnittliche Zimmerauslastung im Vergleich zum Vorjahr mit 67 % um 3 % gesteigert werden. Die Umsatzerlöse lagen mit EUR 10,8 Mio. zwar um TEUR 263 unter Budget, jedoch wurden die Erlöse 2010 mit TEUR 569 deutlich übertroffen. Aufgrund dessen, aber auch durch ungeplante Kosteneinsparungen liegt das GOP 2011 mit 12 % über dem Budget und mit 3 % über dem Vorjahr.

Im Jahr 2011 wurden die Umsätze des Vorjahres 2010 in der Fleesensee GmbH & Co. Feriendorf KG (Dorfhotel Fleesensee) um 3 % verfehlt. Zwar wirkte sich die Schließungsphase im Februar nicht ganz so wie befürchtet auf die Umsatzentwicklung der ersten sechs Monate aus, jedoch konnten die fehlenden Erlöse im 2. Halbjahr 2011 nur zu einem kleinen Teil aufgeholt werden. Die Zimmerauslastung lag bei 44 % und damit fast 3 % unter dem Jahr 2010. Auf der Kostenseite ist auffällig, dass der Doppelbelegungsfaktor in den Appartements deutlich über Budget liegt und damit die direkten Kosten (z.B. Fremdreinigung, Wäsche) erhöht. Insgesamt erreichte das Dorfhotel Fleesensee in 2011 ein GOP, welches das Jahr 2010 um 7,3 % verfehlte. Die Gästezufriedenheit ist unterdessen durch die getätigten Investitionen in Restaurant und Küche merklich gestiegen. Damit können Gäste zurückgewonnen werden, die aufgrund der unbefriedigenden Situation zuvor verlorengegangen waren. Allerdings bleiben die Neueröffnungen von Dorfhotels in 2007 bzw. 2008 auf Sylt und in Boltenhagen eine Belastung für das Dorfhotel Fleesensee.

Die Fleesensee GmbH & Co. Kur und Thermen KG (Land Fleesensee SPA) erreichte 2011 mit rund EUR 1,9 Mio. leicht gesteigerte Gesamtumsätze und damit ein positives operatives Betriebsergebnis von TEUR 33,5. Das bedeutet gegenüber 2010 ein um TEUR 10 geringeres Ergebnis.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2011 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns (Fortsetzung)

Entwicklung des Markts und des Konzerns (Fortsetzung)

Trotz effektivem Kostenmanagement waren Kostensteigerungen insbesondere in den Bereichen Wareneinsatz, Technik, Energie und Personal nicht vermeidbar.

Mit einem Umsatz von knapp EUR 4 Mio. lag man bei der Fleesensee GmbH & Co. Sportanlagen KG (Golf & Country Club Fleesensee) in etwa auf dem Niveau von 2010. Das operative Betriebsergebnis in Höhe von TEUR 665 fiel um TEUR 174 geringer aus als im Vorjahr. Das überaus vielversprechende erste Halbjahr 2011 wurde durch schlechtes Wetter und langanhaltende Regengüsse - gerade im Juli - relativiert. Gleichwohl weist die Anlage weiterhin eine sehr hohe Attraktivität auf und erfreut sich großer Beliebtheit. Gerade vor dem Hintergrund des ungünstigen Wetters über weite Strecken in 2011 ist es erfreulich, dass die Zahl der gespielten Runden um 6.000 auf 62.000 gestiegen ist. Weiterhin wurden fast 100 neue Mitglieder gewonnen. Somit verfügt der Golf & Country Club Fleesensee nun über mehr als 2.400 regelmäßige Jahresbeitragszahler. Dennoch fielen die Einnahmen aus dem Green-Fee-Geschäft wegen des Schneeschimmelbefalls aufgrund der monatelangen geschlossenen Schneedecke im Winter und der deshalb erforderlichen Ermäßigungen um rund TEUR 90 geringer aus.

Für die Land Fleesensee Tourismus Marketing GmbH stand in 2011 das Thema Familienurlaub im Mittelpunkt des Marketings und wurde durch das kostenfreie Golfspiel für Kinder unterstützt. Diese Aktion war so erfolgreich, dass sie in 2012 auf Jugendliche bis 16 Jahre ausgeweitet wurde. Seit vergangenem Jahr hat auch das Land Fleesensee einen eigenen Klimawald und trägt mit der Waldaktie, die von Gästen für EUR 10,00 bei allen Resortpartnern erworben werden kann, aktiv zur Aufforstung in Mecklenburg-Vorpommern bei. Mit Beginn des Winterflugplans im Oktober ist das Land Fleesensee nun auch mit dem Flugzeug ab München, Köln und Stuttgart durch Germanwings und einem Shuttle-Dienst direkt nach der Ankunft in Rostock-Laage zu erreichen.

Ertragslage

Der Konzern erwirtschaftete im Berichtsjahr einen Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 3.009.

Die operativen Tochtergesellschaften konnten das Geschäftsjahr 2011 wesentlich positiver abschließen als das Vorjahr, was zum überwiegenden Teil auf geringere Kursverluste aus dem Schweizer-Franken-Darlehen zurückzuführen ist (2011: TEUR 1.592; Vorjahr: TEUR 8.246). Weiterhin mussten in 2011 keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf das Anlagevermögen vorgenommen werden (2010: TEUR 3.703), welche in 2010 das Ergebnis

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2011 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns (Fortsetzung)

Ertragslage (Fortsetzung)

der Fleesensee GmbH & Co. Sportanlagen KG erheblich belastet haben. Zumindest die Fleesensee GmbH & Co. Golf- und Sporfhotel KG konnte in 2011 in die Gewinnzone zurückgeführt werden (TEUR 149). Die übrigen operativen Gesellschaften erwirtschafteten Jahresfehlbeträge auf erheblich niedrigerem Niveau als 2010: Fleesensee GmbH & Co. Clubanlage KG (TEUR -376), Fleesensee GmbH & Co. Feriendorf KG (TEUR -356), Fleesensee GmbH & Co. Kur- und Thermen KG (TEUR -61), Fleesensee GmbH & Co. Sportanlagen KG (TEUR -486).

Der Konzernumsatz lag mit TEUR 28.325 um TEUR 101 über dem Vorjahr 2010 (TEUR 28.224).

Aufgrund der Verlustvorträge der Tochtergesellschaften aus den Vorjahren konnten noch keine Beteiligungserträge bei der Muttergesellschaft vereinnahmt werden.

Finanzlage

Der Finanzmittelbestand verminderte sich um TEUR 442 auf TEUR 1.106 zum 31. Dezember 2011.

Im Geschäftsjahr setzt sich der Cash Flow wie folgt zusammen:

Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	T €	2.297,5
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	T €	-1.683,1
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	T €	-1.056,4
Cash Flow gesamt	**T €**	**-442,0**

Der Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit (T€ 2.297,5) wurde im Berichtsjahr überwiegend für die Tilgung von Finanzkrediten (T€ 1.056,4) und für betriebsoptimierende Investitionen (T€ 1.683,1) verwendet.

Vermögenslage

Der Konzern weist zum Abschlussstichtag positive Kapitalkonten in Höhe von TEUR 4.101 (Vorjahr: TEUR 4.101) aus. Diese positiven Kapitalkonten entsprechen einer Eigenkapitalquote von 6,6 % (Vorjahr: 6,7%).

Des Weiteren weist der Konzern zum Abschlussstichtag den Posten "Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Entnahmen und Verlustanteile der Kommanditisten" in Höhe von TEUR 7.331 aus.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2011 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns (Fortsetzung)

Vermögenslage (Fortsetzung)

Der gleichzeitige Ausweis eines positiven Eigenkapitals und des Postens "Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Entnahmen und Verlustanteile der Kommanditisten" erklärt sich mit dem getrennten Ausweis von positiven und negativen Kapitalkonten aufgrund des handelsrechtlichen Saldierungsverbots.

Rechtsverfahren

Vor dem Landgericht Berlin und in der Berufungsinstanz vor dem Kammergericht waren und sind gegen die Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG einige Zivilrechtsverfahren anhängig, in denen Widerrufe nach HausTWG erklärt wurden. In der Mehrzahl der Fälle haben die Gerichte eine "Haustürsituation" bei der Einwerbung des Beteiligungskapitals verneint, so dass die Klagen abgewiesen wurden. In einem Fall, der das Jahr 2005 betraf, in fünf Fällen, die das Jahr 2006 betrafen, und in einem Fall, der das Jahr 2007 betraf, haben die Gerichte jedoch eine "Haustürsituation" bejaht und den Widerruf durchgreifen lassen. Die Folgen für die Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG sind jedoch überschaubar, da der jeweilige Gesellschafter nicht seine Einlage zurückfordern, sondern lediglich die Erstellung einer Auseinandersetzungsbilanz und die Ermittlung eines Abfindungsguthabens für den Zeitpunkt des Widerrufs verlangen kann.

Bezüglich der Klagen aus behaupteter Prospekthaftung ist es dabei geblieben, dass keine dieser Klagen jemals erfolgreich war. Derzeit laufen nur noch drei Verfahren aus dieser Kategorie. Die Rechtsberater der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG rechnen auch bei diesen drei Restverfahren nicht mit einer Verurteilung. Mit weiteren Verfahren ist nicht mehr zu rechnen, da am 31. Dezember 2011 unter jedem denkbaren rechtlichen Gesichtspunkt Verjährung eingetreten ist.

Eines der Beratungsunternehmen, das in der Emissionsphase an der Einwerbung des Gesellschaftskapitals beteiligt war, ist von einzelnen Kunden mit dem Vorwurf der Schlechtberatung überzogen und gerichtlich verklagt worden. In diesen Prozessen hat das Beratungsunternehmen gegenüber der Fondsgesellschaft den Streit verkündet. Die Rechtsberater der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG rechnen nicht damit, dass dem Fonds aus diesen Verfahren Nachteile entstehen. Unmittelbar verurteilt werden kann die Fondsgesellschaft ohnehin nicht, da sie nur Streitverkündungsempfängerin ist. Aber auch mit einem Regress des Beratungsunternehmens ist nicht zu rechnen, zumal das mit diesen Verfahren befasste Landgericht Hannover bereits mehrmals zum Ausdruck gebracht

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2011 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns (Fortsetzung)

Rechtsverfahren (Fortsetzung)

hat, dass es den Emissionsprospekt für korrekt hält. Mit weiteren Verfahren ist auch in dieser Kategorie nicht zu rechnen, da am 31. Dezember 2011 unter jedem denkbaren rechtlichen Gesichtspunkt Verjährung eingetreten ist.

Schließlich befindet sich die Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG in einem Rechtsstreit wegen offener Honorare einer Unternehmensberatungsgesellschaft, welche in den Vorjahren für den Fonds tätig war. Die streitbefangenen Verbindlichkeiten sind in der Bilanz enthalten Für etwaige Beratungs- und Prozesskosten wurden entsprechende Rückstellungen gebildet.

II. Voraussichtliche Entwicklung des Konzerns

Chancen- und Risikobericht

Während die ersten fünf Monate des Jahres 2012 ausgesprochen positiv für das FleesenseeResort verliefen, konnten die Monate Juni und Juli die Erwartungen für die Hochsaison nicht erfüllen. Grund hierfür war das wenig sommerliche Wetter mit langen Regenperioden. So lagen die Übernachtungszahlen in den Hotelbetrieben ganz Mecklenburg-Vorpommerns per August 2012 noch leicht unter dem Vorjahr. Der sich zudem weiter verstärkende Trend hin zu kurzfristigen Buchungen stellt auch die Betriebe im Land Fleesensee zunehmend vor Herausforderungen, da spontane Reiseentscheidungen inzwischen auch von immer präziseren Wetterprognosen beeinflusst werden.

Die Monate August und September verliefen dagegen in allen Betrieben erfreulich positiv, so dass die Umsatz- und Ergebniseinbußen des Frühsommers teilweise wieder aufgeholt werden konnten. Die Belegung der Hotels lag bis Ende September mit fast 60 % leicht über dem Niveau des Vorjahres. Auch die gespielten Golfrunden erreichten mit 51.600 nahezu den Wert von 2011. Allerdings blieb der bisherige Umsatz des Gesamtresorts mit EUR 21,5 Mio. um rund EUR 1,8 Mio. hinter den Budgeterwartungen zurück. Im Vergleich zum Vorjahr konnten die Betriebe seit Anfang August wieder etwas aufholen und liegen jetzt nur noch 0,7 % unter dem Umsatz des vergleichbaren Vorjahreszeitraums. Das operative Betriebsergebnis (GOP) lag Ende September bei TEUR 4.195 und damit um TEUR 458 unter dem Vorjahreswert und um TEUR 1.064 unter dem Budgetwert.

Zur Lösung der Liquiditätsproblematik wurde mit dem Bankenkonsortium eine Vereinbarung zur Finanzierung des Resorts bis Ende 2013 geschlossen (vgl. hierzu den folgenden Nachtragsbericht).

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2011 (Fortsetzung)

II. Voraussichtliche Entwicklung des Konzerns (Fortsetzung)

Chancen- und Risikobericht (Fortsetzung)

Zum Stichtag 31. Dezember 2011 waren insgesamt 16 Kündigungen mit einem Beteiligungskapital von insgesamt rund TEUR 455 eingegangen. Mit Wirkung zum 31. Dezember 2012 hatten 88 Gesellschafter mit einem Beteiligungskapital von insgesamt TEUR 2.975 gekündigt. Zum Stichtag 31. Dezember 2013 haben bisher sieben Gesellschafter mit einem Beteiligungskapital von TEUR 184 gekündigt.

Für das CHF-Fremdwährungsdarlehen erfolgten nach erstmaligem Auslaufen der Zinsbindung zum 30. Dezember 2008 jeweils halbjährliche bzw. quartalsweise Prolongationen mit angepassten Zinskonditionen. Derzeit ist eine Zinsfestschreibung bis 30 Dezember 2012 vereinbart Nach wie vor können aufgrund des Wechselkursrisikos auch zukünftig Kursverluste für die Fonds-Gesellschaften entstehen.

Zu Risiken aus der Liquiditätsplanung wird auf den folgenden Nachtragsbericht verwiesen.

Nachtragsbericht

Die Geschäftsführung stellt den Konzernabschluss ungeachtet des Postens "Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Entnahmen und Verlustanteile der Kommanditisten" in Höhe von TEUR 7.331 weiterhin unter der Annahme der Unternehmensfortführung auf und vertritt die Meinung, dass die Gesellschaft für mindestens weitere zwölf Monate geschäftsfähig bleibt.

Die Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG führt derzeit Verhandlungen mit den Kapitalgebern zur Sicherstellung der Unternehmensfortführung. Das finanzierende Bankenkonsortium hat diesen Prozess bislang mit der Aussetzung von vier der quartalsweise zu leistenden Tilgungen im 4. Quartal 2010, im 1. sowie im 4. Quartal 2011 (jeweils in voller Höhe) und im 1. Quartal 2012 (hälftig) positiv begleitet. Die Unternehmensfortführung auf Ebene der Entwicklungs KG ist insoweit von der Kooperation und dem positiven Zusammenwirken der Kapitalgeber abhängig.

Mit Datum vom 2./4.. Oktober 2012 wurde unter Gremienvorbehalt eine Vereinbarung zur Finanzierung des Ferienresorts Land Fleesensee zwischen dem Bankenkonsortium und den Gesellschaften des Ferienresorts Land Fleesensee unterzeichnet. Die Eckpunkte dieser Vereinbarung lauten wie folgt:

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2011 (Fortsetzung)

II. Voraussichtliche Entwicklung des Konzerns (Fortsetzung)

Nachtragsbericht (Fortsetzung)

- Die Liquiditätslage der Gesellschaften des Ferienresorts ist angespannt.
- Die von der Geschäftsführung für die Muttergesellschalt Fleesensee GmbH & Co. Entwicklunqs KG vorgelegte Liquiditätsplanung (Stand 27. August 2012) weist für den regulären Geschäftsverlauf einen Liquiditätsbestand zum 31. Dezember 2012 in Höhe von TEUR 13 und zum 31. Dezember 2013 in Höhe von TEUR 0 aus.
- Die Geschäftsführung erwartet über die in der Liquiditätsplanung verarbeiteten regulären Sachverhalte hinaus weitere Auszahlungen, die in Höhe bzw. zeitlichem Anfall unsicher sind. Das Gesamtvolumen dieser außerplanmäßigen Zahlungen beträgt voraussichtlich TEUR 1.728.
- Das Bankenkonsortium erklärt sich grundsätzlich bereit, die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaften des Ferienresorts Land Fleesensee bis zum 31. Dezember 2013 zu gewährleisten. Die Gewährleistung der Zahlungsfähigkeit erfolgt, soweit notwendig, durch Tilgungsaussetzungen, die insgesamt auf einen Betrag von TEUR 2.000 begrenzt sind. Die Tilgungsaussetzungen dürfen ausschließlich der Finanzierung von zwischen den Parteien vereinbarten Sachverhalten dienen.
- Zwischen dem Bankenkonsortium und der Geschäftsführung wurden bestimmte Maßnahmen und Ziele vereinbart.
- Das Bankenkonsortium behält sich eine jederzeitige Kündigung der Finanzierungsvereinbarung für den Fall vor, dass die Geschäftsführung die erforderlichen Maßnahmen nicht in dem vom Bankenkonsortium unter zeitlichen, wirtschaftlichen und rechtlichen Aspekten für notwendig erachteten Maße durchführt.
- Im Falle einer Kündigungsabsicht der Finanzierungsvereinbarung durch das Bankenkonsortium, muss das Bankenkonsortium der Geschäftsführung eine Nachfrist von mindestens 14 Tagen setzen, in denen die Geschäftsführung die aus Sicht des Bankenkonsortiums erforderlichen Maßnahmen nachholen kann.

Die Geschäftsführung weist ausdrücklich darauf hin, dass im Falle einer Kündigung der Finanzierungsvereinbarung die positive Annahme der Unternehmensfortführung voraussichtlich nicht mehr gegeben ist.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2011 (Fortsetzung)

II. Voraussichtliche Entwicklung des Konzerns (Fortsetzung)

Nachtragsbericht (Fortsetzung)

Sollte eine Situation entstehen, in der die Liquidität nicht ausreichen sollte, um alle fälligen Verbindlichkeiten zu befriedigen, hätte die Gesellschaft gleichwohl Möglichkeiten, um diese Lücke zu schließen.

In diesem Fall könnte von den Gesellschaftern ein Teil der in der Vergangenheit erfolgten Ausschüttungen zurückgefordert werden. Der Gesellschaftsvertrag schließt diese Rückforderung nicht aus. Eine solche Rückforderung steht auch nicht im Widerspruch zu der im Gesellschaftsvertrag ausgeschlossenen Nachschusspflicht.

Da diese Ausschüttungen mindestens teilweise dazu geführt haben, dass die persönliche Haftung der Gesellschafter wieder auflebt, liegt eine eventuelle Rückzahlung im wohlverstandenen Interesse der Gesellschafter, um eine Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft zu vermeiden. In diesem Fall wären die Gesellschafter einer vollständigen Rückforderung dieser Ausschüttungen ausgesetzt.

Damit diese Situation nicht eintritt, besteht für die Gesellschaft zudem die Möglichkeit, die wegen der Ausschüttung bestehenden Ansprüche der Gesellschaftsgläubiger aus § 172 HGB nach entsprechender Ermächtigung durch die Gläubiger einzuziehen. Dies betrifft insbesondere die Ansprüche der Banken wegen der regelmäßigen Tilgungsleistungen, die auf diese Weise befriedigt werden könnten. Ein solches Vorgehen läge im Interesse der Gesellschaft und wäre geeignet, eine Liquiditätsstockung zu überwinden.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

L. Bilanz

	2011	2010	Verände-	2009
Aktiva	**in €**	**in €**	**rung in €**	**in €**
Lizenzen und ähnliche Rechte	2.025.155	2.381.764	-356.610	2.766.806
Geschäftswert aus der Kapitalkonsolidierung	218.040	290.720	-72.680	363.400
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.243.195	2.672.484	-429.290	3.130.206
Grundstücke	15.651.811	15.651.811	0	15.651.811
Gebäude	28.915.912	30.397.760	-1.481.848	35.927.884
Außenanlagen	204.721	204.420	301	274.151
Golf- und Tennisanlagen	1.469.267	1.644.741	-175.474	1.820.215
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.058.890	1.380.703	678.188	1.200.925
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	51.124	354.564	-303.441	269.014
Sachanlagen	48.351.726	49.634.000	-1.282.274	55.144.001
Finanzanlagen				
Anteile an verbundenen Unternehmen	2.002	20.000	-17.998	18.000
Anlagevermögen	50.596.922	52.326.484	-1.729.561	58.292.207
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	8.000	0	8.000	0
Lebensmittel, Getränke und sonstige Vorräte	505.891	582.877	-76.985	545.513
Geleistete Anzahlungen	2.623	17.847	-15.225	4.995
Vorräte	516.514	600.724	-84.210	550.508
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.138.084	1.847.887	290.198	1.559.822
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.756	327	1.429	327
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	2.548	-2.548	2.548
Forderungen gegen Gesellschafter	0	375	-375	37.058
Sonstige Vermögensgegenstände	444.867	457.992	-13.125	398.903

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2011	2010	Verände-	2009
Aktiva (Fortsetzung)	**in €**	**in €**	**rung in €**	**in €**
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.584.707	2.309.129	275.578	1.998.658
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.105.727	1.547.710	-441.983	1.446.141
Umlaufvermögen	4.206.947	4.457.563	-250.615	3.995.307
Rechnungsabgrenzungsp.	253.006	308.852	-55.845	350.249
Nicht durch Vermögens-einlagen gedeckte Ent-nahmen und Verlustanteile der Kommanditisten	7.330.728	4.249.982	3.080.746	0
	62.387.604	**61.342.880**	**1.044.724**	**62.637.763**
Passiva				
Pflichteinlage	91.822.911	92.717.672	-894.761	93.193.174
Sonstige Einlagen	4.576.064	4.576.064	0	4.576.064
Entnahmen	-10.855.650	-10.944.649	88.999	-10.984.906
Verlustvortrag	-85.764.649	-72.584.886	-13.179.763	-72.251.291
Jahresfehlbetrag	-3.008.569	-13.913.348	10.904.779	-964.989
Nicht durch Vermögens-einlagen gedeckte Ent-nahmen und Verlustanteile der Kommanditisten	7.330.728	4.249.982	3.080.746	0
Eigenkapital	4.100.836	4.100.836	0	13.568.052
Ausgleichsposten Kommanditisten	0	0	0	212.574
Steuerrückstellungen	94.700	0	94.700	0
Sonstige Rückstellungen	878.541	969.436	-90.894	684.139
Rückstellungen	973.241	969.436	3.806	684.139
Erhaltene Anzahlungen	574.145	717.934	-143.789	493.522

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2011	2010	Verände-	2009
Passiva (Fortsetzung)	**in €**	**in €**	**rung in €**	**in €**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	52.825.604	52.481.929	343.675	45.472.973
Verbindlichkeiten aus Lieferungen + Leistungen	3.246.593	2.552.832	693.761	1.714.678
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	29.569	30.413	-844	17.493
Verbindlichkeiten gg. Gesellschaftern	1.715	1.715	0	1.715
Sonstige Verbindlichkeiten	611.012	463.677	147.336	444.936
Verbindlichkeiten	57.288.638	56.248.500	1.040.138	48.145.317
Rechnungsabgrenzungsp.	24.889	24.108	781	27.682
	62.387.604	**61.342.880**	**1.044.724**	**62.637.763**

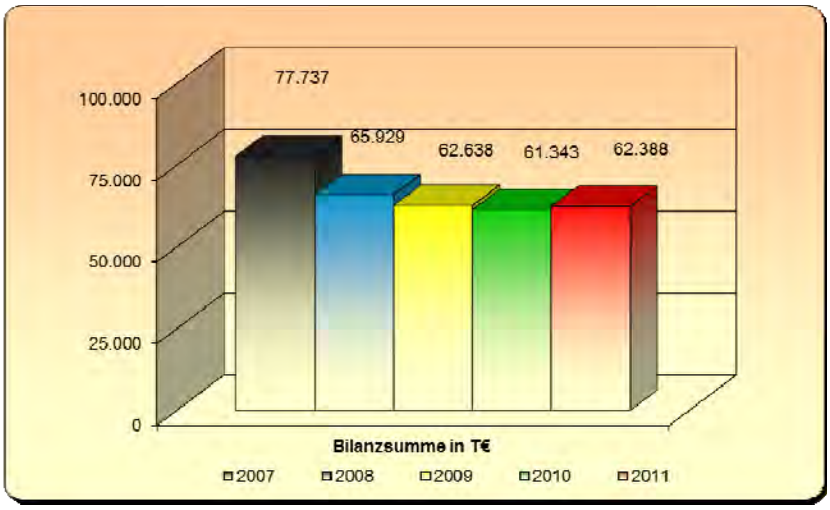
Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

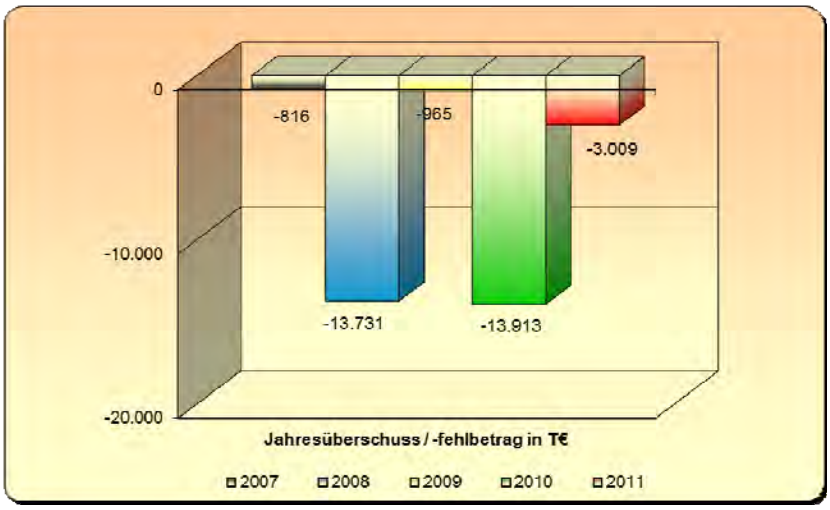
M. Gewinn- und Verlustrechnung

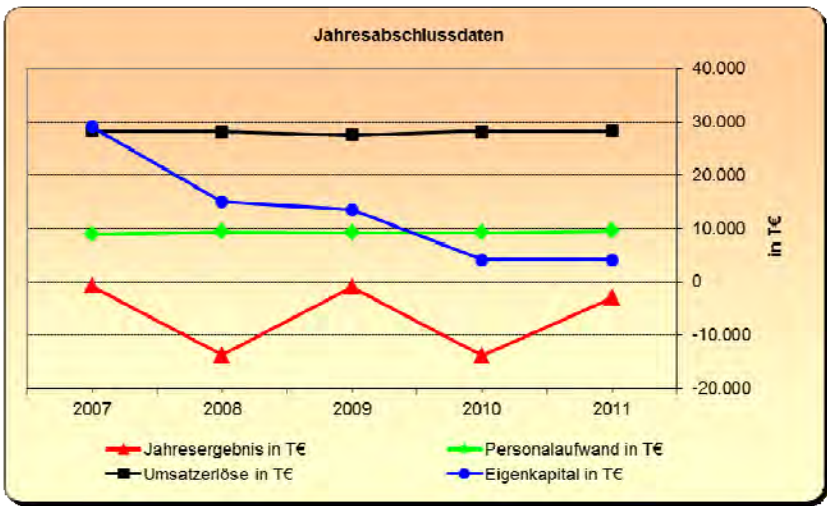
	2011	2010	2009
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	28.325.344	28.223.904	27.558.694
Veränderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	8.000	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	3.109.289	2.715.831	3.106.161
	31.442.632	30.939.735	30.664.856
Aufwendungen für Lebensmittel, Getränke und Sonstiges	8.291.457	8.496.820	8.246.871
Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.041.619	1.025.621	1.114.258
Materialaufwand	9.333.076	9.522.441	9.361.129
Löhne und Gehälter	7.847.808	7.624.509	7.589.522
Soziale Abgaben	1.680.153	1.619.299	1.607.508
Personalaufwand	9.527.962	9.243.808	9.197.030
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage-vermögens und auf Sachanlagen	3.391.058	7.255.927	3.943.504
Sonstige betriebliche Aufwendungen	10.401.877	17.248.027	7.491.251
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10.024	6.639	15.387
Abschreibung auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	17.998	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.578.691	1.473.924	1.535.427
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-2.798.007**	**-13.797.754**	**-848.098**
Steuer vom Einkommen und vom Ertrag	-94.700	0	0
Sonstige Steuern	-115.862	-115.594	-116.891
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	**-3.008.569**	**-13.913.348**	**-964.989**

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen







Wirtschaft

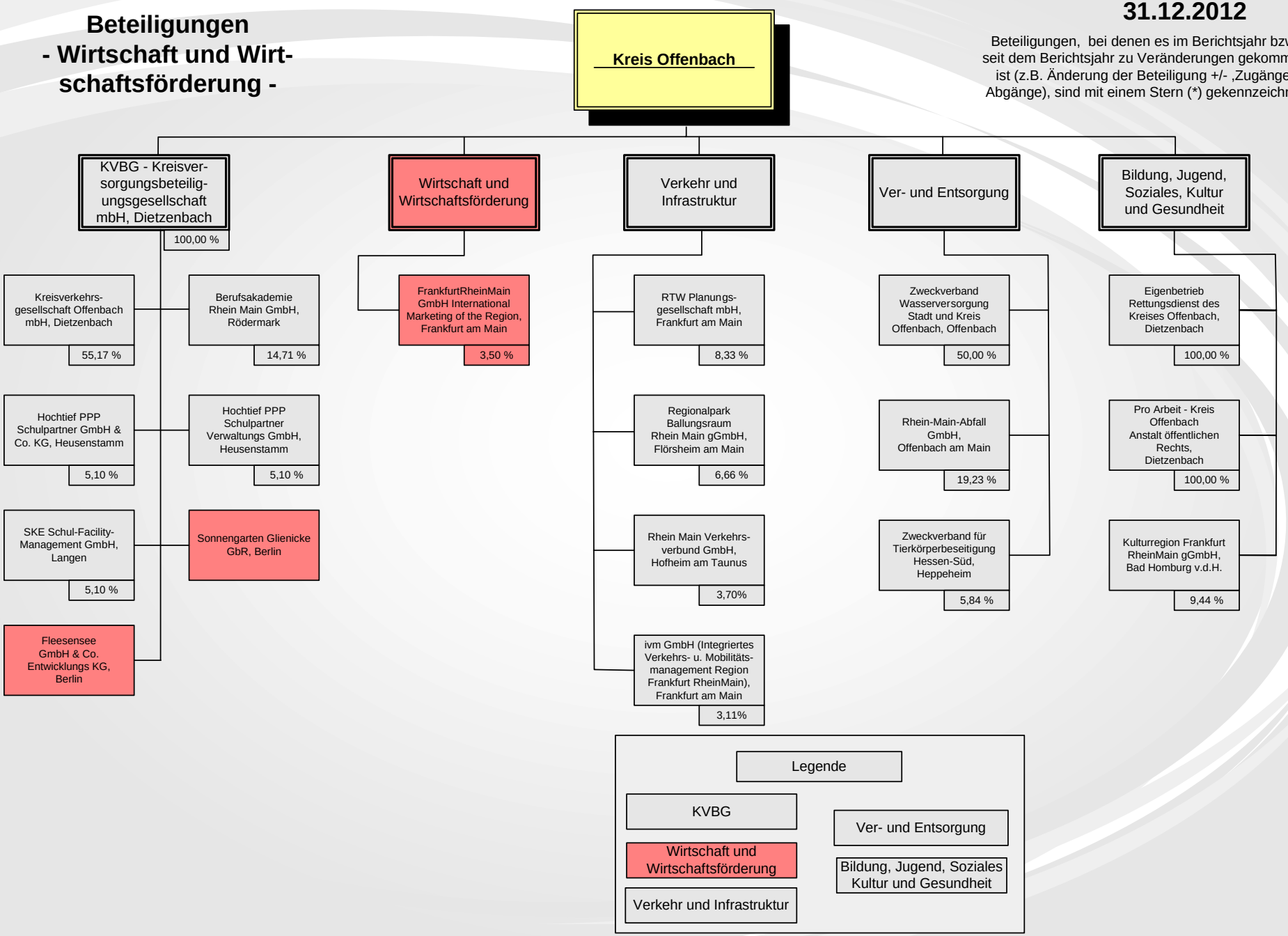
und

Wirtschaftsförderung

Beteiligungen
- Wirtschaft und Wirtschaftsförderung -

Stand: 31.12.2012

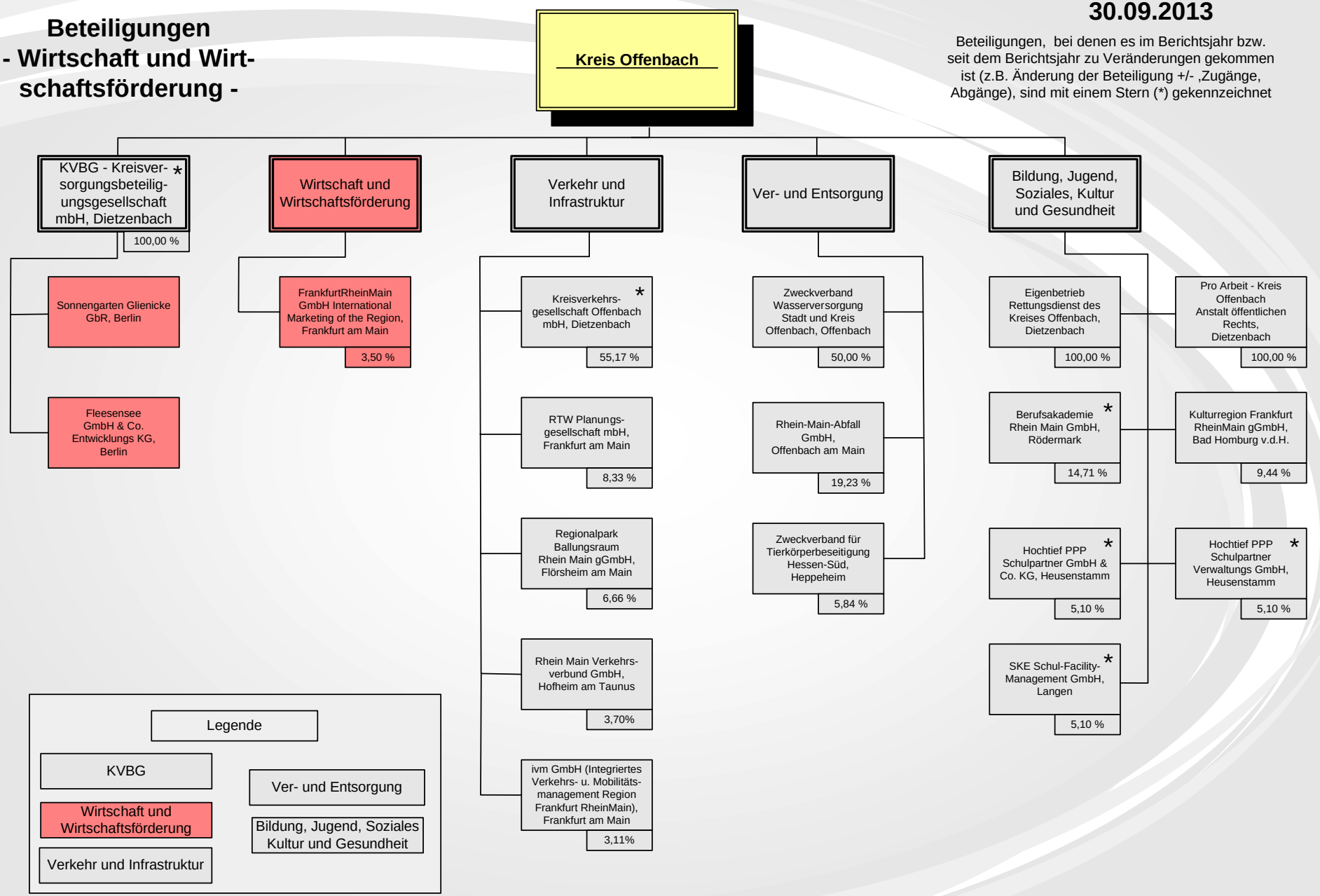
Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet



Beteiligungen - Wirtschaft und Wirtschaftsförderung -

Redaktionsschluss: 30.09.2013

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet



Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

Anschrift	Unterschweinstiege 8, 60549 Frankfurt
Telefon	069/686038-0
Telefax	069/686038-11
E-Mail	info@frm-united.com
Internet	www.frm-united.com

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2012

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	24. März 2005
Stammkapital	250.000,-- €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 14.08.2012.
Handelsregistereintrag	HRB 75141 beim Amtsgericht Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist das internationale Standortmarketing für den Wirtschaftsraum Frankfurt/Rhein-Main. Zum Gegenstand der Gesellschaft gehört insbesondere, die vorhandenen Stärken des Wirtschaftsraums zu vernetzen und zu bündeln, die Wahrnehmung des Wirtschaftsraums und seiner Standortvorteile und das Interesse an einem Wirtschaftsraum zu fördern sowie zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsraums ein gemeinsames, profiliertes Erscheinungsbild des Wirtschaftsraumes und den Wirtschaftsraum als Marke zu entwickeln und zu pflegen.

Mit ihrer Geschäftstätigkeit nimmt die Gesellschaft übergeordnete Aufgaben im Rahmen des Standortmarketings wahr. Die Gesellschaft konkurriert nicht mit den kommunalen Wirtschaftsförderungen der Gesellschafter. Aufgaben der Wirtschaftsförderung nimmt die Gesellschaft nur subsidiär zu den kommunalen Stellen wahr.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

Die Gesellschaft ist ermächtigt, alle Geschäfte vorzunehmen, die mit dem Zweck des Unternehmens zusammenhängen oder ihm dienlich oder förderlich sind. Sie kann dazu im Ausland Zweigniederlassungen errichten und sich an anderen Unternehmen und Organisationen des privaten und des öffentlichen Rechts beteiligen sowie Kooperationen eingehen.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates (Stand: 31.12.2012)		
Vorsitzender	Herr Peter Feldmann	ab 27.09.2012
---------„-------	Herr Markus Frank	bis 14.08.2012
Stellv. Vorsitzender	Herr Michael Cyriax	ab 27.09.2012
Mitglied	Herr Oliver Quilling	
-----„-----	Herr Joachim Arnold	bis 31.12.2012
-----„-----	Herr Dr. Hans-Peter Bach	
-----„-----	Herr Detlev Bendel	bis 31.12.2012
-----„-----	Herr Patrick Burghardt	ab 24.01.2012
-----„-----	Frau Birgit Collin-Langen	bis 20.03.2012
-----„-----	Herr Martin Herkströter	ab 20.03.2012
-----„-----	Herr Klaus Herzog	bis 01.05.2012
-----„-----	Herr Ulrich Krebs	
-----„-----	Herr Karl-Heinz Krug	ab 17.02.2012
-----„-----	Herr Ulrich Marzin	bis 09.11.2012
-----„-----	Herr Dr. Mathias Müller	

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Aufsichtsrat (Fortsetzung)

Zusammensetzung des Aufsichtsrates (Stand: 31.12.2012)		
-----„-----	Herr Jochen Partsch	
-----„-----	Herr Uwe Paulsen	
-----„-----	Herr Dr. Ralf-Rainer Piesold	
-----„-----	Herr Erich Pipa	
-----„-----	Herr Dr. Christof Riess	
-----„-----	Herr Dr. Ulrich Reuter	ab 01.05.2012
-----„-----	Herr Steffen Saebisch	
-----„-----	Herr Klaus Peter Schellhaas	
-----„-----	Herr Horst Schneider	
-----„-----	Herr Ludger Stüve	ab 01.03.2012
-----„-----	Herr Matthias Wilkes	
-----„-----	Herr Thomas Will	

Der Aufsichtsrat erhält keine Vergütung oder andere Bezüge.

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Dr. Hartmut Schwesinger

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 Handelsgesetzbuch (HGB) verzichtet.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

D. Gesellschafter

Gesellschafter (Stand: 31.12.2012)	Anteil in %	Anteil in €
Stadt Frankfurt am Main	37,50	93.750,00
HA Hessen Agentur GmbH	10,00	25.000,00
IHK Forum Rhein Main	7,50	18.750,00
Stadt Offenbach am Main	4,00	10.000,00
Stadt Wiesbaden (Austritt 31.12.2012)	4,00	10.000,00
Kreis Offenbach	3,50	8.750,00
Hochtaunuskreis	3,50	8.750,00
Main-Taunus-Kreis	3,50	8.750,00
Main-Kinzig-Kreis	3,50	8.750,00
Wetteraukreis (Austritt 31.12.2012)	3,50	8.750,00
Kreis Groß-Gerau	2,50	6.250,00
Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e.V.	2,50	6.250,00
Stadt Darmstadt	2,00	5.000,00
Regionalverband FrankfurtRheinMain	1,50	3.750,00
Wirtschaftsförderung Region Frankfurt RheinMain e.V.	1,00	2.500,00
ZENTEC Zentrum für Technologie, Existenzgründung und Cooperation GmbH	1,00	2.500,00
Stadt Bad Homburg vor der Höhe	1,00	2.500,00
Stadt Rüsselsheim	1,00	2.500,00
Stadt Hanau	1,00	2.500,00
Kreis Darmstadt-Dieburg	1,00	2.500,00
Kreis Bergstraße	1,00	2.500,00
Handwerkskammer Rhein-Main	0,50	1.250,00
FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region	3,50	8.750,00

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen
keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Gesellschaft handelt es sich gemäß der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens ausgerichtet ist.

Aufgrund dieses Sachverhaltes entfällt die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Produkt Wirtschaftsförderung 10.50.01.68610080

Buchungsstelle 10.50.01.68610080

	2013	2012	2011
Standortmarketing	140.000	140.000	140.000

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2011 und 2012 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

k e i n e

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

in €	2012	2011	2010
Verbindlichkeiten	318.688	202.407	322.261

Berichtsjahr 2012	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	202.407
Zunahmen	116.281
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31.Dezember)	318.688

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

k e i n e

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist beim Amtsgericht Frankfurt am Main unter HRB 75141 eingetragen.

Die Gründung der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region fand am 24. März 2005 statt. Die Aufnahme der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft erfolgte am 01. August 2005 mit einem Budget von T€ 2.250 für das Geschäftsjahr 2005. Für das Geschäftsjahr 2006 betrug das Budget T€ 3.000. Von 2007 bis 2010 betrug das Budget T€ 4.000. Für das Geschäftsjahr 2011 betrug das Budget T€ 3.900, für das Geschäftsjahr 2012 T€ 3.860. Zusätzlich standen der Gesellschaft Mittel aus den Umsatzerlösen zur Verfügung. Sitz der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist Frankfurt am Main.

Satzungsmäßiger Gegenstand der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist das internationale Standortmarketing für den Wirtschaftsraum FrankfurtRheinMain. Zu dem Portfolio der Gesellschaft gehört insbesondere, die vorhandenen Stärken des Wirtschaftsraums zu vernetzen und zu bündeln, die Wahrnehmung des Wirtschaftsraums und seiner Standortvorteile und das Interesse an dem Wirtschaftsraum zu fördern sowie zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsraums ein gemeinsames, profiliertes Erscheinungsbild des Wirtschaftsraumes und den Wirtschaftsraum als Marke zu entwickeln und zu pflegen.

Der hessische Gesetzgeber hat mit seinem Gesetz über die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main vom 18. Februar 2011 seine Aufforderung zur freiwilligen Bildung eines Zusammenschlusses mit der Aufgabe des gemeinsamen Standortmarketings der Region bekräftigt.

Die Aufgaben der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region spiegeln sich u.a. in folgenden Detailaufgaben wieder:

- Standortwerbung im Ausland
- Identifikation von Ansiedlungskandidaten über Netzwerke, Analysen und Agenturen
- Gewinnung ausländischer Investoren für die Region FrankfurtRheinMain
- Unterstützung ausländischer Firmen bei der Ansiedlung
- Dauerhafte Begleitung von Expatriates, Business Communities und ausländischen Unternehmen in Abstimmung mit den jeweiligen Wirtschaftsförderungen vor Ort
- Unterstützung von Firmen aus FrankfurtRheinMain bei ihrem Marktzugang in den entsprechenden Zielländern in Zusammenarbeit mit der HA Hessen Agentur GmbH und den IHK´en

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Geschäfts- und Rahmenbedingungen (Fortsetzung)

Die Unternehmensziele sind wie folgt definiert:

- Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von FrankfurtRheinMain
- Entwicklung von Marketinginstrumenten und –strategien
- Pflege und Weiterentwicklung der Marke „FrankfurtRheinMain“
- Einnahmengenerierung

Die wesentlichen Zielgebiete der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region sind folgende Länder:

- Nordamerika
- China
- Korea
- Japan
- Indien
- Russland / GUS
- EU + MOE

Darüber hinaus werden die Potentiale in folgenden Märkten projektweise bearbeitet:

- Israel
- Taiwan
- Vietnam
- Asien-Pazifik
- Naher Osten
- Südamerika

Insgesamt werden die Länder durch drei Projektleiter und jeweils einen entsandten Mitarbeiter in China und USA der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region bearbeitet. Mit ihrer Geschäftstätigkeit nimmt die Gesellschaft übergeordnete Aufgaben im Rahmen des Standortmarketings wahr. Die Gesellschaft konkurriert nicht mit den kommunalen Wirtschaftsförderungen der Gesellschafter. Aufgaben der Wirtschaftsförderungen nimmt die Gesellschaft nur subsidiär zu den kommunalen Stellen wahr.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Geschäfts- und Rahmenbedingungen (Fortsetzung)

Die Stadt Wiesbaden und der Landkreis Wetterau haben zum 31.12.2011 mit Wirkung 31.12.2012 ihren Austritt aus der Gesellschaft fristgerecht erklärt. Zum 31.12.2012 haben fristgerecht die Gesellschafter Hessen Agentur GmbH, Main-Kinzig-Kreis und Stadt Hanau ihren Austritt mit Wirkung zum 31.12.2013 erklärt. Als erste kreisabhängige Kommune hat die Stadt Eschborn erklärt, im Jahr 2013 der Gesellschaft beitreten zu wollen.

National sind vor allem München sowie Hamburg und Düsseldorf als Konkurrenten zu sehen, international die Regionen London, Paris und Amsterdam.

Im Jahr 2012 schaffte die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region über 16,2 Millionen zielgruppenrelevante Medienkontakte. 1,8 Millionen Unternehmensvertreter wurden weltweit mit gezielten Marketingaktivitäten direkt erreicht. Daraus ergaben sich 330 weiterführende Gespräche zu Ansiedlungsmöglichkeiten in der Region und 89 konkrete Ansiedlungsprojekte. Insgesamt konnten im Jahr 2012 dann 31 Firmen bei der Ansiedlung in die Region FrankfurtRheinMain begleitet werden.

Gemeinsam mit der Stadt Frankfurt und dem Land Hessen wurde erneut der ADC Gipfel, die führende Jahresveranstaltung der Kreativwirtschaft mit über 10.000 Besuchern, erfolgreich durchgeführt.

Das Zielland Australien wurde weiter bearbeitet und lieferte erneut die ersten Projektanfragen.

Ein Drittel der Ansiedlungen kamen aus China, fast ein weiteres Drittel aus Amerika.

Als drei Top-Branchen der von der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region begleiteten Ansiedlungen lassen sich „Internationaler Vertrieb“, „IT/Telekommunikation“ und „Umwelttechnologie“ identifizieren.

Im Bereich Online Marketing hat die Gesellschaft neben der bestehenden Firmenwebsite frm-united.com und der Webplattform frankfurt-rhein-main.net die YouTube Präsenz sowie die Aktivitäten in den social medias, insbesondere facebook, weibo und twitter verstärkt.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Finanzlage

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist ein Unternehmen, das sog. Leistungserstellungszwecken dient. Die Gesellschaft verfügt über ein Stammkapital von T€ 250. Finanzielle Grundlage der Gesellschaft sind Zuzahlungen, die die Gesellschafter nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrages jährlich an die Gesellschaft leisten und Erlöse, welche die Gesellschaft im Rahmen ihrer Projektarbeit erzielt. In dem Geschäftsjahr 2012 betrug die Gesamtsumme, der von den Gesellschaftern zu leistenden Zuzahlungen - bedingt durch den Austritt des Landkreises Limburg-Weilburg - T€ 3.860. Zusätzlich wurden Umsatzerlöse von rd. T€ 112 generiert. Die Verfügbarkeit der Finanzmittel der Gesellschafter ist im Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft festgeschrieben. Die Zuzahlungen der Gesellschafter für das Geschäftsjahr 2012 sind zum 09. November 2012 in voller Höhe geleistet worden.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war in 2012 bzw. bis zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung zu jedem Zeitpunkt gesichert.

Ertragslage

Ihrem Gesellschaftszweck entsprechend erwirtschaftet die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region Erlöse im Wesentlichen durch Beteiligungen Dritter an den Veranstaltungen, Werbeanzeigen in Publikationen der Gesellschaft und der Vermietung der Marketing-Lounge. Im Jahr 2012 wurden Umsatzerlöse in Höhe von T€ 112 (Vorjahr: T€ 128) erzielt. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region beträgt T€ -4.364 nach T€ -4.481 im Vorjahr. Dieser Rückgang des Jahresfehlbetrages bei um T€ 113 höheren Aufwendungen für vom Aufsichtsrat genehmigte Sonderprojekte ist im Wesentlichen auf Einsparungen bei den Reisekosten und bei den Aufwendungen für Fremdleistungen zurückzuführen.

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region geht davon aus, dass sich die Erlöse aus Beteiligungen Dritter und der Vermietung der Marketing Lounge in den nächsten Jahren trotz der verringerten Zuzahlungssumme in etwa konstant bleiben wird. Angestrebt wird, dass die Gesellschaft langfristig im Durchschnitt einen höheren Anteil der Kosten und Erlöse wird decken können.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region beträgt im Geschäftsjahr 2012 T€ 890.

Das Anlagevermögen beträgt T€ 93 und betrifft nahezu ausschließlich Sachanlagen. Es ergibt sich eine Sachanlagenintensität von 10,4% (Vorjahr: 9,3%). Das Umlaufvermögen und der Rechnungsabgrenzungsposten betragen insgesamt T€ 797 (Vorjahr: T€ 1.174). Der Rückgang ist im Wesentlichen auf den aufgrund der durchgeführten Sonderprojekte gesunkenen Finanzmittelbestand zurückzuführen.

Das Eigenkapital hat sich im Vorjahresvergleich um T€ 544 auf T€ 441 reduziert, da der Jahresfehlbetrag aufgrund der durchgeführten Sonderprojekte nicht vollständig durch die Gesellschafterzuzahlungen gedeckt wurde. Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft hat sich aufgrund des Rückgangs des Eigenkapitals und dem gleichzeitigen Aufbau von Schulden auf 49,6%. (Vorjahr: 76,0%) reduziert.

Nachtragsbericht

Die Stadt Offenbach kündigte in einer Presseerklärung den Austritt aus der Gesellschaft mit Wirkung zum 31.12.2014 an. Die Stadt Eschborn ist als erste kreisabhängige Kommune der Gesellschaft am 25.02.2013 mit einem Anteil von 2% beigetreten. Die Gesellschafter haben zahlreiche Änderungen und Überarbeitungen des Gesellschaftervertrages beschlossen, welche im Jahr 2013 notarielle beurkundet und beim Handelsregister angemeldet wurden. Der größte Anteilseigner Stadt Frankfurt hat in einer Pressekonferenz am 11.02.2013 die eindeutige Position bezogen, auch künftig an der Gesellschaft festzuhalten. Im Anschluss daran ergaben sich eine Vielzahl von Positionspapieren sowie Gremiensitzungen regionaler Entscheider, die die Fortführung und Stärkung des Standortmarketing durch die FrankfurtRheinMain GmbH zum Thema hatten. Mitte 2013 wird daher mit einem Beschluss zur Stärkung und Neuorientierung der Gesellschaft gerechnet.

Risikobericht

Die Gesellschaft erbringt im Auftrag ihrer Gesellschafter unentgeltlich Dienstleistungen im Bereich des Standortmarketings für die Region FrankfurtRheinMain. Anstelle von Dienstleistungsentgelten treten Zuzahlungen auf gesellschaftsrechtlicher Grundlage. Zur Erhaltung des Eigenkapitals und zur Gewährleistung der Zahlungsfähigkeit ist die Gesellschaft auf diese Zuzahlungen angewiesen.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Risikobericht (Fortsetzung)

Vor diesem Hintergrund werden als einzige, für den Bestand der Gesellschaft kritische, Risiken mögliche weitere Gesellschafteraustritte, insbesondere des Hauptgesellschafters Stadt Frankfurt, identifiziert. Das Risiko wird in Bezug auf die Stadt Frankfurt als niedrig und in Bezug auf die restlichen Gesellschafter als mittel bis niedrig eingeschätzt. Weitere Risiken, die den Bestand der Gesellschaft gefährden, oder die Entwicklung wesentlich beinträchtigen können, werden aus heutiger Sicht nicht gesehen.

Es drohen auch keine Rechtsstreite, die eine Gefährdung des Fortbestehens der Gesellschaft nach sich ziehen. Die Finanzierung der Gesellschaft durch alle 20 verbleibenden Gesellschafter ist bis Ende 2013 durch die Vereinbarung im Gesellschaftsvertrag gesichert. Der Wirtschaftsplan wird durch die Gesellschafterversammlung und den Aufsichtsrat genehmigt.

Risikomanagementziele und -methoden

Der Gesellschafterversammlung und dem Aufsichtsrat sind jederzeit der finanzielle Überblick gewährleistet. So wird den Aufsichtsratsmitgliedern quartalsweise ein Update über den Plan/Ist-Vergleich kommuniziert. Eventuelle Abweichungen werden den Gesellschaftern frühzeitig kommuniziert, so dass rechtzeitig Gegenmaßnahmen eingeleitet werden können.

Finanzinstrumente

Die Finanzinstrumente der Gesellschaft umfassen zum 31. Dezember 2012 die Forderungen, sonstigen Vermögensgegenstände, liquide Mittel sowie die Verbindlichkeiten. Hierbei ist die Gesellschaft den folgenden Risiken ausgesetzt:

- Ausfallrisiken/Preisänderungsrisiken
- Die Werthaltigkeit der Forderungen (vor allem gegen die Gesellschafter) ist grundsätzlich gegeben. Preisänderungsrisiken liegen zurzeit nach Einschätzung der Geschäftsführung nicht vor.
- Liquiditätsrisiken und Zahlungsstromrisiken liegen zurzeit nach Einschätzung der Geschäftsführung nicht vor, es sei denn die beteiligten Gesellschafter – insbesondere Kommunen oder Landkreise – könnten ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen. Hiervon ist jedoch nicht auszugehen.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Prognosebericht

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist eine Gesellschaft, die übergeordnete Aufgaben wahrnimmt und somit nicht in Konkurrenz zu anderen Institutionen steht. Des Weiteren gibt es keine andere Gesellschaft in der Region, die eine übergeordnete Rolle wie die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region übernimmt.

Auch für 2013 und 2014 wird ein negatives Geschäftsergebnis in der Größenordnung von € 3,6 Mio. bzw. € 3,1 Mio, erwartet, welches jedoch in der Kosten- und Erlösstruktur der Firma begründet ist.

Der Gesellschaft steht in den Jahren 2013 und 2014 bedingt durch den Austritt einiger Gesellschafter ein verringertes Budget von T€ 3.560 bzw. T€ 3.060 zur Verfügung. Die Projektplanung wird entsprechend angepasst, Einsparmaßnahmen werden eingeleitet. Anzumerken ist, dass die Gesellschaft auch künftig – nach derzeitiger Planung – nur einen kleinen Teil der Kosten durch Erlöse decken kann.

Neben den vertraglich zugesicherten Zuzahlungen der Gesellschaft ist der Finanzmittelbestand auch noch vorhanden. Daraus finanziert die Gesellschaft umfassende, vom Aufsichtsrat zu genehmigende, Sonderprojekte. In Folge dessen werden, nach heutigem Stand, die Rücklagen Ende des Kalenderjahres 2013 aufgebraucht sein. Daher hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 29. Juni 2012 beschlossen, die Sonderprojekte ab dem Jahr 2013 zu konsolidieren bzw. einzustellen.

Die Chancen für die Entwicklung von Leads bzw. für die Weiterleitung von potentiellen Ansiedlungskandidaten an die kommunalen Wirtschaftsförderungen sind als sehr positiv zu bewerten. Die Region FrankfurtRheinMain d.h. „das Produkt“ der Gesellschaft ist sehr vielseitig und bietet somit den sehr heterogenen Zielgruppen der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ein breites Spektrum an Möglichkeiten.

Die Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit ist durch alle einfließenden Faktoren gewährleistet.

Die erfolgten Austritte sind aus heutiger Sicht Sonderfälle. Aufgrund der Öffnung des Gesellschafterkreises für kreisabhängige Kommunen und der geplanten Neuausrichtung im Jahr 2013 geht die Gesellschaft davon aus, dass es in den kommenden Jahren gelingen wird, neue Gesellschafter zu gewinnen.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

L. Bilanz

Aktiva	2012	2011	Verände-rung	2010
	in €	in €	in €	in €
- Konzessionen, gewerbliche Schutz-rechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	132	1.431	-1.299	2.780
Immaterielle Vermögensgegenstände	**132**	**1.431**	**-1.299**	**2.780**
- Bauten auf fremden Grundstücken	3.567	1	3.566	1
- andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	89.448	107.733	-18.285	115.937
Sachanlagen	**93.015**	**107.734**	**-14.719**	**115.938**
- Anteile an verbundenen Unternehmen	**1**	**11.766**	**-11.765**	11.766
Finanzanlagen	**1**	**11.766**	**-11.765**	**11.766**
Anlagevermögen	**93.148**	**120.931**	**-27.783**	**130.484**
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	67.207	47.282	19.924	11.729
- Sonstige Vermögensgegenstände	113.870	112.615	1.255	90.936
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	**181.077**	**159.897**	**21.179**	**102.665**
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	596.171	965.560	-369.389	1.759.298
Flüssige Mittel	**596.171**	**965.560**	**-369.389**	**1.759.298**
Umlaufvermögen	**777.247**	**1.125.457**	**-348.210**	**1.861.963**
Rechnungsabgrenzungsposten	**20.071**	**48.242**	**-28.171**	**26.170**
	890.466	**1.294.630**	**-404.163**	**2.018.617**

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

L. Bilanz (Fortsetzung)

Passiva	2012	2011	Verände-rung	2010
	in €	in €	in €	in €
- Gezeichnetes Kapital	250.000	250.000	0	250.000
- Nennbetrag eigener Anteile	-8.750	-8.750	0	0
- ausgegebenes Kapital	241.250	241.250	0	250.000
- Kapitalrücklagen	24.378.734	25.037.682	-658.948	21.215.000
- Verlustvortrag	0	0	0	-15.293.172
- Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0	-4.521.983
- Bilanzverlust/-gewinn	-24.178.620	-24.293.854	115.233	0
Eigenkapital	**441.364**	**985.078**	**-543.715**	**1.649.846**
- Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	0	0	0	0
- Sonstige Rückstellungen	130.415	107.145	23.270	46.510
Rückstellungen	**130.415**	**107.145**	**23.270**	**46.510**
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	271.815	146.936	124.879	242.489
- Sonstige Verbindlichkeiten	46.873	55.471	-8.598	79.772
Verbindlichkeiten	**318.688**	**202.407**	**116.281**	**322.261**
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	890.466	**1.294.630**	**-404.163**	**2.018.617**

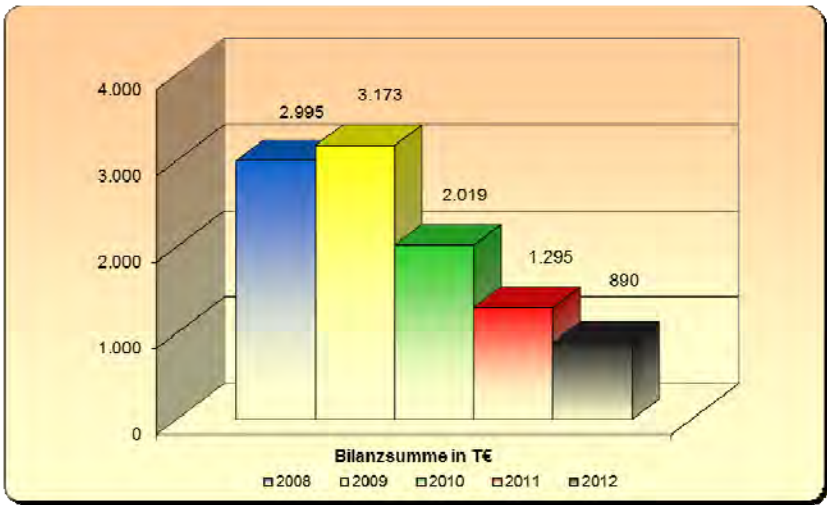
Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

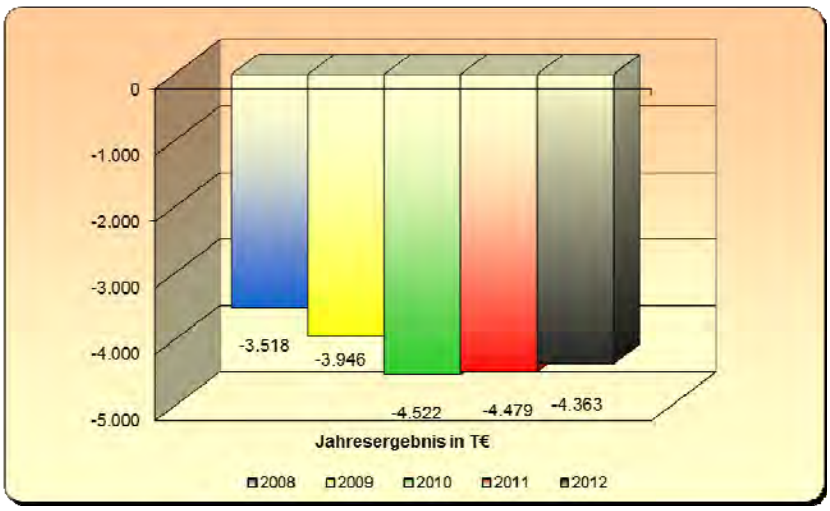
M. Gewinn und Verlustrechnung

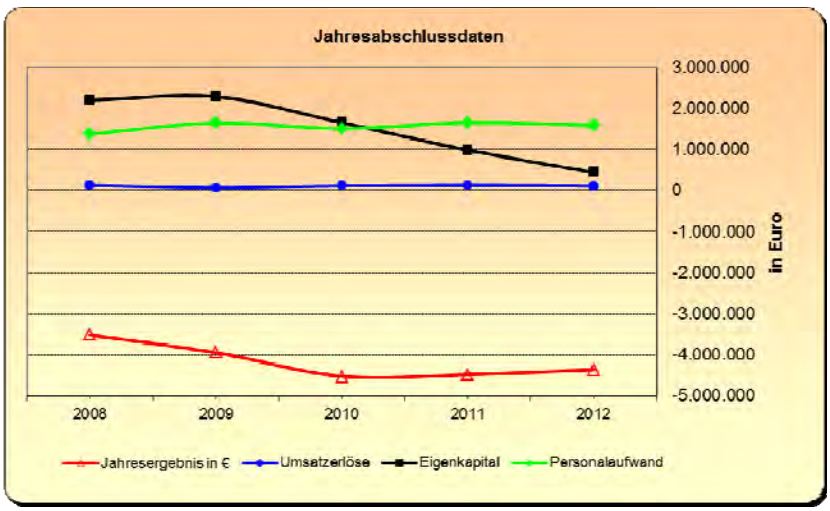
	2012	2011	2010
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse Erlöse Projekte und Aktivitäten	112.292	128.480	114.434
Sonstige betriebliche Erträge	11.684	85.369	81.990
	123.976	213.849	196.424
Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.134.505	2.249.636	2.503.349
a) Löhne und Gehälter	1.241.212	1.232.045	1.137.135
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	342.753	421.846	370.615
	1.583.966	1.653.891	1.507.750
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	22.025	23.833	28.123
Sonstige betriebliche Aufwendungen	740.998	775.709	682.097
	763.023	799.542	710.220
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.011	8.502	3.519
Abschreibungen auf Finanzanlagen	11.765	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	12
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-4.364.270**	**-4.480.718**	**-4.521.389**
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-929	-2.476	0
sonstige Steuern	125	457	594
Steuern	-804	-2.019	594
Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	**-4.363.466**	**-4.478.700**	**-4.521.983**
Verlustvortrag	**24.293.854**	**19.815.154**	**0**
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	4.478.700	0	0
Bilanzverlust	**24.178.620**	**24.293.854**	**0**

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen





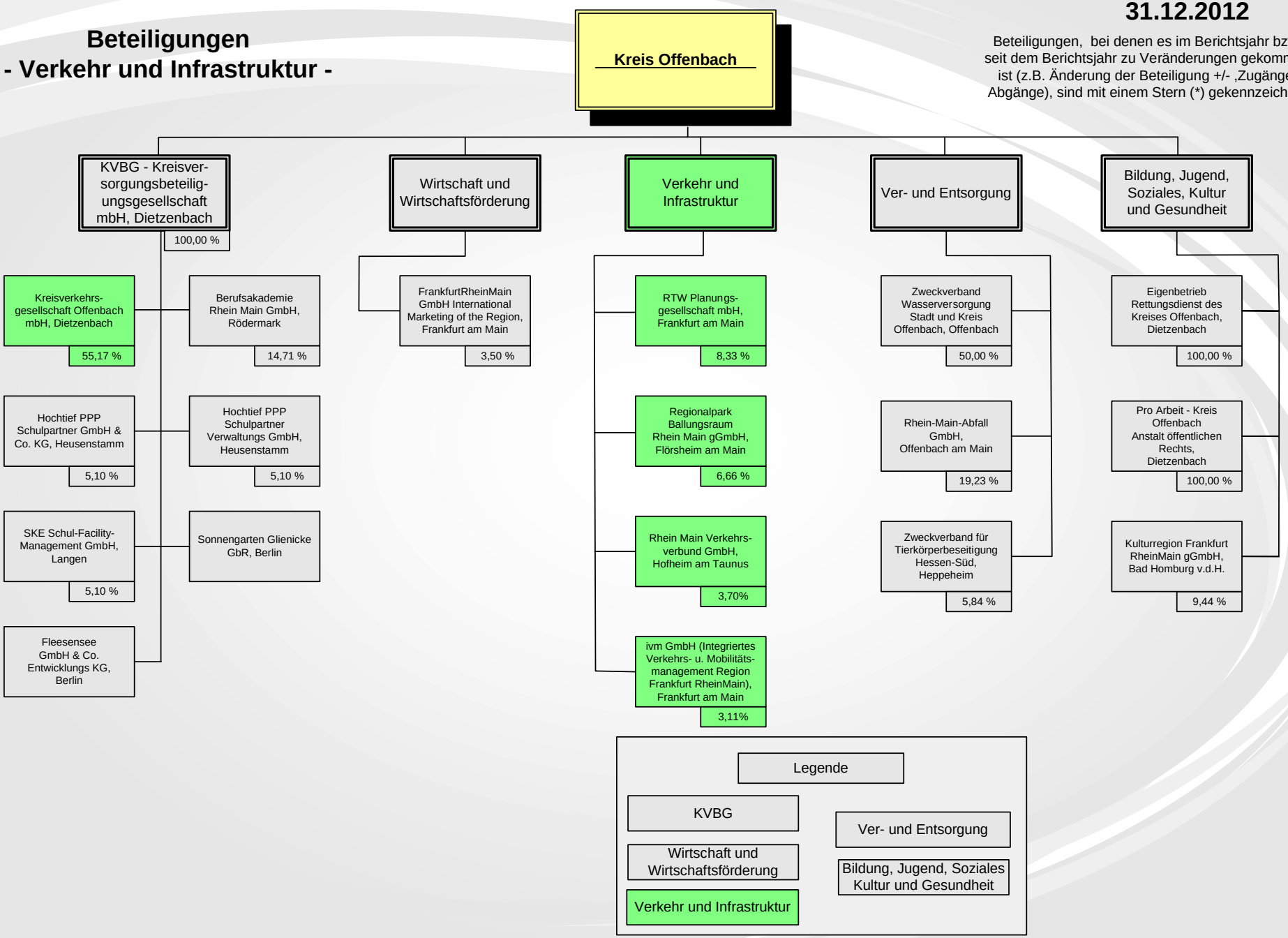


Verkehr und Infrastruktur

Beteiligungen
- Verkehr und Infrastruktur -

Stand: 31.12.2012

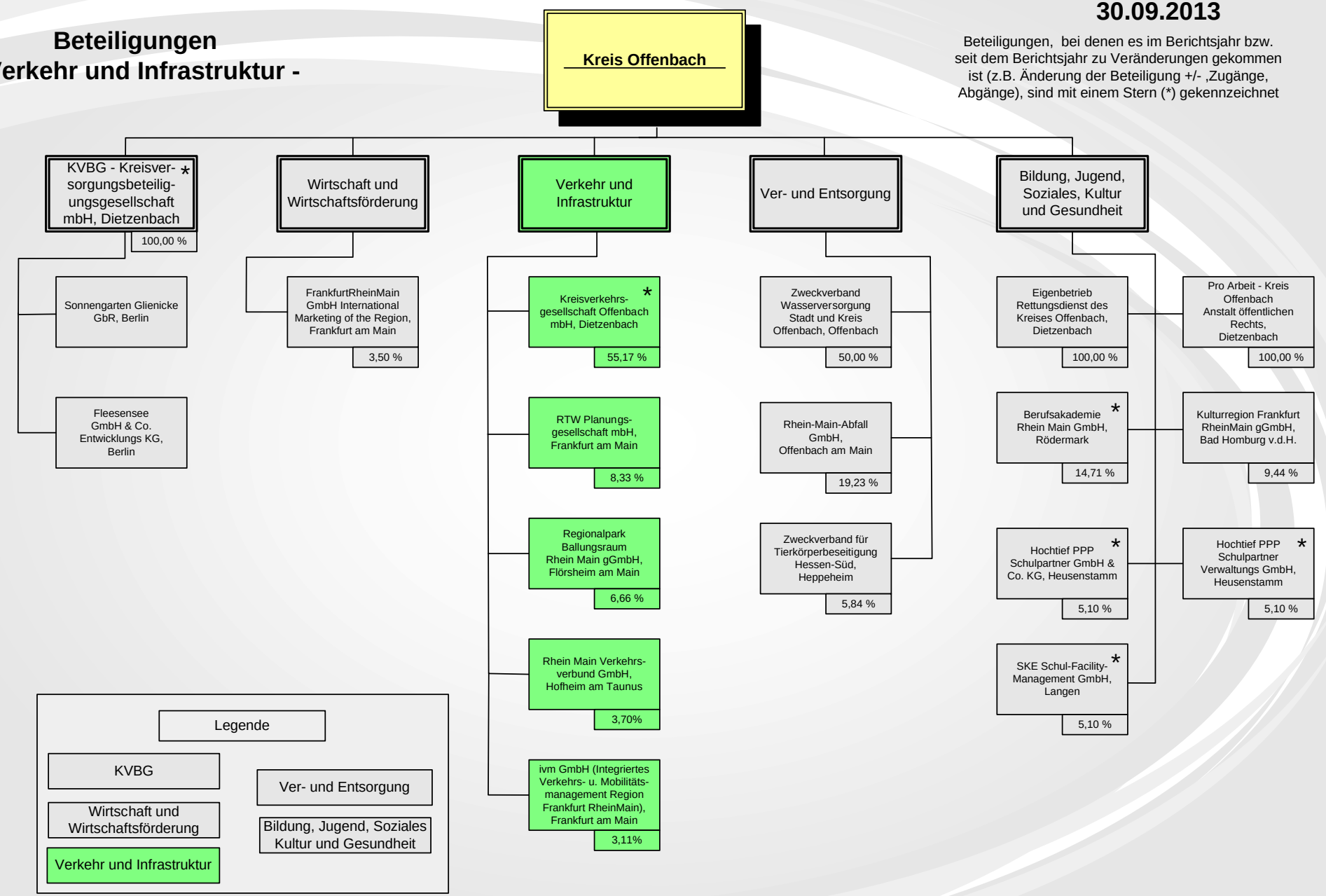
Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet



Beteiligungen
- Verkehr und Infrastruktur -

Redaktionsschluss: 30.09.2013

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet



RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH), Frankfurt am Main

Anschrift	Stiftstraße 9 -17, 60313 Frankfurt am Main
Telefon	069/212-27250
Telefax	069/212-27252
E-Mail	kontakt@RTW-Planung.info
Internet	www.RTW-Planung.info

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2012

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform GmbH

Gründungsdatum 27.11.2008

Stammkapital 30.000,00 €

Gesellschaftervertrag Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 13. Dezember 2012

Handelsregistereintrag HRB 84848 beim Amtsgericht Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die planerische Vorbereitung des Vorhabens „Regionaltangente West“, darunter werden folgende Aufgaben verstanden

- Vorbereitung und Ausschreibung von Planungsleistungen,
- Steuerung der Planungsleistungen,
- Koordinierung der Prozesse für die beteiligten Aufgabenträger,

RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH), Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

- Erarbeitung der Grundlagen für die Herbeiführung der Bau- und Finanzierungsbeschlüsse durch die betroffenen Aufgabenträger

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zu Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen sowie Interessengemeinschaften eingehen.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2012 (Stand : 31.12.2012)		
Vorsitzender	Herr Stefan Majer	
Stellv. Vorsitzender	Herr Dipl.-Ing. Volker Sparmann	bis 31.08.2012
----------„ ----------	Herr Prof. Dipl.-Ing. Knut Ringat	ab 01.09.2012
Mitglied	Herr Michael Cyriax	bis 13.09.2012
-----„-----	Herr Helmut Heuser	ab 24.09.2012
-----„-----	Frau Claudia Jäger	
-----„-----	Herr Wolfgang Kollmeier	ab 14.09.2012
-----„-----	Herr Michael Korwisi	
-----„-----	Herr Ulrich Krebs	
-----„-----	Herr Edwin Schwarz	bis 14.03.2012

RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH), Frankfurt am Main

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Dipl.-Wirtschaftsing. Peter Forst
----------„----------	Herr Dipl.-Betriebswirt (FH) Rolf Valussi

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB zu Recht unterlassen.

Die Aufsichtsräte üben ihre Aufgabe ehrenamtlich aus und erhalten keine Vergütung.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	8,33 %	2.500,00 €
Stadt Frankfurt am Main	33,33 %	10.000,00 €
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus	33,33 %	10.000,00 €
Hochtaunuskreis	8,33 %	2.500,00 €
Main-Taunus-Kreis	8,33 %	2.500,00 €
Stadt Bad Homburg v.d. Höhe	8,33 %	2.500,00 €

RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH), Frankfurt am Main

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen
keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung des Kreises Offenbach an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Aufgrund dieses Sachverhaltes entfällt die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

k e i n e

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

k e i n e

RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH), Frankfurt am Main

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

	2012	2011	2010
Verbindlichkeiten	235.939	388.314	1.257.145

Berichtsjahr 2012	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres	388.314
Zunahmen	0
Abnahmen	152.375
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31.Dezember)	235.939

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

k e i n e

RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Gesellschafter der RTW Planungsgesellschaft mbH sind die Stadt Frankfurt, der Rhein-Main-Verkehrsverbund, die Landkreise Main-Taunus, Hochtaunus, Offenbach und die Stadt Bad Homburg vor der Höhe.

Geschäftsführer der RTW GmbH sind Herr Dipl.-Betriebswirt (FH) Rolf Valussi und Herr Dipl.-Wirtschaftsing. Peter Forst (in Personalgestellung zu 50% von der RMV GmbH). Seit dem 08.08.2011 ist Herr Stadtrat Stefan Majer Aufsichtsratsvorsitzender.

Sitz der Gesellschaft ist Frankfurt am Main.

Der Gesellschaftsvertrag der RTW enthält in einer Anlage die Modalitäten der Finanzierung. Diese sieht eine umlagenbezogene Finanzierung seitens der Gebietskörperschaften vor, wobei das Land Hessen einen erhöhten Umlagenanteil leistet. Das Land Hessen beteiligt sich mit 3 Millionen € an der Finanzierung der RTW. Das Gesamtbudget der RTW für die Zeit bis zum 31.12.2012 beträgt 5,78 Mio. €. Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 13.12.2012 wurde die Gesellschaft bis zum 31.12.2015 verlängert.

Gegenstand der Gesellschaft ist die planerische Vorbereitung des Vorhabens „Regionaltangente West“. Darunter werden folgende Aufgaben verstanden:

- Vorbereitung und Ausschreibung von Planungsleistungen
- Steuerung von Planungsleistungen
- Koordinierung der Prozesse für die beteiligten Aufgabenträger
- Erarbeitung der Grundlagen für die Herbeiführung der Bau- und Finanzierungsbeschlüsse durch die betroffenen Aufgabenträger

Zum 31.12.2012 beschäftigte die Gesellschaft insgesamt drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (ohne Geschäftsführung), von denen eine Mitarbeiterin in Teilzeit (25%) sowie zwei Mitarbeiterinnen und ein Mitarbeiter auf Basis eines Minijobs (400 €) beschäftigt waren. Ferner wird für die Bearbeitung juristischer Themen ein Rechtsanwalt auf Honorarbasis beauftragt.

In Erfüllung der Aufgabenvereinbarung werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der RTW Projekte entwickelt, die teils in Eigenleistung und teilweise durch Auftragsvergabe an Unternehmen abgearbeitet werden. Über den Stand der Arbeiten und die Ergebnisse werden der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung laufend informiert. Über die Umsetzung der Ergebnisse entscheidet der Aufsichtsrat bzw. die Gesellschafterversammlung.

RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Projekte 2012

Für das Jahr 2012 wurden folgende Projekte von der Geschäftsführung vorgeschlagen und mit Beschlussfassung von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung am 15.11.2011 genehmigt:

P 11-12 Fachprüfung und formale Freigabe der Vorplanung (Teil DB-Anlagen) durch die DB-AG

P 12-12 Alternativplanung Umfahrung Niederursel

P 13-12 Alternativplanung Leunaknoten

P 14-12 RTW-in Ausbaustufen – Anfertigung einer abschnittsbestimmten NKU

P 15-12 Ermittlung der Lebenszykluskosten für die Unterhaltung der Fahrzeuge und der ortsfesten Infrastruktur

P 11-12 Fachprüfung und formale Freigabe der Vorplanung (Teil DB-Anlagen) durch die DB AG

Das Projekt wurde zurückgestellt, da notwendige Vorarbeiten noch nicht abgeschlossen waren.

P 12-12 Alternativplanung Umfahrung Niederursel

Die Alternativplanung Umfahrung Niederursel hat sich aus der Situation ergeben, dass die ursprüngliche Vorzugstrasse, die eine Führung über das heutige Gelände der Europäischen Schule vorsah, voraussichtlich nicht realisierbar ist. Mit einer Umfahrung von Niederursel und der Einschleifung in die Stadtbahnstrecke der U3 soll weiterhin das Ziel Nordwestzentrum erreicht werden. In einem ersten Schritt wurden vor allem die umweltfachlichen Randbedingungen geprüft. Gemeinsam mit Vertretern der Stadt Frankfurt am Main wurde eine alternative Streckenführung ermittelt. Im Anschluss ist zu prüfen, ob die betriebliche Machbarkeit möglich ist, dies soll in einer Betriebssimulation erfolgen.

P 13-12 Alternativplanung Umfahrung Leunaknoten

Die Planungen haben bisher vorgesehen, den sog. Leunaknoten in einem Tunnelbauwerk zu unterfahren. Mit den Fachämtern der Stadt Frankfurt am Main wurden Gespräche geführt, um die Realisierbarkeit einer kostengünstigeren Lösung mit ebenerdiger Querung der Straßenkreuzung zu prüfen. Es wurden mehrere Alternativplanungen und Simulationen entwickelt.

RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

P 13-12 Alternativplanung Umfahrung Leunaknoten (Fortsetzung)

Als Ergebnis ist festzustellen, dass eine oberirdische Durchfahrung des Leunaknotens möglich ist. Die Alternativplanung wurde als Teil der Vorzugstrasse der RTW übernommen.

P 14-12 RTW in Ausbaustufen – Anfertigung einer abschnittsbestimmten NKU

Ziel der Überlegungen in diesem Projekt war, die RTW in Teilabschnitten zu realisieren und dabei die Vorgaben der GVFG-Förderung einzuhalten. Dazu wurden mehrere Varianten untersucht.

a) Ausbaustufe I: F-Höchst <> Flughafen

b) Ausbaustufe III: F-Höchst <> Neu-Isenburg/Dreieich

c) Ausbaustufe V: Bad Homburg <> Flughafen

Im Ergebnis erscheint es möglich, den Südabschnitt der RTW (Varianten Ausbaustufe I und III) als eine ersten Baustufe zu realisieren. Des Weiteren wurde die Geschäftsführung gebeten, zu prüfen, ob ein Vorlaufbetrieb der RTTW unter Nutzung vorhandener S-Bahn Fahrzeuge möglich ist. Es wurden drei Trassierungsalternativen untersucht, von denen eine wegen des unvertretbar hohen bautechnischen Aufwandes und Gründen des Schallschutzes, eine wegen umweltfachlicher Ausschlusskriterien und eine wegen erheblicher umweltfachlicher Konflikte abschlägig beschieden wurden. Die Geschäftsführung wurde beauftragt, die RTW mit Zweisystemtechnik weiter zu entwickeln.

P 15-12 Ermittlung der Lebenszykluskosten für die Unterhaltung der Fahrzeuge und der ortsfesten Infrastruktur

Die aus einer NKU zu gewinnenden Daten für eine Folgekostenrechnung haben als Grundlage die Durchschnittskosten. Der tatsächliche Kostenverlauf variiert jedoch, etwa wegen der Gewährleistungszeiträume für Fahrzeuge und Infrastruktur oder in größeren Zeitabständen anfallender Hauptuntersuchung von Fahrzeugen. Nach einer durchgeführten Ausschreibung wurde die Firma Interfleet, Wiesbaden, beauftragt, Lebenszykluskosten für die Unterhaltung der RTW Infrastruktur und der Fahrzeuge zu ermitteln. Die Ergebnisse wurden in die Kalkulation der RTW aufgenommen.

RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Projekte 2013 (Vorschau)

Die Projekte 2013 sind durch die neue Aufgabenstellung der Gesellschaft gekennzeichnet: Durchführung der HOAI Leistungsphasen 3 und 4 mit dem Ziel, im Jahr 2015 Baurecht für die RTW zu erreichen.

P 01-13 HOAI Leistungsphasen 3 und 4 sowie gewerbliche Leistungen (übergeordnetes Projekt)
P 02-13 Fachprüfung und formale Freigabe der Vorplanung (Teil DB-Anlagen) durch die DB AG
P 03-13 Alternativplanung Umfahrung Niederursel
P 04-13 Planungsleistungen/Planungsbegleitleistungen von Infrastruktureigentümern
P 05-13 Entwicklung Fahrzeugkonzept

Ausblick auf die künftige Entwicklung

Die Lebensdauer der Gesellschaft wurde gem. Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung und notarieller Beurkundung am 13.12.2012 bis zum 31.12.2015 verlängert.

Wesentliche Aufgabe der Gesellschaft ist es, bis zum 31.12.2015 mit der Entwurfs- und Genehmigungsplanung für die RTW und der Abklärung der Fördermodalitäten mit dem Zuwendungsgeber die Grundlagen für die Herbeiführung der Bau- und Finanzierungsbeschlüsse durch die betroffenen Aufgabenträger zu schaffen.

Des Weiteren ist die Geschäftsführung beauftragt, mit potentiellen neuen Gesellschaftern auf Grundlage des Entwurfs eines erweiterten Gesellschaftsvertrags „Neue Gesellschafter“ (Beschlussfassung von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung am 13.12.2012) Gespräche über den Beitritt herbeizuführen.

Die RTW GmbH trägt kein finanzielles Risiko, da sie die Förderung der Zusammenarbeit zwischen dem Land Hessen und einzelnen Landkreisen und Städten in der Region Frankfurt RheinMain auf dem Gebiet des Verkehrswesens zum Ziel hat und keine unternehmerische Tätigkeit im engeren Sinne wahrnimmt. Durch Fehlen der unternehmerischen Eigenschaft und der damit nicht vorhandenen Risiken ergeben sich auch keine nennenswerten wirtschaftlichen Entwicklungschancen für die Gesellschaft, die über den gegebenen Budgetrahmen hinausgehen.

Bei Abschluss von wesentlichen Verträgen im bestehenden Budgetrahmen wird ebenfalls kein Risiko für die künftige Entwicklung gesehen. Es gibt keine Vorgänge besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind.

RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH), Frankfurt am Main

L. Bilanz

	2012	2011	Veränderung in €	2010
Aktiva				
Forderungen gegen Gesellschafter	0	0	0	40.196
Sonstige Vermögensgegenstände	275	27.557	-27.282	24.600
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	275	27.557	-27.282	64.795
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	277.104	398.456	-121.352	1.228.114
Umlaufvermögen	277.379	426.013	-148.634	1.292.909
Rechnungsabgrenzungsposten	3.000	2.500	500	0
	280.379	**428.513**	**-148.134**	**1.292.909**
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	30.000	30.000	0	30.000
Verlustvortrag	-7.556	-7.556	0	-7.556
Jahresüberschuss(+)/-fehlbetrag (-)	0	0	0	0
Eigenkapital	22.444	22.444	0	22.444
Sonstige Rückstellungen	21.996	17.755	4.241	13.320
Rückstellungen	21.996	17.755	4.241	13.320
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	116.456	28.721	87.735	940.938
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	105.500	356.188	-250.688	305.876
Sonstige Verbindlichkeiten	13.983	3.406	10.577	10.331
Verbindlichkeiten	235.939	388.314	-152.375	1.257.145
	280.379	**428.513**	**-148.134**	**1.292.909**

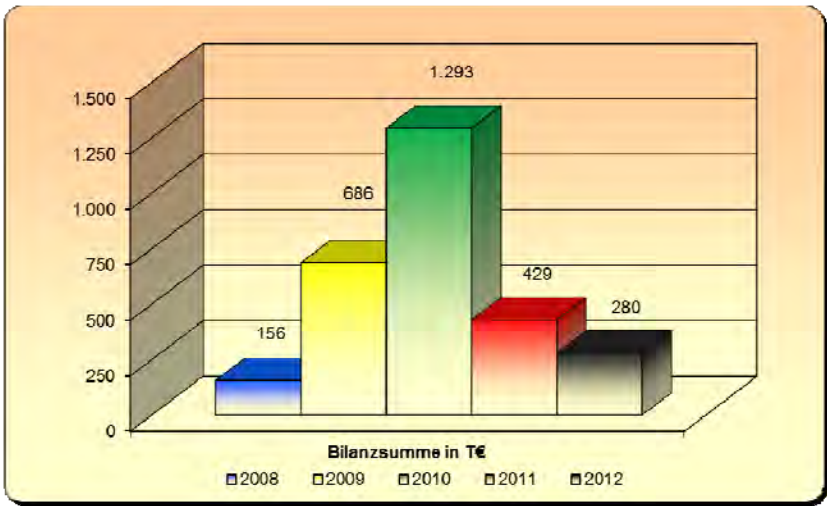
RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH), Frankfurt am Main

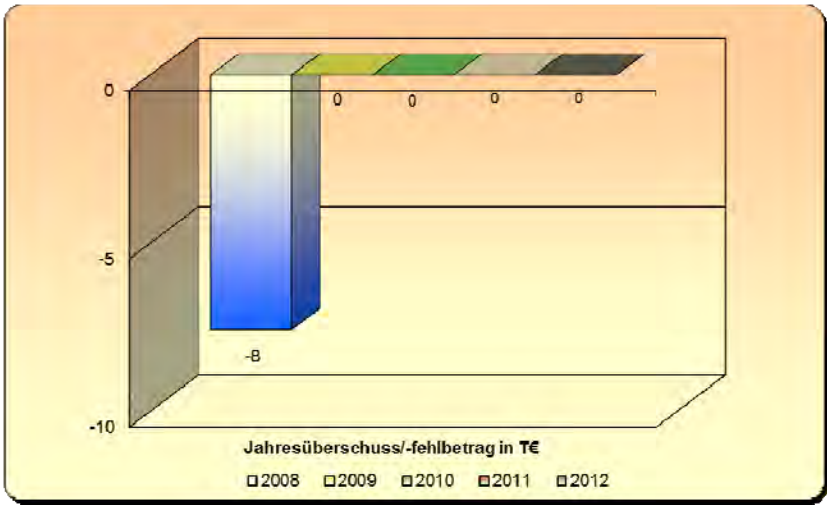
M. Gewinn und Verlustrechnung

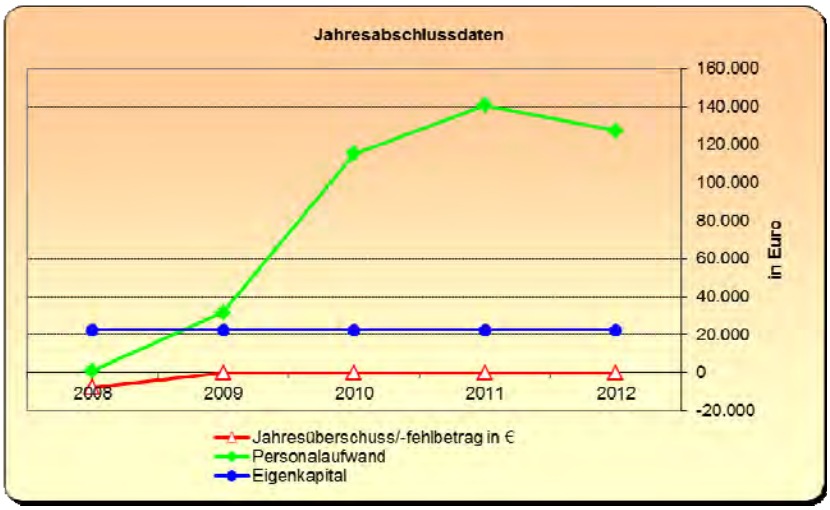
	2012	2011	2010
	in €	in €	in €
Erträge aus Beiträgen der Gesellschafter	274.614	698.384	1.622.399
Erträge aus Zuwendungen des Landes Hessen	296.346	753.652	1.750.790
Sonstige betriebliche Erträge	13.784	11.685	7.371
Materialaufwand, Aufwendungen für bezogene Leistungen	337.609	1.191.986	3.155.424
Löhne und Gehälter	112.937	125.654	101.933
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	14.187	14.837	13.254
Personalaufwand	127.124	140.491	115.187
Sonstige betriebliche Aufwendungen	120.330	133.024	113.293
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.042	1.780	3.343
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**724**	**0**	**0**
Sonstige Steuern	724	0	0
Jahresfehlbetrag-/überschuss	**0**	**0**	**0**

RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH), Frankfurt am Main

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen







Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

Die Gesellschaft mit Sitz in Flörsheim am Main wurde am 15. Juli 2003 mit einem Stammkapital in Höhe von 37.500,-- € gegründet. Gesellschafter waren bei Gründung der gemeinnützigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung neben dem Kreis Offenbach der Hochtaunus- und der Main-Taunus-Kreis. Die Gesellschafter waren mit je einem Drittel (= 12.500,-- €) an der Gesellschaft beteiligt.

Mit dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG) hatte der Hessische Landtag regionale Aufgaben neu strukturiert. Im Zuge der Neustrukturierung wurden früher vom Umlandverband Frankfurt wahrgenommene regionale Aufgaben, unter anderem die Planung, Errichtung und Erhaltung des Regionalparks Rhein-Main, übergangsweise (bis 31.12.2002) auf den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (jetzt Regionalverband FrankfurtRheinMain) und den Rat der Region übertragen, bis diese von Städten, Gemeinden und Landkreisen in frei gewählter Organisationsform übernommen werden.

Innerhalb dieses neu abgesteckten rechtlichen Rahmens haben die Landkreise/die Städte zur Sicherung und Fortführung des Regionalpark-Gedankens und bereits begonnener Regionalpark-Projekte eine gemeinsame gemeinnützige Gesellschaft in Form einer GmbH gegründet. Grundgedanke der Gesellschaft war zum Zeitpunkt der Gründung, weitere geeignete Körperschaften mit gleichen Rechten und Pflichten aufzunehmen, damit die Trägerschaft für den Regionalpark Rhein-Main auf eine breite Basis gestellt wird.

Am 29. November 2006 beschloss die Gesellschafterversammlung die Änderung des Gesellschaftsvertrages und Erweiterung der bestehenden Dachgesellschaft. Wesentliche Änderungen der Neufassung des Gesellschaftsvertrages waren

- die Erhöhung des Stammkapitales der Gesellschaft von € 162.500,-- um € 12.500,-- auf € 175.000,--.
- die Aufnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden als Gesellschafter mit einer Teilstammeinlage von je € 12.500,--.

Nach der Erweiterung der Gesellschaft im Jahre 2006 durch den Beitritt der Landeshauptstadt Wiesbaden trat zuletzt am 21.05.2008 der Rheingau-Taunus-Kreis der Gesellschaft bei.

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

Anschrift	Besucherzentrum Frankfurter Straße 76, 65439 Flörsheim-Weilbach
Telefon	06145/93636-20
Telefax	06145/93636-44
E-Mail	information@regionalpark-rheinmain.de
Internet	www.regionalpark-rheinmain.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2012

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	15. Juli 2003
Stammkapital	187.500,00 €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag vom 15. Juli 2003, geändert am 20. Juli 2005, am 29. November 2006 sowie am 21. Mai 2008
Handelsregistereintrag	HRB 20927 beim Amtsgericht Wiesbaden

B. Zweck der Gesellschaft

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff AO (§ 2 Abs. 1 der Satzung).

Zweck der Gesellschaft ist die Zusammenarbeit mit den Städten, Gemeinden und Landkreisen, dem Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (jetzt Regionalverband FrankfurtRheinMain) sowie dem Land Hessen, die Förderung des Projekts „Regionalpark Rhein-Main“. Das Projekt dient den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

Der Gesellschaftszweck wird insbesondere wie folgt verwirklicht:

a) Die Gesellschaft fördert das Projekt „Regionalpark Rhein-Main“ durch die Beschaffung und Organisation von Finanzmitteln sowie deren Verteilung auf gemeinnützige Regionalparkgesellschaften, andere gemeinnützige Träger von Regionalprojekten und Körperschaften des öffentlichen Rechts ausschließlich zur Verwendung zu steuerbegünstigten Zwecken. Die Förderung des Regionalparks umfasst darüber hinaus

- die Entwicklung eines Corporate Design,
- die Erarbeitung, laufende Kontrolle und Fortschreibung und Pflegestandards,
- die Gewährleistung einer einheitlichen Beschilderung,
- die übergreifende Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützung der lokalen regionalparkbezogenen Öffentlichkeitsarbeit
- die Vorbereitung und Betreuung regionalparkbezogener Veranstaltungen im Zusammenwirken mit den örtlichen Trägern von Regionalparkprojekten.

b) Die Gesellschaft koordiniert und steuert die Projekte zum Ausbau des Regionalparks Rhein-Main im Sinne einer übergeordneten regionalen Planung und definiert die Standards für die Gestaltung des Regionalparks. Die Koordination und Steuerung erfolgt durch die Beschaffung von Finanzmitteln und deren Verteilung auf gemeinnützige Regionalparkgesellschaften, andere gemeinnützige Träger und Körperschaften des öffentlichen Rechts ausschließlich zur Verwendung zu steuerbegünstigten Zwecken, um so die in Absatz 2 genannten gemeinnützigen Ziele zu erreichen. Die Planung erfolgt in Abstimmung mit der Landschaftsplanung bzw. der Flächennutzungsplanung / Regionalen Flächennutzungsplanung des Planungsverbands Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (jetzt Regionalverband FrankfurtRheinMain) bzw. den Kommunen. Insbesondere ist die Planung des Regionalparks mit der Ausgleichsflächenkonzeption dieser Pläne abzustimmen.

c) Die Gesellschaft kann sich, um die oben genannten Aufgaben zu erfüllen, an gemeinnützigen Regionalparkgesellschaften beteiligen.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Es darf niemand durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2012 (Stand: 31.12.2012)	
Vorsitzende	Frau Claudia Jäger
Stellv. Vorsitzender	Herr Thomas Will
Mitglied	Herr Joachim Arnold
-----„-----	Frau Rosemarie Heilig ab 12.07.2012
-----„-----	Herr Hans-Jürgen Hielscher
-----„-----	Herr Michael Korwisi
-----„-----	Herr Ulrich Krebs
-----„-----	Frau Sigrid Möricke
-----„-----	Herr Werner Müller
-----„-----	Herr Karl Ottes
-----„-----	Frau Dr. Manuela Rottmann bis 12.07.2012
-----„-----	Herr Erich Pipa
-----„-----	Herr Folkmar Schirmer
-----„-----	Herr Horst Schneider
-----„-----	Herr Ludger Stüve
-----„-----	Herr Axel Weiss-Thiel

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Dr. Lorenz Rautenstrauch
----------„---------	Herr Leo Fercher
----------„---------	Herr Klaus Wichert ab 01.08.2012

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Geschäftsführung (ab 01.08.2012 drei Geschäftsführer) erhielt im Berichtsjahr Vergütungen in Höhe von insgesamt T€ 101. Der Aufsichtsrat bezieht keine Vergütung.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	6,66 %	12.500,00 €
Hochtaunuskreis	6,66 %	12.500,00 €
Main-Taunus-Kreis	6,66 %	12.500,00 €
Kreis Groß-Gerau	6,66 %	12.500,00 €
Main-Kinzig-Kreis	6,66 %	12.500,00 €
Wetteraukreis	6,66 %	12.500,00 €
Rheingau-Taunus-Kreis	6,66 %	12.500,00 €
Stadt Bad Homburg v.d.H.	6,66 %	12.500,00 €
Stadt Frankfurt am Main	6,66 %	12.500,00 €
Stadt Hanau	6,66 %	12.500,00 €
Stadt Offenbach am Main	6,66 %	12.500,00 €
Stadt Rüsselsheim	6,66 %	12.500,00 €
Landeshauptstadt Wiesbaden	6,66 %	12.500,00 €
Regionalverband FrankfurtRheinMain	6,66 %	12.500,00 €
Land Hessen	6,66 %	12.500,00 €

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen
keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung des Kreises Offenbach an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Die gesetzliche Verpflichtung der Städte, Gemeinden und Landkreise zur Bildung von Zusammenschlüssen im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main ergibt sich aus dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG). Gesetzliche Aufgabe ist unter anderem die Planung, Errichtung und Unterhaltung des Regionalparks Rhein-Main, § 1 Abs. 1 Nr. 7 BallrG.

Aufgrund dieses Sachverhaltes ist eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entbehrlich.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Produkt Regionalentwicklung

Buchungsstelle 10.50.02.71260010

	2013	2012	2011
Förderung von Regionalprojekten	75.000	75.000	75.000

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2011 und 2012 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

k e i n e

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

in €	2012	2011	2010
Verbindlichkeiten	110.135	113.083	252.954

Berichtsjahr 2012	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	113.083
Zunahmen	0
Abnahmen	2.948
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31.Dezember)	110.135

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

k e i n e

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

K. Lagebericht 2012

A. Wirtschaftsbericht

I. Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses 2012

Gesellschaftsvertraglich festgelegter Zweck unserer Gesellschaft ist in Zusammenarbeit mit den Städten, Gemeinden, den Landkreisen, dem Regionalverband Frankfurt/Rhein-Main sowie dem Land Hessen die Förderung des Projekts „Regionalpark Rhein-Main“. Das Projekt dient den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Die Tätigkeiten der Gesellschaft sind gemeinnützig, eigenwirtschaftliche Zwecke werden nicht verfolgt. Umsätze werden gewöhnlich nicht erzielt. Die Einnahmen erfolgen überwiegend aus Zuschüssen öffentlich-rechtlicher Körperschaften und zu einem Teil aus Spenden privater Unternehmen.

Auf Grund dieser Tatsache beeinflussen welt- und binnenwirtschaftliche Vorgaben unsere Unternehmenstätigkeit und damit unseren Unternehmenserfolg nur in eingeschränktem Umfange.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ist gegenüber dem Vorjahr um 55,6% von ./. T€ 1.187 auf jetzt ./. T€ 527 gestiegen.

Das ist zum einen in kleinerem Umfange auf gestiegene Erträge von T€ 118 zurückzuführen. Der Anstieg beruhte im Wesentlichen darauf, dass Vorjahresrückstellungen von T€ 101 aufgelöst werden mussten.

Vor allem ist der Rückgang des Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit aber mit der geringeren Förderung von Projekten im Geschäftsjahr zu begründen. So wurden im Berichtsjahr über 20 (im Vj. über 25) Einzelprojekte im Wert von insgesamt € 1,2 Mio. gefördert (Vorjahr € 1,7 Mio.). Besonders zu nennen sind folgende im Geschäftsjahr geförderten Einzelprojekte: „Regionalpark Pilot: Regionalpark Portal, Landmarke Turm“ i. H. v. T€ 340, „Eschborn: Aussichtspunkt Schlacht bei Eschborn“ i. H. v. T€ 140, „Hanau: Sitzobjekte Anlegestelle“ in Höhe von T€ 87, „Büdingen – Hohe Straße: Projekt Station“ und „Gelnhausen-Rosengärtchen 1. und 2. BA“ mit jeweils T€ 80. Hervorzuheben ist hier auch das Regionalpark-Sommerfest, für das insgesamt T€ 189 ausgegeben wurden (Planansatz T€ 130).

In der Aufsichtsratssitzung am 22.03.2012 wurde die erste Projektliste 2012 beschlossen. In dieser Liste 1c „Projekte mit besonderen Förderkonditionen“ ist unter Ziffer 2 „Temporäre Felder“ darunter für Angebote, Aktivitäten in Kooperationen mit Landwirten T€ 50 als Anschubfinanzierung eingeplant. Dieses Projekt hat sich in 2012 sehr gut entwickelt. Insgesamt wurden Kosten in Höhe von T€ 45 verwendet, die – da es keine eigenen Anlagen unser Gesellschaft waren – unter „Projektübergreifende Förderung -

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

K. Lagebericht 2012

A. Wirtschaftsbericht (Fortsetzung)

I. Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses 2012 (Fortsetzung)

Öffentlichkeitsarbeit“ gebucht wurden und somit zur Erhöhung der Projektkosten beigetragen haben. Hierbei ist zu beachten, dass die Mittel aus der Projektliste nicht angefallen sind.

II. Lage des Unternehmens

1. Vermögenslage

Die Vermögenslage unserer Gesellschaft stellt sich weiterhin positiv dar. Zwar sind unsere liquiden Mittel wegen der anhaltend hohen Ausgaben für die Projektförderung um T€ 584 auf jetzt T€ 1.235 gesunken. Doch beeinträchtigt das unsere weitere Geschäftstätigkeit nicht. So konnte unser lang- und mittelfristig angelegtes Vermögen (Anlagevermögen) um T€ 167 und damit um mehr als 19,2% erhöht werden.

Die vorhandenen finanziellen Cashmittel decken die bereits zugesagten Fördermittel für Projekte in 2013 in Höhe von rd. € 712.000. Außerdem können weitere Projekte gefördert werden, weshalb die liquiden Mittel ausreichen, um unseren Gesellschaftszweck nachhaltig verwirklichen zu können.

Das Eigenkapital und damit auch das langfristige Kapital beträgt T€ 1.426 und macht 62,4% des Gesamtkapitals unserer Gesellschaft aus (Vorjahr: T€ 1.952 bzw. 72,0%). Das kurzfristige Fremdkapital liegt bei T€ 858 (37,6% des Gesamtkapitals).

2. Finanzlage

Die Finanzlage unseres Unternehmens hat sich wegen des Rückgangs des Jahresüberschusses gegenüber dem Vorjahr um T€ 585 deutlich reduziert. Sie ist aber mit liquiden Mittel von über € 1,2 Mio. dennoch als gut zu bezeichnen.

Der „Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit“ ist gegenüber dem Vorjahr um T€ 294 verbessert und beträgt jetzt ./. T€ 306. Der Geldmittelabfluss hängt vor allem mit dem Jahresverlust von ./. 527 zusammen. Dem stehen Mittelzuflüsse aus Abschreibungen von T€ 112 und aus der Erhöhung von Rückstellungen um T€ 102 vor allem für laufende Projekte gegenüber.

Der “Cashflow aus Investitionstätigkeit“ ist gegenüber dem Vorjahr ebenfalls um T€ 246 gestiegen und liegt jetzt bei ./. 278 T€.

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

K. Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

A. Wirtschaftsbericht (Fortsetzung)

II. Lage des Unternehmens (Fortsetzung)

2. Finanzlage (Fortsetzung)

Der Geldmittelabfluss im laufenden Jahr resultiert aus den gleichhohen Investitionen im Geschäftsjahr, denen keine nennenswerten Einzahlungen aus Anlagenverkäufen gegenüberstanden.

So beträgt der Finanzmittelbestand (= liquide Mittel) zum Geschäftsjahresende T€ 1.235. Er ist gegenüber dem Vorjahr um T€ 585 zurückgegangen.

Die immer noch hohen liquiden Mittel werden angesammelt, um die verschiedenen Regionalparkprojekte zu fördern. Unser Ziel ist und bleibt es, auch in Zukunft keine Fremdmittel zu Projektförderungen in Anspruch nehmen zu müssen.

3. Ertragslage

Durch die Zuschüsse unserer Gesellschafter und von dritter privater Seite konnten wir betriebliche Erträge in Höhe von T€ 1.977 (Betriebsleistung) erwirtschaften. Von diesen Mitteln und aus unseren vorhandenen liquiden Mitteln haben wir einen Betrag von T€ 1.637 bzw. 82,8% der Betriebsleistung im Geschäftsjahr für die Projektförderung verwendet.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen liegen bei T€ 885 (45,0% der Betriebsleistung), wovon T€ 483 auf Personalkosten und T€ 290 auf sonstige betriebliche Aufwendungen entfallen. Damit erzielten wir ein Betriebsergebnis von T€ ./. 545, welches um T€ 676 unter dem des Vorjahres liegt.

Die Verzinsung unserer – gesunkenen - flüssigen Mittel führte zu einem Finanzergebnis von T€ 18, das unter Vorjahresergebnis von T€ 34 liegt. Der überschlägige mittlere Zinssatz für unsere liquiden Mittel liegt damit bei 1,2% (Vorjahr 1,4%), was dem allgemeinen Zinsniveau in 2012 entspricht.

Wegen des besseren Betriebsergebnisses, das durch das im Verhältnis nur geringfügig verbesserte Finanzergebnis nicht wesentlich beeinflusst wurde, verminderte sich der Jahresfehlbetrag um T€ 660 und liegt bei T€ 527 bzw. ./. 26,8% der Betriebsleistung (Vorjahr T€ ./. 1.187 bzw. ./. 63,9% der Betriebsleistung).

III. Nachtragsbericht

Es liegen keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres vor.

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

K. Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

B. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens

I. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Es sind keine wesentlichen Änderungen in unserer Geschäftspolitik zu erwarten. Durch den Umzug im März 2011 in das Regionalparkportal Weilbacher Kiesgruben haben sich unsere organisatorischen und technischen Arbeitsmöglichkeiten wesentlich verbessert. Das Besucherzentrum und die Ausstellung „Landschaft auf den zweiten Blick“ finden reges Interesse der Besucher. Seit Eröffnung am 01. Juni 2011 bis Ende 2012 haben mehr als 40.000 Besucher die Ausstellung besucht. Das Besucherinteresse ist unverändert groß. Die Monatszahlen in diesem Jahr von Januar bis Mai lagen wieder jeweils höher als in den Vergleichsmonaten des Vorjahres. Die Beliebtheit des Regionalpark wurde auch durch die HR4-Radtour vom 02. – 05. August 2012 dokumentiert, die große Besucherzahlen hatte. In diesem Jahr fand am 05. Mai 2013 der Walkingtag in Altenstadt statt, der ebenfalls ein großes Besucherinteresse gefunden hat.

II. Risikobericht

1. Allgemeiner Risikobericht

Da wir nicht am Markt tätig werden, sind wir keinen Konjunktur- oder Währungsrisiken ausgesetzt.
Unsere Gesellschafter sind durch die Satzung verpflichtet, uns jährlich gesellschaftsrechtliche Zuschüsse von rd. T€ 1.125 zu gewähren, so dass unsere Liquiditätslage auch weiterhin abgesichert ist.

2. Spezieller Risikobericht

Wie unter A. II. 2. zur Finanzlage unserer Gesellschaft ausgeführt, ist unsere Liquiditätslage nach wie vor als gut zu bezeichnen. Finanzielle Engpässe sind durch die Zuschussverpflichtung der Gesellschafter ausgeschlossen. Zu unseren Finanzinstrumenten zählen in erster Linie unsere Guthaben bei Kreditinstituten.

Ein Liquiditätsrisiko wird dadurch minimiert, dass wir Fördermittel bzw. Projektzuschüsse nur dann zusagen, wenn diese von uns auch gezahlt werden können. Förderzusagen, die unseren finanziellen Rahmen übersteigen, werden nicht gegeben. Zur Sicherstellung dieser Geschäftsprämisse dienen der Wirtschaftsplan und die laufende Liquiditätsüberwachung durch unsere Geschäftsführung.

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

K. Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

B. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens (Fortsetzung)

II. Risikobericht (Fortsetzung)

2. Spezieller Risikobericht (Fortsetzung)

Nach den sehr erfolgreichen Jahren mit Förderung vieler Einzelprojekte wird in der Zukunft die Geschäftspolitik insoweit verändert, dass die Darstellung in der Öffentlichkeit (Rundroutenfest und ähnliches) etwas stärker in den Vordergrund gestellt werden soll und Projektförderung, auch aufgrund der immer schwieriger werdenden Drittellösung der Kommunen, zurückgenommen werden könnte.

III. Prognosebericht

Auf Grund der im Risikobericht dargelegten Finanzsituation erwarten wir auch für 2013 und 2014 eine positive Entwicklung unseres gemeinnützigen Unternehmens.

Wir werden auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen und entsprechend unserem Satzungsprojekt das Projekt „Regionalpark Rhein-Main“ zu fördern.

Die Geschäftsführung dankt den Gesellschaftern und den Mitgliedern des Aufsichtsrates für die konstruktive Zusammenarbeit.

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

L. Bilanz

	2012	2011	Verände-rung	2010
Aktiva	**In €**	**in €**	**in €**	**in €**
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.851	2.848	-997	3.845
- Außenanlagen	677.041	541.588	135.453	330.456
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	277.483	217.430	60.053	18.869
- Geleistete Anzahlungen, Anlagen in Bau	85.299	113.407	-28.108	70.693
Sachanlagevermögen	1.039.823	872.425	167.398	420.018
Anlagevermögen	1.041.674	875.273	166.401	423.863
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	3.196	-3.196	668
Sonstige Vermögensgegenstände	977	10.176	-9.199	34.935
Guthaben bei Kreditinstituten	1.234.886	1.819.229	-584.342	2.943.423
Umlaufvermögen	1.235.863	1.832.600	-596.738	2.979.026
Rechnungsabgrenzungsposten	6.259	3.309	2.950	6.125
	2.283.796	**2.711.183**	**-427.387**	**3.409.014**
Passiva				
- Gezeichnetes Kapital	187.500	187.500	0	187.500
- Gewinnvortrag	1.764.630	2.951.802	-1.187.172	2.806.763
- Jahresüberschuss	-526.930	-1.187.172	660.242	145.039
Eigenkapital	1.425.199	1.952.130	-526.930	3.139.302
- Sonstige Rückstellungen	748.461	645.970	102.491	16.758
Rückstellungen	748.461	645.970	102.491	16.758
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	97.509	73.733	23.775	64.137
- Sonstige Verbindlichkeiten	12.627	39.349	-26.722	188.817
Verbindlichkeiten	110.135	113.083	-2.947	252.954
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	2.283.796	**2.711.183**	**-427.387**	**3.409.014**

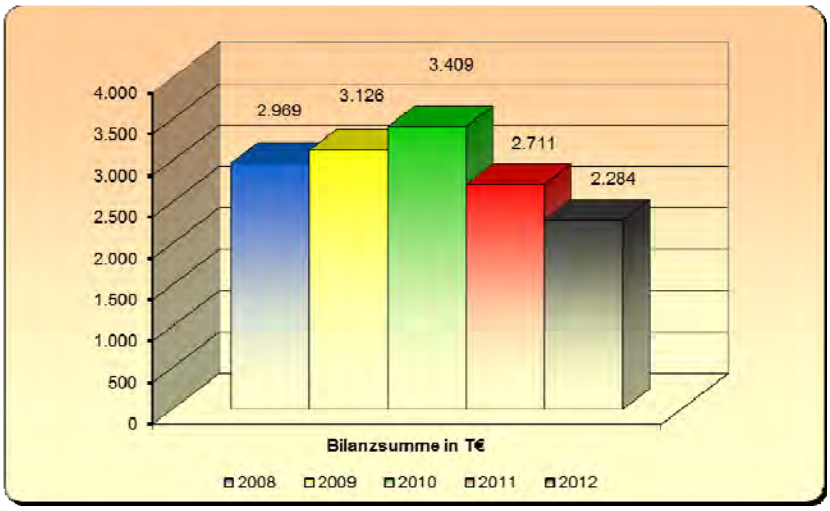
Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

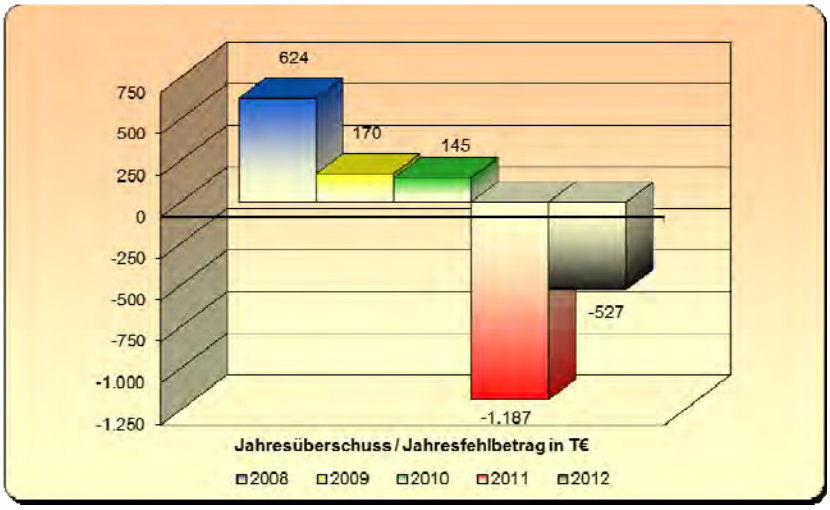
M. Gewinn- und Verlustrechnung

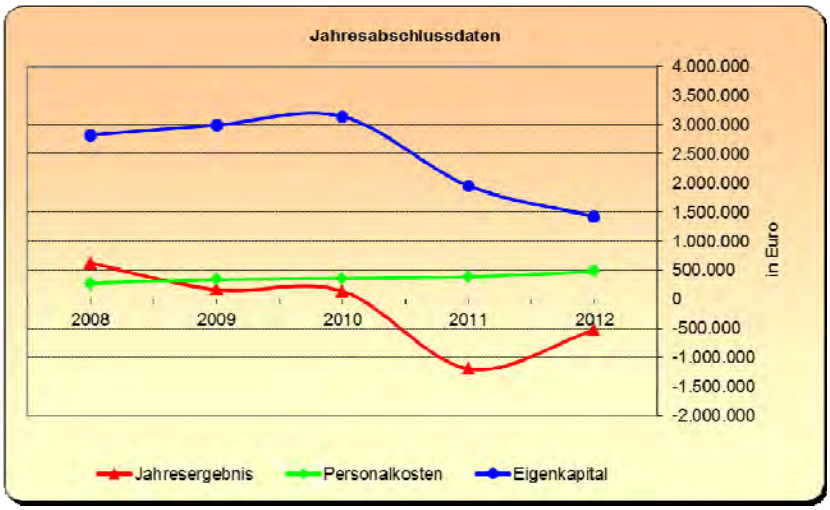
	2012	2011	2010
	in €	in €	in €
Sonstige betriebliche Erträge	1.977.431	1.859.256	2.073.480
Betriebliche Erträge insgesamt	1.977.431	1.859.256	2.073.480
Projektförderung	1.637.303	2.439.944	1.446.323
Personalaufwand			
- Gehälter	379.782	316.227	293.570
- Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	103.263	74.331	68.761
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und auf Sachanlagen	112.040	72.762	41.171
Sonstige betriebliche Aufwendungen	289.636	176.946	106.817
Betriebsergebnis	-544.593	-1.220.954	116.838
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	17.975	34.057	28.466
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	13	3
Finanzergebnis	17.975	34.044	28.463
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-526.618	-1.186.910	145.301
Sonstige Steuern	312	262	262
Jahresfehlbetrag/-überschuss	**-526.930**	**-1.187.172**	**145.039**

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen







Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

Die RMV GmbH wurde im Juni 1994 nach erfolgreicher zweijähriger Arbeit der Gesellschaft zur Vorbereitung und Gründung des Rhein-Main-Verkehrsverbundes mbH gegründet.

Das Verbundgebiet erstreckt sich flächenmäßig über etwa 14.000 km² mit rund 4,9 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern in elf Mitgliedsstädten und 15 Landkreisen, es wird im Norden vom Landkreis Marburg-Biedenkopf, im Süden vom Odenwaldkreis, im Westen vom Rheingau-Taunus Kreis und im Osten vom Landkreis Fulda begrenzt.

Die Organisationsstruktur des RMV wurde so gewählt, dass einerseits ein Interessenausgleich aller beteiligten Partner ermöglicht wird und zum anderen die zur Verbundgründung beschlossenen fünf Grundsätze berücksichtigt und umgesetzt werden.

- **Kommunalverbund**
  Der RMV konstituierte sich als Kommunalverbund auf freiwilliger Basis. Die Verbundpartner üben über die Gesellschafterversammlung und den Aufsichtsrat als Gesellschafter die gesellschaftsrechtliche Kontrolle über den RMV aus.

- **Dezentrales Prinzip – dezentrale Organisation**

  Der lokale Verkehr wird auf lokaler Ebene durch die lokalen Nahverkehrsgesellschaften bzw. die Verbundverkehrsunternehmen, der regionale Verkehr auf der Ebene des RMV durch die RMV GmbH organisiert. Die Verantwortung für den Lokalverkehr verbleibt somit bei den lokalen Gebietskörperschaften bzw. Aufgabenträgern.

- **Trennungsrechnung**

  Grundsatz der Trennungsrechnung ist die Transparenz der Kosten mit einer Trennung in Betriebs- und Infrastrukturkosten und einer gleichzeitigen Festschreibung der Verantwortung für die Kostenbestandteile.

- **Leistungsprinzip**

  Die Einführung des Leistungsprinzips bedeutete die Abkehr vom in der Vergangenheit praktizierten Aufwandsprinzip.

- **Bestellerprinzip**

  Der RMV führt im Auftrag seiner Gesellschafter auf der Regie-Ebene die Bestellerfunktion für den Regionalverkehr aus. Während früher die Vergabe von Leistungen frei verhandelt wurde, werden diese künftig nach erfolgter Ausschreibung vergeben.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

Anschrift	Alte Bleiche 5, 65719 Hofheim am Taunus
Telefon	06192/294-0
Telefax	06192/294-900
E-Mail	info@rmv.de
Internet	www.rmv.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2011

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	30. Juni 1994
Stammkapital	690.244,04 €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 04. Juli 1991. Der Gesellschaftsvertrag wurde durch Beschluss der Gesellschafterversammlung am 30. Juni 1994 grundlegend geändert.
Handelsregistereintrag	HRB 34128 beim Amtsgericht Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Die Gesellschaft dient dem Zwecke der gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehres (ÖPNV) sowie der Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr (IV) und nimmt im Verbundgebiet die nachfolgend dargestellten Aufgaben wahr:

- Regionaler Schienenpersonen- und Buspersonennahverkehr (SPNV u. BPNV)
- Verkehrsplanung
- Verkehrskonzeption und technische Standards
- Rahmenplanung für Produkte, Verbundtarif und Beförderungsbedingungen
- Marketing, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit
- Fahrgastinformation, Vertriebssystem
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen
- integriertes Plandatensystem

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung der Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen errichten oder erwerben.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2011 (Stand: 31.12.2011)		
Vorsitzende	Frau Petra Roth	
Stellvertretender Vorsitzender	Herr André Kavai	
Mitglieder		
für das Land Hessen	Herr Steffen Saebisch	
----------„----------	Frau Prof. Dr. Luise Hölscher	
für die Kreisfreien Städte	Prof. Dr.-Ing. Joachim Pös	bis 07.11.2011
----------„----------	Frau Birgit Simon	
----------„----------	Frau Brigitte Lindscheid	ab Okt. 2011
----------„----------	Frau Sigrid Möricke	ab 08.11.2011
----------„----------	Herr Dieter Wenzel	bis Sept. 2011
für Städte mit Sonderstatus	Herr Wolfram Dette	
----------„----------	Herr Stefan Gieltowski	ab 18.11.2011
----------„----------	Frau Silke Klinger	bis 17.11.2011
----------„----------	Herr Michael Korwisi	
----------„----------	Herr Gerhard Möller	

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Aufsichtsrat (Fortsetzung)

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2011 (Stand: 31.12.2011)		
für Städte mit Sonderstatus	Herr Thomas Rausch	bis Sept. 2011
----------„----------	Herr Egon Vaupel	
----------„----------	Herr Axel Weiss-Thiel	
----------„----------	Frau Gerda Weigel-Greilich	ab Okt. 2011
für die Landkreise	Herr Burkhard Albers	
----------„----------	Herr Joachim Arnold	
----------„----------	Herr Michael Cyriax	ab 01.10.2011
----------„----------	Herr Siegfried Fricke	bis Sept. 2011
----------„----------	Herr Christel Fleischmann	ab 01.09.2011
----------„----------	Herr Berthold R. Gall	bis 30.09.2011
----------„----------	Frau Claudia Jäger	
----------„----------	Herr Ulrich Krebs	
----------„----------	Herr Dietrich Kübler	
----------„----------	Herr Gerald Kummer	ab Nov. 2011
----------„----------	Herr Rudolf Marx	
----------„----------	Herr Dr. Karsten McGovern	
----------„----------	Herr Manfred Michel	
----------„----------	Herr Klaus Peter Schellhaas	bis 31.08.2011
----------„----------	Frau Anita Schneider	ab Okt. 2011
----------„----------	Herr Wolfgang Schuster	
----------„----------	Herr Thomas Will	bis Okt. 2011
----------„----------	Herr Bernd Woide	

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Prof. Knut Ringat (Sprecher der GF)
----------„----------	Herr Klaus-Peter Güttler

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Bezüge der Geschäftsführer im Berichtsjahr beliefen sich auf T€ 477. Die Bezüge ehemaliger Geschäftsführer betrugen im Jahr 2011 T€ 117.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten seit 15. Juni 1999 eine Aufwandsentschädigung von € 51,13 pro Person und Sitzung. Im Geschäftsjahr 2011 fielen dafür Aufwendungen in Höhe von insgesamt T€ 2,8 an.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Land Hessen	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Darmstadt-Dieburg	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Fulda	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Gießen	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Groß-Gerau	3,704 %	25.564,59 €
Hochtaunuskreis	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Limburg-Weilburg	3,704 %	25.564,59 €
Lahn-Dill-Kreis	3,704 %	25.564,59 €
Main-Kinzig-Kreis	3,704 %	25.564,59 €
Main-Taunus-Kreis	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Marburg-Biedenkopf	3,704 %	25.564,59 €
Odenwaldkreis	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Offenbach	3,704 %	25.564,59 €
Rheingau-Taunus-Kreis	3,704 %	25.564,59 €
Vogelsbergkreis	3,704 %	25.564,59 €
Wetteraukreis	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Bad Homburg vor der Höhe	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Darmstadt	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Frankfurt	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Fulda	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Gießen	3,704 %	25.564,59 €

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

D. Gesellschafter (Fortsetzung)

Gesellschafter (Fortsetzung)	Anteil in %	Anteil in €
Stadt Hanau	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Marburg	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Offenbach am Main	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Rüsselsheim	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Wetzlar	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Wiesbaden	3,704 %	25.564,59 €
	100,00 %	**690.244,04 €**

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen	Anteil in %	Anteil in € gerundet
Rhein-Main-Verkehrsverbund Service GmbH, Hofheim am Taunus (RMS)	100,00	125.000
Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH, Hofheim am Taunus (fahma)	100,00	100.000
Regionaltangente West Planungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main (RTW GmbH)	33,33	10.000
VDV-Kernapplikations GmbH & Co. KG, Köln (VDV)	11,56	100.000
Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH, Köln	0,65	2.500

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung. Die Gesellschaft fördert das von den beteiligten Ländern und kommunalen Gebietskörperschaften verfolgte Ziel, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Leistungsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Verkehrsverbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen und durch gezielte Investitionen zu verbessern.

Bei der Gesellschaft handelt es sich gemäß der Hessischen Gemeindeordnung um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens ausgerichtet ist. Aufgrund dieses Sachverhaltes entfällt die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

k e i n e

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

k e i n e

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2011	2010	2009
Verbindlichkeiten	9.637.989	9.919.104	7.452.938

Berichtsjahr 2011	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	9.919.104
Zunahmen	0
Abnahmen	281.115
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31.Dezember)	9.637.989

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

k e i n e

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011

1. Geschäftstätigkeit

Grundlage der Geschäftstätigkeit der RMV GmbH ist der Gesellschaftsvertrag mit dem Gesellschaftszweck der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung zur Organisation und Koordination des öffentlichen Personennahverkehrs seiner Gesellschafter.

Eine starke Zusammenarbeit mit den kommunalen ÖPNV-Aufgabenträgern sowie der Unterstützung mit dem Land Hessen soll den öffentlichen Auftrag der Daseinsvorsorge gewährleisten.

Die Mobilität rückt immer mehr in den Fokus des Kunden und stellt ein wichtiges Grundbedürfnis dar. Ziel ist es, die öffentlichen Verkehrsangebote nachhaltig und umweltfreundlich zu verbessern. Neue Medien und Technologien zu einer permanenten Entwicklung des Verkehrsverbundes als Mobilitätsdienstleister tragen hierzu stetig bei. Die RMV GmbH soll das Dach sein, zu dem alle Akteure in der Region positiv stehen. Die RMV GmbH ist einer der Akteure.

Mittel- sowie langfristige Ziele der RMV GmbH sind ein qualitativ besserer ÖPNV indem neue Wege beschritten werden müssen. Das Angebot muss in allen Bereichen auf die Wünsche des Kunden ausgerichtet werden. Eine in sich aufeinander abgestimmte Wegekette muss auf-, sowie die Zugangsbarrieren zum System abgebaut werden.

Weitere ausgewiesene mittel- und langfristige Ziele sind die Qualitätsverbesserung und Schaffung von zusätzlichen Kapazitäten im ÖPNV. Kurzfristiges Ziel muss die Verbesserung der Pünktlichkeit durch Abbau von diversen Schwachstellen sein.

Angesichts der demografischen Entwicklung muss das Zusammenwirken zwischen ÖV und IV durch neue Formen und Wege über neue Pilotprojekte gefunden werden.

Um diese Ziele zu erreichen und die Kundenzufriedenheit maßgeblich zu verbessern, hat sich die RMV GmbH unter anderem besonderen Aufgabenstellungen verschrieben.

- Die RMV GmbH beteiligt sich u.a. mit anderen Partnern an der hessischen Mobilitätsoffensive für die Entwicklung integrierter Mobilitätsdienstleistungen am Projekt HOLM (House of Logistic and Mobility). Das Projekt „Staufreies Hessen 2015“ trägt langfristig zu mobilen Problemlösungen bei. Zur Erreichung höherer Marktreichweite sind Mobilitätspakete mit Verkehrsunternehmen, Taxi, CarSharing, insbesondere auch im ländlichen Raum, als potentielle Entwicklung anzusehen. Im Hinblick auf die Zukunftsentwicklung stehen weitere alternative Mobilitätsdienste im Fokus.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011

1. Geschäftstätigkeit (Fortsetzung)

- Ein deutschlandweites eTicket zum bargeldlosen Zahlungsverkehr wird mit anderen Verbünden und der VDV-Kernapplikations GmbH & Co. KG vorbereitet und zur baldigen Umsetzung realisiert werden. Dies steht im Kontext zur RBL-Entwicklung (Rechnergestütztes Betriebsleitsystem) mit dem Fokus auf Kundeninformation und Steuerung der Verkehre.
- Der RMV ist bestrebt, ein kundengerechtes Vertriebssystem aufzubauen. Ein Baustein schafft hier die Realisierung eines Elektronischen Fahrgeldmanagements. Im Geschäftsjahr konnte der RMV hierzu weitere Schritte verfolgen. Eine neue Automatengeneration konnte eingeführt und Mitte des Jahres in Betrieb genommen werden.
- Im Geschäftsjahr erfolgten im Rahmen des Wettbewerbskonzeptes weitere Ausschreibungen von Teilnetzen im Schienen- sowie im Buspersonennahverkehr.

Die Finanzierung der RMV GmbH für Verwaltung sowie die Fremdleistungen für Untersuchungen laut Wirtschaftsplan erfolgt nach Abzug von eigenen Erträgen durch Zuwendungen des Landes Hessen und aus der Umlage der Komplementärfinanzierung der kommunalen Gesellschafter. Der Regiebereich wickelt die Projekte im Rahmen des für ein Kalenderjahr genehmigten Wirtschaftsplanes ab und stellt die personelle und technische Infrastruktur bereit.

2. Beteiligungen

2.1 Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms)

Das wirtschaftliche Umfeld der Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms GmbH) ist geprägt durch sich verschlechternde finanzielle Rahmenbedingungen für den Öffentlichen Personennahverkehr. Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen als wichtigste Kundengruppen der rms GmbH müssen einerseits auf den Rückgang der finanziellen Förderung des ÖPNV, den demographischen Wandel, die Individualisierung der Gesellschaft, die Entwicklung neuer Technologien und die ökologischen Herausforderungen mit fachlich geänderten Ausrichtungen reagieren. Es entstehen andererseits für die rms GmbH auch neue Chancen im Mobilitätsmarkt. Die rms GmbH hat in 2011 durch gezielte Entwicklung neuer Themen bereits erfolgreich Aufträge akquiriert.

Die Umsatzerlöse sind im Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr um etwa 94% von T€ 4.955 auf T€ 9.617 gestiegen. Der Umsatz mit Dritten konnte gegenüber 2010 abermals leicht gesteigert werden. Die Umsatzerlöse wurden im Wesentlichen durch die Themenfelder Kundenkommunikation, Verkehrs- und Marktforschung, Datenmanagement sowie Informations- und Vertriebssysteme generiert.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011

2. Beteiligungen (Fortsetzung)

2.1 Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms) (Fortsetzung)

Die Betriebsleistung hat sich im Vergleich zum Vorjahr um T€ 290 (3%) verbessert. Die Umsatzerlöse haben sich durch den Abschluss einiger Projekte nahezu verdoppelt. Dies spiegelt sich entsprechend in dem starken Rückgang der Bestandsveränderungen wider. Der Materialaufwand und der direkt den Projekten zurechenbare Aufwand an Fremdleistungen ist entsprechend gestiegen.

Die Liquidität der rms GmbH wird über vertraglich vereinbarte Anzahlungen auf eingehende Aufträge gesichert. Darüber hinaus besteht eine Kreditlinie von T€ 400.

Trotz Steigerung des Umsatzes mit Dritten im Geschäftsjahr wird es für die rms GmbH weiterhin von Bedeutung sein, dass die RMV GmbH wichtige Dienstleistungen wie Kunden-kommunikation, Datenmanagement, eTcket und andere Beratungsleistungen von der rms GmbH erbringen lässt.

Die rms schließt das Geschäftsjahr 2011 mit einem positiven Ergebnis ab. Vor Gewinnabführung weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von T€ 157 (i. Vj. T€ 170) aus. Die Zahlungsfähigkeit der rms GmbH war im Geschäftsjahr durchgängig gewährleistet.

2.2 Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma)

Den Schwerpunkt der Tätigkeit im Geschäftsjahr 2011 bildete bezüglich der Bestandsfahrzeuge der Odenwald- und der Taunusbahn wiederum das Vertrags- und Qualitätsmanagement, die Instandhaltungsoptimierung und die Begleitung und Kontrolle der Abarbeitung aufgetretener Fahrzeugmängel. Grundlage sind weiterhin die Werklieferungsverträge mit der Bombardier Transportation GmbH (BT) vom 16. Dezember 2003 (Odenwaldbahn) bzw. mit der Alstom LHB GmbH (ALHB) vom 15. August 2005 (Taunusbahn) sowie die entsprechenden Zusatzvereinbarungen. Hinzu trat das Vertrags- und Qualitätsmanagement der vier weiteren Fahrzeuge ITINO RMV2 auf der Basis des Werklieferungsvertrages vom 17. September 2007 mit BT.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2011 ist weiterhin geprägt vom Darlehensvertrag Odenwaldbahn mit der Deutschen Verkehrsbank AG (DVB) vom 16.12.2003, vom Darlehensvertrag Taunusbahn mit der DVB vom 05. Juli 2005 sowie den Darlehensverträgen mit der DVB vom 08. Oktober 2007 und vom 14. Dezember 2007 über drei und ein weiteres Fahrzeug für die Odenwaldbahn bzw. die Anbindung Pfungstadts.

In 2011 wurden die zusätzlichen Fahrzeuge ITINO RMV Los 2 erstmals ganzjährig im Fahrgastbetrieb eingesetzt, seit Dezember wird auch die Strecke Pfungstadt befahren.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011

2. Beteiligungen (Fortsetzung)

2.2 Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma) (Fortsetzung)

Verlauf des Projektes Taunusbahn in 2011

Der Schwerpunkt der Tätigkeiten im Geschäftsjahr 2011 lag im Bereich des Vertrags- und Qualitätsmanagements sowie in der Verfolgung von zwischenzeitlich erkannten Schwachstellen und Mängeln.

Umsatzerlöse

Ausgewiesen werden hier im Wesentlichen die Fahrzeugbereitstellungsentgelte für die Fahrzeuge der Odenwaldbahn (€ 4.262.280,00) und der Taunusbahn (€ 1.695.000,00) für das Geschäftsjahr 2011. Hinzu treten 2011 erstmals ganzjährig die Fahrzeugbereitstellungsentgelte für die vier weiteren Fahrzeuge für die Odenwaldbahn und die Anbindung Pfungstadts (€ 904.800,00). Unter Berücksichtigung der Zinserträge sowie Gegenrechnung der Aufwandspositionen ergibt sich ein Überschuss in Höhe von € 938.360,00, der gemäß des Ergebnisabführungsvertrages an die RMV GmbH abzuführen ist.

Für das Geschäftsjahr 2012 wird derzeit ebenfalls mit einem positiven Ergebnis in Höhe des Wirtschaftsplanansatzes gerechnet.

2.3 Zentrum für integrierte Verkehrssysteme GmbH (ZIV)

Die Anteile der RMV GmbH am ZIV wurden, wie bereits in 2010 angekündigt, veräußert.

2.4 VDV-Kernapplikations GmbH & Co. Kommanditgesellschaft (VDV KG)

Die RMV GmbH ist als Kommanditist mit einem Anteil von 11,56 % an der VDV KG beteiligt, was einen Kapitalanteil von T€ 100 ausmacht. Durch diese Beteiligung erwachsen der RMV GmbH im Rahmen der Einlage keine finanziellen Risiken.

Die Umsatzerlöse nahmen im Geschäftsjahr 2011 um T€ 737 auf T€ 1.580 zu. Die sonstigen betrieblichen Erträge gingen hingegen um T€ 514 auf T€ 360 zurück. Das Jahresergebnis verminderte sich um T€ 19 auf T€ -74. Die Liquidität nahm um T€ 200 auf T€ 1.156 ab.

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr um T€ 510 auf T€ 2.799 erhöht.

Im Frühjahr 2011 konnte die fünfmillionste eTicket-Deutschland-Chipkarte ausgegeben werden.

Mit dem Umsetzungsbeginn 2011 in den einwohnerstarken Regionen wie Berlin (VBB), Hamburg (HVV) und Frankfurt (RMV) wird die Zahl der im Feld befindlichen Chipkarten in absehbarer Zeit weiter signifikant steigen. 2012 wird das eTicket im HNV (Heilbronn), in Münster und Bielefeld eingeführt. Weitere Regionen sind in der Vorbereitung.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011

2. Beteiligungen (Fortsetzung)

2.5 Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH

Die RMV GmbH ist an der beka mbH mit einem Geschäftsanteil in Höhe von € 2.500 Gesellschafter. Das Interesse der RMV GmbH, als Gesellschafter in die beka einzutreten, liegt in einer einheitlichen Weiterbildungspolitik im Sinne der Gesellschafter von Verkehrsunternehmen und Verbünden in der beka mbH.

Die beka mbH versteht sich als Dienstleiter im Rahmen des Ein- und Verkaufs zum Bau, der Erhaltung und den Betrieb von Verkehrsbetrieben und ähnlichen Unternehmungen erforderlicher Wirtschaftsgüter. Sie ist in den Geschäftsbereichen Handel, Bildung, Verlag und Kooperationen tätig, wobei die primäre Hauptumsatzleistung im Handel zu finden ist.

Der Gesamtumsatzerlös betrug im Geschäftsjahr T€ 7.026 (i. Vj. T€ 9.095). Die beka mbH schließt im Geschäftsjahr 2011 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 325 (i. Vj. T€ 96) ab. Dies entspricht einem Verlust zum Vorjahr von 85 %.

Der RMV wird sich im nächsten Geschäftsjahr im Rahmen von Entflechtungen von den Anteilen an der beka mbH trennen.

2.6 Regionaltangente West Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH)

Gegenstand der Gesellschaft ist die planerische Vorbereitung des Vorhabens „Regionaltangente West“. Die weiteren Aufgaben bestehen in der Erarbeitung von Grundlagen zur Herbeiführung der Bau- und Finanzierungsbeschlüsse durch die betroffenen Aufgabenträger.

Darunter werden folgende Aufgaben verstanden:

- Vorbereitung und Ausschreibung von Planungsleistungen
- Steuerung von Planungsleistungen
- Koordinierung der Prozesse für die beteiligten Aufgabenträger
- Erarbeitung der Grundlagen für die Herbeiführung der Bau- und Finanzierungsbeschlüsse durch die betroffenen Aufgabenträger

Im Geschäftsjahr wurde das Projekt zur Grundlagenermittlung und Vorplanung der RTW aufgelegt. Besonderes Ziel hierbei ist es, die Vorzugstrasse zu bestimmen.

Die Gesellschaft wurde gemäß Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung und notarieller Beurkundung bis zum 31.12.2012 verlängert (Anmerkung: zwischenzeitlich bis zum 31.12.2015).

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011

2. Beteiligungen (Fortsetzung)

2.6 Regionaltangente West Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH) (Fortsetzung)

Die Gesellschaft schließt mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr von T€ 865 auf T€ 429 verringert. Die Betriebsaufwendungen haben sich im Wesentlichen aufgrund der geringeren Planungsleistungen im Geschäftsjahr vermindert.

3. Geschäftsentwicklung 2011

Mit dem Land Hessen konnte in Anlehnung an die Finanzierungsvereinbarung 2005 bis 2009 eine neue Finanzierungsvereinbarung für die Jahre 2010 bis 2014 geschlossen werden.

Schwerpunkte sind die Umsetzung von Marketingmaßnahmen bzw. –instrumentarien, die Erarbeitung des Regionalen Nahverkehrsplanes sowie die Einführung des Elektronischen Fahrgeldmanagements, mit dem Ziel, ein automatisches Ticket einzuführen. Die Markteinführung des elektronischen Tickets konnte im Geschäftsjahr erfolgreich umgesetzt werden. Weiteres Ziel ist, die Zugangsbarrieren für die Kunden effektiv abzubauen. Gleichzeitig wird der Fokus auf die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Kundenbindung gelegt.

Die weiteren Aufgaben des Geschäftsjahres 2011 lagen wiederum zum einen in den originären Aufgaben des RMV, wie z. B.

- Erstellung des neuen Fahrplanes 2011/2012
- Fahrkarten- und Vertriebsinfrastrukturstandard
- Einsatz und Betrieb neuer Technologien zum Nutzen des Kunden
- Qualitätserfassung u. –bewertung im SPNV + BPNV
- RMV-Hotline
- Kundenkommunikation
- Mobilitätsgarantie

sowie zum anderen im strategischen Bereich wie z.B.

- Mobilitäts- u. verkehrsplanerische Untersuchungen
- Fortschreibung des Regionalen Nahverkehrsplanes
- Investitionsmaßnahmen
- Konzept und Modellierung Nutzerfinanzierter Tarif
- Regionale Infrastruktur
- EFM

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011

4. Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr 2011

4.1 Ertragslage

Die Betriebsaufwendungen sind im Geschäftsjahr 2011 im Vergleich zu 2010 auf T€ 44.599 gesunken (i. Vj. T€ 46.002). Zum Vorjahr lag der Rückgang bei T€ 1.403. Im Wesentlichen betrifft dies die Aufwendungen für bezogene Leistungen.

Der betriebliche Mehraufwand stieg um T€ 306 auf T€ 40.595 (i. Vj. T€ 40.289). Die Betriebserträge sind um T€ 1.709 auf T€ 4.004 (i. Vj. T€ 5.713) gesunken.

Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen haben sich im Vergleich zum Vorjahr wesentlich gesteigert. Das Ergebnis der fahma T€ 938 (i. Vj. T€ 592) verbesserte sich deutlich um T€ 346. Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2011 wird gemäß dem Ergebnisabführungsvertrag mit der RMV GmbH an diese ausgeschüttet.

Das Zinsergebnis wird durch die Änderungen des Ausweises (BilMoG) der Altersrückstellungen für das Personal mit T€ 474 (i. Vj. T€ 432) belastet. Ebenfalls durch das BilMoG bedingt, ergibt sich für 2011 (und bis 2014) ein jährlicher außerordentlicher Aufwand in Höhe von T€ 377. Dieser Aufwand resultiert aus dem Bewertungsunterschied der Pensionsrückstellungen HGB a.F. / n.F.

Die Aufwendungen wurden durch die Zuwendungen des Landes Hessen im Rahmen der bestehenden Finanzierungsvereinbarungen mit T€ 36.577 (i. Vl. T€ 37.000) und durch die Beiträge der kommunalen Aufgabenträger mit T€ 3.014 (i. Vj. T€ 3.067) ausgeglichen.

4.2 Vermögensanlage

Die Bilanzsumme erhöhte sich um T€ 2.036 auf T€ 32.700. Durch verstärkte Nettoinvestitionen sind das Anlagevermögen sowie der korrespondierende Passivsonderposten gegenüber dem Vorjahr um T€ 2.006 gestiegen.

Der Anstieg um T€ 1.943 gegenüber dem Vorjahr ist bei den immateriellen Vermögensgegenständen durch die in Entwicklung befindliche Software primär für das Projekt eTicketing zu verzeichnen. Die sonstigen Vermögensgegenstände haben sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 227 geringfügig vermindert.

Die Vermögensstruktur hat sich zum Vorjahr sichtbar verändert. Das Anlagevermögen beträgt 29,2% (i. Vj. 24,4%) der Bilanzsumme. Entsprechend entfallen 70,8% (i. Vj. 75,6%) auf das Umlaufvermögen und den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten. Die Erhöhung der Anlagenintensität liegt in erneut hoher Nettoinvestition im Berichtsjahr begründet.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011

4. Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr 2011 (Fortsetzung)

4.2 Vermögensanlage (Fortsetzung)

Die Finanzierung der langfristig gebundenen Vermögensgegenstände durch langfristiges Kapital ist jederzeit sichergestellt, da in Höhe des Anlagevermögens ein Sonderposten für die entsprechenden Zuschüsse passiviert wird.

4.3 Finanzlage

Im Geschäftsjahr haben sich die flüssigen Mittel gegenüber dem Vorjahr um T€ 89 auf T€ 250 geringfügig vermindert. Im Rahmen der Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Hessen sind Mittel des nicht verbrauchten Finanzierungszuschusses an den Treuhandbereich zu transferieren. Sie dienen als Liquiditätshilfe und der genehmigte Kreditrahmen muss nicht ausgeschöpft werden.

Die Zahlungsfähigkeit der RMV GmbH war im Geschäftsjahr 2011 jederzeit gewährleistet.

4.4 Personal- und Sozialbereich

Im Personalbereich des Geschäftsjahres waren drei Zugänge und sechs Abgänge zu verzeichnen. Die Zugänge erfolgten zur Wiederbesetzung freigewordener Stellen durch Kündigung von Arbeitnehmern bzw. ausgelaufene Zeitverträge. Im Geschäftsjahr konnten wieder zwei Auszubildende eingestellt werden. Für das kommende Geschäftsjahr sind bereits wieder zwei Auszubildende eingestellt.

5. Ausblick

5.1 ÖPNV-Gesetz

Das grundlegende Regelwerk für die Aufgaben der hessischen Verkehrsverbände ist das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPNVG) vom 1. Dezember 2005, zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 16. September 2011 (GVBI. I S. 402, 406). Das derzeitige Gesetz ist bis 31.12.2012 befristet. Daher arbeitet das zuständige Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung an einer Novelle, die ab 01.01.2013 in Kraft treten soll. Ein Referentenentwurf wurde am 20.03.2012 zur Anhörung an die betroffenen Institutionen und Verbände, u.a. auch an die RMV GmbH versandt.

Der Gesetzentwurf ist geprägt durch das Streben, die interkommunale Zusammenarbeit der Landkreise und Städte als Träger des ÖPNV und die Kooperation der Nahverkehrs-organisationen auszubauen und zu stärken. Gemeinsam müssen in den vor uns liegenden Jahren Synergien gehoben werden, damit der ÖPNV bezahlbar bleibt.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011

5. Ausblick (Fortsetzung)

5.1 ÖPNV-Gesetz (Fortsetzung)

Eine von einer Wirtschaftsberatungsgesellschaft ausgearbeitete Risikoanalyse zeigt im Zeithorizont bis 2020 auf, dass die Kosten des ÖPNV (insbes. Energiekosten, Kosten für Fahr- und Betriebspersonal, Eisenbahninfrastrukturbenutzungskosten) überproportional steigen, während die Fahrgeldeinnahmen und die öffentlichen Mittel nur mäßig oder gar nicht steigen. In der Folge droht eine Finanzierungslücke, zu deren Vermeidung große Anstrengungen zur Effizienzsteigerung in allen Bereichen des ÖPNV gemacht werden müssen.

5.2 Finanzierungsvereinbarung 2010 bis 2014

Die verkehrliche Entwicklung der RMV GmbH ist seit Verbundstart weiterhin positiv. Maßgeblich für diese positive Entwicklung ist u.a. das finanzielle Engagement des Landes Hessen, wodurch die Ausweitung und Verbesserung des ÖPNV-Angebotes, insbesondere in den ländlichen Regionen, sowie die Neustrukturierung des SPNV möglich wurde. Zukünftig müssen allerdings auch Wege gefunden werden, um diesen Trend weiter fortsetzen zu können. Insbesondere die sich ständig verschlechternde Finanzsituation in den öffentlichen Haushalten sowie die Kostensteigerung bei der Erstellung der Leistung führen zu diesen negativen finanziellen Auswirkungen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es bedeutsame Kostenkomponenten gibt, deren Entwicklung vollständig außerhalb der Einflussmöglichkeiten des RMV liegen, wie Energiepreise oder die Infrastrukturkosten im SPNV.

Die in der Koalitionsvereinbarung für die Legislaturperiode 2009 bis 2014 vereinbarte vollständige Durchleitung der Regionalisierungsmittel an die Hessischen Verbünde ist ein wesentliches Element zur Finanzierbarkeit des ÖPNV in Hessen. Dies gilt gleichermaßen für die Finanzierbarkeit des regionalen wie auch des lokalen Verkehrs.

Bereits mit dem Jahr 2000 wird die Finanzierung im Rahmen einer einheitlichen pauschalen Mittelzuweisung des Landes an die Verkehrsverbünde somit auch für die Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH neu strukturiert. Zur Erreichung einer größeren Flexibilität und zum effizienteren Mitteleinsatz wurde die Förderung der ÖPNV-Maßnahmen gemäß § 11 ÖPNV-Gesetz auf eine vereinfachte und vereinheitlichte Basis gestellt. Grundlage bleiben die bewährten Finanzierungsinstrumente des Verbundes. Die pauschale Mittelzuweisung mündete seit 2000 in Finanzierungsvereinbarungen zwischen dem Land Hessen und der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH mit einer Laufzeit von jeweils fünf Jahren.

Die Basis der derzeitig gültigen pauschalierten Zuweisung der Landesmittel aufbauend auf der vereinbarten Finanzierungssystematik bilden u.a. folgende Grundsätze:

Die Auszahlung erfolgt jeweils zum fünfzehnten eines Monats in zwölf gleichen Raten.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011

5. Ausblick (Fortsetzung)

5.2 Finanzierungsvereinbarung 2010 bis 2014 (Fortsetzung)

Die Rhein-Main Verkehrsverbund GmbH erhält den Betrag zu einer flexibilisierten Anwendung im Rahmen der Förderinstrumentarien mit einer zielorientierten Verwendung entsprechend den gesetzlichen Regelungen.

Der Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung der Landesmittel erfolgt über ein Testat des jeweiligen Wirtschaftsprüfers der RMV GmbH. Eckpunkte dieser Finanzierungsvereinbarung für die Jahre 2010 – 2014 sind:

1. Finanzierungsbedarf

Solange die Effekte aus dem Wettbewerb im SPNV noch nicht voll greifen und gleichzeitig überproportionale Preissteigerungen zu verkraften sind, birgt dies erhebliche Risiken für einen steigenden Finanzierungsbedarf. Aus diesem Grund wurde der Mittelmehrbedarf in der Finanzierungsvereinbarung 2010 bis 2014 berücksichtigt.

Für wichtige investive Vorhaben und Leistungserweiterungen liegen Gremienbeschlüsse und/oder Verträge vor. Bereits getätigte Investitionen in Streckenertüchtigungen und Fahrzeuge in der Vergangenheit bzw. geplante, zwingend erforderliche infrastrukturelle Maßnahmen erzwingen die Bestellung zusätzlicher betrieblicher Leistungen einschließlich der damit verbundenen Steigerung des betrieblichen Aufwandes und der Infrastrukturkosten in Gegenwart und Zukunft, um „lnvestitionsruinen" zu vermeiden.

Über den Bestand und die als zwingend notwendig erachteten Vorhaben hinaus ergeben sich aus der Koalitionsvereinbarung für die Legislaturperiode 2009 bis 2014 heraus weitere Maßnahmen, die mit zusätzlichem Mittelbedarf für den dann aufzunehmenden Betrieb verbunden sind.

Aus diesen Anforderungen heraus ergab sich aus den Verhandlungen mit dem Land ein Ergebnis von ca. € 2,5 Mrd. über die Laufzeit der Finanzierungsvereinbarung. Dies bedeutet eine Mehrung von ungefähr 10 % mit folgenden Rahmenbedingungen:

- Umsetzung aller wesentlichen Vorhaben im RMV sind grundsätzlich möglich
- Sicherung der Umlagenstabilität im RBNV und SPNV gemäß Aufsichtsratsbeschluss
- Volle Durchreichung der Regionalisierungsmittel wird bis 2012 erreicht
- § 45a-Pauschale dauerhaft gesichert
- Querdeckungsfähigkeit / Übertragbarkeit weiterhin möglich
- Optionale Erweiterung um fünf Jahre nach Revision Regionalisierungsgesetz

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011

5. Ausblick (Fortsetzung)

5.2 Finanzierungsvereinbarung 2010 bis 2014 (Fortsetzung)

2. Laufzeit

Im Hinblick auf eine Vielzahl von wichtigen vertraglichen Verpflichtungen ist eine längerfristige Planungssicherheit für die Gesamtheit der Aufgabenträger zwingend erforderlich. Als Konsequenz daraus erfolgte eine Vereinbarung über eine Laufzeit von fünf Jahren (2010 bis 2014).

3. Zielwerte

Das Anreizsystem zur Finanzierungsvereinbarung 2005 bis 2009 mit den vereinbarten Zielwerten und Kriterien

- Marktreichweite
- Leistungen für den Kunden
- Effizienz
- Wettbewerb

wurde insgesamt als erfolgreich bewertet, so dass methodisch nur geringe Anpassungen und Modifikationen notwendig waren. Wie in der Finanzierungsvereinbarung 2005 bis 2009 wird neben dem Fixum jährlich ein definierter Betrag der Landesförderung dem Zielsystem als flexibler Betrag zugeordnet. Der RMV GmbH erhält die Verfügung über den Anteil des definierten Betrages in Höhe von € 10 Mio., dies entspricht etwa 2% des vorgeschlagenen Gesamtbudgets.

Intention des Landes ist es weiterhin, eine zielorientierte Förderung beizubehalten. Durch die Vereinbarung der Ziel(wert)vorgaben soll das Budget für eine an den Mobilitätsbedürfnissen des Kunden ausgerichtete Verkehrsbedienung im ÖPNV mit entsprechendem Service sorgen. Die Umsetzung der mit dem Land vereinbarten Ziele liegt weitestgehend bei den Verbünden.

4. Schwerpunktprojekte

Mit der Geschäftsführung der RMV GmbH wurden seitens des Landes inhaltliche Schwerpunkte zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNV-Gesamtsystems definiert, die in folgenden Zukunfts-projekten mit dem Land fixiert wurden:

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011

5. Ausblick (Fortsetzung)

5.2 Finanzierungsvereinbarung 2010 bis 2014 (Fortsetzung)

4. Schwerpunktprojekte (Fortsetzung)

- Investitionen in die Infrastruktur und Fahrzeuge

  Eine intelligente Infrastruktur- und Fahrzeugfinanzierung soll wesentliche Schritte vorankommen und das Verfahren für Kleininvestitionen vereinfachen.

- Leistungsangebot und Integration

  Durch Maßnahmen zur Steigerung der Pünktlichkeit und den intensivierten Einsatz eines rechnergestützten Betriebsleitsystems (RBL) zur Anschlusssicherung soll das Angebot in Ballungsraum und Region gestärkt werden.

- Tarifgestaltung und Vertrieb

  Ziel ist die weitere Entwicklung der Nutzerfinanzierung. Der bestehende Tarif kann durch eine Tarifstrukturreform in Richtung auf ein Elektronisches Fahrgeldmanagement (EFM) ausgebaut werden.

- Kundenservice und Information

  Der Kunde soll durch Maßnahmen zur Erhöhung der subjektiven Sicherheit, von Sauberkeit und Kundeninformation noch stärker im Mittelpunkt der Überlegungen stehen. Das Marketing in den Segmenten Gelegenheitsverkehr und Tourismus soll ausgebaut werden.

- Dynamisches Intermodales Verkehrsinformationssystem (DIVIS)

  Durch die Verwendung der aus dem RBL gewonnenen Ist- und Echtzeitdaten sollen die Dispositions- und Kommunikationsmöglichkeiten erweitert werden, um die Qualität der Verkehrsdienstleistungen weiter zu steigern.

- House of Logistics and Mobility (HOLM)

  Die gemeinsame Initiative aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in Hessen zur Aus- und Weiterbildung in den Sektoren Logistik und Mobilität soll Innovationsimpulse in die Rhein-Main-Region und darüber hinaus geben.

  Zur Attraktivität des ÖPNV-Gesamtsystems ist es notwendig, die für die Aufgabenerfüllung notwendigen Rahmenbedingungen für die Gesamtheit aller Aufgabenträger zu schaffen.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011

5. Ausblick (Fortsetzung)

5.3 EU-weite Ausschreibungen von Verkehrsdienstleistungen im SPNV und RBNV

5.3.1 Wettbewerbliche Vergaben im SPNV

Der Verkehrsmarkt im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) befindet sich im Berichtsjahr nach wie vor in der wettbewerblichen Übergangsphase.

Bis zum Stand 31. Dezember 2011 konnten nunmehr insgesamt 21 Teilnetze (TN) einschließlich der S-Bahn Rhein-Main mit ca. 33,4 Millionen Zugkilometer (Zkm) nach wettbewerblichen Grundsätzen vergeben werden. Dies entspricht einem Anteil von ca. 83 % der gesamten Verkehrsdienstleistungen im SPNV, bezogen auf den Umfang der Verkehrs-Service-Verträge mit den Alt-Betreibern.

5.3.2 Wettbewerbliche Vergaben im BPNV

Der Verkehrsmarkt im Buspersonennahverkehr (BPNV) befindet sich in der Wettbewerbsphase, d.h. sämtliche Verkehrsdienstleistungen im regionalen Buspersonennahverkehr wurden bereits mindestens einmal nach wettbewerblichen Grundsätzen vergeben.

Ausschreibungsgewinner BPNV

Im Berichtszeitraum wurde in Abstimmung mit der betroffenen Genehmigungsbehörde und nach Abschluss des vorausgehenden kommerziellen Genehmigungsverfahrens das Linienbündel „LGI-Südost" im Gebiet der Stadt und des Landkreises Gießen mit insgesamt ca. 0,8 Mio. Nwkm wettbewerblich vergeben. Am 08.06.2011 wurde das Vergabeverfahren erfolgreich beendet und der Auftrag an den Ausschreibungsgewinner, die Bietergemeinschaft Verkehrsbetrieb Weber GmbH, Franke Reisen, Verkehrsbetrieb Dieter Schwalb und Erletz Reisen GmbH, erteilt.

5.4 Regionaler Nahverkehrsplan 2010 – 2019

Mit Beschluss vom 07. Juli 2009 hat der Aufsichtsrat des RMV die Geschäftsführung beauftragt, den Regionalen Nahverkehrsplan (RNVP) für den Zeitraum 2010 – 2019 fortzuschreiben. Basierend auf dieser Entscheidung wird der RNVP von den Geschäftsbereichen der RMV GmbH unter Federführung des Geschäftsbereichs Verkehrs- und Mobilitätsplanung in Zusammenarbeit mit den Lokalen Nahverkehrsorganisationen (LNO) erarbeitet.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011

5. Ausblick (Fortsetzung)

5.4 Regionaler Nahverkehrsplan 2010 – 2019 (Fortsetzung)

Im Jahr 2011 wurde die Zusammenarbeit bei der Erstellung des RNVP mit den Lokalen Nahverkehrsorganisationen und dem Fahrgastbeirat sowie dem Arbeitskreis Barrierefreiheit, aber auch mit den Verkehrsunternehmen, IHKs und Regierungspräsidien fortgeführt.

Zentraler Bestandteil der Zusammenarbeit mit den LNOs waren die Sitzungen des Lenkungskreises sowie der Arbeitskreise „Ballungsraum", „Region" und „Verzahnung/Integration". In diesen Gremien wurden die jeweils aktuellen Erkenntnisse vorgestellt, diskutiert und abgestimmt bzw. weiterer Untersuchungsbedarf identifiziert. Insgesamt tagten die genannten Gremien 2011 sechs Mal.

In zwei weiteren gemeinsamen Workshops mit dem Fahrgastbeirat und dem Arbeitskreis Barrierefreiheit wurden die Themenfelder Stationen und Haltestellen, Fahrgastinformation, regionales Busnetz, Bedienungsstandards Schienenverkehr sowie Sicherheit und Service besprochen.

Im Rahmen des vorgezogenen Beteiligungsverfahrens wurden die Verkehrsunternehmen, IHKs und benachbarten Aufgabenträger bezüglich der Erstellung des RNVP informiert. Es wurde abgefragt, welche Themen von besonderem Interesse sind. Darauf aufbauend wurden die benannten Themen mit den Verkehrsunternehmen in einer weiteren Sitzung vertiefend diskutiert. Außerdem wurden Abstimmungsgespräche mit den zuständigen Regierungspräsidien geführt.

Im Jahr 2011 wurden - teilweise mit Unterstützung von Gutachtern - insbesondere folgende Themen bearbeitet

- Untersuchung der Erreichbarkeit in den einzelnen Teilräumen und Regionen sowie Identifizierung von Schwachstellen
- Bedienungsstandards für den Schienenpersonennahverkehr
- Fahrplankonzepte für den Zielzustand 2019, z.B. für die Dreieichbahn und die Taunusbahn
- Kostenschätzungen für mögliche Maßnahmen
- Einordnung von Großprojekten für die SPNV-Infrastruktur
- Überarbeitung des Busnetzes mit Schwerpunkt auf
  - Erarbeitung eines abgestuften Gesamtkonzepts für den Linienverkehr
  - Identifikation von Achsen mit regionalem Verkehrsbedarf
- Definition von Standards für die flexiblen Betriebsweisen

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2011

5. Ausblick (Fortsetzung)

5.4 Regionaler Nahverkehrsplan 2010 – 2019 (Fortsetzung)

- Erarbeitung des Stationsrahmenplans mit Schwerpunkt auf
  - Entwicklung einer Typologie für die SPNV-Stationen im RMV
  - Definition von Ausstattungsstandards für die einzelnen Typen
- Vorbereitung der Datenbasis für die Bewertung von Maßnahmen
- Aufbereitung der Nachfragedaten aus der EAV-Erhebung 2010 für die Verwendung im RNVP

Mit den zahlreichen Mitwirkungs- und Beteiligungsveranstaltungen konnten Inhalte und Methodik der Fortschreibung des RNVP breit abgestimmt werden, so dass mit Bereitstellung der Daten aus der EAV-Erhebung 2010 (Ende des Jahres 2011) die noch ausstehenden inhaltlichen Arbeiten in 2012 zügig angegangen werden können.

6. Sonstige Angaben

Die Aufsichtsgremien der RMV GmbH – Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung – tagten turnusmäßig. Die entsprechenden Beschlussfassungen zum Leistungsangebot, zum Jahresabschluss und zur zweckentsprechenden Verwendung der Landesmittel mit der Einnahmenaufteilung/Abrechnung (EAV/ABR) sowie zum Tarif erfolgten mit den erforderlichen Mehrheiten.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

L. Bilanz

	2011	2010	Verän-	2009
Aktiva	**in €**	**in €**	**derung in €**	**in €**
Anlagevermögen				
- EDV-Software	2.315.966	1.509.427	806.539	1.348.961
- Geleistete Anzahlungen	5.391.080	4.254.363	1.136.717	3.457.625
Immaterielle Vermögensgegenstände	7.707.046	5.763.790	1.943.256	4.806.586
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	799.734	723.017	76.717	610.843
- Geleistete Anzahlungen + Anlagen im Bau	12.323	25.620	-13.296	0
Sachanlagen	812.057	748.637	63.421	610.843
- Anteile an verbundenen Unternehmen	899.313	899.313	0	820.014
- Beteiligungen	115.000	115.000	0	115.000
Finanzanlagen	1.014.313	1.014.313	0	935.014
	9.533.416	7.526.739	2.006.677	6.352.443
Vorräte - Waren	88.819	0	88.819	0
- Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.216.095	896.322	319.774	179.117
- Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	82.764	60.114	22.651	103.299
- Sonstige Vermögensgegenstände	20.659.470	20.886.192	-226.722	17.827.315
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	21.958.330	21.842.628	115.702	18.109.732
Wertpapiere	709.000	709.480	-480	708.644
Guthaben bei Kreditinstituten	250.757	339.922	-89.165	332.367
Umlaufvermögen	23.006.905	22.892.030	114.876	19.150.742
Rechnungsabgrenzungsposten	160.061	245.684	-85.623	558.129
	32.700.382	**30.664.453**	**2.035.929**	**26.061.314**
Treuhandforderungen	**75.781.396**	**38.527.243**	**37.254.154**	**35.416.736**

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2011	2010	Verän-	2009
Passiva	**in €**	**in €**	**derung in €**	**in €**
- Gezeichnetes Kapital	690.244	690.244	0	690.244
- Gewinnrücklagen	1.481.386	1.481.386	0	1.481.386
- Jahresüberschuss	0	0	0	0
Eigenkapital	2.171.630	2.171.630	0	2.171.630
Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	9.533.416	7.526.739	2.006.677	6.352.443
- Rückstellungen für Pensionen	6.386.039	5.923.698	462.340	4.672.677
- Sonstige Rückstellungen	4.971.308	5.098.066	-126.758	5.343.618
Rückstellungen	11.357.347	11.021.764	335.583	10.016.295
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.703.083	5.257.306	-554.223	2.897.104
- Verbindlichkeiten gegenüber kommunalen Aufgabenträgern	2.433.941	2.536.958	-103.016	3.399.554
- Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.128.884	1.727.086	401.798	598.898
- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	54.988	-54.988	10.710
- Sonstige Verbindlichkeiten	372.082	342.766	29.316	546.673
Verbindlichkeiten	9.637.989	9.919.104	-281.114	7.452.938
Rechnungsabgrenzungsposten	0	25.216	-25.216	68.008
	32.700.382	**30.664.453**	**2.035.929**	**26.061.314**
Treuhandverbindlichkeiten	**75.781.396**	**38.527.243**	**37.254.154**	**35.416.736**

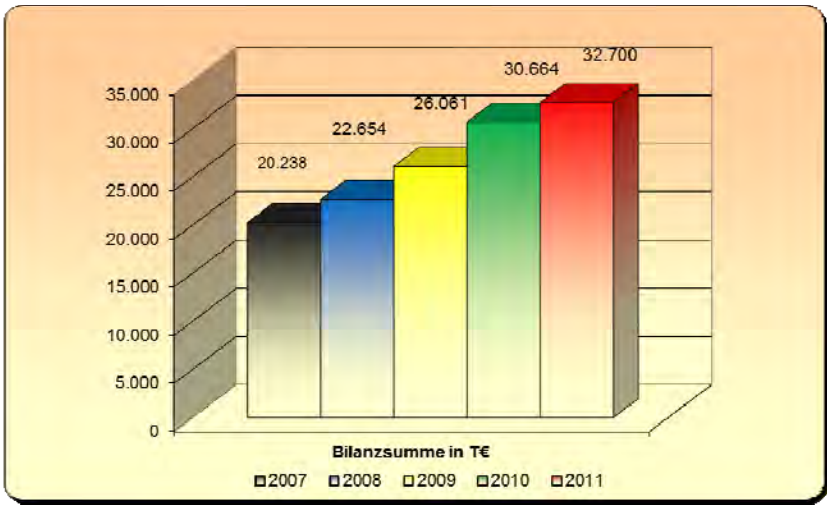
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

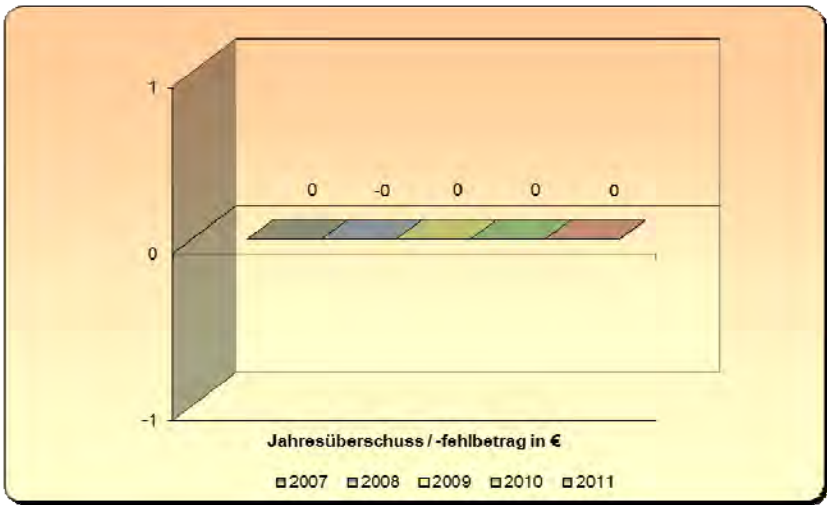
M. Gewinn- und Verlustrechnung

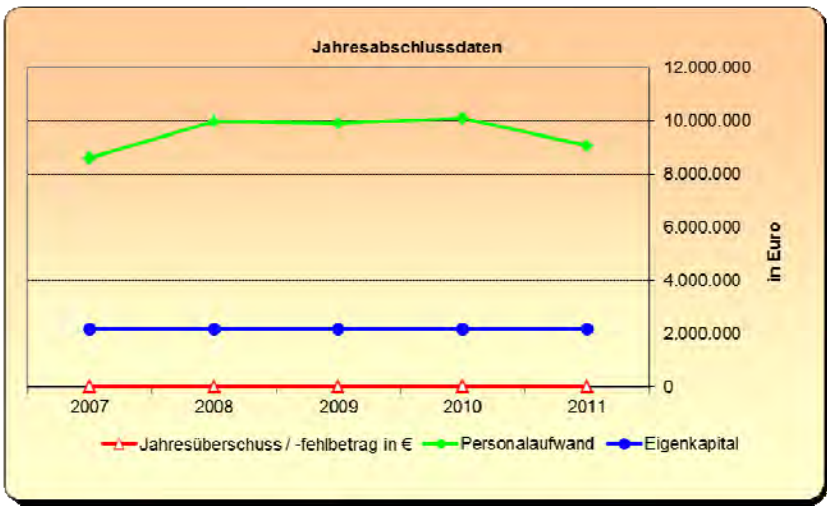
	2011 in €	2010 in €	2009 in €
Erträge aus Beiträgen der kommunalen Aufgabenträger	3.013.637	3.066.876	2.535.076
Erträge aus Zuwendungen des Landes Hessen	36.577.215	36.999.703	27.013.284
Zur Aufwandsdeckung verfügbare Zuwendungen	39.590.852	40.066.579	29.548.360
Erträge aus Projektzuwendungen	3.579.386	5.122.295	8.931.453
Sonstige betriebliche Erträge	1.273.925	1.106.895	1.134.817
	44.444.163	**46.295.769**	**39.614.630**
Zuführung zu Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	3.591.683	2.352.415	4.222.795
Aufwendungen für bezogene Leistungen	25.767.317	27.665.550	19.858.983
a) Löhne und Gehälter	7.576.763	7.738.182	7.881.284
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	1.482.600	2.351.179	2.021.036
Personalaufwand	9.059.363	10.089.361	9.902.320
Abschreibungen auf immaterielle Vermögens-gegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	1.585.006	1.178.118	1.245.722
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen	1.585.006	1.178.119	1.245.723
Sonstige betriebliche Aufwendungen	6.179.228	5.982.545	5.694.021
Erträge aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages	1.095.047	761.977	158.599
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	89.458	83.283	426.305
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	1	846
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	63.336
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	651.578	672.236	454.905
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	379.498	378.920	2.331
Außerordentliche Aufwendungen	376.727	376.727	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Sonstige Steuern	2.771	2.193	2.331
	379.498	378.920	2.331
Jahresüberschuss	0	0	0

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen







ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

Anschrift	Lyoner Straße 22, 60528 Frankfurt am Main
Telefon	069/660759-0
Telefax	069/660759-90
E-Mail	info@ivm-rheinmain.de
Internet	www.ivm-rheinmain.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2012

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	13. Mai 2002
Stammkapital	241.000,00 €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 13. Dezember 2012
Handelsregistereintrag	HRB 75042 beim Amtsgericht Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Zusammenarbeit im Verkehrsmanagement der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz und der Landkreise und Städte in der Region Frankfurt Rhein-Main.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle erforderlichen Tätigkeiten durchzuführen, die der Unterstützung des Integrierten Verkehrsmanagements der Region Frankfurt RheinMain dienen. Hierzu zählen:

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

- Die Erarbeitung notwendiger Grundlagen zur Umsetzung eines Verkehrsmanagements in der Region.
- Die Erarbeitung von regionalen Verkehrsmanagement- und Verkehrsinfrastrukturausbauplänen für die Region.
- Die Koordinierung des Verkehrsablaufs bei ausgewählten regionalen Ereignissen.
- Dienstleistungen als Bürgerservice.
- Unterstützende Maßnahmen für die Gesellschafter, die dem Gesellschaftszweck entsprechen.
- Die Übernahme neuer, gesetzlich vorgeschriebener Aufgaben im Auftrag der Gesellschafter.

Für eine detaillierte Erläuterung der Aufgaben wird eine Aufgabenvereinbarung von den Gesellschaftern beschlossen, die nur gemeinschaftlich von allen Gesellschaftern aufgelegt und geändert werden kann. Ein Eingriff in die hoheitlichen Aufgaben erfordert die Zustimmung der betroffenen Gesellschafter.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2012 (Stand: 31.12.2012)		
Vorsitzender	Herr Ulrich Krebs	
Stellv. Vorsitzender	Herr Horst Schneider	
Mitglied	Herr Burkhard Albers	
-----„-----	Herr Joachim Arnold	
-----„-----	Herr Patrick Burghardt	
-----„-----	Herr Michael Cyriax	bis 31.01.2012
-----„-----	Frau Katrin Eder	
-----„-----	Herr Christel Fleischmann	

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2012 (Fortsetzung) (Stand: 31.12.2012)		
Mitglied	Frau Prof. Dr. Luise Hölscher	
-----„-----	Frau Claudia Jäger	
-----„-----	Herr Dr. Lothar Kaufmann	
-----„-----	Herr Dr. André Kavai	
-----„-----	Herr Michael Korwisi	
-----„-----	Herr Wolfgang Kollmeier	ab 01.02.2012
-----„-----	Frau Brigitte Lindscheid	
-----„-----	Herr Stefan Majer	
-----„-----	Frau Sigrid Möricke	
-----„-----	Herr Prof. Knut Ringat	ab 19.01.2012
-----„-----	Herr Steffen Saebisch	
-----„-----	Herr Axel Weiss-Thiel	
-----„-----	Herr Thomas Will	

Geschäftsführung

Geschäftsführerin	Frau Dipl.-Ing. Heike Mühlhans

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten seit dem 25. Juni 2002 eine Aufwandsentschädigung von € 50,00 pro Person und Sitzung. Die Gesamtvergütung in 2012 belief sich auf € 2.600,--

Auf die Angaben der Geschäftsführerbezüge wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB (Handelsgesetzbuch) verzichtet.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Frankfurt am Main	25,104 %	60.500,00 €
Land Hessen	12,656 %	30.500,00 €
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	12,448 %	30.000,00 €
Hochtaunuskreis	3,112 %	7.500,00 €
Land Rheinland-Pfalz	3,112 %	7.500,00 €
Landkreis Darmstadt-Dieburg	3,112 %	7.500,00 €
Landkreis Groß-Gerau	3,112 %	7.500,00 €
Main-Kinzig-Kreis	3,112 %	7.500,00 €
Main-Taunus-Kreis	3,112 %	7.500,00 €
Rheingau-Taunus-Kreis	3,112 %	7.500,00 €

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

D. Gesellschafter (Fortsetzung)

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Wetteraukreis (bis 31.12.2012)	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Bad Homburg v.d.H.	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Darmstadt	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Hanau	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Mainz	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Offenbach am Main	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Rüsselsheim	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Wiesbaden	3,112 %	7.500,00 €

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen
keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes)

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Die Gründung der Gesellschaft basiert auf dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG) vom 19.12.2000. Im Rahmen der gesetzlichen Vorgabe gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 8 BallrG ist es Aufgabe der Gesellschaft, regionale Verkehrsplanung und regionales Verkehrsmanagement zu übernehmen.

Bei der Beteiligung des Kreises Offenbach an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Aufgrund dieses Sachverhaltes entfällt die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Produkt Regionalentwicklung 10.50.02.71250080

	2013	2012	2011
Umlage an die IVM	43.643	43.643	43.643

Die Umlage wird Einwohner bezogen erhoben und beträgt je EW 0,13 €.

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2011 und 2012 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

k e i n e

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2012	2011	2010
Verbindlichkeiten	589.911	683.011	485.927

Berichtsjahr 2012	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	683.011
Zunahmen	0
Abnahmen	93.090
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31.Dezember)	589.911

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

k e i n e

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Mit dem Ausscheiden von Herrn Dr. Sparmann zum 31.12.2011 ist Frau Heike Mühlhans ab dem Jahr 2012 alleinige Geschäftsführerin.

Aufsichtsratsvorsitzender ist seit 10. Juni 2010 Herr Landrat Ulrich Krebs.

Der Gesellschaftsvertrag der ivm GmbH enthält in einer Anlage die Modalitäten der Finanzierung. Diese sieht eine umlagenbezogene Finanzierung seitens der Gebietskörperschaften vor, wobei die Stadt Frankfurt a. M. einen erhöhten Umlagenanteil leistet. Das Land Hessen beteiligte sich 2012 mit 376.000 € pro Jahr an der Finanzierung der ivm GmbH. Der Ausgleich zu den vertraglich zugesicherten Mitteln des Landes Hessen in Höhe von € 440.000 erfolgte durch eine zusätzliche Beteiligung in Höhe von € 69.000 des Landes Hessen am Projekt Radroutenplaner.

Zum 19.01.2012 wurde der im Jahr 2011 gefasste Beschluss zum Beitritt der RMV GmbH als neuer Gesellschafter der ivm GmbH rechtskräftig. Die RMV GmbH beteiligt sich an der Finanzierung der Projektaufwendungen, in 2012 betrug diese € 300.000. Das Land Rheinland-Pfalz ist in Form einer Projektfinanzierung eingebunden.

Die ivm GmbH hat 10,5 Personalstellen, von denen am 31.12.2012 9,75 Stellen besetzt waren.

In Erfüllung der Aufgabenvereinbarung werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ivm GmbH Projekte entwickelt, die teils in Eigenleistung und teilweise durch Auftragsvergabe an Unternehmen bearbeitet werden. Über den Stand der Arbeiten und die Ergebnisse werden der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung laufend informiert. Über die Umsetzung der Ergebnisse entscheidet der Aufsichtsrat bzw. die Gesellschafterversammlung.

Projekte und Aktivitäten in 2012 (auszugsweise)

Im Jahr 2012 hat die ivm GmbH verschiedene Projekte und Aufgaben bearbeitet, die der Förderung eines integrierten Verkehrs- und Mobilitätsmanagements für die Region Frankfurt RheinMain dienen. Diese Projekte der ivm GmbH lassen sich den Bereichen

- Bürgerservices
- kommunale Services und der
- Wissensbasis

zuordnen.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Projekte und Aktivitäten in 2012 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Bürgerserviceangebote

Im Rahmen ihres Bürgerserviceangebotes übernimmt die ivm GmbH im Auftrag ihrer Gesellschafter neben der Entwicklung auch den Betrieb verschiedener Mobilitäts-informationsangebote und -dienste für die Region Frankfurt RheinMain. Ziel ist es, durch umfangreiche Informations- und Beratungsangebote für die Bürgerinnen und Bürger aber auch Wirtschaftsunternehmen ein nachhaltiges Mobilitätsverhalten zu fördern.

Hierzu gehören:

- der Radroutenplaner Hessen (www.radroutenplaner.hessen.de) und
- dem hierin integrierten Schülerradroutenplaner (für Frankfurt und den Kreis Groß-Gerau realisiert, andere Gebietskörperschaften befinden sich im Aufbau)
- die Meldeplattform Radverkehr (www.meldeplattform-radverkehr.de)
- der Multimodale Mobilitätslotse Vielmobil (www.vielmobil.info) (neu seit 2012)
- das LKW-Empfehlungsnetz LKW-Lotse RheinMain (www.lkw-lotse.de)
- Pendlerservices und Fahrgemeinschaftsvermittlungssysteme (www.hessen.pendlerportal,de; www.pendlerservice.de)
- die Plattform zu barrierefreien Einrichtungen Mobile Menschen (www.mobilemenschen.de) (neu seit 2012)
- die Informationsplattformen zu den Park-und-Ride und Parken-und-Mitnehmen-Angeboten (www.pundr.hessen.de; www.pundm.hessen.de)

Die ivm GmbH stellt den dauerhaften Betrieb dieser Angebote sicher, kümmert sich um die Datenpflege und -aktualisierung, die inhaltliche und technologische Weiterentwicklung und berät die Gesellschafter über die Nutzungsmöglichkeiten im Rahmen ihres Mobilitäts- und Verkehrsmanagements. Darüber hinaus werden diese Angebote auf verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen mit einem Infostand der ivm GmbH aktiv präsentiert und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Das Info-Terminal der ivm mit den Bürgerserviceangeboten wurde in 2012 darüber hinaus gemeinsam mit den Gesellschaftern in verschieden öffentlichen Einrichtungen wie Bürgerbüros und Landratsämtern vor Ort interessierten Bürgerinnen und Bürgern zugänglich gemacht. Auch in 2013 besteht dieses Angebot.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Projekte und Aktivitäten in 2012 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Angebote im Kommunalen Service

Im Bereich des Kommunalen Service erarbeitet die ivm GmbH für und mit ihren Gesellschaftern Lösungen für eine zukunftsfähige, effiziente und nachhaltige Mobilität in der Region Frankfurt RheinMain. Die ivm GmbH erstellt hierzu abgestimmte Konzepte, begleitet und moderiert die Prozesse, die zur einvernehmlichen Umsetzung der Maßnahmen und Lösungen erforderlich sind. Erkenntnisse und Erfahrungen werden im Sinne von Good-Practice-Beispielen auf interessierte Kommunen in der Region übertragen, so dass alle Gesellschafter von den erarbeiteten Lösungsansätzen profitieren. Der kommunale Service reicht dabei von der unmittelbaren Beratung bis zur Bereitstellung von Informationsplattformen und Arbeitshilfen.

In 2012 standen folgende Themenschwerpunkte im Vordergrund:

- Konzeption und Erarbeitung eines regionalen Park-und-Ride und Bike-und-Ride-Konzeptes als Baustein der intermodalen Verknüpfung
- Regionales Leihfahrradkonzept
- Carsharing für die Region Frankfurt RheinMain
- Mobilitätskonzepte für den ländlichen Raum
- Kommunales und Betriebliches Mobilitätsmanagement
- Schulisches Mobilitätsmanagement
- Elektromobilität
- Klimaschutz und Luftreinhalteplanung
- Kosteneffiziente Maßnahmen im Verkehrsbereich
- Regionales und kommunales Verkehrsmanagement

Darüber hinaus begleitet die ivm GmbH ihre Gesellschafter aktiv bei der Erarbeitung von Mobilitäts- und Verkehrskonzepten und ist als Partner in die Erarbeitung von Nahverkehrsplänen, Klimaschutzkonzepten etc. eingebunden. In 2012 hat die ivm GmbH konkret den Umsetzungsprozess des integrierten Verkehrskonzeptes im Rheingau-Taunus-Kreis begleitet, ist als regionaler Partner im Arbeitskreis Verkehrsmanagement Südhessen und im Steuerkreis für den Nahverkehrsplan der Stadt Frankfurt vertreten und berät den Kreis Groß-Gerau bei der Erstellung des Klimaschutzkonzeptes.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Projekte und Aktivitäten in 2012 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Angebote im Kommunalen Service (Fortsetzung)

Ab 2013 wird die ivm GmbH ergänzend zu den zuvor genannten Aktivitäten den Kreis Offenbach im Aufstellungsprozess für das zukunftsfähige Mobilitätskonzept aktiv begleiten und unterstützen. Durch die Begleitung stellt die ivm GmbH sicher, dass in der Region erarbeitete Lösungen, Ansätze und Angebote unmittelbar Eingang in die Konzepte finden und so regionsweite Standards zügig etabliert und umgesetzt werden.

Wissensbasis

Die ivm GmbH beantwortet grundlegende Fragestellungen zur Entwicklung von Mobilität und Verkehr in der Region und stellt für ihre Gesellschafter Datengrundlagen sowie Argumentationsgrundlagen für eine nachhaltige Verkehrs- und Mobilitätsentwicklung in der Region bereit. Die Ergebnisse grundlegender Untersuchungen und Studien stellt die ivm GmbH mit ihrer Wissensbasis den Gesellschaftern und Entscheidungsträgern zur Verfügung. Neben der Zusammenstellung von Daten und Fakten beinhaltet dies vor allem auch die Erarbeitung methodischer Grundlagen und Instrumentarien, die im Rahmen der Projektarbeit zum Einsatz kommen.

Diese Wissensbasis bietet auch den Gesellschaftern wichtige Hintergrundinformationen für deren Arbeit. Eine Übersicht über die bisher erarbeiteten Grundlagen ist auf der aktuellen Homepage der ivm unter www.ivm-rheinmain.de zu finden. In 2012 wurden insbesondere zu folgenden Themen und Handlungsfeldern Daten, Fakten und methodische Grundlagen aufbereitet:

- Verkehrsfolgen und Siedlungsentwicklung
- Regionale Mobilitätsdaten
- Wirtschaftsverkehr in der Region Frankfurt RheinMain

Zur Verbesserung der Kenntnis über die verkehrlichen Konsequenzen von Siedlungsentwicklungen und um eine Grundlage für eine frühzeitige Berücksichtigung von verkehrlichen Aspekten in der Siedlungsplanung auf unterschiedlichen Planungskontexten schaffen zu können, wurden im Rahmen einer Methoden- und Machbarkeitsuntersuchung im Jahr 2012 potenzielle Anwendungsfälle für die Verkehrsfolgenabschätzung in der Region Frankfurt RheinMain definiert sowie mögliche Instrumentarien zur Verkehrsfolgenabschätzung hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit für diese Fragestellungen analysiert.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Projekte und Aktivitäten in 2012 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Wissensbasis (Fortsetzung)

Hierzu gehören z.B. die Berücksichtigung der Folgekosten durch zusätzliche Schülerverkehre im Rahmen der Schulstandortplanung oder die Analyse der Umweltauswirkungen verschiedener Siedlungskonzeptionen über die entstehenden Verkehre im Rahmen von Klimaschutzkonzepten aber auch die Analyse der lokalen und regionalen Verkehrsfolgen konkreter Einzelprojekte wie z.B. Einkaufszentren.

Insbesondere mit Blick auf den Themenkomplex der Drittnutzerfinanzierung von Verkehrsangeboten sollte hierbei die Frage geklärt werden, inwieweit die vorhandenen Grundlagen für eine Quantifizierung der Wechselwirkungen zwischen Verkehrsangebot und Immobilienpreisen ausreichen.

Zudem wurden vorhandene datentechnische und methodische·Grundlagen in der Region auf ihre Anwendbarkeit analysiert. Insgesamt liegen genügend Rahmendaten und instrumentelle Grundlagen (VDRM, Erreichbarkeitsmodell der ivm GmbH) vor, auf deren Basis die identifizierten Anwendungsfälle umgesetzt werden können. Auf dieser Basis wurden konkrete methodische und instrumentelle Ansätze für die Umsetzung in der Region Frankfurt RheinMain erarbeitet und in Form eines Methodenberichtes dokumentiert.

Die Ergebnisse dieser Grundlagenstudie werden in 2013 in konkreten Anwendungsfällen wie z.B. im Kreis Groß-Gerau angewendet und umgesetzt werden.

Bericht über die zukünftige Entwicklung der nächsten zwei Jahre sowie Chancen und Risiken des Unternehmens

Ausblick auf die Projektentwicklung 2013 und 2014

An den grundlegenden thematischen und inhaltlichen Schwerpunkten werden sich gegenüber den Vorjahren keine nennenswerten Änderungen ergeben. Der Betrieb der Angebote des Bürgerservices wird auch in den Folgejahren aufrechterhalten. In diesem Rahmen fallen die regelmäßigen Aufgaben zur Datenaktualisierung an. Vor dem Hintergrund eines effizienten Betriebs und den Anforderungen einer stärkeren Verzahnung der vorliegenden Angebote hin zu einer intermodalen Mobilitätsinformation werden die in 2012 begonnenen Arbeiten an einer Gesamtkonzeption für ein regionales Referenz- und Datenmanagementkonzept fortgeführt und die durch die ivm GmbH betriebenen Dienste sukzessive auf diese einheitliche Datenplattform umgestellt.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Bericht über die zukünftige Entwicklung der nächsten zwei Jahre sowie Chancen und Risiken des Unternehmens (Fortsetzung)

Ausblick auf die Projektentwicklung 2013 und 2014 (Fortsetzung)

Die Anwendung von „Vielmobil“ und dem zugehörigen Referenzsystem als regionale Daten- und Informationsdrehscheibe erfordert in diesem Zuge immer wieder die Anpassung oder Erweiterung einzelner Komponenten oder die Anbindung zusätzlicher lokaler Systeme über passende Schnittstellen. Daraus ergeben sich eine Vielzahl kleinerer Aktivitäten zur kontinuierlichen Weiterentwicklung der Systeme. Hierzu gehört vor allem die Optimierung und Automatisierung der Prozesse zur Aktualisierung der Netzdaten und Point-of-Interest sowohl zwischen beteiligten Kommunen und dem Hintergrundsystem (Referenzsystem) als auch zwischen dem Hintergrundsystem und den unterschiedlichen Informationsplattformen.

Die Bereitstellung mobiler Anwendungen für die Informationsdienste ist dabei ein weiterer Handlungsschwerpunkt, der zwingend erforderlich ist, um ein zeitgemäßes und nutzerfreundliches Angebot sicherzustellen. Zudem sollen die Zugriffs- und Nutzerstatistiken vor allem für den Radroutenplaner und die Meldeplattform überarbeitet werden, so dass hier besser als bisher eine Evaluation und nutzeroptimierte Anpassung ermöglicht wird.

Inhaltliche Erweiterungen und Anpassungen wird es vor allem für die Meldeplattform und das Angebot MobileMenschen.de geben. Das Angebot der Meldeplattform wird zudem sukzessive hinsichtlich weiterer Inhalte, die über den Radverkehr hinausgehen, ausgebaut werden. Die Informationsangebote zur barrierefreien Mobilität werden auch für Seh- und Hörbehinderte ausgeweitet werden und sukzessive um qualitätsgesicherte Informationen ergänzt werden.

Zudem werden neue Mobilitätsangebote und sinnvolle Informationen, die vor allem zur Förderung der Elektromobilität dienen, in die vorhandenen Auskunftssysteme integriert.

Neben der technischen und inhaltlichen Weiterentwicklung soll zudem die Vermarktung und Öffentlichkeitsarbeit für diese Angebote intensiviert werden. Eine stärkere Verzahnung mit den Beratungsangeboten im Mobilitätsmanagement soll dabei aktiv vorangetrieben werden.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Bericht über die zukünftige Entwicklung der nächsten zwei Jahre sowie Chancen und Risiken des Unternehmens (Fortsetzung)

Ausblick auf die Projektentwicklung 2013 und 2014 (Fortsetzung)

Der Aufbau und der Betrieb eines regionalen Referenzsystems für Mobilitätsinformationen und Daten erfordert ein Mitwirken vieler unterschiedlicher Akteure und die Abstimmung von Standards. Im Rahmen eines regionalen Rahmenplans Verkehrsmanagement sollen diese Strategien und Standards mittelfristig abgestimmt und definiert sowie ein Rollenmodell für die Bereitstellung und Nutzung der erforderlichen Daten entwickelt werden.

Im Bereich des kommunalen Services werden die aktuellen Themen und Aufgabenfelder ebenfalls kontinuierlich weitergeführt. Die Beratungsangebote im Bereich des betrieblichen und schulischen Mobilitätsmanagement werden auf weitere Teile des Gesellschaftergebietes ausgeweitet und die laufenden Beratungsprogramme wie „südhessen effizient mobil“ seitens der ivm GmbH als regionale Koordinierungsstelle für das Mobilitätsmanagement kontinuierlich inhaltlich und methodisch weiterentwickelt sowie die lokalen Netzwerke aktiv in ihrer Umsetzung des Mobilitätsmanagements unterstützt.

Mit dem seitens des BMVBS geförderten Projekt „Schülerradroutennetz Frankfurt RheinMain“ wird in den nächsten beiden Jahren ein inhaltlicher Schwerpunkt im schulischen Mobilitätsmanagement vor allem auf der Radverkehrsförderung liegen.

Aufgrund der Vorreiterrolle, die die ivm GmbH mit ihren zahlreichen Angeboten im Mobilitätsmanagement für die Region Frankfurt Rhein-Main einnimmt, wird sich die ivm GmbH auch weiterhin aktiv im Rahmen nationaler Netzwerke zum Mobilitätsmanagement (insbesondere bei der Deutschen Plattform für das Mobilitätsmanagement (DEPOMM) und im Netzwerk Junge Menschen und Mobilität (JUMO e.V.) engagieren und so an der Etablierung von bundesweiten Standards mitwirken können.

Mit dem Ziel ein nachhaltiges und multimodales Mobilitätsangebot für die Region zu fördern, hat die ivm GmbH im Rahmen verschiedener regionaler Projekte wichtige planerische und konzeptionelle Grundlagen erarbeitet bzw. hiermit begonnen. Hierzu gehören unter anderem das regionale Park-und-Ride und Bike-und-Ride-Konzept, die Ergebnisse zum regionalen Carsharingkonzept, das regionale Leihfahrradkonzept und die Untersuchungen zur Mobilität im ländlichen Raum und der Masterplan Elektromobilität für die Region Frankfurt Rhein-Main sowie die zahlreichen Mobilitätsinformations- und Beratungsangebote.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Bericht über die zukünftige Entwicklung der nächsten zwei Jahre sowie Chancen und Risiken des Unternehmens (Fortsetzung)

Ausblick auf die Projektentwicklung 2013 und 2014 (Fortsetzung)

Hiermit hat die ivm GmbH lediglich einzelne Bausteine eines regionalen Mobilitätsangebotes in den Focus gerückt, die selbstverständlich in einen konzeptionellen Rahmen für ein regionales Gesamtangebot einzubinden sind. Mit dem Rahmenplan Multimodalität soll daher in Zusammenarbeit mit zentralen regionalen Akteuren ein solcher Rahmen definiert und geschaffen werden. Neben der planerisch sinnvollen und einer nachfragegerechten Ausgestaltung der Angebote rücken hier vor allem auch Fragen zur Finanzierung und zu möglichen Betreibermodellen multimodaler Angebote in den Fokus.

Mit Fertigstellung der Konzepte wird in den kommenden Jahren auch eine stärkere Umsetzungsbegleitung in den Fokus der Aktivitäten der ivm GmbH rücken. Die Unterstützung und aktive Begleitung der Gesellschafter bei der Erarbeitung integrierter Mobilitätskonzepte und deren Umsetzung gehört ebenfalls hierzu.

Die Radverkehrsförderung auf kommunaler und regionaler Ebene ist ein Handlungsschwerpunkt, den die ivm GmbH in den nächsten Jahren weiter ausbauen wird. Bereits in 2012 wurde ausgehend von den Aktivitäten zum regionalen Leihfahrradkonzept, dem seitens der ivm GmbH initiierten Austausch zum Aufbau kommunaler Radverkehrsforen und „Runder Tische Radverkehr“ und in Gesprächen mit dem Land Hessen sowie den kommunalen Radverkehrsbeauftragten sowie weiteren Akteuren wie dem ADFC Hessen, der Wunsch nach einer stärkeren Vernetzung und regionalen Strategie zur Radverkehrsförderung geäußert. Dies erfolgt auch vor dem Hintergrund des angestrebten Ziels, aus dem nationalen Radverkehrsplan bis 2020 ein Radverkehrsanteil von 15% erreicht zu haben.

Der Bereich Klimaschutz, Luftreinhalteplanung und Mobilität wird in den Folgejahren aufgrund des immer noch hohen Handlungsdrucks in den Kommunen weiterhin als Themenschwerpunkt bei der ivm GmbH bearbeitet werden. Auch hier wird es zunehmend darum gehen, zum einen über regional abgestimmte Handlungsansätze möglichst breite Wirkungen zu erzielen, zum anderen aber auch mit der zielgerichteten Auswahl möglichst wirksamer Maßnahmenbündel eine größtmögliche Wirkung bei möglichst geringem Ressourceneinsatz erzielen zu können.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Bericht über die zukünftige Entwicklung der nächsten zwei Jahre sowie Chancen und Risiken des Unternehmens (Fortsetzung)

Ausblick auf die Projektentwicklung 2013 und 2014 (Fortsetzung)

Die Finanzierung von Mobilität und Verkehr ist ein relativ neues Themenfeld, welches in den letzten beiden Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Gemeinsam mit ihren Gesellschaftern und Partnern in der Region sowie dem Land Hessen wird die ivm GmbH ausgehend von einem in 2013 stattfindenden Workshop hier weitere Aufgaben übernehmen, in dem konkrete Fragestellungen und Konzepte erarbeitet werden, die durch die vor allem neue Finanzierungsmodelle für Mobilitätsangebote systematisch aufarbeiten und hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit in der Region Frankfurt RheinMain und ihren Gesellschaftern überprüfen.

Chancen und Risiken des Unternehmens

In der Gesellschaft ist bisher kein formelles Risikofrüherkennungssystem eingerichtet. Das Risikomanagement der ivm GmbH stützt sich jedoch auf verschiedene zentrale Instrumentarien im kaufmännischen Bereich und im Projektcontrolling.

Im kaufmännischen Bereich betrifft dies die Liquiditätskontrolle, die Budgetkontrolle und die Auftragsvergabe. Grundlage ist ein EDV-System Sage, sowie entsprechende Dienstanweisungen, die das grundsätzliche Vorgehen regeln.

Die Mittelbereitstellung seitens der kommunalen Gesellschafter erfolgt zu Beginn des Haushaltsjahres. Die Stadt Frankfurt zahlt quartalsweise und das Land Hessen stellt die Mittel nach Abruf bereit. Drittmittel und projektbezogene Finanzierungen werden nach Projektfortschritt abgerufen. Damit ist über das ganze Jahr eine ausreichende Liquidität der Gesellschaft sichergestellt.

Die Budgetkontrolle erfolgt durch eine regelmäßige (mindestens monatliche) Fortschreibung und Aktualisierung der Kostenentwicklungen (ist) und der Prognose bis zum Jahresende (Soll) für die einzelnen Wirtschaftsplanpositionen. Gleiches gilt für die erforderlichen und vorhandenen Projektbudgets. Die regelmäßige Aktualisierung der Mittelbindung für die projektbezogenen Leistungen erfolgt dabei differenziert für die Positionen Aufwendungen für bezogene Leistungen, laufende Projektkosten und projektbezogene Kosten für Marketing, Druck und Lizenzen. Vor Vergabe erfolgt eine projektbezogene Mittelfreigabe nach Abgleich der vorhandenen Projektbudgets.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Bericht über die zukünftige Entwicklung der nächsten zwei Jahre sowie Chancen und Risiken des Unternehmens (Fortsetzung)

Chancen und Risiken des Unternehmens (Fortsetzung)

Der Strategische Rahmen .und die Zielsetzung der Gesellschaft ist im Gesellschaftsvertrag der ivm GmbH geregelt und der Projektrahmen (Projektinhalte und Schwerpunktthemen) wird für das jeweilige Haushaltsjahr jährlich mit dem Wirtschaftsplan der ivm GmbH durch die Gesellschafterversammlung genehmigt. Eine Erschließung neuer über die Aufgabenvereinbarung hinausgehender Geschäftsfelder erfordert einen Gremienbeschluss. Eine Ausweitung kann daher nicht eigenständig durch die Geschäftsführung erfolgen. Die Geschäftsführung überprüft mit interner Freigabe der Projekte, ob diese in den definierten strategischen Rahmen passen. Die Geschäftsführung wiederum berichtet regelmäßig dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung über die Projekte und strategische Entwicklungen.

Im Projektcontrolling werden quartalsweise Statusberichte mit Aussagen zu zentralen Zielen, Meilensteinen, Projektfortschritt, Zielerreichung, Risiko und gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen bzw. Schritte erstellt. In einem zweiwöchentlichen Jour Fixe mit allen Mitarbeiter/- innen werden alle für die Gesellschaft relevanten Punkte des Budgets und des Projektcontrollings besprochen. Die Ergebnisse werden in einem Protokoll festgehalten.

Mit diesem Vorgehen werden mögliche Risiken früh erkannt und rechtzeitig gegengesteuert.

Der Handlungsspielraum im Bereich der Personalentwicklung ist für die ivm GmbH begrenzt, da die ivm GmbH einen nach oben hin begrenzten Stellenplan hat und damit ein Wachstum der Gesellschaft nicht unbegrenzt möglich ist. Zudem gibt es auf Grund der begrenzten Mitarbeiterzahl neben der Geschäftsführung und dem Prokuristen keine weiteren formalen Führungsebenen. Leistungen, die spezielle Kenntnisse erfordern und nicht durch das Personal der ivm GmbH abgedeckt werden können, werden durch die ivm GmbH an externe Dienstleister vergeben.

Die Chancen des Unternehmens liegen in der ständigen Weiterentwicklung der Angebote im Bereich des Bürgerservices und des kommunalen Services. Im Rahmen der Projektarbeit findet regelmäßig eine Akteursanalyse zu zentralen Zielsetzungen und Aktivitäten weiterer Akteure in der Region statt.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Bericht über die zukünftige Entwicklung der nächsten zwei Jahre sowie Chancen und Risiken des Unternehmens (Fortsetzung)

Chancen und Risiken des Unternehmens (Fortsetzung)

Einmal jährlich findet im Vorfeld der Erstellung des Wirtschafts- und Projektplans für das Folgejahr eine Aufgabenkritik seitens der ivm GmbH statt. Die Entwicklung der zentralen Projektinhalte und Themenschwerpunkte kann so an die aktuellen Handlungserfordernisse und Aufgaben der Gesellschafter angepasst werden.

Durch die Budgetierung der Gesellschaft ergeben sich darüber hinaus nur geringe Entwicklungschancen für die Gesellschaft, die über den gegebenen Budgetrahmen hinausgehen. Der Abschluss von Verträgen für die Durchführung von Projekten erfolgt im jeweils bestehenden Budgetrahmen des jeweils gültigen Wirtschaftsplans. Sofern sich keine weiteren Veränderungen an der finanziellen Beteiligung der Gesellschafter der ivm GmbH ergeben, ist hieraus auch kein Risiko für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft ersichtlich.

Prognosebericht

Die Projektarbeit wird auch in 2013 auf den bisher erfolgreichen Ansätzen, insbesondere im Verkehrs- und Mobilitätsmanagement aufbauen. Die Ausrichtung der Aktivitäten ist dabei vor allem durch aktuelle Entwicklungen geprägt, die das Thema der Intermodalität, Vernetzung der Mobilitätsangebote im Sinne intermodaler Wegeketten sowie der Potenziale der Elektromobilität und die Finanzierung von Mobilität und Verkehr in den Fokus rücken.

Alle Aktivitäten sind dabei weiterhin durch eine intensive Einbindung und Zusammenarbeit mit den kommunalen Gesellschaftern der ivm GmbH geprägt. Mit dem Beitritt der RheinMain-Verkehrsverbund GmbH (RMV) als Gesellschafterin der ivm GmbH wird die bisher als Kooperation bestehende Zusammenarbeit mit dem RMV weiter vertieft.

Darüber hinaus ist eine Intensivierung der Beantragung von Fördermitteln auch aus Bundesprogrammen geplant. Es liegen derzeit bereits Förderzusagen aus Bundesprogrammen in Höhe von 186.000 € für die Jahre 2013 und 2014 und 65.000 € für das Jahr 2015 vor. Es hat sich gezeigt, dass diese eine zügige und effiziente Umsetzung des Mobilitäts- und Verkehrsmanagements durch die ivm GmbH und ihre Gesellschafter ermöglicht.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Bericht über die zukünftige Entwicklung der nächsten zwei Jahre sowie Chancen und Risiken des Unternehmens (Fortsetzung)

Prognosebericht (Fortsetzung)

Auf Grundlage ihrer Aufgabenvereinbarung hat die ivm GmbH den Aufbau und die Umsetzung eines Integrierten Verkehrs- und Mobilitätsmanagements, sowie die Förderung der Zusammenarbeit der Länder Hessen, Rheinland-Pfalz, der Landkreise und Städte in der Region Frankfurt RheinMain auf diesem Gebiet zum Ziel. Hierfür erhält sie eine Umlage ihrer Gesellschafter und in geringerem Umfang projektbezogene Leistungsentgelte durch Dritte.

Mit Ende des Jahres 2012 gab es dahingehend eine Veränderung, dass der Wetteraukreis als kommunaler Gesellschafter der ivm GmbH fristgerecht seine Mitgliedschaft zum 31.12.2012 gekündigt hat. Die ivm GmbH hat selbst die Anteile des Wetteraukreises an der Stammeinlage übernommen. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2013 berücksichtigt die um die bisherige Umlage des Wetteraukreises verminderten Einnahmen aus den Umlagen.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Ende des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

L. Bilanz

	2012	2011	Verände-	2010
Aktiva	**in €**	**in €**	**rung in €**	**in €**
Immaterielle Vermögensgegenstände				
- EDV-Software	197.150	204.771	-7.621	206.108
- Geleistete Anzahlungen	25.251	32.986	-7.735	0
Immaterielle Vermögensgegenstände	222.401	237.757	-15.356	206.108
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	53.084	56.444	-3.360	59.202
Sachanlagen	53.084	56.444	-3.360	59.202
	275.485	294.201	-18.716	265.310
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.020	229.053	-224.032	30.266
- Sonstige Vermögensgegenstände	3.994	2.575	1.419	5.084
Anlagevermögen	9.014	231.627	-222.613	35.350
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	846.359	697.043	149.316	690.831
Umlaufvermögen	855.373	928.670	-73.297	726.181
Rechnungsabgrenzungsposten	10.533	24.652	-14.119	38.593
	1.141.391	**1.247.523**	**-106.132**	**1.030.084**
Passiva				
- Gezeichnetes Kapital	233.500	241.000	-7.500	241.000
Eigenkapital	233.500	241.000	-7.500	241.000
Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	275.485	294.201	-18.716	265.310
- Sonstige Rückstellungen	42.495	29.311	13.184	37.847
Rückstellungen	42.495	29.311	13.184	37.847
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	569.686	650.182	-80.496	453.019
- Erhaltene Anzahlungen aus Umlagen des RMV	8.300	0	8.300	0
- Verbindlichkeiten gegenüber kommunalen Aufgabenträgern	16	0	16	19
- Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Hessen	6	38	-32	0
- Sonstige Verbindlichkeiten	11.904	32.791	-20.887	32.889
Verbindlichkeiten	589.911	683.011	-93.100	485.927
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	1.141.391	**1.247.523**	**-106.132**	**1.030.084**

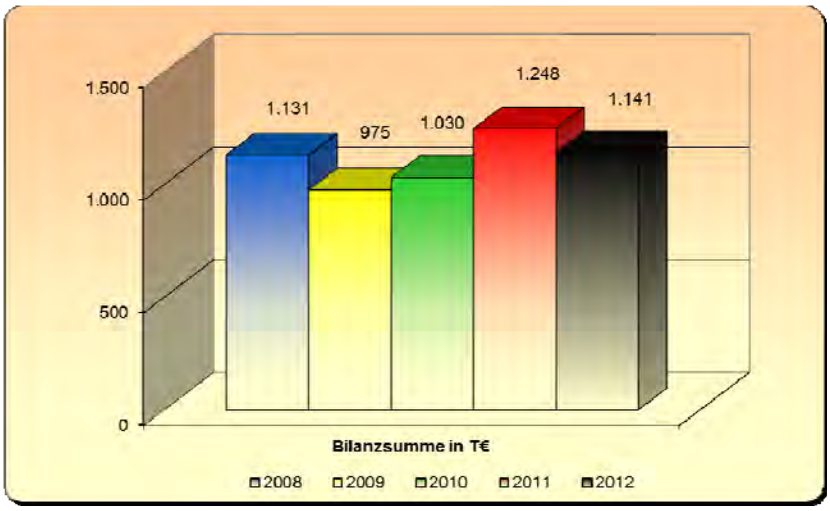
ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

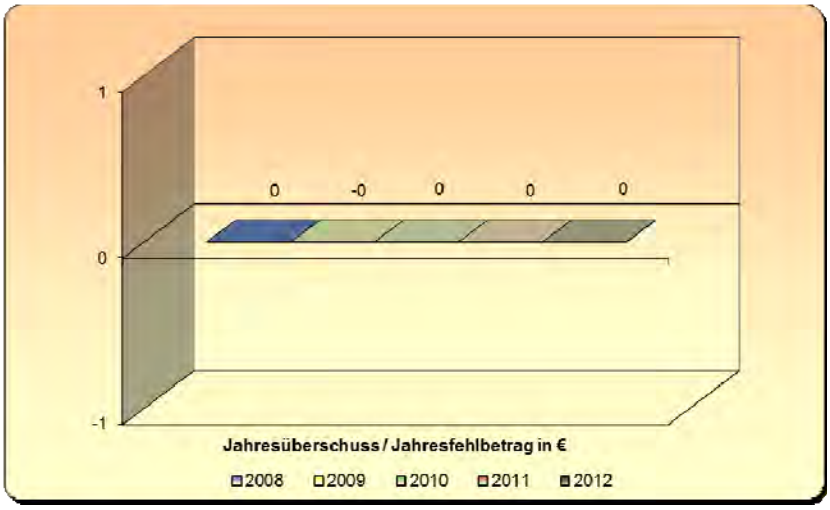
M. Gewinn- und Verlustrechnung

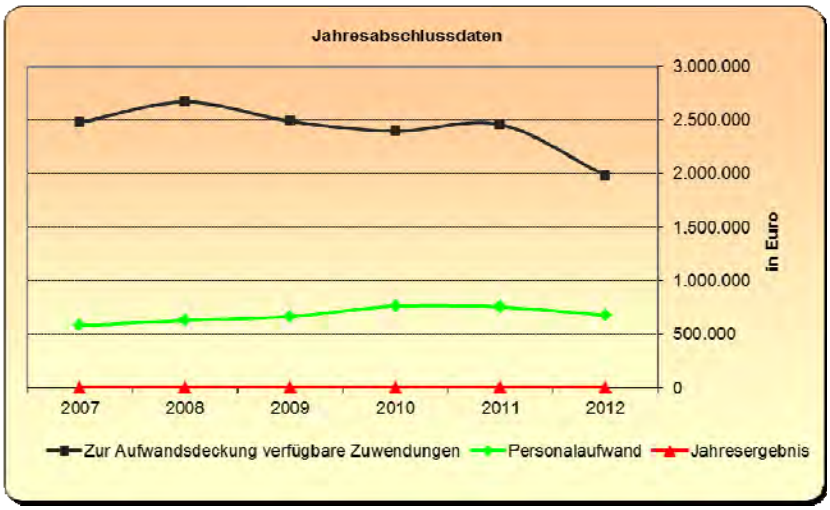
	2012	2011	2010
	in €	in €	in €
Erträge aus Beiträgen der kommunalen Aufgabenträger	999.984	1.000.000	1.000.001
Erträge aus Zuwendungen des Landes Hessen	375.994	439.981	940.000
Erträge aus Projektförderung	312.590	568.015	457.554
Erträge aus Kooperationsvereinbarungen	291.700	450.000	0
Zuwendungen	1.980.269	2.457.996	2.397.555
Sonstige betriebliche Erträge	9.554	11.952	20.476
Gesamtleistung	1.989.823	2.469.948	2.418.031
Aufwendungen für bezogene Leistungen	934.923	1.243.807	1.136.973
Rohergebnis	1.054.900	1.226.141	1.281.058
Personalaufwand			
- Gehälter	544.029	618.392	633.821
- Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	134.551	136.969	130.052
	678.580	755.361	763.873
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und auf Sachanlagen	143.204	172.233	152.362
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen	143.204	172.233	152.362
Zuführung zum Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	124.488	201.124	238.517
Sonstige betriebliche Aufwendungen	257.149	274.587	282.506
Betriebsergebnis	-5.316	-4.931	-3.839
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.587	4.931	4.107
Finanzergebnis	5.587	4.931	4.107
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	271	0	268
Sonstige Steuern	271	0	268
Summe Steuern	271	0	268
Jahresüberschuss	**0**	**0**	**0**

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen





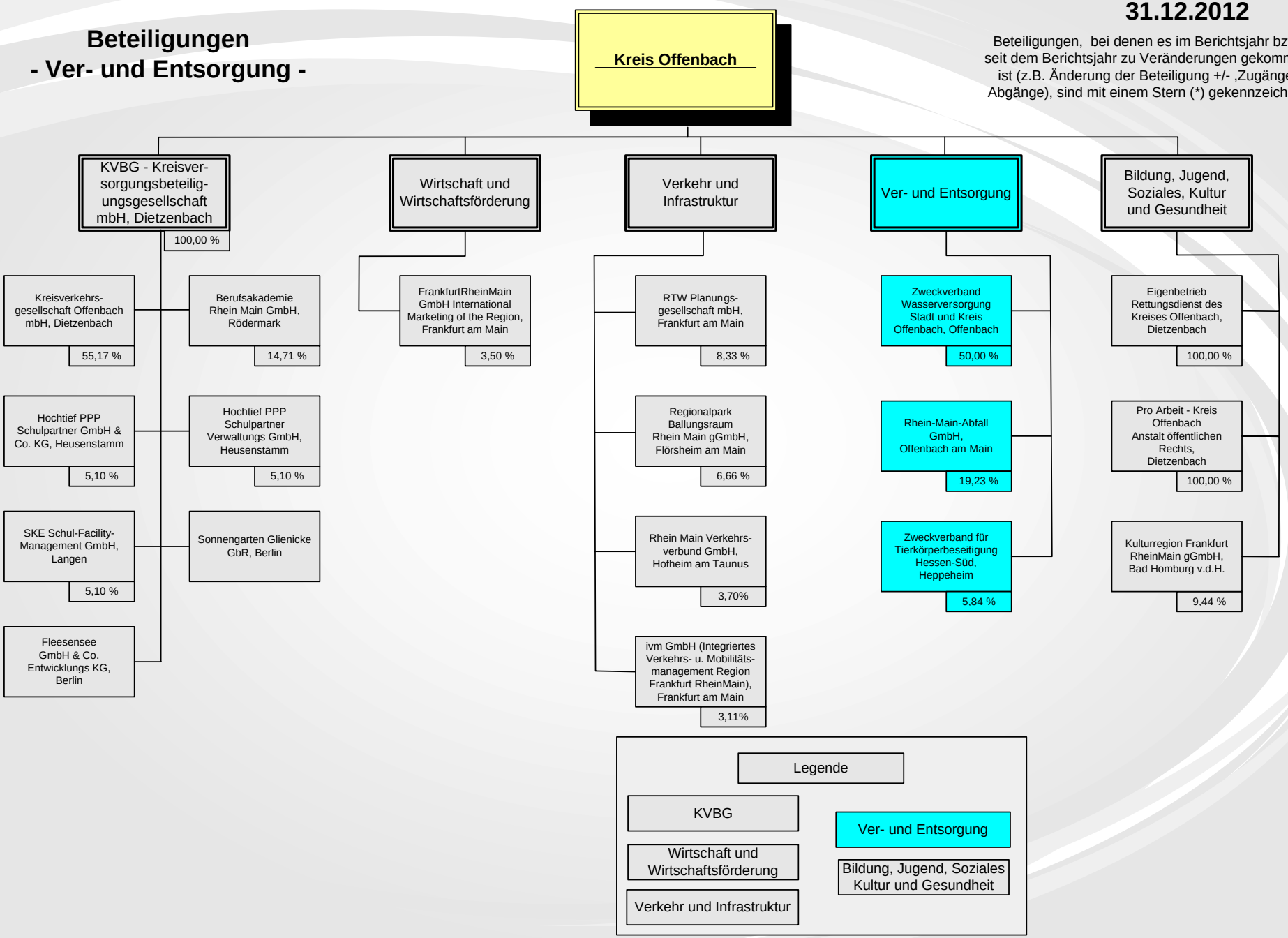


Ver – und Entsorgung

Beteiligungen
- Ver- und Entsorgung -

Stand: 31.12.2012

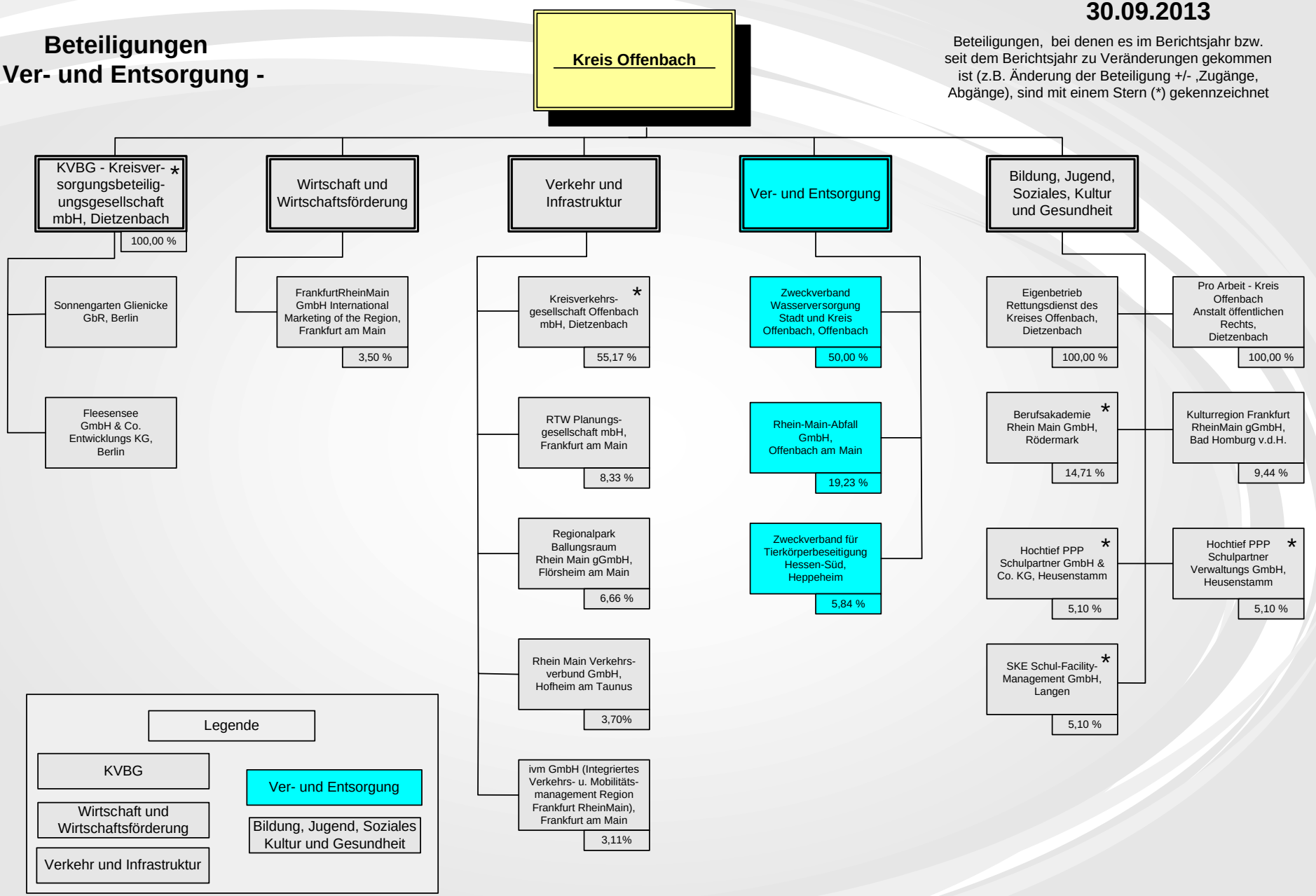
Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet



Beteiligungen
- Ver- und Entsorgung -

Redaktionsschluss: 30.09.2013

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet



Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

Der gemeinsam von der Stadt und dem Kreis Offenbach im Jahr 1965 gegründete Zweckverband Wasserversorgung (ZWO) nahm am 01.01.1970 seine Tätigkeit auf und besteht somit seit mehr als 40 Jahren.

Die Bedeutung des Zweckverbandes für eine sichere und reibungslose Versorgung von mehr als 300.000 Einwohnern im Versorgungsgebiet mit Wasser war in der Vergangenheit vielen Einwohnerinnen und Einwohnern im Verborgenen geblieben. Erst in der jüngeren Vergangenheit hat sich die wichtige und komplexe Versorgungsaufgabe des Zweckverbandes in der Bevölkerung „herumgesprochen“, dies nicht zuletzt aufgrund einer starken Ausweitung der Präsenz in der Öffentlichkeit.

Zum Versorgungsgebiet des ZWO gehören die Stadt Offenbach sowie die meisten Städte und Gemeinden des Kreises Offenbach (bzw. die zuständigen Stadtwerke). Ferner werden die Stadtteile Steinheim und Klein-Auheim der Stadt Hanau und die Gemeinde Messel im Kreis Darmstadt-Dieburg mit Wasser beliefert. Aufgrund eigener Versorgungsanlagen der Städte Dreieich, Langen, Mühlheim und Neu-Isenburg werden diese bzw. deren Stadtwerke seitens des ZWO mit vertraglich vereinbarten Wasserliefermengen teilversorgt.

Die Verteilung des Wassers an Haushalte und Gewerbe in den Kommunen gehört hingegen nicht zu den Aufgaben des ZWO; dies obliegt den jeweiligen Städten und Gemeinden bzw. deren Versorgungsunternehmen.

Der weitaus größte Teil des geförderten und abgegebenen Wassers stammt aus eigenen Brunnen der insgesamt sechs Wasserwerke des ZWO in Seligenstadt, Rodgau und Heusenstamm.

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

Anschrift	Am Wasserwerk 1, 63110 Rodgau
Telefon	06106/6995-0
Telefax	06106/6995-60
E-Mail	info@zwo-wasser.de
Internet	www.zwo-wasser.de

Die Angaben zum Zweckverband beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2012

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Zweckverbandes

Rechtsform	Zweckverband gem. § 9 KGG
Gründungsdatum	1965
Stammkapital	2.500.000,00 €
Verbandssatzung	Im Berichtsjahr galt die gemäß § 9 KGG erlassene Satzung des Zweckverbandes Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach vom 9. März 1977 in der Fassung der letzten Änderung vom 9. Dezember 2008.
Handelsregistereintrag	HRA 9671 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Verbandsaufgabe

Aufgabe des Verbandes ist die Beschaffung von Wasser, die Wassergewinnung, -aufbereitung und -verteilung einschließlich Errichtung und Betrieb von Wassergewinnungs- und -fortleitungsanlagen. Der Zweckverband kann Arbeiten an örtlichen Verteilernetzen sowie Betriebs- und Geschäftsführungsaufgaben jeweils gegen Entgelt übernehmen. Außerdem kann der Zweckverband weitere Aufgaben auf dem Gebiet der Wasserversorgung und der Abwasserversorgung durchführen, soweit ihm diese Aufgaben von einem Verbandsmitglied übertragen werden.

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

C. Organe des Verbandes

Verbandsversammlung

Zusammensetzung der Verbandsversammlung 2012 (Stand: 31.12.2012)	
Vorsitzender	Herr Michael Rickert
Stellvertretender Vorsitzender	Herr Erich Strüb
Mitglied	Herr Frank Berg
-----„-----	Herr Hans-Peter Bicherl
-----„-----	Herr Edmund Flößer
-----„-----	Herr Christoph Hampe
-----„-----	Herr Tobias Männche
-----„-----	Herr Horst Schmittel
-----„-----	Herr Horst Schultheiß
-----„-----	Herr Rolf Wenzel

Der Vorsitz sowie stellvertretende Vorsitz der Verbandsversammlung wechselt jährlich.

Die Aufwandsentschädigung für die Verbandsversammlung betrug insgesamt € 10.201,10.

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

C. Organe des Verbandes (Fortsetzung)

Verbandsvorstand

Zusammensetzung des Verbandsvorstandes 2012 (Stand: 31.12.2012)	
Vorsitzender	Herr Wilfried Jungbluth
Stellvertretender Vorsitzender	Herr Gerd Hibbeler
Mitglied	Frau Claudia Bicherl
-----„-----	Herr Stephan Färber
-----„-----	Herr Peter Freier
-----„-----	Herr Thorwald Ritter

Der Vorsitz sowie stellvertretende Vorsitz des Verbandsvorstandes wechselt jährlich.

Die Aufwandsentschädigung für den Vorstand betrug insgesamt € 10.767,60.

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Bernd Petermann

Bei der Angabe der Gesamtbezüge des Geschäftsführers wird von der Möglichkeit der Nichtangabe nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

D. Mitglieder

Mitglieder	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	50,00	1.250.000,00
Stadt Offenbach	50,00	1.250.000,00
	100,00	**2.500.000,00**

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen
keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung des Zweckverbandes.

Gemäß § 39 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) haben die Gemeinden in ihrem Gebiet die Bevölkerung und die gewerblichen und sonstigen Einrichtungen ausreichend mit Trink- und Betriebswasser zu versorgen. Die Gemeinden können die Verpflichtung zur Wasserversorgung nach § 39 Abs. 1 HWG auf andere Körperschaften des öffentlichen Rechts oder auf private Dritte übertragen oder sich dieser bei der Erfüllung ihrer Aufgaben bedienen; sie können dabei auch Wasser- und Bodenverbände oder Zweckverbände bilden und öffentlich-rechtliche Vereinbarungen abschließen.

Ein Zweckverband gemäß den Bestimmungen des Hessischen Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) ist keine wirtschaftliche Betätigung. Aufgrund dieses Sachverhaltes ist die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich.

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

k e i n e

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

k e i n e

I. Verbindlichkeiten des Zweckverbandes

in €	2012	2011	2010
Verbindlichkeiten	10.930.684	11.421.042	11.423.867

Berichtsjahr 2012	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	11.421.042
Zunahmen	0
Abnahmen	490.358
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	10.930.684

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

k e i n e

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Verbandsaufgabe

Aufgabe des Verbandes ist die Beschaffung von Wasser, die Wassergewinnung, -aufbereitung und -verteilung einschließlich Errichtung und Betrieb von Wassergewinnungs- und –fortleitungsanlagen. Der Zweckverband kann Arbeiten an örtlichen Verteilernetzen sowie Betriebs- und Geschäftsführungsaufgaben jeweils gegen Entgelt übernehmen. Außerdem kann der Zweckverband weitere Aufgaben auf dem Gebiet der Wasserversorgung und der Abwasserversorgung durchführen, soweit ihm diese Aufgaben von einem Verbandsmitglied übertragen werden.

Das vom Zweckverband geförderte oder bezogene Wasser wird an Verbandsmitglieder oder andere Träger der öffentlichen Wasserversorgung zu einem Preis abgegeben, in dem eine angemessene Eigenkapitalverzinsung (kalkulatorische Verzinsung des Eigenkapitales) angesetzt werden kann. Mit Zustimmung der Verbandsversammlung kann Wasser auch an Dritte zu gesondert festgelegten Bedingungen abgegeben werden. Zurzeit werden neben der Stadt Offenbach die meisten Städte und Gemeinden des Kreises (bzw. die zuständigen Stadtwerke) sowie die Gemeinde Messel im Kreis Darmstadt-Dieburg und die Stadtteile Steinheim und Klein-Auheim der Stadt Hanau beliefert. Von den Gemeinden des Kreises Offenbach werden nicht vom Verband versorgt die Stadt Rödermark und nur teilweise die Städte Rodgau, Mühlheim, Dreieich, Langen und Neu-Isenburg.

Umsatz- und Auftragsentwicklung

2012 betrug der Wasserverkauf 18,145 Mio. m³. Er lag damit geringfügig unter dem Verbrauch des Vorjahres (18,232 Mio. m³). Für 2013 wird ein Wasserverkauf von 18,0 Mio. m³ prognostiziert. Der Wasserverkaufspreis für 2012 beträgt endgültig 46,00 Cent/m³, im Vorjahr waren es ebenfalls 46,00 Cent/m³ zuzüglich Mwst. Der vorläufige Wasserpreis für das Jahr 2013 ist auf 49,0 Cent/m³ zuzüglich Mwst. festgesetzt worden.

Das 2012 abgegebene Wasser stammt mit 17,150 Mio. m³ (94,5 %) aus eigenen Brunnen im Verbandsgebiet. Darüber hinaus wurden vom Zweckverband Gruppenwasserwerk Dieburg 0,995 Mio. m³ (5,5 %) bezogen. In den Jahren 2013-2015 wird bei normalen Witterungsbedingungen mit einem jährlichen Wasserverkauf von ca. 18,0 Mio. m³ gerechnet.

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

Wichtige Vorgänge des Wirtschaftsjahres

Im Wirtschaftsjahr 2012 waren keine wichtigen Vorgänge, die über den normalen Betriebsablauf hinausgehen, zu verzeichnen.

Wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung

Risikofrüherkennung

Zur Früherkennung von Risiken wurde ein Risikohandbuch erarbeitet, das allen aktiv am Risikomanagement beteiligten Mitarbeitern den Prozess des implementierten Risikomanagements verdeutlicht. Ferner soll es den Mitarbeitern helfen, die mit der Prozesseinbindung verbundenen Aufgaben und Verantwortungen erfolgreich zu bewältigen. Das Risikohandbuch stellt einen internen Leitfaden für das Risikomanagement dar und dient im Einzelnen zur:

- Beschreibung der Bedeutung der frühzeitigen Erkennung von Risiken für das Unternehmen
- Definition von Risikofeldern
- Darstellung der Methodik für die Risikoidentifizierung und –bewertung
- Festlegung von Verantwortlichkeiten innerhalb des Risikomanagements
- Regelung der Risikoverfolgung und Risikoberichterstattung
- Darstellung der wesentlichen Kontrollmechanismen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nicht ereignet.

Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

Voraussichtliche Entwicklung

Der ZWO bleibt in seiner Verbandsstruktur bestehen und hat zum 01.01.2008 zur Modernisierung die Verbandssatzung geändert. Der ZWO hat die Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden intensiviert und kooperiert verstärkt mit dem ZVG Dieburg. Mit dem Abwasserverband Schleifbach wurde eine Einkaufskooperation zur Beschaffung von Strom gebildet. Des Weiteren wurde vom Abwasserverband die Personalverwaltung inklusive Entgeltabrechnung übernommen.

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB (Fortsetzung)

Voraussichtliche Entwicklung (Fortsetzung)

Die Energieversorgung Offenbach AG (EVO) hat zum 01.01.2010 die Pflege und Wartung des Fuhrparks des ZWO übernommen. Im Rahmen einer Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung hat der ZWO der Stadt Seligenstadt Grünpflegemaßnahmen im Wasserwerk Lange Schneise, der Stripanlagen und diverser Brunnenanlagen sowie die Durchführung von handwerklichen Dienstleistungsaufgaben übertragen. Des Weiteren wurde eine Einkaufskooperation zur Beschaffung von Strom gebildet, die Stromlieferungen ab 2013 umfasst.

Mit dem Land Hessen, vertreten durch das Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Darmstadt, wurde ein Vertrag über die Aufgabenübertragung der integrierten gewässerschutzorientierten Beratung zur Minimierung diffuser Einträge gemäß der Zielsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) im Maßnahmenraum Untermainebene abgeschlossen. Der Vertrag hatte eine Laufzeit von zwei Jahren und war zum 31.12.2012 ausgelaufen. Für 2013 wurde ein neuer Vertrag für das Einzugsgebiet des ZWO abgeschlossen, ab 01.06.2013 kommen die Gewinnungsgebiete des ZVG hinzu. Parallel zu dem Vertrag mit dem Regierungspräsidium wurde hierzu eine Kooperationsvereinbarung mit dem ZVG abgeschlossen. Vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ist beabsichtigt, den Vertrag 2014 fortzuführen.

Zurzeit werden mit dem Regierungspräsidium Darmstadt und der Hochschule Geisenheim Verhandlungen darüber geführt, die Beratungsleistungen im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie auf das Maßnahmengebiet „Main-Taunus“ auszuweiten. Hierzu soll ggf. eine Kooperation mit der Hochschule Geisenheim stattfinden.

Die Versorgung mit Trinkwasser durch den ZWO wurde durch die Erteilung neuer Wasserrechte mit entsprechend langen Laufzeiten für die Zukunft abgesichert. Mit Bescheid vom 22.03.2013 hat das Regierungspräsidium Darmstadt dem ZWO zudem die Erlaubnis erteilt, aus den Brunnen im „Zellhausener Wald“ Grundwasser in einer Menge von bis zu max. 900.000 cbm/Jahr zu entnehmen. Über die darüber hinaus beantragte Menge von 300.000 cbm/Jahr ab dem Jahr 2016 soll zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden. Die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser als Aufgabe der Daseinsvorsorge kann damit auch künftig durch den ZWO zuverlässig durchgeführt werden.

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB (Fortsetzung)

Wasserlieferungs- und Wasserbezugsverträge

Mit dem Zweckverband Gruppenwasserwerk Dieburg besteht seit dem 01.01.2010 ein Vertrag über die jährliche Liefermenge von 1.000.000 m³ mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2014.

Die Liefermenge 2012 betrug:

Gruppenwasserwerk Dieburg	994.805	m³
Die Kosten für den Wasserbezug beliefen sich auf	457.610	€.

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

L. Bilanz

	2012	2011	Verände-	2010
	in €	in €	rung in €	in €
Aktiva				
Immaterielle Vermögensgegenstände	264.740	325.922	-61.182	257.142
Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	3.834.286	4.005.529	-171.243	4.723.846
Grundstücke mit Wohnbauten	31.468	32.047	-579	32.730
Grundstücke ohne Bauten	287.892	287.892	0	287.892
Gewinnungs- und Bezugsanlagen	148.336	151.981	-3.645	154.012
Gewinnungs- und Bezugsanlagen	3.421.363	3.545.015	-123.652	3.468.463
Verteilungsanlagen	3.792.036	4.123.906	-331.870	4.232.760
Betriebs- und Geschäftsausstattung	663.685	694.889	-31.204	757.389
Anlagen im Bau	751.177	535.838	215.340	777.906
Sachanlagen	12.930.243	13.377.097	-446.853	14.434.997
Finanzanlagen	0	0	0	0
Anlagevermögen	13.194.983	13.703.019	-508.036	14.692.139
Vorräte				
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	402.852	398.917	3.935	377.621
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	305.853	430.807	-124.954	206.947
Sonstige Vermögensgegenstände	401.834	285.305	116.529	155.043
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	707.687	716.111	-8.425	361.990
Guthaben bei Kreditinstituten	1.979.620	1.702.631	276.989	842.089
Umlaufvermögen	3.090.158	2.817.659	272.499	1.581.700
Rechnungsabgrenzungs-posten	1.196	2.177	-981	4.005
	16.286.337	**16.522.855**	**-236.518**	**16.277.844**

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2012	2011	Verände-	2010
	in €	in €	rung in €	in €
Passiva				
Stammkapital	2.500.000	2.500.000	0	2.500.000
Rücklagen	802.445	98.347	704.098	98.347
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	329.764	704.098	-374.334	411.407
Jahresgewinn/-verlust	356.832	329.764	27.069	292.691
Eigenkapital	3.989.041	3.632.209	356.832	3.302.445
Sonderposten für Investitionszuschüsse zu den Sachanlagen	458.692	510.527	-51.835	513.239
Rückstellung für Pensionsverpflichtungen	480.894	490.820	-9.926	502.088
Steuerrückstellungen	46.846	34.670	12.176	66.727
Sonstige Rückstellungen	380.179	433.587	-53.408	469.478
Rückstellungen	907.919	959.077	-51.157	1.038.293
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.299.445	10.794.832	-495.388	10.938.036
Verbindlichkeiten aus Lieferungen + Leistungen	581.492	592.568	-11.077	430.365
Sonstige Verbindlichkeiten	49.748	33.641	16.107	55.465
Verbindlichkeiten	10.930.684	11.421.042	-490.358	11.423.867
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	16.286.337	**16.522.855**	**-236.518**	**16.277.844**

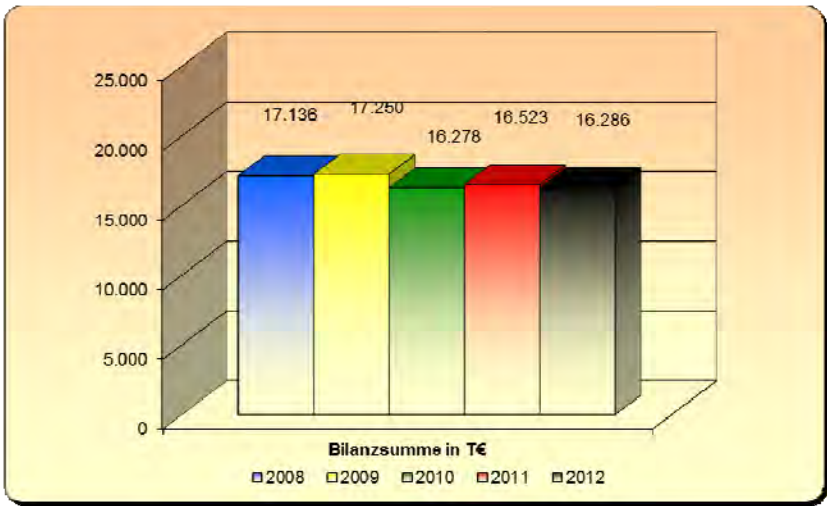
Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

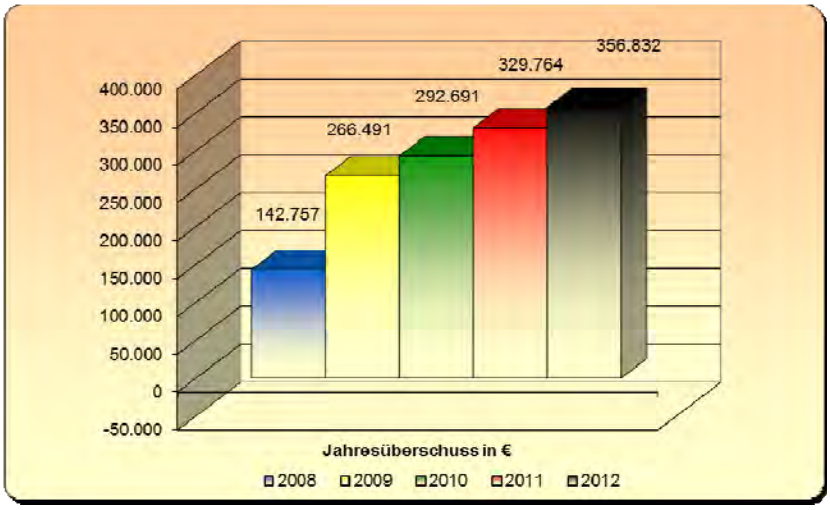
M. Gewinn- und Verlustrechnung

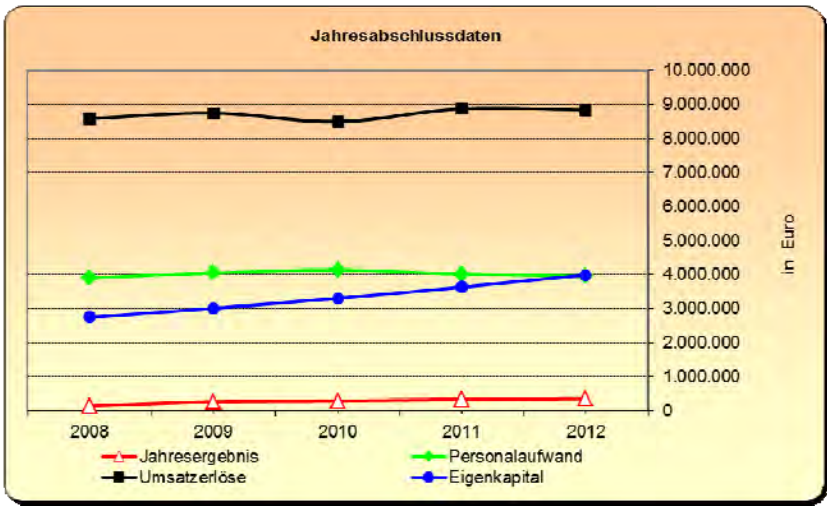
	2012	2011	2010
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	8.830.682	8.866.249	8.489.329
Andere aktivierte Eigenleistungen	125.659	138.482	171.669
Sonstige betriebliche Erträge	299.221	378.714	272.817
	9.255.562	9.383.445	8.933.815
Materialaufwand			
- für Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe	869.887	875.145	879.288
- für bezogene Leistungen	1.797.191	1.716.502	1.339.720
	2.667.079	2.591.647	2.219.008
Personalaufwand			
für Löhne und Gehälter	3.028.004	3.071.641	3.181.198
für Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	922.189	943.423	953.720
	3.950.193	4.015.064	4.134.918
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage-vermögens und Sachanlagen	1.153.826	1.142.281	1.126.458
Sonstige betriebliche Aufwendungen	518.497	672.625	540.850
	8.289.593	8.421.617	8.021.234
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und aus sonstigen Finanzanlagen	0	0	30
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.943	11.275	24.231
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	439.269	457.207	493.166
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**534.643**	**515.895**	**443.677**
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	159.595	171.916	138.385
Sonstige Steuern	18.216	14.216	12.601
Jahresüberschuss	**356.832**	**329.764**	**292.691**

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen







Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

Die RMA GmbH ist ein regionales Unternehmen der Abfallwirtschaft mit Sitz in Offenbach und wurde im Zuge der Neuordnung der Abfallwirtschaft im Rhein-Main-Gebiet am 21.12.1998 gegründet. Der Kreis Offenbach ist einer der Gründungsgesellschafter.

Die bis zum 31.12.1998 beim Umlandverband Frankfurt liegende öffentlich-rechtliche Entsorgungspflicht nach dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG) wurde mit Wirkung vom 1.1.1999 allen Gesellschaftern der RMA rück übertragen. Die RMA ist die Dachorganisation, die als geeigneter Dritter im Sinne von § 16 des KrW-/AbfG für die Gesellschafter tätig wird und so die abfallwirtschaftlichen Maßnahmen steuert. Zur Abfallbeseitigung besitzt die RMA einen Generalentsorgungsauftrag. Die RMA betreibt selbst keine eigenen Entsorgungsanlagen; zur Entsorgung stehen ihr jedoch die Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt (Frankfurt), das Müllheizkraftwerk Offenbach, die Deponie Flörsheim Wicker und die Abfallumladeanlage im Frankfurter Osthafen zur Verfügung.

Im Zuständigkeitsgebiet der RMA fallen pro Jahr (2012) – mit dem Aufkommen der Landeshauptstadt Wiesbaden - etwa 455.000 Tonnen Haus- und Gewerbeabfälle an.

Zu den Hauptaufgaben der RMA gehören

- die Beschaffung und Sicherung von Entsorgungskapazitäten unter Nutzung vorhandener regionaler Abfallentsorgungseinrichtungen
- Abfallmengen- und Abfallwirtschaftsplanung
- Festlegung von Entsorgungsstandards und der Berechnung der Entgelte sowie der wesentlichen Inhalte der Abfallsatzungen

Die Gesellschafter der RMA haben sich verpflichtet

- alle Möglichkeiten der Abfallvermeidung auf regionaler Ebene zu nutzen
- bei der Abfallverwertung neue umweltschonende und wirtschaftliche Wege zu entwickeln und durchzusetzen
- die vorhandenen Abfallentsorgungsanlagen im Verbundgebiet auszulasten und dadurch die Wirtschaftlichkeit der Entsorgungstätigkeit sicherzustellen
- weitere Gebietskörperschaften als Kooperationspartner einzubeziehen, wenn und soweit dies für das Erreichen der Ziele förderlich erscheint

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

Anschrift	Ludwigstraße 44, 63067 Offenbach
Telefon	069/80052-0
Telefax	069/80052-299
E-Mail	info@rmaof.de
Internet	www.rmaof.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2012

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	21. Dezember 1998
Stammkapital	275.900,00 €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 09. Oktober 2012
Handelsregistereintrag	HRB 11794 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Die Gesellschaft dient dem Zwecke der Planung und Organisation der Abfallentsorgung im Rhein-Main-Gebiet und deren Koordination unter den Gesellschaftern, insbesondere

- die Beschaffung und Sicherung von Entsorgungskapazitäten unter Ausnutzung vorhandener Abfallentsorgungseinrichtungen
- die Abfallwirtschaftsplanung
- die Abstimmung von sanierungsfondsrelevanter Investitionen in die Abfallentsorgungseinrichtungen
- die Abfallmengenplanung
- die Festlegung der Entsorgungsstandards einschließlich der Berechnung der Entgelte und des wesentlichen Inhalts der Abfallsatzungen, soweit dieser die Entsorgungspflicht im engeren Sinne (nicht die Einsammlung und Transport) betrifft.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2012 (Stand 31.12.2012)		
Vorsitzender	Herr Hans-Jürgen Hielscher	
Stellv. Vorsitzende	Frau Claudia Jäger	
Mitglied für den Kreis Offenbach	Herr Robert Müller	
----------„----------	Herr Werner Müller	
----------„----------	Herr Oliver Quilling	
----------„----------	Herr Rolf Wenzel	
für den Hochtaunuskreis	Herr Uwe Kraft	
----------„----------	Herr Hermann Maier	
----------„----------	Herr Dr. Wolfgang Müsse	
----------„----------	Herr Aribert Oehm	
----------„----------	Herr Gregor Sommer	
für den Main-Taunus-Kreis	Herr Michael Cyriax	
----------„----------	Herr Adolf Kannengiesser	ab April 2012
----------„----------	Herr Albrecht Kündiger	
----------„----------	Herr Karl Thumser	bis März 2012
----------„----------	Herr Dieter Wolf	
für die Stadt Frankfurt	Herr Uwe Becker	
----------„----------	Frau Angela Hanisch	
----------„----------	Frau Rosemarie Heilig	ab Juli 2012
----------„----------	Herr Robert Lange	
----------„----------	Herr Roger Podstatny	
----------„----------	Frau Manuela Rottmann	bis Juli 2012

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2012 (Stand 31.12.2012) (Fortsetzung)		
für die Stadt Offenbach	Herr Michael Beseler	bis Oktober 2012
----------„----------	Herr Simon Grüttner	bis Oktober 2012
----------„----------	Frau Brigitte Koenen	
----------„----------	Herr Peter Schneider	ab Oktober 2012
----------„----------	Herr Dr. Felix Schwenke	ab Oktober 2012
----------„----------	Herr Peter Walther	
----------„----------	Herr Michael Weiland	ab Oktober 2012
----------„----------	Herr Paul-Gerhard Weiß	bis Oktober 2012
für die Stadt Maintal	Herr Rolf Sachtleber	

Geschäftsführung

Geschäftsführerin	Frau Constanze Celten

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen.

Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführerin werden gem. § 286 Abs. 4 HGB nicht angegeben.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates betrugen im Jahre 2012 T€ 4.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Hochtaunuskreis	19,23	53.050,00
Kreis Offenbach	19,23	53.050,00
Main-Taunus-Kreis	19,23	53.050,00
Stadt Frankfurt	19,23	53.050,00
Stadt Maintal	3,85	10.650,00
Stadt Offenbach am Main	19,23	53.050,00
	100,00	**275.900,00**

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen
keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung des Kreises Offenbach an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes (Fortsetzung)

Die gesetzliche Verpflichtung der Städte, Gemeinden und Landkreise zur Bildung von Zusammenschlüssen im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main ergibt sich aus dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG). Gesetzliche Aufgabe ist unter anderem die Abfallverwertung und -beseitigung, Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung von Abfallverwertungs- und Abfallbeseitigungsanlagen, § 1 Abs. 1 Nr. 1 BallrG.

Aufgrund dieses Sachverhaltes ist eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entbehrlich.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Ergebnishaushalt

Produkt Abfallwirtschaft 67.02.01

	2013	2012	2011
Widerspruchsverfahren Buchungsstelle 67.02.01.51000150	50	50	0
Ordnungswidrigkeitsverfahren Buchungsstelle 67.02.01.51500040	50	50	0
Abfallgebühren RMA GmbH Buchungsstelle 67.02.01.53020030	16.168.500	17.505.750	17.560.171
Entsorgungsleistungen RMA GmbH Buchungsstelle 67.02.01.61710020	16.042.520	17.368.750	17.421.488
Sachaufwand Abfallbeseitigung Buchungsstelle 67.02.01.61790040	4.500	4.500	394
Arbeitnehmervergütungen Buchungsstelle 67.02.01.62000010	14.110	17.030	11.145
Beamtenbezüge Buchungsstelle 67.02.01.63000010	22.270	27.070	22.452

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Ergebnishaushalt

Produkt Abfallwirtschaft 67.02.01 (Fortsetzung)

	2013	2012	2011
Beiträge zur gesetzl. Sozialvers. Buchungsstelle 67.02.01.64000010	2.820	3.400	2.185
Beiträge zur Berufsgenossenschaft und Unfallversicherungskasse Buchungsstelle 67.02.01.64200010	50	60	408
Beamtenversorgung Buchungsstelle 67.02.01.64500010	3.920	5.200	5.970
Zuführung z. Pensionsrückst. Beamte Buchungsstelle 67.02.01.64600010	6.460	6.580	-1.226
Zuführung zu Beihilferückstellungen Buchungsstelle 67.02.01.64610000	940	1.020	1.044
Arbeitnehmerversorgung ZVK Buchungsstelle 67.02.01.64700010	1.110	1.360	981
Reisekosten EDV+fachb. Fortbildung Buchungsstelle 67.02.01.68500010	10	20	0
Dienstreisen Buchungsstelle 67.02.01.68500030	300	300	175
Fort- und Weiterbildung Buchungsstelle 67.02.01.68800010	10	160	0
Altlastenfinanzierungsumlage Buchungsstelle 67.02.01.73549010	58.000	58.000	55.721

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2011 und 2012 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

k e i n e

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

	2012	2011	2010
Verbindlichkeiten	18.299.934	21.162.338	28.442.974

Berichtsjahr 2012	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	21.162.338
Zunahmen	0
Abnahmen	2.862.404
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31.Dezember)	18.299.934

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

k e i n e

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012

A. Rahmenbedingungen

Die RMA Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach am Main (im Folgenden: RMA GmbH") wurde in 1998 als Nachfolgerin des Umlandverbandes Frankfurt gegründet. Durch das Gesetz zur Aufgabenänderung des Umlandverbandes Frankfurt (UVF) vom 17. Dezember 1998 wurde die Abfallentsorgung im Verbandsgebiet des UVF wieder auf die Landkreise und kreisfreien Städte übertragen. Die entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften hielten auch nach dieser Rückübertragung eine regionale Kooperation für notwendig. Durch das Vertragswerk vom 21. Dezember 1998 schlossen die Gebietskörperschaften Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Kreis Offenbach, Stadt Frankfurt am Main, Stadt Offenbach am Main und Stadt Maintal eine Grundlagenvereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Abfallentsorgung und gründeten die RMA Rhein-Main Abfall GmbH. Die Stadt Bad Vilbel wurde im Juli 2000 als weiterer Gesellschafter aufgenommen. Im Jahr 2005 machte die Stadt Vilbel von Ihrem Kündigungsrecht Gebrauch. Die Gesellschafter erteilten der RMA GmbH einen Generalentsorgungsauftrag, wonach diese als "beauftragter Dritter" gemäß § 22 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) handelt. Im Oktober 2012 ist die Veränderung der Laufzeit der Grundlagenvereinbarung notariell beglaubigt worden. Dies sichert der Gesellschaft bis mindestens 31.12.2023 den Fortbestand ihrer Beauftragung. Der Sitz der Gesellschaft ist Offenbach am Main.

Zweck der Gesellschaft ist die Planung und Organisation der Abfallentsorgung im Rhein-Main Gebiet und deren Koordination unter den Gesellschaftern sowie die Finanzierung der Deponienachsorge, die Beschaffung und Sicherung der Entsorgungskapazitäten unter Ausnutzung vorhandener Abfallentsorgungseinrichtungen, die Abfallwirtschaftsplanung, die Abfallmengenplanung sowie die Festlegung der Entsorgungsstandards. Die Gesellschaft nimmt hierbei Steuerungs- und Kontrollfunktionen wahr. Sie ist dazu ermächtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere ihr ähnliche Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen. Die Übertragung weiterer abfallwirtschaftlicher Aufgaben an die RMA GmbH ist möglich. So ist für die Organisation der Schadstoffsammlung im Hochtaunuskreis, im Main-Taunus-Kreis, im Kreis Offenbach, in der Stadt Offenbach und Stadt Maintal die RMA zuständig. Die RMA ist zudem durch den Kreis Offenbach beauftragt, das Elektro- und Elektronikgerätegesetz umzusetzen.

Das Hauptziel der RMA GmbH ist die wirtschaftliche und sichere Entsorgung der regional anfallenden Siedlungsabfälle. Die Entgeltstabilität sowie die Auslastung vorhandener Müllheizkraftwerke und anderer Entsorgungsanlagen sind die Ziele der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen den Gebietskörperschaften Stadt Frankfurt, Stadt Offenbach, Stadt Maintal und den Landkreisen Kreis Offenbach, Main-Taunus-Kreis und Hochtaunuskreis.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

A. Rahmenbedingungen (Fortsetzung)

Diese beiden Ziele sind nachhaltig sozial (Entgeltstabilität) und ökonomisch (Wirtschaftlichkeit der Entsorgungstätigkeit) sinnvoll zu erreichen. Die Auslastung der auf kurzen Wegen erreichbaren regionalen Abfallverbrennungsanlagen, die auf dem neuesten Stand der Technik sind und deren Energieeffizienzkoeffizient den aktuellen Anforderungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes entspricht, ist anerkanntermaßen auch ökologisch vertretbar. Die transparente Berechnung einheitlicher Entgelte an die sechs Gebietskörperschaften, die alle Aufwendungen der Abfallentsorgung und Deponienachsorge decken, ist eine weitere wesentliche Aufgabe der RMA GmbH.

B. Geschäftsentwicklung

1. Entsorgungssicherheit

Die Entwicklung der Abfallwirtschaft war in den vergangenen 17 Jahren durch die Zielkonzepte des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW-/AbfG) bestimmt: Vermeiden, Verwerten, Beseitigen. Das nachfolgende Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) ist am 01. Juni 2012 in Kraft getreten und erweitert die bisherige 3-stufige Abfallhierarchie um zwei weitere Stufen. Die Betonung der neuen Stufen auf die Wiederverwertung, Recycling und die sonstige Verwertung, einschließlich energetischer Verwertung dient der "ressourcenschutzorientierten Fortentwicklung des deutschen Abfallrechts". Für die Gesellschaft bedeutsam ist auch die Beibehaltung der kommunalen Überlassungspflichten für Haushaltsabfälle. So bleiben die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger nach § 20 I KrWG verantwortlich für die Entsorgung aller Abfälle aus privaten Haushaltungen sowie der Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen. Die Gesellschafter der RMA GmbH sind diese Entsorgungsträger, die sich für die Erfüllung dieser Pflicht unter anderem der RMA GmbH bedienen. Eine wesentliche Neuerung im Gesetz ist die Rechtspflicht zur Getrenntsammlung von Bioabfällen, die einer Überlassungspflicht unterliegen, spätestens ab dem 01. Januar 2015. Die Verwertung dieser Abfälle obliegt dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger. Diese Pflicht haben der Hochtaunuskreis und der Main-Taunus-Kreis bereits auf der Grundlage des alten Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes auf eine gemeinsame Gesellschaft übertragen, die auch eine Bioabfallbehandlungsanlage betreibt. In den Kommunen der beiden Landkreise wird die Biotonne zunehmend flächendeckend eingeführt. Die Stadt Frankfurt und Maintal haben eine jahrelang etablierte Bioabfallsammlung mit erprobten Verwertungswegen. Der Landkreis Offenbach und die Stadt Offenbach sind auf den Stichtag 01. Januar 2015 vorbereitet. Die RMA GmbH ist mit der Bioabfallverwertung nicht beauftragt. Die Entwicklung der Restmüllmengen hat aber zentrale Bedeutung für die Entwicklung der Erlöse der Gesellschaft.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

B. Geschäftsentwicklung (Fortsetzung)

1. Entsorgungssicherheit (Fortsetzung)

Die Getrenntsammlung von Bioabfällen im RMA-Gebiet wird die Verringerung der zu beseitigenden Hausmüllmengen bewirken.

Die Finanzierung der Deponienachsorge ist ein weiteres Handlungsfeld der RMA GmbH. Die Deponierung unbehandelter Abfälle wurde durch die Technische Anleitung Siedlungsabfall (TASI) bis längstens zum 31.05.2005 befristet. Da sich diese Entwicklung bereits seit 1999 abzeichnete, wurde auf den ursprünglich geplanten Ausbau der Deponie Flörsheim-Wicker zur "TASI-Deponie der Klasse 11" verzichtet. Dadurch konnten Investitionen im dreisteIligen Millionenbereich eingespart werden. Die Vorhaltung von Deponie-Verfüllkapazität für deponiefähige Abfälle zur Beseitigung wurde aber im Jahr 1999 weiter für notwendig erachtet und die RMA GmbH hat im Jahr 2000 einen Kooperationsvertrag mit der Landeshauptstadt Wiesbaden geschlossen. In diesem Vertrag wird der Tausch freier Verbrennungskapazitäten der RMA GmbH gegen ungenutzte Deponiekapazitäten der Landeshauptstadt Wiesbaden geregelt. Der Vertrag sieht einerseits die Verbrennung von 85.000 Mg Abfall der Landeshauptstadt Wiesbaden im Rahmen der Verbrennungskapazitäten der RMA GmbH vor. Im Gegenzug können jährlich bis zu 100.000 Mg Abfälle der RMA GmbH auf der Deponie der Landeshauptstadt Wiesbaden abgelagert werden. Im Dezember 2011 ist hier eine Anpassung an die zu erwartende Abfallmengenentwicklung beschlossen worden, die sich beginnend in Jahr 2014 auf die Verbrennungs- und Ablagerungskapazitäten auswirken wird. Es ist eine Reduzierung von 20.000 Mg/a vorzuhaltende Verbrennungskapazität bei gleichzeitiger Reduzierung des Deponiekontingentes vorgesehen.

Die Kapazitäten in den Müllheizkraftwerken (Im Folgenden: MHKW) Frankfurt und Offenbach sind in Einzelentsorgungsverträgen mit 350.000 Mg/a in Frankfurt und 140.000 Mg/a in Offenbach gesichert. Durch eine Ergänzungsvereinbarung ist eine Kapazitätssenkung in den Jahren 2010 bis 2013 festgelegt worden, die die Gebührenstabilität sichert sowie Überkapazitäten abbaut. Im Berichtsjahr standen 455.000 Mg/a Kapazität zur Verfügung. Ab 2014 werden die Verbrennungskapazitäten im MHKW Offenbach um 90.000 Mg/a reduziert. Die gesamte Bereitstellungskapazität in den beiden Entsorgungsanlagen ist ab 2014 bis 2018 auf 400.000 Mg/a abgesenkt. Im Bedarfsfall können weitere 20.000 Mg/a durch die RMA GmbH genutzt werden.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

B. Geschäftsentwicklung (Fortsetzung)

1. Entsorgungssicherheit (Fortsetzung)

Die General-Sanierungsphase der Frankfurter Müllverbrennungsanlage MHKW Frankfurt begann im Jahr 2004 und konnte im Jahr 2009 abgeschlossen werden. Es folgte eine Probebetriebsphase, die der Optimierung diente sowie der Ermittlung belastbarer Daten für die Festlegung der Betriebskosten für die endgültige Kalkulation der Verbrennungs-pauschalen. Diese Phase wurde im Jahr 2012 beendet. Die Ergebnisse sind ausgewertet und die endgültige Festlegung der Jahrespauschalen für die Vorhaltung der 3-Linien-Anlage ist umgesetzt.

Im Geschäftsjahr 2012 sind 454.692 Mg/a inklusive der Wiesbadener Abfälle in den Müllheizkraftwerken Frankfurt und Offenbach beseitigt worden. Die Anlagenverfügbarkeit lag im Geschäftsjahr damit bei 99,4 %.

2. Ausfallverbund

Die Gründungsmitglieder sind die RMA Rhein-Main Abfall GmbH, der Zweckverband Abfallverwertung Südhessen (ZAS), die Müllverwertungsanlage Bonn GmbH, die Müllheizkraftwerk Kassel GmbH, die Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (ELW) sowie die RMD Rhein-Main Deponie GmbH. Der Rhein-Main Ausfallverbund ermöglicht durch einen am 1. April 2008 beginnenden und auf unbestimmte Zeit abgeschlossenen Kooperationsvertrag, die wirtschaftliche und sichere Entsorgung von Abfällen, die aufgrund von Betriebseinschränkungen bis hin zu geplanten, wie auch ungeplanten, Stillständen in den Müllverbrennungsanlagen nicht unmittelbar verbrannt werden können. Die derzeit beteiligten Verbundpartner entsorgen insgesamt rund 950.000 Mg/a Abfall für ca. 2,2 Millionen Einwohner. Die RMA GmbH übernimmt für den Ausfallverbund auch die Aufgabe einer gemeinsamen Geschäftsstelle. Über den Ausfallverbund wurden im Geschäftsjahr 2012 320 Mg entsorgt. Im Berichtszeitraum sind weitere rd. 2.580 Mg in anderen Anlagen fremdentsorgt worden (Vorjahr 0 Mg).

3. Mengenentwicklung und Entsorgungsentgelte

Das angediente Hausmüllaufkommen - ohne Wiesbaden - betrug im Geschäftsjahr 342.795 Mg/a. Im Vergleich zum Vorjahr (354.360 Mg) sind 11.565 Mg weniger angedient worden. Ursächlich hierfür sind die Zunahme der getrennten Bioabfallsammlung sowie die Einführung von Identsystemen in den Kommunen und die Hausmüllsortierung der Stadt Offenbach und dreier Kommunen des Landkreises Offenbach in den ersten drei Quartalen. Die getrennte Bioabfallsammlung hat im RMA-Gebiet weiter zugenommen. Im Berichtsjahr sind 42.650 Mg/a (Vorjahr: 39.589 Mg/a) verwertet worden. Die Mengen pro Einwohner sind auf 26,0 kg/E (Vorjahr 24,2 kg/E) gestiegen.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

B. Geschäftsentwicklung (Fortsetzung)

3. Mengenentwicklung und Entsorgungsentgelte (Fortsetzung)

Mit der gesetzlichen Verpflichtung zur Einführung einer getrennten Bioabfallerfassung ist auch die nachträgliche Sortierung des Hausmülls zur Abtrennung des organischen Abfalls keine Alternative mehr. Dies führte im letzten Quartal des Berichtsjahres zur Beendigung der nachträglichen Hausmüllsortierung. Im RMA-Gebiet sortierten im Geschäftsjahr 2012 vier Kommunen auf der Grundlage eines Grundsatzbeschlusses der Gesellschaft ihre Hausmüllmenge zu 100 % bzw. drei Kommunen mit jeweils 2.500 Mg/a in einer Sortieranlage außerhalb des RMA-Gebietes und separierten einen 32 %-igen biogenen Anteil. Im Jahr 2012 wurden 8.103 Mg biogene Anteile aussortiert (2011: 5.047 Mg). Im Berichtsjahr wurden der RMA GmbH insgesamt 423.793 Mg (408.844 Mg in 2011) zuzüglich 85.034 Mg aus Wiesbaden angedient.

Die RMA GmbH hat seit ihrer Gründung im Jahr 1998 die Entgelte im ersten Jahr ihres Bestehens gesenkt und erstmalig nach sieben Jahren Stabilität eine Anpassung ihrer Entgelte zum 01.01.2007 vornehmen müssen. Mit Wirkung zum 01.01.2009 musste eine weitere Entgelterhöhung beschlossen werden. Das Entsorgungsentgelt für Hausmüll wurde mit 237,50 € inkl. MwSt./Mg, für hausmüllähnliche Gewerbeabfälle sowie für Sperrmüll festgesetzt. Die Entgelte für deponiefähige Abfälle wurden auf 35,70 € inkl. MwSt./ Mg gesenkt. Die Notwendigkeit der Entgelterhöhung für brennbare Abfälle resultierte im Wesentlichen aus dem Vorhaben "Sanierung des MHKW-Frankfurt" und der rückläufigen Entwicklung der einnahmerelevanten beseitigungspflichtigen kommunalen Abfälle.

Auch im Geschäftsjahr 2012 ist die vierte Ergänzungsvereinbarung zum Entsorgungsvertrag vom 21.12.1998 zwischen der Rhein-Main Abfall GmbH und der Energieversorgung Offenbach AG weiter vollzogen worden. Die Kapazität im MHKW Offenbach wurde von 140.000 Mg/a auf 105.000 Mg/a im Geschäftsjahr (Vorjahr 122.000 Mg/a) gesenkt. Die Planung für 2013 sieht abermals die Absenkung auf 105.000 Mg/a vor. Ab 2014 werden die Verbrennungskapazitäten im Müllheizkraftwerk Offenbach auf 50.000 Mg/a reduziert. Eine zusätzliche Option für weitere 20.000 Mg/a ist bei Bedarf vereinbart.

Im Berichtsjahr 2012 ist die Konkretisierung des Entsorgungsvertrages vom 21.12.1998 zwischen der FES GmbH und der RMA GrnbH durch die Gesellschaft beschlossen worden und aufgrund einer aktualisierten Mengenprognose - ohne weitere nachträgliche Hausmüllsortierung - im März 2013 abermals angepasst und beschlossen worden. Die Konkretisierung ist dann im April 2013 von der Gesellschafterversammlung der FES-GmbH bestätigt worden. Die Kalkulationsperiode für die Vorhaltung der 3-Linien-Anlage ist der Zeitraum 2010 bis 2023. Die notwendigen Entgelt-Jahrespauschalen und die Bereitstellungskapazität von 350.000 Mg/a sind in der Konkretisierung zum Entsorgungsvertrag vom 21.12.1998 bis zum Ende der Kalkulationsperiode 2023 festgelegt worden.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

B. Geschäftsentwicklung (Fortsetzung)

4. Deponienachsorge

Die RMA GmbH hat sich im Entsorgungsvertrag vom 21.12.1998 verpflichtet, die Kosten für Sicherungs-, Rekultivierungs- und Nachsorgemaßnahmen für die Deponien Brandholz, Wicker und die Schlackedeponie Offenbach zu erstatten. Die Deponie Brandholz und die Schlackedeponie sind bereits stillgelegt und die Deponie Wicker steht seit dem Inkrafttreten der TASI ab dem 01.06.2005 nicht mehr zur Verfügung und die Phase der Stilllegung und Nachsorge ist eingetreten. Die Leistungsverpflichtung der RMA GmbH besteht in der Finanzierung der Stilllegungs- und Nachsorgemaßnahmen, die durch die Deponiebetreiberin, die RMD Rhein-Main Deponie GmbH, Offenbach am Main (im Folgenden: RMD), im Fall Wicker, bis 2046 durchzuführen sind. Die Ermittlung der Aufwendungen für die Deponienachsorge war wegen der langen Laufzeit der Nachsorge, den nur sehr allgemeinen rechtlichen Vorgaben und mangelnden technischen Erfahrungswerten außerordentlich schwierig. Die Grundlagen für die Berechnung der Nachsorgerückstellungen wurden bereits vor einigen Jahren in einem umfangreichen Gutachten, das die RMA GmbH in Auftrag gegeben hat, ermittelt. Daraufhin wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe von RMD und RMA GmbH gebildet, die Investitionen und Betriebskosten für die Nachsorge der drei RMD-Deponien berechnet hat. Nach mehrjähriger Arbeit konnten Anfang 2005 die Kosten der Deponienachsorge in Höhe von ca. 178,2 Mio. € festgestellt werden. Aufgrund einer Neuregelung zur steuerlichen Behandlung von Rückstellungen für die Deponiestilllegung und -nachsorge sowie der Differenzierung zwischen Deponieinhaberin (RMD) und Zahlungsverpflichteter (RMA GmbH) wurde im Geschäftsjahr 2007 ein 2. Nachtrag zum Entsorgungsvertrag zwischen der RMA GmbH und der RMD notwendig. Der 2. Nachtrag regelt die Übertragung der bis 2006 gebildeten Rückstellungen auf die RMD als Sachleistungsverpflichtete sowie die unterjährige Zahllast der RMA GmbH. Der zweite Nachtrag wurde nach Einholung einer verbindlichen Auskunft bei den zuständigen Finanzämtern nachträglich zum 11.02.2008 unterzeichnet. Die Bildung von Rückstellungen obliegt gemäß der steuerlichen Betrachtungsweise der Deponiebetreiberin RMD GmbH. Die RMA GmbH bleibt aber weiterhin verpflichtet, die RMD in der Weise finanziell auszustatten, dass sie jederzeit dazu in der Lage ist, die finanziellen Verpflichtungen für die Deponiestilllegung und -nachsorge zu erfüllen. Zur Vermeidung bilanzieller Risiken hat die RMA GmbH ihre Ansprüche aus der Patronatserklärung der Gebietskörperschaften an die RMD abgetreten. Die Regelungen des Hessischen Abfallrechtes fordern die ausreichende Bildung der Rückstellungen für die Deponienachsorge und deren Einrechnung in die Abfallgebühren bis zum Jahr 2017, unabhängig von dem wesentlich länger andauernden Zeitraum der tatsächlichen Nachsorge. Daraus ergibt sich, dass in diesem Zeitraum für die Nachsorgeaufwendungen, die im Fall der Deponie Wicker bis in das Jahr 2046 reichen, genügend Rückstellungen gebildet sein müssen.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

B. Geschäftsentwicklung (Fortsetzung)

4. Deponienachsorge (Fortsetzung)

Der aufzuwendende Betrag von 178,2 Mio. € ist durch die Zuführungen zum Sanierungsfonds und der Erfüllung der Zahlungsverpflichtung seit 2005 zum 31.12.2006 auf 142,8 Mio. € gesunken. Gemäß den Bestimmungen des Hess. Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschaftsgesetz (§ 5 HAKrWG) sind die Aufwendungen über die Entsorgungsentgelte und Zinserträge zu erwirtschaften. Die Zinserträge werden durch die RMD erwirtschaftet und sind entsprechend den Bestimmungen des HAKrWG berechnet. Diese grundsätzliche Verpflichtung besteht über die gesamte Laufzeit der Patronats- und Verpflichtungserklärung. Aus Sicht der Gebietskörperschaften ist diese Verpflichtung aber analog der Tilgung eines Darlehens um die bereits geleisteten und von der RMA GmbH vereinnahmten Beträge zu mindern. Zum 31.12.2012 wird unter Beachtung der geleisteten Zahlungen grundsätzlich der verbleibende Betrag von 62,3 Mio. € zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer von den Gebietskörperschaften geschuldet. Dieser Betrag wird durch die Anrechnung der zu erwirtschaftenden Zinsen gemindert. Somit besteht zum 31. Dezember 2012 eine kalkulierte Zahlungsverpflichtung der Gebietskörperschaften in Höhe von 30,49 Mio. € zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer, die über einheitliche Entsorgungsentgelte der RMA GmbH bis einschließlich 2017 erwirtschaftet werden. Nach den vertraglichen Bestimmungen des 2. Nachtrages wird die RMA GmbH die notwendigen Beträge in jährlichen Teilbeträgen an die RMD zahlen.

5. Zusammenfassende Beurteilung der Geschäftsentwicklung im Berichtsjahr 2012

Der Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr ist positiv zu beurteilen. Die Ziele der RMA GmbH, die verlässliche Entsorgungssicherheit im RMA-Gebiet, die optimierte Auslastung der Verbrennungsanlagen und Gebührenstabilität sowie die Einhaltung des Wirtschaftsplanes für 2012, sind im Geschäftsjahr erreicht worden.

Mit einem Jahresüberschuss von rd. 385,8 T€ liegt das Ergebnis um 329,4 T€ deutlich über dem Vorjahresniveau (56,4 T €) und über dem im Wirtschaftsplan 2012 angestrebten Ergebnisziel.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

C. Darstellung der Lage im Geschäftsjahr 2012

1. Bilanz

Die Bilanzsumme verringerte sich gegenüber dem Vorjahr (23,8 Mio. €) um 2,7 Mio. € auf 21,1 Mio. €. Auf der Passivseite reduzierten sich die Verbindlichkeiten um 2,9 Mio. € auf 18,3 Mio. € (Vorjahr 21,2 Mio. €). Ursächlich hier ist eine deutliche Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Die sonstigen Rückstellungen haben sich leicht um 0,5 Mio. € auf 1,3 Mio. € (Vorjahr 1,8 Mio. €) reduziert. Die Änderungen auf der Aktivseite betreffen das Anlagevermögen, das Umlaufvermögen, den Rechnungsabgrenzungsposten sowie die aktiven latenten Steuern. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen 1,6 Mio. € (Vorjahr 2,1 Mio. €) sind um 0,5 Mio. € gesunken. Die Forderungen gegen Gesellschafter 7,6 Mio. € haben sich gegenüber dem Vorjahr (7,4 Mio. €) um 0,2 Mio. € erhöht. Der Kassenbestand 4,1 Mio. € (Vorjahr 5,3 Mio. €) hat sich um 1,2 Mio. € reduziert und der Rechnungsabgrenzungsposten 7,3 Mio. € (Vorjahr 8,5 Mio. €) ist um 1,2 Mio. € gesunken.

Das Eigenkapital beträgt 1.080,7 T€ (Vorjahr 695 T€). Die Eigenkapitalquote beträgt 5,13% (Vorjahr 2,92%). Es ergibt sich eine Eigenkapitalrentabilität von 35,7 % (Vorjahr 8,1%). Das Anlagevermögen ist vollständig durch das Eigenkapital gedeckt.

Die Investitionen betrugen 53,1 T€ und sind damit gegenüber dem Vorjahr (92,4 T€) um 39,3 T€ gesunken.

2. Ertragslage

Die Ertragslage hat sich deutlich verbessert. Das Jahresergebnis ist um 329,33 T€ (583,45%) gestiegen. Der Rohertrag hat sich gegenüber dem Vorjahr um 823,3 T€ verbessert. Das Betriebsergebnis 2012 konnte um 489,2 T€ gesteigert werden. Die Umsatzerlöse (87,6 Mio. €) haben sich gegenüber dem Vorjahr (90,1 Mio. €) um 2,5 Mio. € (= -2,78 %) reduziert. Beim Materialaufwand ist eine Abnahme von 3,3 Mio. € auf 84,4 Mio. € zu verzeichnen. Der Rückgang des neutralen Ergebnisses beruht im Wesentlichen auf deutlich geringeren Auflösungsbeträgen von Rückstellungen im Vergleich zum Vorjahr. Die Veränderungen beim Finanzergebnis und den sonstigen Steuern haben sich nur geringfügig ausgewirkt. Die Steuern vom Einkommen und Ertrag (195,8 T€) sind aufgrund der positiven Ertragslage deutlich gestiegen.

3. Finanzlage

Die Liquidität war vor dem Hintergrund der getroffenen vertraglichen Vereinbarungen sowie der Verpflichtungs- und Patronatserklärungen der Gebietskörperschaften immer gesichert.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

C. Darstellung der Lage im Geschäftsjahr 2012 (Fortsetzung)

4. Nachtragsbericht

Nach Ablauf des Geschäftsjahres wurde die Konkretisierung des Entsorgungsvertrages zwischen der FES GmbH und der RMA GmbH abgeschlossen.

D. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die zukünftige Entwicklung der entgeltrelevanten und überlassenen Abfallmengen aus den Gebietskörperschaften und die Entwicklung der Entsorgungsstrukturen im RMA-Gebiet sind die bestimmenden Größen der künftigen Erlössituation der RMA GmbH. Das Abfallwirtschaftskonzept der RMA GmbH und die fortlaufend aktualisierten Mengenprognosen der RMA GmbH erwarten einen Mengenrückgang mit der flächendeckenden Einführung der Biotonne und einer intensivierten Wertstofferfassung im Rahmen eines erwarteten Wertstoffgesetzes.

Seit dem Geschäftsjahr 2010 sind fortlaufend Anpassungen an diese Mengenentwicklungen vorgenommen worden, so dass für die kommenden Jahre nach derzeitiger Beurteilung keine Überkapazitäten in den Verbrennungsanlagen entstehen.

Die Fortführung der interkommunalen Kooperation zwischen den Gesellschaftern der RMA GmbH sichert auch den Generalentsorgungsauftrag für die RMA GmbH bis mindestens 2023. Diese weitreichenden Entscheidungen sind auf der Grundlage langfristiger Mengenprognosen, Aufwandsentwicklungen und Einnahmeentwicklungen im Rahmen einer zusammenfassenden Finanzvorschau getroffen worden.

Die verfügbare Jahreskapazität in 2013 von insgesamt 455.000 Mg/a und in den Jahren 2014 bis 2018 von 400.000 Mg/a zusätzlich einer Option von 20.000 Mg/a in den beiden Müllheizkraftwerken Frankfurt und Offenbach sichern die Entsorgung im RMA-Gebiet. Die Beistellung des Ausfallverbundes sichert zudem unerwartete größere Betriebsstörungen.

Die Aufwendungen für die Deponienachsorge sind durch Patronatserklärungen gesichert. Der Zahlungsplan wird erfüllt.

Eine wirksame interne Steuerung und Kontrolle wird durch eine permanente Überwachung und aktive Beeinflussung der Mengenströme im Stoffstrommanagement durchgeführt. Die Erlössituation und die Entwicklung des Materialaufwands werden kontinuierlich überwacht. Als wichtige Instrumente der Risikoerkennung und der daraus folgenden etwaigen Notwendigkeit zu Reaktion dienen Wochen-, Monats- und Quartalsanalysen. Ein Risikofrüherkennungssystem ist vorhanden.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

D. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Der Wirtschaftsplan für 2013 ist aufgestellt, beschlossen und weist ein ausgeglichenes Ergebnis aus. Für die Jahre 2013 ff. ist eine langfristige Unternehmensplanung im Rahmen einer Finanzvorschau erstellt, die nach derzeitigen Erkenntnissen die Auskömmlichkeit der RMA-Entgelte ausweist. Im 2. Quartal 2013 hat eine kreisangehörige Gemeinde gegen Gebührenbescheide ihrer Gebietskörperschaft Anfechtungsklage erhoben. Der Gebührenkalkulation der Gebietskörperschaften des RMA-Gebietes liegt in der Regel das Rechenwerk der RMA GmbH zugrunde. Die Gesellschaft ist auf eine mögliche Prüfung der Berechnung der RMA-Entgelte in einem Verwaltungsgerichtsverfahren vorbereitet. Die Entgelte der RMA GmbH sind im Wesentlichen von den Grundlagen der interkommunalen Zusammenarbeit aus dem Jahr 1998 und der Abfallmengenentwicklungen bestimmt und sind nachvollziehbar und transparent ermittelt.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

L. Bilanz

	2012	2011	Verän-	2010
			derung	
Aktiva	**in €**	**in €**	**in €**	**in €**
- Immaterielle Vermögensgegenstände	11.010	22.680	-11.670	23.996
- Sachanlagen	251.879	274.080	-22.201	249.661
Anlagevermögen	262.889	296.760	-33.871	273.657
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.576.915	2.137.925	-561.010	3.686.401
- Forderungen gegen Gesellschafter	7.613.818	7.385.242	228.576	7.715.317
- Sonstige Vermögensgegenstände	175.853	184.762	-8.909	284.854
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.366.586	9.707.929	-341.343	11.686.572
- Guthaben bei Kreditinstituten	4.115.152	5.254.337	-1.139.185	8.867.389
Umlaufvermögen	13.481.738	14.962.266	-1.480.528	20.553.962
Rechnungsabgrenzungsposten	7.265.910	8.495.762	-1.229.852	9.693.898
Aktive latente Steuern	44.603	55.442	-10.839	62.957
	21.055.140	**23.810.230**	**-2.755.090**	**30.584.473**
Passiva				
- Gezeichnetes Kapital	275.900	275.900	0	275.900
- Kapitalrücklage	172	172	0	172
- Verlust-(-)/Gewinnvortrag(+)	418.850	362.404	56.446	310.971
- Jahresverlust(-)/-überschuss(+)	385.777	56.446	329.331	51.433
Eigenkapital	1.080.698	694.921	385.777	638.476
- Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	208.716	202.155	6.561	239.987
- Steuerrückstellungen	126.877	0	126.877	0
- Sonstige Rückstellungen	1.338.914	1.750.816	-411.902	1.263.038
Rückstellungen	1.674.507	1.952.971	-278.464	1.503.024
- Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	17.645.097	20.670.367	-3.025.270	27.738.746
- Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	444.874	306.691	138.183	430.052
- Sonstige Verbindlichkeiten	209.963	185.280	24.683	274.176
Verbindlichkeiten	18.299.934	21.162.338	-2.862.404	28.442.974
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	21.055.140	**23.810.230**	**-2.755.090**	**30.584.473**

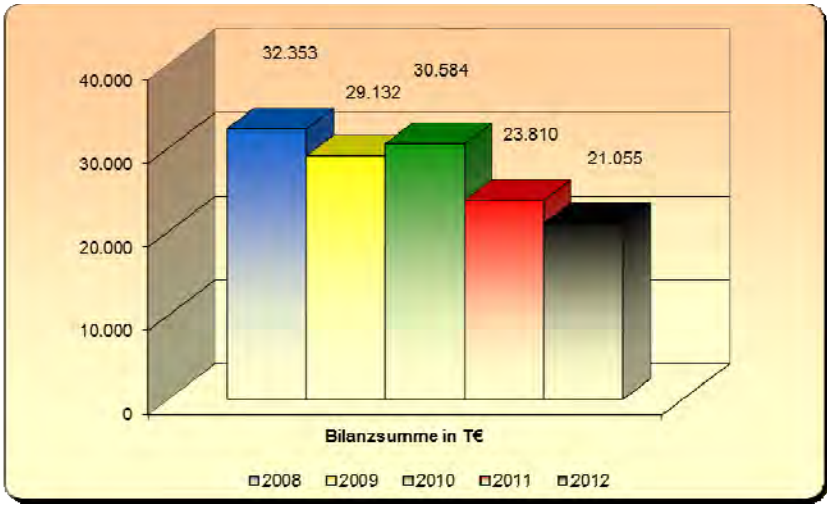
Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

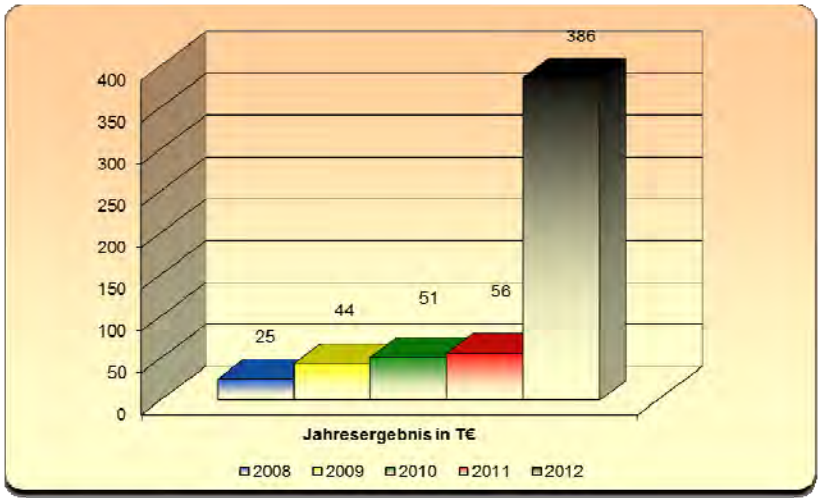
M. Gewinn- und Verlustrechnung

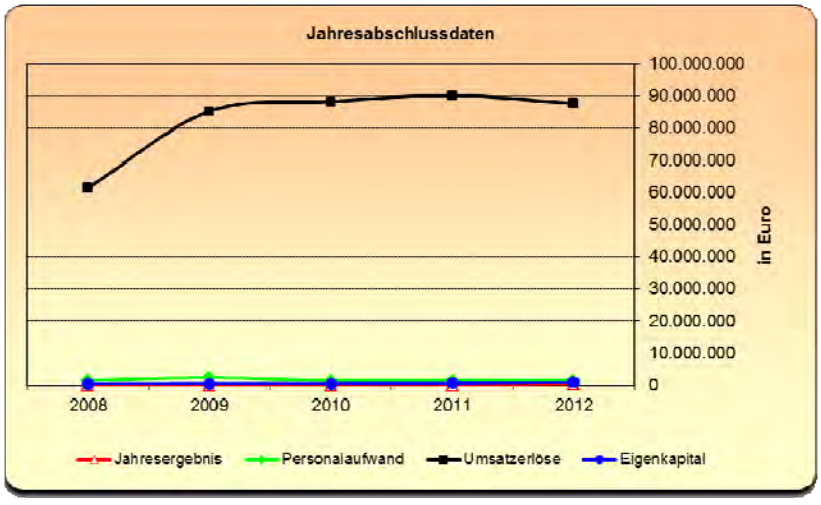
	2012	2011	2010
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	87.624.943	90.132.893	88.247.477
Sonstige betriebliche Erträge	37.864	80.276	1.037.896
	87.662.807	90.213.169	89.285.373
Materialaufwand			
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	84.381.963	87.713.196	86.781.473
	84.381.963	87.713.196	86.781.473
Personalaufwand			
- Löhne und Gehälter	1.318.952	1.251.041	1.192.276
- Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	374.700	347.146	367.765
	1.693.652	1.598.187	1.560.041
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	78.323	69.169	77.855
Sonstige betriebliche Aufwendungen	934.174	711.468	767.221
Betriebsergebnis	**574.695**	**121.148**	**98.783**
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	61.324	90.922	57.836
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	53.726	108.702	60.922
Finanzergebnis	7.599	-17.780	-3.087
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**582.294**	**103.368**	**95.697**
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-195.844	-46.333	-43.697
Sonstige Steuern	-673	-590	-567
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	**385.777**	**56.446**	**51.433**

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen







Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

Dem Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd gehören neben hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten mit dem Landkreis Aschaffenburg und der kreisfreien Stadt Aschaffenburg zwei bayerische kommunale Gebietskörperschaften sowie mit dem Rhein-Neckar-Kreis und der kreisfreien Stadt Mannheim zwei Kommunalbehörden des Bundeslandes Baden-Württemberg an.

Die bei der Erfüllung gesetzlicher Aufgaben Bundesland übergreifende Zusammenarbeit kommunaler Behörden im Falle des Zweckverbandes basiert auf entsprechenden Staatsverträgen, die zwischen dem Land Hessen und dem jeweiligen benachbarten Bundesland Baden-Württemberg und Bayern bestehen.

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

Anschrift	Am Brunnengewännchen 5, 68623 Lampertheim-Hüttenfeld
Telefon	06256/851-164
Telefax	06256/851-9730
E-Mail	tva@zakb.de

Die Angaben zum Zweckverband beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2012

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Zweckverbandes

Rechtsform Zweckverband gemäß § 9 KGG

Gründungsdatum 1994

Satzung des Verbandes Im Berichtsjahr galt die erlassene Satzung des Verbandes in der Fassung vom 25.05./09.06.1994, geändert durch die Satzung in der Fassung vom 09.05.2001, durch Satzung vom 08.12.2006, durch Satzung vom 16.03.2011 und durch Satzung vom 26.06.2013.

B. Verbandszweck

Der Zweckverband übernimmt für die beteiligten Landkreise und kreisfreien Städte die Aufgabe der unschädlichen Beseitigung tierischer Nebenprodukte gemäß den Bestimmungen des TiernebG in der jeweils geltenden Fassung und den dazu ergangenen Vorschriften. Zur Erfüllung dieser Aufgabe bedient sich der Zweckverband eines privaten Unternehmens. Sofern die zuständige Behörde gem. § 3 Abs. 2 des TiernebG die Beseitigungspflicht auf den Inhaber einer Tierkörperbeseitigungsanstalt überträgt, wird der Zweckverband als Interessenvertretung aufrecht erhalten, um im Falle der Beendigung der Beleihung wieder die Aufgaben nach Abs. 1 zu übernehmen.

Ab dem 01. April 2011 wurde die Beseitigungspflicht auf die Firma A. Fischer und Söhne GmbH & Co. KG (Betriebs- und Besitzgesellschaft der Tierkörperbeseitigungsanstalt, Lampertheim-Hüttenfeld) übertragen.

Die Übertragung ist zunächst auf acht Jahre befristet und für diese Dauer ist der Zweckverband von seinen Verpflichtungen entbunden. Während dieser Zeit wird der Zweckverband als ruhender Verband aufrechterhalten. Hierdurch ist gewährleistet, dass bei einer Beendigung der Übertragung der Aufgaben auf die beiden genannten Privatfirmen die Aufgaben nicht auf die einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte zurück fallen.

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

C. Organe des Zweckverbandes

Verbandsversammlung

Zusammensetzung der Verbandsversammlung im Berichtsjahr 2012 (Stand 31.12.2012)	
Vorsitzender	Herr Gerhard Weber
Stellv. Vorsitzender	Herr Rudolf Guthmann
Mitglied für den Kreis Offenbach	Herr Michael Rickert

Verbandsvorstand

Zusammensetzung des Verbandsvorstandes im Berichtsjahr 2012 (Stand 31.12.2012)	
Vorsitzender	Herr Matthias Wilkes
Stellv. Vorsitzende	Frau Rosemarie Lück
Mitglied	Herr Oliver Grobeis

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Hilbert Bocksnick

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

D. Mitglieder des Zweckverbandes

Mitglieder des Zweckverbandes	Anteil in % *
Kreis Offenbach	4,89 % *
Kreis Bergstraße	13,48 % *
Stadt Mannheim	12,91 % *
Main-Kinzig-Kreis	12,28 % *
Wetteraukreis	12,10 % *
Landkreis Darmstadt-Dieburg	11,20 % *
Rhein-Neckar-Kreis	7,07 % *
Landkreis Aschaffenburg	5,49 % *
Odenwaldkreis	5,03 % *
Landkreis Groß-Gerau	3,91 % *
Stadt Frankfurt	2,84 % *
Stadt Aschaffenburg	2,77 % *
Hochtaunuskreis	2,15 % *
Stadt Wiesbaden	1,55 % *
Main-Taunus-Kreis	1,30 % *
Stadt Darmstadt	0,58 % *
Stadt Offenbach am Main	0,45 % *
	100,00 % *

* = Das „Beteiligungsverhältnis“ wird aufgrund statistischer Zahlen zu Einwohnern, Viehbestand sowie der Zahl gewerblicher Schlachtungen ermittelt und gewichtet. Als Berechnungsgrundlage dienen die jeweils aktuellsten, verfügbaren Daten der statistischen Landesämter Hessens, Bayerns und Baden-Württembergs.

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen
keine

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung des Zweckverbandes.

Gemäß § 2 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz sind die Landkreise und kreisfreien Städte zuständige Körperschaften im Sinne des § 3 des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes. Sie haben den gesetzlichen Auftrag, die in ihrem Gebiet anfallenden Tierkörper, Tierkörperteile und Erzeugnisse zu beseitigen (Beseitigungspflichtige). Sie nehmen diese Aufgabe in Selbstverwaltung wahr. Die Beseitigungspflichtigen können Tierkörperbeseitigungsanstalten und Sammelstellen selbst errichten, erwerben und betreiben oder durch vertraglich verpflichtete Unternehmer (Dritte) errichten oder betreiben lassen.

Eine Prüfung der Erfüllung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt, da die Mitgliedschaft in einem Zweckverband keine wirtschaftliche Betätigung im Sinne der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) ist.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

k e i n e

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

k e i n e

I. Verbindlichkeiten des Zweckverbandes

k e i n e

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

k e i n e

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

K. Bilanz

	2012	2011	Verände-rung	2010
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Anlagevermögen	0	0	0	0
Flüssige Mittel	128.141	146.523	-18.382	36.400
Umlaufvermögen	128.141	146.523	-18.382	36.400
Rechnungsabgrenzungsposten	942	0	942	0
	129.084	**146.523**	**-17.440**	36.400
Passiva				
Nettoposition	191.222	191.222	0	191.222
Jahresüberschuss(+)/-fehlbetrag (-)	-18.642	124.927	-143.569	-69.117
Eigenkapital	127.881	146.523	-18.642	21.619
Rückstellungen	0	0	0	0
Verbindlichkeiten	1.202	0	1.202	14.781
	129.084	**146.523**	**-17.440**	36.400

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

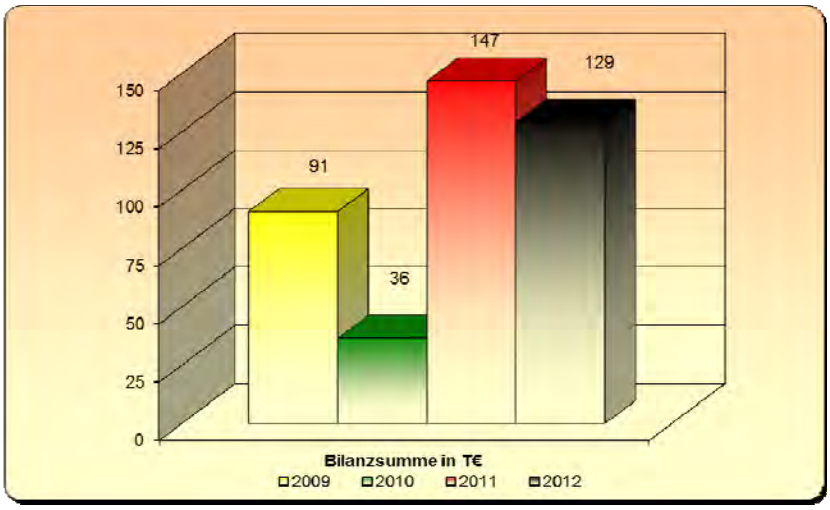
L. Gesamtergebnisrechnung

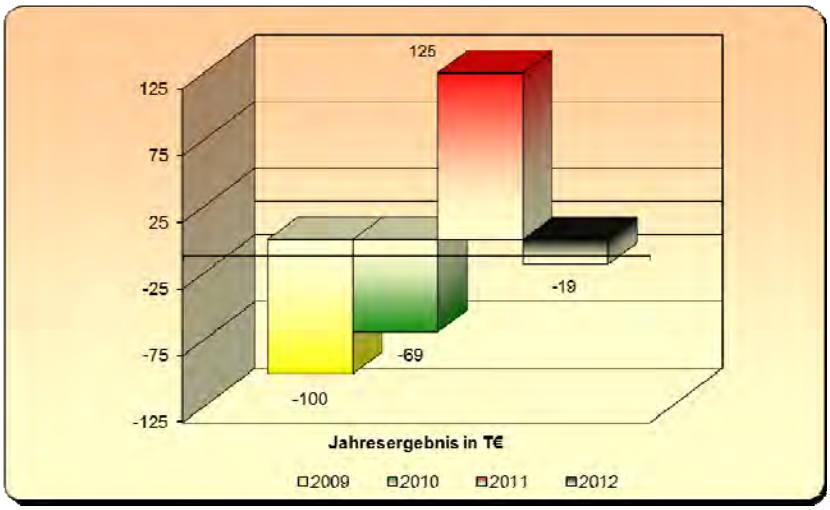
	2012	2011	2010
	in €	in €	in €
Sonstige ordentliche Erträge	0	161.138	0
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	18.988	36.566	69.841
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	346	332	701
Ordentliches Ergebnis	-18.642	124.904	-69.140
Außerordentliches Ergebnis	0	0	23
Jahresergebnis	**-18.642**	**124.904**	**-69.117**

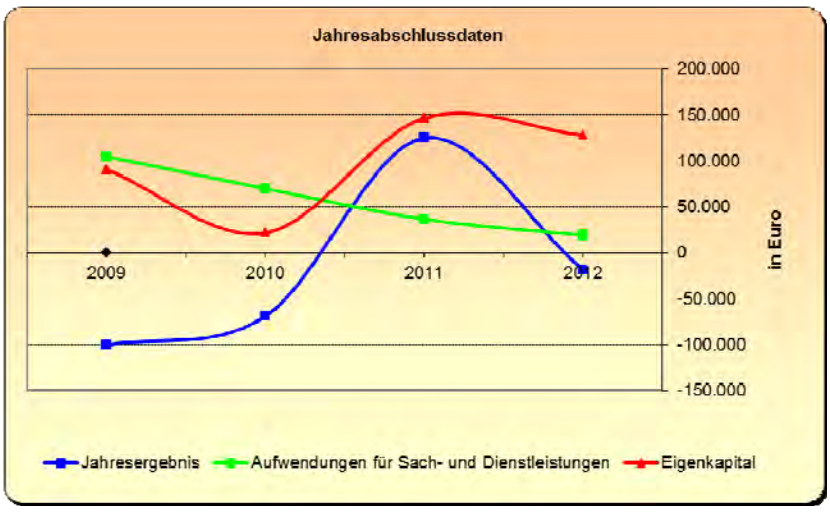
In den ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 18.988 € sind Aufwendungen für bezogene Leistungen von rd. 13,6 T€ enthalten. Weiterhin enthalten sind Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergleichen in Höhe von rd. 3,0 T€. Die restlichen rd. 2,3 T€ betreffen Versicherungen, Prüfungen, Bekanntmachungen und die Kosten des Geldverkehrs. Aufgrund der Finanzerträge in Höhe von 346 € ergibt sich ein negatives Jahresergebnis von rd. 18,6 T €.

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

M. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen







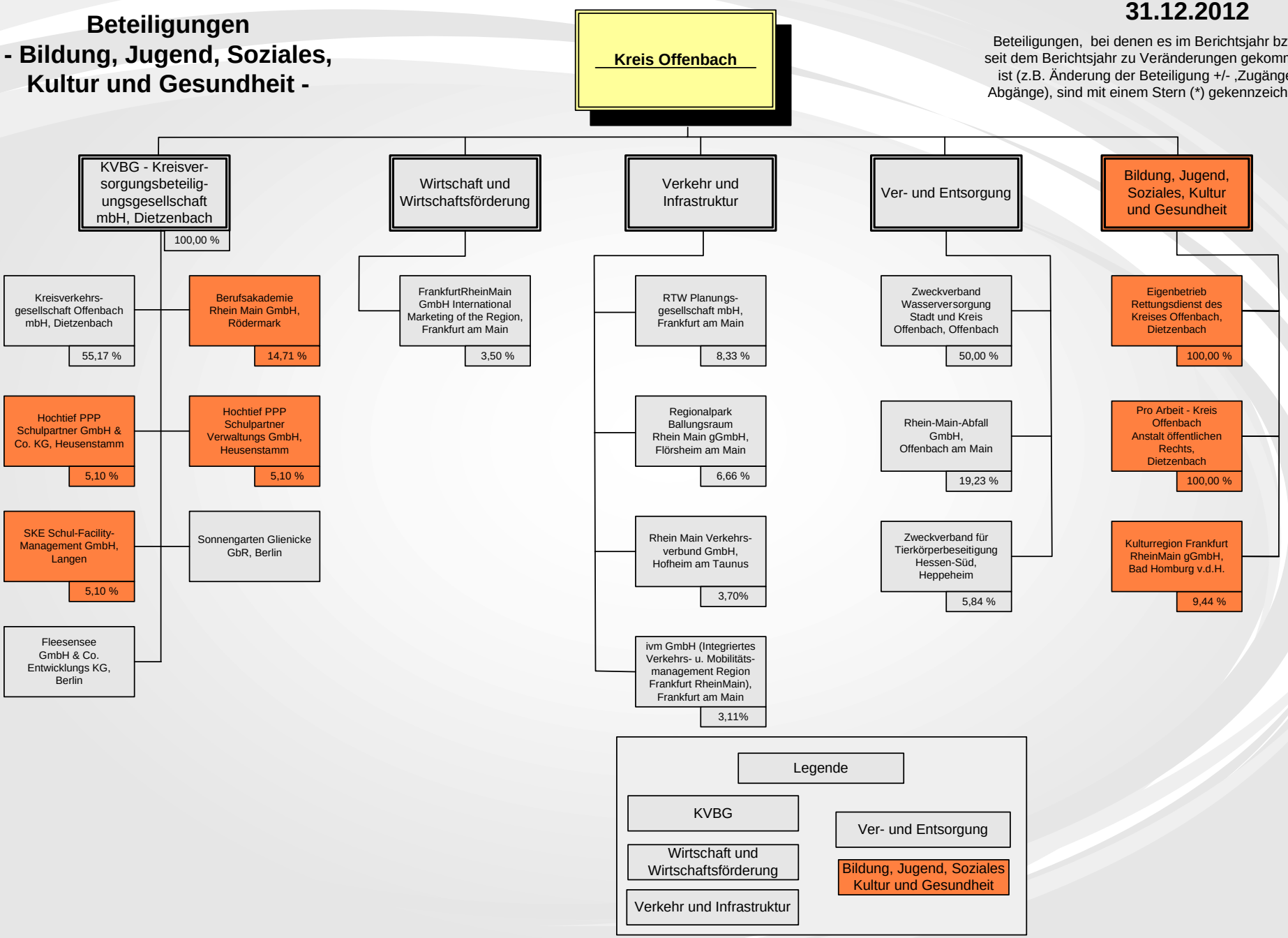
Bildung, Jugend, Soziales,

Kultur und Gesundheit

Beteiligungen
- Bildung, Jugend, Soziales, Kultur und Gesundheit -

Stand: 31.12.2012

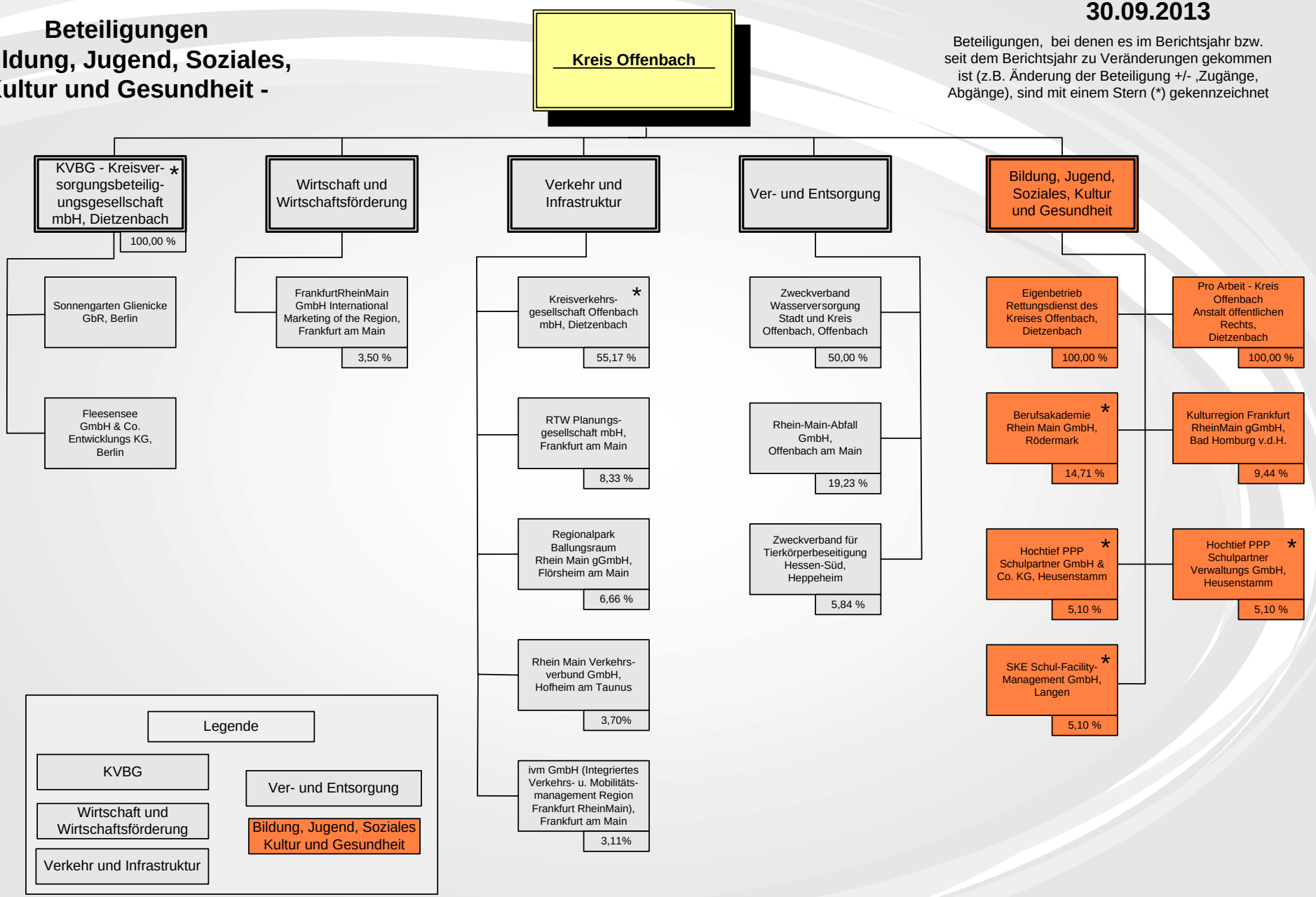
Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet



Beteiligungen
- Bildung, Jugend, Soziales, Kultur und Gesundheit -

Redaktionsschluss: 30.09.2013

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet



Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

Gemäß den Bestimmungen des Hessischen Rettungsdienstgesetzes von 1998 sind die Landkreise und kreisfreien Städte Träger der bodengebundenen Notfallversorgung einschließlich der Berg-, Luft- und Wasserrettung. Als Leistungserbringer bedient sich der Kreis Offenbach dem Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach.

Die Gründung des Eigenbetriebes hat der Kreistag des Kreises Offenbach am 14.12.1999 beschlossen; seine Tätigkeit nahm der Eigenbetrieb am 01. Juli 2000 auf.

Dem Eigenbetrieb obliegt die Überwachung der bedarfsgerechten und flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des qualifizierten Krankentransportes. Ergänzt wird dieser Sicherstellungsauftrag durch den Betrieb der Zentralen Leitstelle des Kreises Offenbach. Die Zentrale Leitstelle hat alle Hilfeersuchen entgegenzunehmen und die notwendigen Einsatzmaßnahmen zu veranlassen, zu lenken und zu koordinieren.

Die Finanzierung des Eigenbetriebes erfolgt zum einen durch Personalkostenerstattungen des Landes Hessen und weiterhin über die Erhebung einer sog. Rettungsdienstgebühr. Die von den Leistungserbringern erhobene Rettungsdienstgebühr beträgt seit dem 01. September 2005 € 22,33 je Rettungsdiensteinsatz.

Die interne Kostenstruktur des Eigenbetriebes ist aufgrund der hohen Personalintensität in starkem Maße von Personalkosten geprägt, die feste Kosten sind und somit unabhängig von der Zahl der koordinierten Rettungseinsätze als Aufwendungen des Eigenbetriebes entstehen.

Aufgrund dieser in starkem Maße von Personalaufwendungen geprägten Kostenstruktur besteht ein finanzielles Risiko für den Eigenbetrieb darin, dass - bedingt durch mögliche rückläufige Zahlen der abgewickelten Rettungsdiensteinsätze - Einnahmeausfälle entstehen könnten, die einem positiven bzw. ausgeglichenen Betriebsergebnis entgegenstehen.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

Anschrift	Gottlieb-Daimler-Straße 10, 63128 Dietzenbach
Telefon	06074/37107-83
Telefax	06074/37107-89
E-Mail	leitstelle@leitstelle-kreis-of.de

Die Angaben zum Eigenbetrieb beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2012

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Eigenbetriebes

Rechtsform	Eigenbetrieb
Gründungsdatum	14.12.1999
Stammkapital	51.129,19 €
Eigenbetriebssatzung	Betriebssatzung vom 14. Dezember 1999, zuletzt geändert am 05. September 2001.

B. Gegenstand des Eigenbetriebes

Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Sicherstellung des Rettungsdienstes im Kreis Offenbach. Der Betrieb kann alle den Betriebszweck fördernden und ihn wirtschaftlich berührende Hilfs- und Nebengeschäfte betreiben.

Der Satzungszweck wird verwirklicht durch die Unterstützung bei der Aufgabenbewältigung des Rettungsdienstes im Kreis Offenbach, der die bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung der Bürger des Kreises mit Leistungen der Notfallrettung und des qualifizierten Krankentransportes überwacht.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

C. Organe des Eigenbetriebes

Kreistag des Kreises Offenbach

Kreisausschuss des Kreises Offenbach

Betriebskommission

Zusammensetzung der Betriebskommission im Berichtsjahr 2012 (Stand: 31.12.2012)	
Vorsitzender	Herr Oliver Quilling
Mitglied für den Kreisausschuss	Herr Gerd Hibbeler
----------„----------	Frau Margot Süß
Mitglied für den Kreistag	Frau Diana Ackermann
----------„----------	Frau Maria Becht
----------„----------	Herr Dieter Zimmer
Mitglied für den Personalrat	Herr Karsten Arendt
----------„----------	Frau Karin Sackbrook
Sachkundige Einwohner/innen	Herr Hans-Joachim Junker
----------„----------	Herr Mike Tetzner

Für die Betriebskommission sind für das Wirtschaftsjahr 2012 Sitzungsgelder in Höhe von € 579,40 (Vorjahr: € 239,60) angefallen.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

C. Organe des Eigenbetriebes (Fortsetzung)

Betriebsleitung

Betriebsleiter	Herr Ralf Ackermann
Stellv. Betriebsleiter	Herr Joachim Kügler

Der Betriebsleitung wurden im Geschäftsjahr 2012 Vergütungen in Höhe von € 97.157,78 gezahlt.

D. Träger des Eigenbetriebes

Träger	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	100,00	51.129,19

E. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck des Eigenbetriebes bzw. dessen Aufgabenstellung.

Gemäß den Bestimmungen des Hessischen Rettungsdienstgesetzes (§ 4) sind die Landkreise und kreisfreien Städte Träger der bodengebundenen Notfallversorgung einschließlich der Berg- und Wasserrettung. Für den Kreis Offenbach erbringt der Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach diese Leistung.

Da es sich bei einem Eigenbetrieb nicht um eine wirtschaftliche Betätigung handelt, ist eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

F. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Privatrechtliche Leistungsentgelte

Produkt Genehmigung und Aufsicht

Buchungsstelle 37.03.01.50030010 (anteilig, den Eigenbetrieb Rettungsdienst betreffend)

	2013	2012	2011
Mieten und Pachten	33.766	33.766	33.766

Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Produkt Genehmigung und Aufsicht

	2013	2012	2011
Kostenersatz des EB Rettungsdienst Buchungsstelle 37.03.01.54850010	36.000	31.560	31.560

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besonderer Finanzaufwendungen

Produkt Gefahrenabwehr

Buchungsstelle 37.02.01.71250010

	2013	2012	2011
Anteil des Trägers EB Rettungsdienst	150.000	138.322	122.036

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2011 und 2012 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

G. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

k e i n e

H. Verbindlichkeiten des Eigenbetriebes

in €	2012	2011	2010
Verbindlichkeiten	174.872	219.354	264.538

Berichtsjahr 2012	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	219.354
Zunahmen	0
Abnahmen	44.482
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31.Dezember)	174.872

I. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

k e i n e

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

J. Auszug aus dem Lagebericht 2012

I. Allgemeines

Organisatorisches

Der Kreistag des Kreises Offenbach hat am 14.12.1999 beschlossen, den „Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach“ ab 01. Juli 2000 als ein organisatorisch und wirtschaftlich eigenständiger Betrieb ohne eigene Rechtspersönlichkeit im Sinne des Eigenbetriebsgesetzes zu schaffen.

Der Kreistag des Kreises Offenbach entscheidet nach § 5 der Betriebssatzung über die Grundsätze, nach denen der Betrieb des Eigenbetriebes Rettungsdienst gestaltet und wirtschaftlich geleitet werden soll. Nach § 6 der Betriebssatzung beruft der Kreisausschuss eine Betriebskommission. Sie überwacht nach § 7 der Betriebssatzung die Betriebsleitung, bereitet die Beschlüsse des Kreistages vor und ist zuständig für die Geschäfte, die über die laufende Betriebsführung hinausgehen.

Als Rettungsdienstträger obliegt dem Kreis Offenbach nach dem Hessischen Rettungsdienstgesetz die Sicherstellung des Rettungsdienstes unter Wahrung der medizinischen Erfordernisse zu sozial tragbaren Benutzungsentgelten. Diese Aufgabe wird vom Eigenbetrieb Rettungsdienst wahrgenommen. Er überwacht die bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des qualifizierten Krankentransportes. Der Sicherstellungsauftrag umfasst in erster Linie den bodengebundenen Rettungsdienst, der insbesondere durch die Luftrettung ergänzt wird, den Betrieb der integrierten zentralen Leitstelle für den Kreis Offenbach sowie den Betrieb von Notarzteinsatzfahrzeugen in eigener Regie.

Soll-Ist-Vergleich 2012

Der Wirtschaftsplan 2012 sah ein insgesamt ausgeglichenes Ergebnis von € 0,00 vor. In den Bereichen Leitstellenbetrieb und Notarzt-Einsatz-Fahrzeuge (NEF) haben wir auch jeweils einen Jahresüberschuss von € 0,00 erzielt. In der neu eingerichteten Rettungsdienstschule ergab sich ein Jahresüberschuss von € 161,00, der zugleich den gesamten Jahresüberschuss 2012 des Eigenbetriebes darstellt. Bis auf diese geringfügige Abweichung von € 161,00 haben wir somit den im Wirtschaftsplan 2012 enthaltenen Erfolgsplan nahezu vollständig umgesetzt, weshalb wir mit dem Geschäftsverlauf des Jahres 2012 zufrieden sind. Im Vorjahr wurde beim Leitstellenbetrieb ein Gewinn von T€ 6 erzielt. In dieser Höhe hat sich insgesamt das Jahresergebnis gegenüber dem Vorjahr verschlechtert.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

J. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

I. Allgemeines (Fortsetzung)

Nichtfinanzieller Leistungsindikator

Als Dienstleistungseinrichtung benötigen wir qualifizierte und motivierte Mitarbeiter, weshalb unsere Mitarbeiter den wesentlichen nichtfinanziellen Leistungsindikator für uns darstellen.

Angaben gemäß § 26 Eigenbetriebsgesetz

Entwicklung der Einsätze sowie der Umsatzerlöse und des Geschäftsverlaufs

Zum Überblick an dieser Stelle eine Übersicht über die Einsätze in den vergangenen Jahren, aus der die Einsatzsituation und somit auch die Ertragslage bis zum Jahr 2012 - und somit die Hauptposten der Einnahmesituation - sich entwickelte:

	2012	**2011**
Notfalleinsätze (Rettungsdiensteinsätze)	31.157	29.483
Qualifizierte Krankentransporte	3.329	3.157
Notarzteinsätze (alle Systeme)	6.655	6.475
Feuerwehralarmierungen	3.428	4.653

Somit gab es insgesamt 41.141 (39.115) abrechnungsfähige Einsätze. Im Wirtschaftsplan 2012 waren 37.500 Einsätze die Planungsgrundlage. Zusätzlich waren noch rund 52.513 (Vorjahr 43.834) Beratungen / Telefonkontakte / Vermittlung in der Zentralen Leitstelle zu bearbeiten.

Im Wirtschaftsjahr 2012 konnte für den gesamten Eigenbetrieb ein Überschuss von € 161,00 erwirtschaftet werden. Die Zielsetzung eines über einen längeren Betrachtungszeitraum ausgeglichenen Ergebnisses bei kostendeckenden Gebühren kann als erreicht angesehen werden.

Für die NEF Systeme erfolgte die Deckung durch eine Anhebung der Gebühren ab dem 1. Januar 2012 nach Verhandlungen mit den Kostenträgern und den notwendigen Beschlüssen des Kreistages - sie beträgt nun € 293,55 (Vorjahr € 229,00) pro Einsatz für das Gesamtsystem (Fahrzeug, Technik, Arzt, NEF-Pilot).

Das Jahresbudget der Kassen beträgt für die NEF Systeme insgesamt € 1.820.000,00 für das Jahr 2012. Eine Deckung des Mehrbedarfs bei den Aufwendungen hat über den Budgetausgleich zu erfolgen.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

J. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

I. Allgemeines (Fortsetzung)

Personalstatistik

Im Durchschnitt waren beim Eigenbetrieb beschäftigt:

	2012	2011
Betriebsleitung	1,20	1,20
Ärztlicher Leiter Rettungsdienst	0,50	0,50
Einsatzsachbearbeiter Leitstelle	13,50	11,75
Fahrer Notarzteinsatzfahrzeug	14,00	14,00
Sachbearbeitung	2,50	2,50
Gesamt	31,70	29,95

Stand der Anlagen im Bau und der geplanten Bauvorhaben

Anlagen im Bau gibt es zum 31. Dezember 2012 keine.

Der Neubau der Rettungswache an der BAB Raststätte konnte im Wirtschaftsjahr 2012 nicht erfolgen, so dass die in den Wirtschaftsplänen 2009 und 2010 genehmigten Investitionen von zusammen T€ 575 ins Jahr 2013 vorgetragen werden. Die erforderliche Kreditaufnahme wurde bereits von der Aufsichtsbehörde genehmigt.

Auch der beabsichtigte Neubau der Rettungswache in Obertshausen, Ortsteil Hausen, konnte in 2012 nicht umgesetzt werden, so dass der Investitionsbetrag von T€ 395 aus dem Wirtschaftsplan 2012 nach 2013 übertragen wird. Die dafür notwendige Kreditaufnahme wurde ebenfalls bereits von der Aufsichtsbehörde genehmigt.

II. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

Der Anstieg der Umsatzerlöse steht hauptsächlich mit der Zunahme der Notarzteinsatzgebühren um T€ 368 im Zusammenhang. Hier haben sich der um € 64,55 höhere Tarif pro Einsatz sowie die Erhöhung der Einsätze positiv ausgewirkt.

Dagegen haben die Personalaufwendungen um T€ 301 zugenommen. Dabei ist zu beachten, dass im Jahresdurchschnitt 1,75 Mitarbeiter mehr als im Vorjahr beschäftigt wurden, zum 1. März 2012 wurden die tariflichen Bezüge der Mitarbeiter um 3,5 % angehoben und es wurden Rückstellungen für Urlaub und Überstunden gebildet.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

J. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

II. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage (Fortsetzung)

Ertragslage (Fortsetzung)

Die dritte wesentliche Veränderung ergibt sich beim positiven neutralen Ergebnis. Dieses hat sich gegenüber 2011 um T€ 121 vermindert. Darin enthalten sind insbesondere periodenfremde Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen. Diese betrugen in 2012 T€ 159 (Vorjahr: T€ 166). Im Vorjahr waren hier noch T€ 115 aus dem externen Budgetausgleich mit der Johanniter Unfallhilfe enthalten, die in 2012 weggefallen sind, woraus im Wesentlichen die Abnahme gegenüber dem Vorjahr resultiert.

Insgesamt konnte im Wirtschaftsjahr 2012 für den gesamten Eigenbetrieb ein Überschuss in Höhe von € 161,00 erwirtschaftet werden. Der Jahresgewinn hat sich somit gegenüber dem Vorjahr um T€ 6 verschlechtert.

Finanzlage

Wir finanzieren unsere Geschäftstätigkeit aus dem Eigenkapital, ergänzt um Bankdarlehen sowie aus dem Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit und durch die Kostenübernahmen des Landkreises Offenbach bzw. durch Zuschüsse des Landes Hessen.

Die Finanzlage des Eigenbetriebes wird durch die nachfolgende Kapitalflussrechnung dargestellt:

	2012 in T€	**2011 in T€**
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	+62	-93
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-67	-42
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-38	-36
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-43	-171
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	+274	+445
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	+231	+274

Der Finanzmittelfonds setzt sich aus den flüssigen Mitteln zusammen. Diese haben sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 43 vermindert. Das bedeutet, dass die Mittelzuflüsse aus dem positiven Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit nicht ausgereicht haben, die Mittelabflüsse aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit vollständig auszugleichen.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

J. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

II. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage (Fortsetzung)

Finanzlage (Fortsetzung)

Der positive (im Vorjahr negative) Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 155 verbessert. Hauptursächlich dafür ist, dass die Rückstellungen in 2012 um T€ 25 zu und in 2011 um T€ 191 abgenommen haben. Hieraus ergibt sich eine positive Veränderung von T€ 216. Gegenläufig war die um T€ 56 höhere Veränderung des Umlaufvermögens ohne die flüssigen Mittel.

In das Anlagevermögen wurden in 2012 T€ 25 mehr investiert als im Vorjahr, so dass der negative Cashflow aus der Investitionstätigkeit in dieser Höhe zugenommen hat.

Der negative Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit enthält die Tilgungszahlungen für die Bankdarlehen. In 2012 wurden T€ 2 mehr an die Banken gezahlt als in 2011.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat gegenüber dem Vorjahr um T€ 40 abgenommen. Bei einem unveränderten Eigenkapital hat sich die Eigenkapitalquote um 1,0 %-Punkte auf 27,7 % verbessert.

Der Rückgang des Gesamtvermögens ergibt sich hauptsächlich aus der Abnahme des Anlagevermögens (T€ 80), der Forderungen gegen den Träger (T€ 51) und der flüssigen Mittel (T€ 43), denen eine Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (T€ 139) gegenübersteht.

Die Verminderung des Gesamtkapitals resultiert im Wesentlichen aus der tilgungsbedingten Reduzierung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (T€ 38).

Gesamtaussage

Ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der Ertragslage stellt die Erhöhung der Gebühren für die NEF Systeme um € 64,55 auf € 293,55 pro Einsatz ab dem 1. Januar 2012 dar.

Aufgrund unserer Finanzierungsstrategie waren wir jederzeit in der Lage gewesen, unsere finanziellen Verpflichtungen vollumfänglich und zeitnah zu erfüllen.

Durch die verminderte Bilanzsumme hat sich bei einem unveränderten Eigenkapital die Eigenkapitalquote von 26,7 % im Vorjahr auf 27,7 % in 2012 verbessert.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

J. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

III. Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, über die hier zu berichten wäre, eingetreten.

IV. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Das Hessische Rettungsdienstgesetz wurde im Dezember 2010 vom Hessischen Landtag beschlossen und trat am 01.01.2011 in Kraft. Für den wirtschaftlichen Bereich fand die größte Änderung im Bereich der Finanzen statt.

Der § 8 (Kosten) sagt zum laufenden Betrieb aus, dass diese Kosten die Träger des Rettungsdienstes (= Kreis Offenbach) tragen. Allerdings erstattet jetzt das Land Hessen jährlich nur noch die Kosten in Höhe von € 0,20 pro Einwohner (Kreis Offenbach). Der Zuschuss des Landes Hessen beträgt ab dem Jahr 2011 nur noch T€ 67 (davor T€ 108). Eine Erhöhung der Rettungsdienstgebühr (bisher € 22,33) zur Kostendeckung wird künftig notwendig werden. Mehraufwendungen für 2012 wurden durch den vorhandenen Budgetausgleich abgedeckt. Der Kreistag hat eine Erhöhung der Rettungsdienstgebühr für die Leitstelle auf € 36,40 ab 1. Juli 2013 beschlossen.

Nach wie vor ist das Thema Ärztlicher Bereitschaftsdienst noch nicht abgeschlossen. Zur Optimierung der Versorgung der Bevölkerung finden derzeit auf Landesebene intensive Gespräche wegen Kooperationen u.a. mit dem Hessischen Landkreistag und der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen (KV) statt. Derzeitiger Sachstand ist, dass die KV eigenständige Zentralen aufbauen will aber damit leider die notwendige Synergie mit dem Rettungsdienst fehlt.

Nach Beschlüssen der Betriebskommission und des Kreisausschusses verankert im Wirtschaftsplan wurde beim Regierungspräsidium Darmstadt der Antrag auf Anerkennung einer Rettungsdienstschule gestellt. Diese soll unter anderem für die Basisausbildung der im Kreis tätigen Rettungsdienstorganisationen und die Katastrophenschutzorganisationen mit deren Unterstützung eingerichtet werden. Das Land Hessen hat mit Bescheid vom 2. November 2012 die Anerkennung ausgesprochen.

Es wurde nach der Auswertung der Hilfsfristen im Jahr 2012 (Vergleichsring Kennzahlen Hessen) der Wert von 90 % nach 10 Minuten als auch der Wert von 95 % nach 15 Minuten durchschnittlichem Hilfsfristerreichungsgrad im Kreis Offenbach überschritten – somit werden die Vorgaben des Landes Hessen eingehalten.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

J. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

IV. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Der Digitalfunk ist ab dem Jahr 2012 im Kreis Offenbach in der Einführung – hier werden entsprechende Umstellungen der Systeme notwendig werden, die einen erheblichen Aufwand für die Zentrale Leitstelle bedeuten und das bisherige analoge System ablösen. Die Ausschreibung der Technik erfolgt vom Land - mit einer Installation ist Ende 2013 / Anfang 2014 zu rechnen. Ebenfalls erfolgt dann die Umstellung / der Auftrag für die Erneuerung der Leitstellensoftware zu diesem Zeitpunkt - der Auftrag wurde erteilt und das Land Hessen hat die Kostenübernahme per Bescheid zugesagt.

V. Ausblick

Der im Wirtschaftsplan 2013 enthaltene Erfolgsplan sieht für das laufende Jahr erneut ein ausgeglichenes Ergebnis von € 0,00 vor. Dies gilt sowohl für den Eigenbetrieb insgesamt, als auch für die Bereiche Leitstellenbetrieb, NEF-Betrieb und Rettungsdienstschule. Die Erträge und Aufwendungen sollen dabei gegenüber dem Planansatz sowie den Ist-Zahlen für 2012 zunehmen.

Einen Wirtschafts- und Erfolgsplan 2014 gibt es noch nicht. Wir gehen jedoch davon aus, dass wir auch im nächsten Jahr ein ausgeglichenes Ergebnis erzielen werden.

Bezüglich unserer vorstehenden Planungen bzw. Ergebniserwartungen weisen wir daraufhin, dass diese auf Annahmen und Erfahrungswerten beruhen und insofern mit Unsicherheiten behaftet sind. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Planergebnissen sowie den erwarteten Ergebnissen abweichen. Daraus können sich sowohl Chancen als auch Risiken ergeben.

Momentan sind keine Risiken erkennbar, die den Fortbestand des Eigenbetriebes gefährden bzw. dessen künftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage negativ beeinflussen könnten.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

K. Bilanz

	2012	2011	Verände-rung	2010
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen	24.728	20.304	4.424	13.006
Immaterielle Vermögensgegenstände	24.728	20.304	4.424	13.006
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	186.478	209.987	-23.509	233.496
Maschinen und maschinelle Ausstattung	78.854	112.279	-33.425	157.828
Betriebs- und Geschäftsausstattung	76.778	104.066	-27.288	149.658
Sachanlagevermögen	342.110	426.332	-84.222	540.982
Anlagevermögen	366.838	446.636	-79.798	553.988
Vorräte	7.937	13.228	-5.291	13.228
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	524.923	385.653	139.270	395.212
Forderungen gegen den Träger	0	50.913	-50.913	14.247
Sonstige Vermögensgegenstände	1.740	1.740	0	1.740
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	534.599	451.534	83.066	424.427
Kassenbestand + Guthaben bei Kreditinstituten	230.857	273.939	-43.082	444.709
Umlaufvermögen	765.456	725.473	39.983	869.137
	1.132.294	**1.172.109**	**-39.815**	**1.423.125**

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

K. Bilanz (Fortsetzung)

	2012	2011	Verände-rung	2010
	in €	in €	in €	in €
Passiva				
Stammkapital	51.129	51.129	0	51.129
Allgemeine Rücklage	73.000	73.000	0	73.000
Zweckgebundene Rücklage	127.600	127.600	0	127.600
Rücklagen	200.600	200.600	0	200.600
Gewinn-/Verlustvortrag	61.643	55.453	6.190	88.599
Verwendung für Einstellung in Rücklagen	0	0	0	-45.000
	61.643	55.453	6.190	43.599
Jahresgewinn/-fehlbetrag	161	6.190	-6.029	11.855
Gewinn	61.804	61.643	161	55.453
Eigenkapital	313.534	313.373	161	307.182
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	46.573	67.649	-21.076	88.726
Sonstige Rückstellungen	597.316	571.734	25.583	762.678
Rückstellungen	597.316	571.734	25.583	762.678
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	95.328	133.208	-37.880	169.375
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	77.219	83.283	-6.063	91.101
Sonstige Verbindlichkeiten	2.325	2.863	-539	4.061
Verbindlichkeiten	174.872	219.354	-44.482	264.538
	1.132.294	**1.172.109**	**-39.815**	**1.423.125**

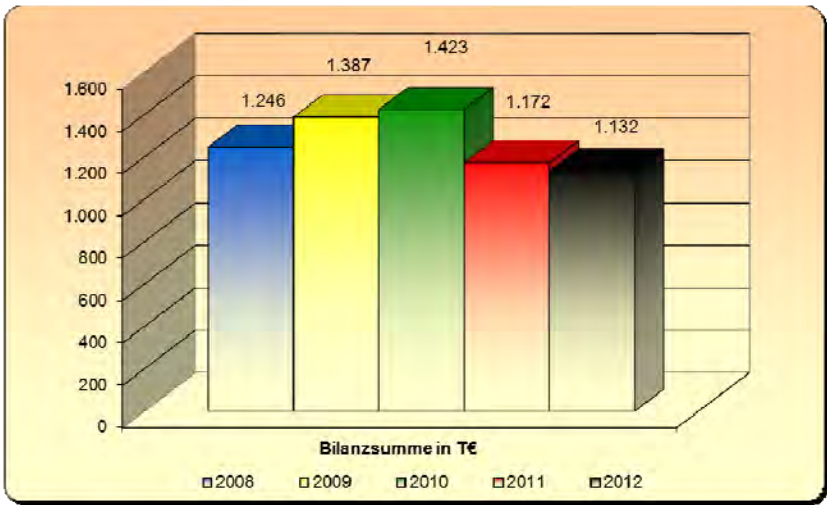
Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

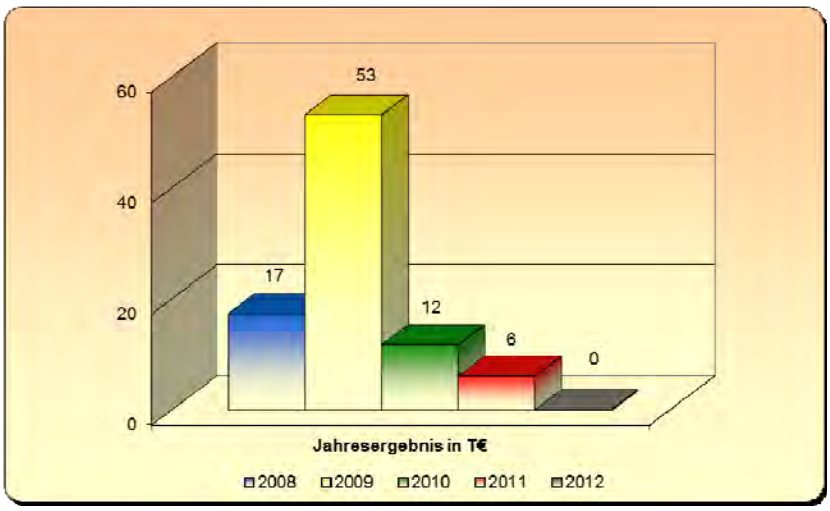
L. Gewinn- und Verlustrechnung

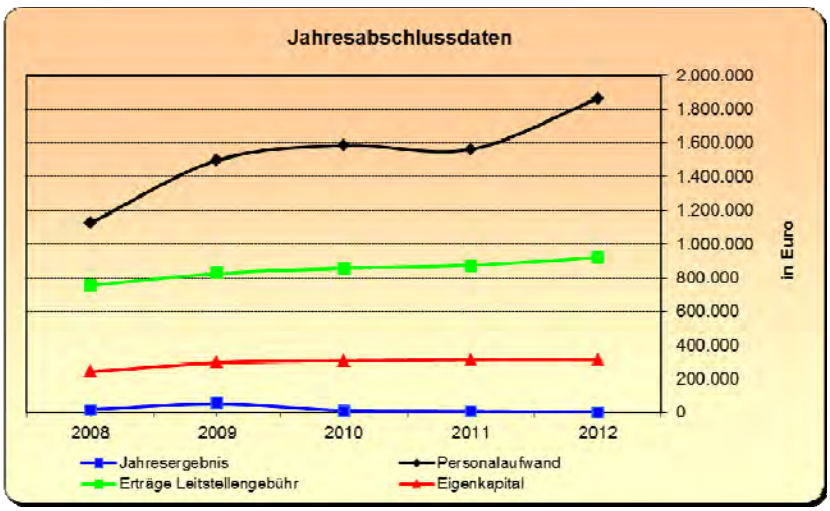
	2012	2011	2010
	in €	in €	in €
Erträge Leitstellengebühren	919.951	873.438	855.954
Erträge Notarzteinsatzgebühren	1.880.040	1.512.035	1.585.819
Eigenanteil Kreis Offenbach	184.140	167.106	204.247
Zuschüsse Personalkostenanteil Land Hessen	67.427	67.427	108.010
Umsatzerlöse	3.051.559	2.620.006	2.754.030
Sonstige betriebliche Erträge	214.102	343.860	81.067
	3.265.661	2.963.866	2.835.097
Materialaufwand			
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	66.785	84.139	60.218
Aufwendungen für bezogene Leistungen	733.073	739.096	602.632
	799.858	823.235	662.850
Personalaufwand			
Gehälter	1.503.942	1.226.697	1.276.199
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters-versorgung und für Unterstützung	359.208	335.242	309.895
	1.863.150	1.561.939	1.586.094
Abschreibungen auf immaterielle Vermögens-gegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	147.190	148.823	154.852
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	21.076	21.077	21.077
	126.114	127.746	133.775
Sonstige betriebliche Aufwendungen	472.017	441.729	434.806
Zinsen und ähnliche Erträge	1.399	4.444	3.390
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.179	6.892	8.527
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**741**	**6.770**	**12.435**
Sonstige Steuern	580	580	580
Jahresgewinn/-fehlbetrag	**161**	**6.190**	**11.855**

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

M. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen







Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

Anschrift	Werner-Hilpert-Straße 1, 63128 Dietzenbach
Telefon	06074/8180-1240, -1241
Telefax	06074/8180-8910
E-Mail	servicecenter@proarbeit-kreis-of.de
Internet	www.proarbeit-kreis-of.de

Die Angaben zur Anstalt öffentlichen Rechts beziehen sich grundsätzlich auf das Jahr 2011 mit Ausnahme der Angaben zu „C. Organe der Anstalt“ sowie „G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises“ (= 2012)

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform Anstalt öffentlichen Rechts

Gründungsdatum 12. Dezember 2007

Satzung Die Satzung trat mit Wirkung vom 01. Januar 2008 in Kraft.

B. Zweck der Anstalt öffentlichen Rechts

Mit der Gründung der Anstalt verfolgt der Kreis vorrangig die Ziele:

- auf kommunaler Ebene die Aufgaben als Optionskommune nach dem SGB II effektiv, wirtschaftlich und zügig umzusetzen;
- die im Feld der Beschäftigungsförderung bestehenden Finanzbeziehungen transparent darzustellen und damit den Mitteleinsatz zielgenau zu steuern und zu optimieren;
- die Personalhoheit im Bereich der Aufgabenerfüllung nach dem SGB II weitgehend in die Anstalt zu verlagern und damit eine effiziente, an den Erfordernissen der Beschäftigungsförderung ausgerichtete Personalpolitik mit der Möglichkeit der schnellen und flexiblen personalwirtschaftlichen Entscheidungsdurchsetzung zu ermöglichen.

Der Kreis überträgt der Anstalt „Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) die ihm im Rahmen des Gesetzes obliegenden Aufgaben und Zuständigkeiten als Optionskommune nach dem SGB II. Dies betrifft auch hoheitliche Aufgaben. Insoweit kann die Anstallt selbständig Verwaltungsakte erlassen. Die Führung der sozialgerichtlichen Verfahren verbleibt beim Kreis.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

B. Zweck der Anstalt öffentlichen Rechts (Fortsetzung)

Insbesondere obliegen der Anstalt folgende Aufgaben:

- Bewilligung von Leistungen nach dem SGB II;
- Beantragung, Durchführung und Abrechnung von Maßnahmen, die der Beschäftigungsförderung, Sozialen Betreuung, Aus- und Weiterbildung sowie der Ein- und Wiedereingliederung in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt dienen. Zu den Maßnahmen zählen auch: Beratungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote für Jugendliche; Angebote der betriebsübergreifenden Erstausbildung; Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte für Langzeitarbeitslose; unterstützende Angebote für die Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit;
- Organisation und Durchführung von europäischen, Bundes- und Landes-Projekten, die dem Zwecke der Anstalt dienen.

C. Organe der Anstalt öffentlichen Rechts

Verwaltungsrat

Zusammensetzung des Verwaltungsrates (Stand: 31.12.2012)	
Vorsitzender	Herr Carsten Müller
Stellv. Vorsitzender	Herr Oliver Quilling
Mitglied	Frau Maria Becht
------„----	Herr Reimund Butz
------„----	Frau Tina Hobusch
------„----	Herr Stefan Jaud
------„----	Frau Hildegard Ripper
------„----	Herr Michael Schüßler
------„----	Herr Dieter Zimmer

Im Wirtschaftsjahr 2011 beliefen sich die Verwaltungsratsvergütungen auf € 2.417,50 (2010: € 1.807,30).

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

C. Organe der Anstalt öffentlichen Rechts (Fortsetzung)

Vorstand

Vorstand (Stand: 31.12.2012)	
Vorstand	N.N.
Stellv. Vorstand	Herr Boris Berner, kommissarische Leitung

Die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstandes nach § 285 Nr. 9a HGB unterbleibt unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB.

D. Träger

Träger	Anteil in %
Kreis Offenbach	100,00

E. Beteiligungen

k e i n e

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Anstalt öffentlichen Rechts bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Trägerschaft des Kreises Offenbach an der Anstalt öffentlichen Rechts handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung.

Die rechtliche Grundlage für die Gründung der Anstalt öffentlichen Rechts ist das Hessische Offensiv-Gesetz in der Fassung vom 14.12.2006 (GVBl. I S. 666) §§ 2b ff.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Teilergebnishaushalt

Produkt Personalverwaltung 11.01.02

Kostenersatzleistungen und -erstattungen

	2013	2012	2011
Verwaltungskostenerstattung SGB II - Overheadkosten Buchungsstelle 11.01.02.54800020	190.000	190.000	190.000

Produkt Drittmittel 50.10.01

Kostenersatzleistungen und -erstattungen

	2013	2012	2011
Erstattung vom Bund Personal- und Sachkosten SGB II Buchungsstelle 50.10.01.54800050	22.666	19.890	19.852
Kostenerstattung Frauenhaus Buchungsstelle 50.10.01.54840040	80.000	160.000	55.884

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

	2013	2012	2011
Sonstiger Sachaufwand SGB II Buchungsstelle 50.10.01.69930110	26.729	23.460	12.499

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

	2013	2012	2011
Zuweisung Pro Arbeit - für Leistungen als kostenerstattungspflichtiger Träger Frauenhaus Buchungsstelle 50.10.01.71710010	120.000	180.000	136.319

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Teilergebnishaushalt (Fortsetzung)

Produkt Drittmittel 50.10.01 (Fortsetzung)

Transferaufwendungen

	2013	2012	2011
Zuweisung Pro Arbeit - für psychosoziale Betreuung Frauenhaus Buchungsstelle 50.10.01.72710000	260.000	257.000	304.122
Zuweisung Pro Arbeit – Arbeitsmarktbudget für psychosoziale Betreuung Frauenhaus Buchungsstelle 50.10.01.72710010	100.000	100.000	0

Produkt Arbeitsmarktintegration nach SGB II (aktive Leistungen) 50.20.01

Kostenersatzleistungen und -erstattungen

	2013	2012	2011
Erstattungen v. Bund Personal- und Sachkosten SGB II Buchungsstelle 50.20.01.54800050	12.057.631	10.342.170	0
Erstattungen von Pro Arbeit Personal- und Sachkosten SGB II - Buchungsstelle 50.20.01.54890160	127.200	127.200	0
Erstattungen von Pro Arbeit Eingliederung Buchungsstelle 50.20.01.54890180	100.000	100.000	0
Erstattungen von Pro Arbeit Projekt Ü 50 Buchungsstelle 50.20.01.54890190	100.000	100.000	0

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Teilergebnishaushalt (Fortsetzung)

Produkt Arbeitsmarktintegration nach SGB II (aktive Leistungen) 50.20.01 (Fortsetzung)

Erträge aus Transferleistungen

	2013	2012	2011
Leist. Bet. Eingl. Arb. Such. n. § 16 Abs.1, Abs.2 Nr. 5+6, Abs. 3+4 SGB II Buchungsstelle 50.20.01.54722010	9.845.330	10.108.210	0
Leist. Bet. Eingl. Arb. Such. n. § 16 a SGB II (Beschäftigungsförderung) Buchungsstelle 50.20.01.54722020	212.380	1.178.450	0
Zuweisung des Bundes Projekt Ü 50 Buchungsstelle 50.20.01.54722030	2.185.000	1.545.000	0
Zuweisung des Bundes Projekt Impuls 50Plus Buchungsstelle 50.20.01.54722031	0	640.000	0
LeistBet. Einstiegsqualifizierung Buchungsstelle 50.20.01.54722050	8.841	8.592	0

Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen

	2013	2012	2011
Zuweisung Ausbildung statt ALG II (AstA) Buchungsstelle 50.20.01.71250040	1.000	15.000	0

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Teilergebnishaushalt (Fortsetzung)

Produkt Arbeitsmarktintegration nach SGB II (aktive Leistungen) 50.20.01 (Fortsetzung)

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

	2013	2012	2011
Rückzahlung an Bund Personal- u. Sachkosten SGB II Buchungsstelle 50.20.01.71200110	150.000	150.000	0
Rückzahlung an Bund Eingliederung Buchungsstelle 50.20.01.71200120	100.000	100.000	0
Rückzahlung an Bund Projekt Ü 50 Buchungsstelle 50.20.01.71200130	100.000	100.000	0
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Verwaltungskosten - Buchungsstelle 50.20.01.71250040	14.054.646	13.365.403	0

Transferaufwendungen

	2013	2012	2011
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Eingliederung - Buchungsstelle 50.20.01.72740010	6.526.845	7.084.986	0
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - § 16e und f - Buchungsstelle 50.20.01.72740020	212.380	1.178.450	0
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Projekt Ü 50 - Buchungsstelle 50.20.01.72740030	2.185.000	1.545.000	0
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Projekt Impuls 50 plus - Buchungsstelle 50.20.01.72740031	0	640.000	0

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Teilergebnishaushalt (Fortsetzung)

Produkt Arbeitsmarktintegration nach SGB II (aktive Leistungen) 50.20.01 (Fortsetzung)

Transferaufwendungen (Fortsetzung)

	2013	2012	2011
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR – Einstiegs-qualifizierung - Buchungsstelle 50.20.01.72740050	8.841	8.592	0
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Arbeitsmarktbudget - Buchungsstelle 50.20.01.72990020	0	222.800	0
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Ausbildung statt ALG II (AstA) - Buchungsstelle 50.20.01.72990040	1.000	15.000	0

Produkt Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II (passive Leistungen) 50.20.02

Erträge aus Transferleistungen

	2013	2012	2011
Leistungsbeteiligung bei ALG II nach §§ 19ff SGB II (ohne Leistungen für Unterkunft und Heizung) Buchungsstelle 50.20.02.54721010	65.000.000	70.000.000	0

Transferaufwendungen

	2013	2012	2011
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR Buchungsstelle 50.20.02.72730010	65.000.000	70.000.000	0

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Teilergebnishaushalt (Fortsetzung)

Produkt Originäre Kreisleistungen nach dem SGB II 50.20.03

Kostenersatzleistungen und -erstattungen

	2013	2012	2011
Rückzahlungen BTP AöR SGB II - Buchungsstellen 50.20.03.54880180 - 5488188	450	450	0
Rückzahlungen BTP AöR Kinderzuschlag SGB II - Buchungsstellen 50.20.03.54880190 - 54880198	450	450	0
Rückzahlung BTP AöR WoGG SGB II - Buchungsstellen 50.20.03.54880200 - 54880208	450	450	0
Rückzahlungen AöR Darlehen SGB II - Buchungsstellen 50.20.03.54890100 – 54890150	1.052.000	799.000	0
Erstattung von Pro Arbeit (kommunaler Finanzierungs-anteil) - Buchungsstelle 50.20.03.54890170	22.800	22.800	0
Erstattung SGB II – Erträge der AöR - Buchungsstelle 50.20.03.54900050	1.000.000	600.000	0

Erträge aus Transferleistungen

	2013	2012	2011
Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende Buchungsstelle 50.20.03.54720010	13.762.875	13.876.800	0
Leistungsbeteiligung bei Leistungen f. KDU für BTP Buchungsstelle 50.20.03.54720011	4.606.350	4.700.320	0
Leistungsbeteiligung bei Leistungen f. Warmwasser Buchungsstelle 50.20.03.54720012	1.067.325	1.700.000	0

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Teilergebnishaushalt (Fortsetzung)

Produkt Originäre Kreisleistungen nach dem SGB II 50.20.03 (Fortsetzung)

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

	2013	2012	2011
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR – Verwaltungskosten - Buchungsstelle 50.20.03.712500040	2.519.229	2.395.685	0
Zuschuss AöR gemäß Verwaltungsvereinbarung Buchungsstelle 50.20.03.712500045	87.360	87.360	0

Transferaufwendungen

	2013	2012	2011
Kosten der Unterkunft - laufende Leistungen § 22 SGB II - Buchungsstelle 50.20.03.72400010	56.000.000	56.000.000	0
Kosten der Unterkunft - einmalige Leistungen § 22 Abs. 6 SGB II - Buchungsstelle 50.20.03.72400020	200.000	300.000	0
Leistungen nach § 22 Abs. 8 SGB II Buchungsstelle 50.20.03.72400030	10.000	10.000	0
Kosten der Unterkunft nach § 22 Abs. 2 SGB II - Buchungsstelle 50.20.03.72400040	10.000	10.000	0
KdU-Zuschuss § 27 Abs. 3 SGB II (inkl. Warmwasser) - Buchungsstelle 50.20.03.72400050	175.000	130.000	0
Einmalige Leistungen § 24 Abs. 3 SGB II - Buchungsstelle 50.20.03.72420010	1.000.000	1.000.000	0
Auszahlungen an AöR zur Gewährung von Darlehen SGB II - Buchungsstellen 50.20.03.72430100 - 72430160	1.720.000	1.840.000	0

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Teilergebnishaushalt (Fortsetzung)

Produkt Originäre Kreisleistungen nach dem SGB II 50.20.03 (Fortsetzung)

Transferaufwendungen (Fortsetzung)

	2013	2012	2011
BTP Zuweisung AöR SGB II - Buchungsstellen 50.20.03.72450030 - 72450038	2.780.000	2.979.220	0
BTP Zuweisung AöR Kinderzuschlag SGB II - Buchungsstellen 50.20.03.72450040 - 72450048	118.500	283.000	0
BTP Zuweisung AöR WoGG SGB II - Buchungsstellen 50.20.03.72450050 - 72450058	209.500	131.800	0

Produkt Wirtschaftliche Jugendhilfen nach dem KJHG 51.10.01

Transferaufwendungen

	2013	2012	2011
Kosten der Betreuung von Tagespflegekindern § 16a SGB II - Buchungsstelle 51.10.01.72500200	20.000	20.000	9.701

Produkt Berufswegebegleitung 51.40.04

Transferaufwendungen

	2013	2012	2011
Zuweisung des Landes - Ausbildungsbudget Buchungsstelle 51.40.04.72100100	720.800	562.205	0

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Teilergebnishaushalt (Fortsetzung)

Produkt Arbeitsmarktintegration SGB II (aktive Leistungen) 52.01.01

Kostenersatzleistungen und -erstattungen

	2013	2012	2011
Erstattungen von Pro Arbeit Personal- und Sachkosten SGB II - Buchungsstelle 52.01.01.54890160	0	0	549.190
Erstattungen von Pro Arbeit Eingliederung Buchungsstelle 52.01.01.54890180	0	0	57.777
Erstattungen von Pro Arbeit Projekt Ü 50 Buchungsstelle 52.01.01.54890190	0	0	93.960

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

	2013	2012	2011
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Verwaltungskosten - Buchungsstelle 52.01.01.71250040	0	0	12.454.840

Transferaufwendungen

	2013	2012	2011
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Eingliederung - Buchungsstelle 52.01.01.72740010	0	0	9.550.000
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - § 16e SGB II - Buchungsstelle 52.01.01.72740020	0	0	460.000
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Projekt Ü 50 - Buchungsstelle 52.01.01.72740030	0	0	2.120.000
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Arbeitsmarktbudget - Buchungsstelle 52.01.01.72990020	0	0	175.200

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Teilergebnishaushalt (Fortsetzung)

Produkt Arbeitsmarktintegration SGB II (aktive Leistungen) 52.01.01 (Fortsetzung)

Transferaufwendungen (Fortsetzung)

	2013	2012	2011
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Ausbildung statt ALG II (AstA) - Buchungsstelle 52.01.01.72990040	0	0	52.833

Produkt Grundsicherung für Arbeitssuchende SGB II (passive Leistungen) 52.01.02

Erträge aus Transferleistungen

	2013	2012	2011
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR – ALG II - Buchungsstelle 52.01.02.72730010	0	0	60.970.000

Kostenersatzleistungen und -erstattungen

	2013	2012	2011
Rückzahlungen aus von AöR gewährter Darlehen - Buchungsstellen 52.01.03.54890100 - 54890150	0	0	719.300
Erstattung von Pro Arbeit (kommunaler Finanzierungs-anteil) – Buchungsstelle 52.01.03.54890170	0	0	79.174
Erstattung SGB II Erträge durch AöR - Buchungsstelle 52.01.03.54900050	0	0	1.216.794

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

	2013	2012	2011
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Verwaltungskosten KFA Kreis - Buchungsstelle 52.01.03.71250040	0	0	2.130.060

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Teilergebnishaushalt (Fortsetzung)

Produkt Originäre Kreisleistungen nach SGB II 52.01.03

Transferaufwendungen

	2013	2012	2011
Kosten der Unterkunft - laufende Leistungen § 22 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03.72400010	0	0	54.378.618
Kosten der Unterkunft - einmalige Leistungen § 22 Abs. 3 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03.72400020	0	0	151.188

	2013	2012	2011
Kosten der Unterkunft - Zuschuss nach § 22 Abs. 7 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03.72400050	0	0	131.188
Einmalige Leistungen - § 23 Abs. 3 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03.72420010	0	0	938.315
Auszahlungen an AöR zur Gewährung von Darlehen SGB II - Buchungsstellen 52.01.03.72430100 -72430150	0	0	1.360.691

Produkt Grundstücks- und Gebäudebewirtschaftung 65.03.01

Kostenersatzleistung und -erstattungen

	2013	2012	2011
Verwaltungskostenerstattung SGB II – Arbeitsplatz-kosten - Buchungsstelle 65.03.01.54850020	1.108.804	1.261.023	1.215.058

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Teilergebnishaushalt (Fortsetzung)

Produkt Grundstücks- und Gebäudebewirtschaftung 65.03.01 (Fortsetzung)

Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen

	2013	2012	2011
Zuweisung Bund für Projekt Ü 50 Buchungsstelle 65.03.01.54200050	50.000	100.000	116.613

Teilfinanzhaushalt-Investitionstätigkeit

Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens

	2013	2012	2011
Rückflüsse aus von AöR gewährter Darlehen - Buchungsstellen 52.01.03/1003.82386910 - 82386980	0	0	75.299

Alle angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2011 und 2012 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung des Kreises.

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

k e i n e

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

	2011	2010	2009
Verbindlichkeiten	426.696	448.496	601.213

Berichtsjahr 2011	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	448.496
Zunahmen	0
Abnahmen	21.800
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31.Dezember)	426.696

k e i n e

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

k e i n e

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011

1. Einleitung

Bei der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) werden die für die Berichterstattung relevanten Daten kontinuierlich erhoben und ausgewertet. Auf Grundlage dieser Daten werden regelmäßig Reports zum Stand der Umsetzung des SGB II erstellt. Der vorliegende Bericht behandelt den Zeitraum des Jahres 2011.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

1. Einleitung (Fortsetzung)

Neben Daten und Informationen zu Bedarfsgemeinschaften und erwerbsfähigen Leistungsbeziehern werden darin die Integrationszahlen dargestellt, die sich auf die Vermittlungen in den ersten und zweiten Arbeitsmarkt beziehen.

2. Entwicklung der Fallzahlen

Am 31. Dezember 2011 betreute die Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) insgesamt 10.356 Bedarfsgemeinschaften (BG). Im Vorjahr waren es 10.570. Ihre Anzahl hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 214 (2%) verringert. Die Anzahl und Zusammensetzung der Personen in den Bedarfsgemeinschaften sind annähernd gleichgeblieben. Rund 47% aller Bedarfsgemeinschaften sind Single-Haushalte. Zugleich leben in ca. 43% aller Bedarfsgemeinschaften Kinder, entweder mit einer Person allein oder zwei Personen gemeinsam, die für ihre Erziehung verantwortlich sind.

Am 31. Dezember 2011 leben insgesamt 15.416 erwerbsfähige Leistungsberechtigte in den Bedarfsgemeinschaften. Davon sind 3.189 Jugendliche und junge Erwachsene in der Altersgruppe 15 bis 24 Jahre; ihr Anteil beträgt ein Fünftel. 3.557 Personen sind über 50 Jahre alt; das sind ein Fünftel aller erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Den größten Anteil mit 8.670 Personen (rund 56%) bildet das mittlere Alterssegment von 25 bis 49 Jahre.

Die Bundesagentur für Arbeit weist für den Kreis Offenbach im Rechtskreis des SGB II im Dezember 2011 insgesamt 6.778 Arbeitslose aus. Von diesen sind 440 (7%) jünger als 25 Jahre und 1.599 Personen (24%) 50 Jahre alt und älter.

Am 31.12.2011 waren 6.778 Personen arbeitslos (SGB II) gemeldet. Demnach hat sich die Anzahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahr 2010 um 598 Menschen (8%) verringert.

3. Integration in den Arbeitsmarkt

5.546 erwerbsfähige Leistungsberechtigte wurden im Jahr 2011 in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vermittelt. Durchschnittlich waren das 462 Vermittlungen monatlich. Im Vergleich zum Vorjahr (5.125) nahmen die Vermittlungen um 421 Personen (8%) zu. 471 erwerbsfähige Leistungsberechtigte begannen eine Ausbildung. Insgesamt wurden 6.017 Personen in den ersten Arbeitsmarkt integriert.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

Von allen Vermittlungen waren 1.405 Personen jünger als 25 Jahre. Davon wurden 405 junge Erwachsene in ein Ausbildungs- und 1.000 in ein Beschäftigungsverhältnis vermittelt. Von allen 5.546 in ein Beschäftigungsverhältnis vermittelten Leistungsberechtigten sind 4.612 Personen älter als 25 Jahre.

Um die Integrationsleistungen der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) mit anderen Trägern sowie untereinander vergleichen zu können, veröffentlicht das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) seit Mai 2011 Kennzahlen gemäß § 48a SGB II im Internet. Diese Kennzahlen und ihre Ergänzungsgrößen dienen zur Feststellung des Umsetzungserfolges der Zielsetzungen „Verringerung der Hilfebedürftigkeit“, „Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit“ und „Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug“.

Die Kennzahlen basieren auf Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) und werden dem BMAS monatlich für die Veröffentlichung zur Verfügung gestellt.

Wichtige Funktion zur Beurteilung der Integrationsleistungen hat die Förderstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA). Die Förderstatistik weist nach, für welche Maßnahmen und in welchem Umfang Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II verwendet wurden. Die zu Grunde liegenden Personen-, Maßnahme- und Förderungsdaten werden innerhalb der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen erhoben. Eine Förderung liegt vor, wenn für eine Person bzw. im Rahmen der Teilnahme an einer Maßnahme der aktiven Arbeitsförderung eine Zahlung geleistet wird. In der Förderstatistik gemäß den Vorgaben der BA werden nur Förderfälle bzw. Teilnahmen gezählt, allerdings keine bestimmten Personen. Somit kann eine einzelne Person, die zeitgleich mehrere Förderleistungen erhielt, in der vorliegenden Statistik mehrfach gezählt worden sein.

In den einzelnen Förderarten sind verschiedene arbeitsmarktpolitische Instrumente zusammengefasst. Ab 2011 wurden die fremdfinanzierten Maßnahmen (Bundes- und Landesprogramme, BAMF sowie Europäischer Sozialfonds (ESF)) in die sonstige Förderung inkludiert.

Im Jahr 2011 wurden insgesamt 21.187 Teilnahmen an aktivierenden und qualifizierenden Maßnahmen gefördert. Im Vergleich zum Vorjahr mit 36.807 Teilnahmen ist damit eine Verringerung von rund 42% eingetreten. Diese Reduzierung ist auf die Kürzung des zur Verfügung stehenden Budgets für Eingliederungsleistungen um 22% zurückzuführen.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

Die Förderstatistik zeigt, dass 60% aller Maßnahmen darauf zielten, die Chancen auf eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu verbessern. Je rund 10% wurden für die Teilnahme an Beschäftigung begleitende bzw. schaffende Förderungen gezahlt. Rund 6% bezogen sich auf Förderung der Berufsausbildung. Die Förderstatistik offenbart unterschiedliche Lösungsansätze: so haben z. B. mit Eingliederungszuschüssen geförderte Arbeitnehmer, d. h. als Beschäftigung begleitende Maßnahme, einen ersten Erfolg zum Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt erreicht.

Für die unter 25-Jährigen wurden 5.469 Teilnahmen an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gefördert. Im Vergleich zum Jahr 2010 mit 6.462 reduzierte sich die Anzahl der geförderten Teilnahmen um rund 15%. 2.349 Förderungen (ca. 43%) hatten das Ziel, die Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt zu verbessern. Der Altersgruppe entsprechend wurde rund ein Fünftel zur Förderung von Berufsausbildungen verwendet.

Während rund 11% sonstigen weiteren Leistungen hinzuzurechnen sind, wurden mit rund 20% Beschäftigung begleitende bzw. schaffende Maßnahmen finanziert. 594 vertraglich vereinbarte Praktika als Vermittlungen in den zweiten Arbeitsmarkt wurden im Laufe des Jahres 2011 erfasst. Im monatlichen Durchschnitt waren dies rund 50 erwerbsfähige Leistungsberechtigte.

3.1 Abteilung Jobcoaching U25 und 25PLUS

Die Abteilung ist für das Jobcoaching der Zielgruppen U25 und 25PLUS zuständig. Dabei handelt es sich zum einen um die unter 25-Jährigen (U25). Für sie sind zwei Sachgebietsleitungen und 25 Mitarbeiter in zwei Sachgebieten tätig. Drei Sachgebiete sind für die über 25-Jährigen (25PLUS) zuständig. Sie umfassen drei Sachgebietsleitungen und 50 Mitarbeiter inklusive zwei Beschäftigten für die Existenzgründungsberatung. Diese ist sowohl für die Betreuung von potenziellen Gründern als auch Selbstständigen verantwortlich tätig.

In allen Sachgebieten sind verschiedene Mitarbeiter als Multiplikatoren für berufsfachliche Themengebiete und interne Verfahren benannt. Dazu gehören u. a. die Bereiche Sozial- und Pflegeberufe, Sicherheit, Metallbe- und -verarbeitung, Zeitarbeit, interkulturelle Kommunikation, Schuldnerberatung sowie Übergangsmanagement. Die Multiplikatoren können allen Mitarbeitern Unterstützung in regelmäßigen Abständen und bei konkreten Fragestellungen anbieten.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.1 Abteilung Jobcoaching U25 und 25PLUS (Fortsetzung)

Für die Zielgruppe der unter 25-Jährigen lag der Schwerpunkt im Übergang in Ausbildung und Arbeit. Im Rahmen der „Nachvermittlungsoffensive 2011“ wurden unversorgte Abgangsschüler im SGB II Bezug zur Gruppenveranstaltung eingeladen, um den Übergang in Beschäftigung oder Alternativen zu planen. Zielgruppe waren vorrangig Schulabgänger, um sie an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt heranzuführen, in eine versicherungspflichtige Beschäftigung zu vermitteln oder durch eine Beschäftigungsmaßnahme zu stabilisieren. 26 junge Erwachsene nahmen daran teil, um eine eigene Perspektive zu entwickeln. Die Vermittlungsquote betrug 47%, ohne die vorzeitigen Abbrüche zu berücksichtigen.

Im Jahr 2011 wurden im Jobcoaching fünf Kompetenzteams mit je einer Sachgebietsleitung und Mitarbeitern gebildet. Dazu gehören die Teams zu den Themen „Migranten“, „Frauen, Alleinerziehende, Kinderbetreuung“, „Schwerbehinderte“, „Geringfügig Beschäftigte“ sowie „Langzeitleistungsbezieher“.

Bei Trägern und Arbeitgebern gab es diverse Informationsveranstaltungen für die Jobcoaches, um mehr erwerbsfähige Leistungsberechtigte in die Maßnahmen einzusteuern. Parallel wurden ausgewählte Träger in das Jobcoaching zum direkten Austausch eingeladen.

3.2 Arbeitgeberservice

Seit zwei Jahren ist der Arbeitgeberservice (AGS) mit der Ausbildungs- bzw. 400 Euro-Job-Vermittlung in der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) betraut. Im Jahr 2011 hat der AGS insgesamt 988 Personen in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt: 936 in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und 52 Personen in Ausbildung. Im Vergleich zum Vorjahr erzielte der AGS 3% mehr Integrationen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

Rund 4.000 Unternehmen wurden 2011 vom AGS kontaktiert und beraten. 456 Unternehmen wurden neu erfasst und 218 persönlich besucht. So hat der AGS insgesamt 2.130 sozialversicherungspflichtige Arbeits- und 268 Ausbildungsangebote akquiriert. Mit erwerbsfähigen Leistungsberechtigten wurden 44% der akquirierten Arbeits- und 19% der Ausbildungsplätze besetzt.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.2 Arbeitgeberservice (Fortsetzung)

Zum fünften Mal fand im Jahr 2011 wieder die Jobmesse Zeitarbeit statt, die das Jobcoaching und der AGS zusammen veranstalteten. In Kooperation mit 16 Personalleasingfirmen konnten insgesamt 325 erwerbsfähige Leistungsberechtigte vermittelt werden.

Ganzjährig hat der AGS die Personalauswahlverfahren für verschiedene Unternehmen organisiert. Hervorzuheben sind die Branchen Lager und Logistik sowie Soziales, Pflege und Gesundheit. In Kooperation mit dem Jobcoaching organisierte der AGS zum Ende des Jahres eine Sozial-, Pflege- und Gesundheitsmesse. Rund 200 erwerbsfähige Leistungsberechtigte erhielten dort die Chance, sich direkt über Stellenangebote der Branche zu informieren bzw. zu bewerben.

Die Beschäftigten des AGS waren aktiv an Arbeitsgruppen zur Weiterentwicklung der Schnittstellen und Prozesse in der Pro Arbeit beteiligt. Die Verfahren zur Zusteuerung der Bewerber wurden u. a. neu organisiert, so dass die neuen Verfahren „bewerberorientierte Vermittlung“ und „stellenorientierte Vermittlung“ seit Oktober 2011 vom AGS umgesetzt werden können.

3.3 Abteilung 50PLUS

Die Abteilung 50PLUS setzte im Rahmen des zielgruppenspezifischen Fallmanagements zwei Sonderprojekte aus dem Bundesprogramm Perspektive 50plus um. Dabei handelte es sich um das Projekt Impuls 50PLUS nach dem Finanzierungsmodell C und ein Vermittlungsprojekt für über 50-Jährige nach dem Finanzierungsmodell B des Bundesprogramms.

Nach sechs Jahren Projektarbeit der Perspektive 50plus hat sich deutlich gezeigt, dass sich die Zielgruppe der über 50-Jährigen in den letzten beiden Jahren stark verändert hat. Rund 60% der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten zeigen gesundheitliche Einschränkungen, die den Integrationsprozess erschweren und sogar z. T. verhindern.

Deshalb wurde im Jahr 2011 ein Gesamtkonzept für den Umgang mit erwerbsfähigen Leistungsberechtigten entwickelt, die gesundheitliche Einschränkungen haben. Ziel war es nicht, diese Einschränkungen festzustellen, sondern der Frage nachzugehen, was die jeweilige Person trotz ihrer gesundheitlichen Einschränkungen leisten kann.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

3. Integration in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

3.3 Abteilung 50PLUS (Fortsetzung)

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit sollte der Bekanntheitsgrad der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) bei den regionalen Arbeitgebern erhöht und für die Vorzüge älterer Arbeitnehmer geworben werden. Diese Ziele sollten u. a. mit einer Anzeigenserie in der Offenbacher Wirtschaft, die von der Industrie- und Handelskammer Offenbach herausgegeben wird, und Mailingaktionen, mit der Arbeitgeber angeschrieben wurden, erreicht werden. Durch den Arbeitgeberservice (AGS) wurde eine telefonische Nachfassaktion durchgeführt, um Erkenntnisse für die weitere Integrationsarbeit der über 50-Jährigen gewinnen zu können.

Von über 600 Betrieben, die angeschrieben worden sind, meldeten 179 Firmen konkreten Personalbedarf an. Insgesamt 90 erwerbsfähige Leistungsberechtigte konnten den Anforderungsprofilen entsprechend vermittelt werden. 30 Personen gehörten zur Zielgruppe 50PLUS, 60 weitere Stellen wurden mit Personen aus den Zielgruppen U25 und 25PLUS besetzt.

Die auf die Zielgruppe 50PLUS bezogene Arbeit und die Ausrichtung der Maßnahmen an ihren Bedürfnissen zeigen, dass auch nach sechs Jahren mit einer sich wesentlich veränderten Zielgruppe die Zielsetzungen erreicht, sogar übererfüllt wurden.

Nach erfolgreicher Vermittlung findet eine Nachbetreuung statt, um die Integration nachhaltig zu sichern. Dafür ist entweder der bisherige Jobcoach, Beschäftigte des AGS oder des Trägers bei Vermittlungsmaßnahmen zuständig. Das Nachbetreuungsangebot ist freiwillig und findet nur mit Zustimmung des erwerbsfähigen Leistungsberechtigten statt.

4. Förderprogramm

Das Förderprogramm bei der Pro Arbeit - Kreis Offenbach – (AöR) hat das Ziel, die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Zum Förderprogramm gehören alle Maßnahmen im Rahmen von Einzel- und Gruppenleistungen. Die Einzelleistungen werden in der Regel über Bildungsgutscheine gewährt, diese werden durch die Abteilungen Jobcoaching U25 und 25PLUS sowie 50PLUS direkt umgesetzt. Neben den Einzelmaßnahmen für individuelle Qualifizierungen sind auch Existenzgründungsseminare möglich.

Das Förderprogramm basiert auf den gesetzlichen Grundlagen des SGB II und SGB III, den Bedarfen der Kunden, vorhandenen Eingliederungsmitteln und Anforderungen des Arbeitsmarktes.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

4. Förderprogramm (Fortsetzung)

4.1 Rechts- und Vergabestelle

Die Rechts- und Vergabestelle hat im Jahr 2011 mehr als 40 Vergabeverfahren bearbeitet. In 30 Fällen fand eine öffentliche Ausschreibung statt. Die Vergabeverfahren wurden von der Rechts- und Vergabestelle begleitet – diese Begleitung beinhaltete u. a. die Zusammenstellung, rechtliche Prüfung, Veröffentlichung und Bekanntmachung der Vergabeunterlagen sowie die Dokumentation der Verfahren und Ausarbeitung der entsprechenden Vergabevermerke. Im Anschluss an die Zuschlagserteilung war die Rechts- und Vergabestelle ferner in die weiteren internen Prozesse eingebunden, um die Maßnahme auch statistisch zutreffend abzubilden und an die Bundesagentur für Arbeit zu übermitteln (§ 51b SGB II).

Die Rechts- und Vergabestelle hat in Zusammenarbeit mit den Abteilungs- und Sachgebietsleitungen die rechtlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen bei der Gewährung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes sowie bei der Gewährung von Leistungen zur Eingliederung in Arbeit geprüft.

Soweit Sachverhalte mit übergreifender Bedeutung festgestellt wurden, erfolgte die Entwicklung und Ausarbeitung entsprechender Verträge, Handlungsanweisungen, Formulare und Muster. Neben der Beantwortung telefonischer und schriftlicher Kurzanfragen hat die Rechts- und Vergabestelle verschiedene Schulungen der Beschäftigten der Pro Arbeit zu aktiven und passiven Leistungen durchgeführt und im Jahr 2011 zudem insgesamt 39 Einzelbescheide über Eingliederungsleistungen erstellt.

Die Rechts- und Vergabestelle hat ferner ein Compliance-Handbuch der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) zusammengestellt. Darin sind die für das Verwaltungshandeln wichtigsten Bestimmungen erfasst. Das Handbuch enthält daher einen Verhaltenskodex, Regelungen und Hinweise zum Arbeitsumfeld der Beschäftigten.

Die Rechts- und Vergabestelle hat an der Unterarbeitsgruppe „Aus- und Fortbildung“ der hessischen Kommunalen Jobcenter teilgenommen. Neben der Umsetzung der Inhalte des Zertifikatslehrgangs „SGB II“ hat diese Unterarbeitsgruppe unter Leitung des Hessischen Landkreistages den dualen bzw. berufsbegleitenden Bachelor-Studiengang „Soziale Sicherung, Inklusion, Verwaltung“ (BASS) der Hochschule Fulda inhaltlich begleitet. Ein entsprechender Beitrag der Rechts- und Vergabestelle zur rechtlichen Umsetzung des Studienganges wurde erstellt und in den gemeinsamen Praxis-Leitfaden für die hessischen Kommunalen Jobcenter aufgenommen.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

4. Förderprogramm (Fortsetzung)

4.2 Arbeitsmarktpolitische Instrumente

Die Abteilung „Arbeitsmarktpolitische Instrumente“ (API) umfasst zwei Bereiche. Zu den Eingliederungsleistungen (EGL) gehören das Maßnahmenmanagement, d. h. Planung und Einkauf, sowie das Maßnahmencontrolling einschließlich der entsprechenden Finanzabwicklung. Der Arbeitgeberservice (AGS) ist für die Stellenakquise und Personalvermittlung zuständig.

Nach Einführung der neuen Fallsteuerung fa:z modell im Herbst 2010 bestand eine der vordringlichsten Aufgaben des Bereiches EGL in der Entwicklung und Beschaffung „passgenauer“ Hilfeprodukte. Das fa:z modell sieht vor, dass im Rahmen der Potenzialanalyse zwischen Jobcoach und erwerbsfähigem Leistungsberechtigten ein Förderziel festgelegt und der zunächst zu stärkende Ressourcenbereich vereinbart wird. Für jeden, der acht Ressourcenbereiche, die im fa:z modell definiert waren, sollten „passgenaue“ Fördermaßnahmen bereitgestellt werden.

Die Entwicklung und Beschaffung von Maßnahmen zur Stärkung der Ressourcenbereiche „Bewerbungs- und Stellensuchverhalten“ sowie „Qualifikation“ gestalteten sich im Gegensatz zu den so genannten „weichen“ Ressourcenbereichen „Sozialverhalten“, „Arbeitsverhalten“ und „Motivation“ deutlich einfacher. Trotz klarer Definitionen der „weichen“ Ressourcenbereiche stellte sich schnell heraus, dass dies in der operativen Umsetzung mit einigen Schwierigkeiten verbunden sein würde. Daher wurde bereits ab Mitte des Jahres 2011 unter Beteiligung des Bereichs EGL mit der Weiterentwicklung des fa:z modells begonnen. Dabei wurden so genannte „Parallelstrategien“ in das Fallsteuerungskonzept integriert, so dass in bestimmten Bereichen die einzelnen Fördermaßnahmen mehr als einem Förderziel zugeordnet werden können.

Um ein quantitativ ausreichendes Angebot an passgenauen Fördermaßnahmen zur Verfügung stellen zu können, bedurfte es der Analyse des Fallbestands im Hinblick auf die Verteilung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nach Förderzielen und ggf. Ressourcenbereichen. Eine zeitnahe Durchführung der Potenzialanalyse war jedoch aufgrund der hohen Anzahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nicht möglich. Dies hatte zur Folge, dass die Umstellung bereits beschaffter Maßnahmen auf die fa:z-modell Systematik nicht zum Beginn des Jahres 2011 durchgeführt werden konnte. Erst im Laufe des Jahres wurde dies schrittweise möglich und wird sich auch im Jahr 2012 als Entwicklungsaufgabe fortsetzen. Im Bereich EGL wurden insgesamt 31 Ausschreibungen zur Beschaffung von Arbeitsmarktdienstleistungen umgesetzt.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

4. Förderprogramm (Fortsetzung)

4.2 Arbeitsmarktpolitische Instrumente (Fortsetzung)

Aus dem fa:z modell leiteten sich auch neue Anforderungen hinsichtlich der Evaluation von Maßnahmen ab. Dazu wurde im Herbst 2011 im Bereich EGL eine Arbeitsgruppe „Evaluation von Maßnahmen“ eingerichtet, die ihre Arbeit zukünftig fortsetzen wird. Aufgrund der Komplexität der Thematik ist nicht mit einfachen und schnellen Antworten zu rechnen.

Die mit Einführung des fa:z modells verbundene, umfassende Reorganisation betraf die gesamte Aufbau- und Ablauforganisation. Auch im Bereich EGL wurden die bisherigen Prozesse und Abläufe im Rahmen einer Geschäftsprozessoptimierung beleuchtet und an die neuen Anforderungen angepasst.

Ab August 2011 wurde die Erarbeitung des Arbeitsmarktprogramms für das Jahr 2012 wieder als Bottom-up- bzw. Top-down-Prozess gestaltet. Im Bottom-up-Prozess wurden hierbei die quantitativen Merkmale wie bspw. die Anzahl der Teilnehmerplätze und qualitativen Eigenschaften wie bspw. der Inhalt oder das Konzept der zielgruppenspezifischen Bedarfe unter Beteiligung der Jobcoaches erarbeitet. Im Top-down-Prozess findet die arbeitsmarktstrategische Ausrichtung statt und in deren Folge die entsprechende Mittelverteilung nach Zielgruppen, Projekten, freien Förderungen (§ 16f SGB II) und öffentlich geförderten Beschäftigungen (§ 16e SGB II). Dieser Planungsprozess wird regelhaft im November eines Jahres abgeschlossen. Die erarbeiteten Eckwerte werden regelmäßig überprüft und angepasst.

Ferner wurde im Laufe des Jahres deutlich, dass neben einer Soll-Ist-Analyse der abteilungsbezogenen Finanzbudgets auch eine fortlaufende Plan-Ist-Analyse notwendig ist, um auf unterjährige Bedarfsveränderungen zeitnah reagieren zu können.

Als weitere, bedeutsame Aufgabenstellung konnten die im Jahr 2011 erstmals zur Verfügung gestellten Landesbudgets, dazu gehören das Ausbildungs- und Arbeitsmarktbudget, in enger Zusammenarbeit mit dem Kreis Offenbach erfolgreich umgesetzt werden.

Besonders hervorzuheben ist, dass die zielführende und adressatenorientierte Zusammenarbeit zwischen dem Kreis Offenbach und der Pro Arbeit im Bereich der unter 25-Jährigen nicht nur handlungsorientiert verbessert werden konnte, sondern mit der Formulierung und Ratifizierung von verbindlichen „Leitlinien“ aller relevanten Akteure des Übergangssystems Schule/Beruf, ist auch auf der strategischen Ebene ein bedeutender Entwicklungsschritt gelungen.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

4. Förderprogramm (Fortsetzung)

4.2 Arbeitsmarktpolitische Instrumente (Fortsetzung)

Die Zusammenarbeit und Austausch mit den hessischen Optionskommunen und Kommunalen Jobcentern wurde über folgende Themen fortgesetzt: Kennzahlen, Statistik, Mittelverwendung, Verfahren zur Evaluation und Management von Maßnahmen, Bildungs- und Teilhabepaket, Ausbildungs- und Arbeitsmarktbudgets, Zielvereinbarungen sowie Instrumentenreform 2012.

In Bezug auf die fachbezogene Schulung und Fortbildung der Beschäftigten im Bereich EGL lagen die Schwerpunkte auf den Themen „Vergaberecht und Wettbewerbsrecht“ sowie „Änderungen im SGB II und SGB III“.

In den vertraglich vereinbarten Qualifizierungsmaßnahmen betrug die Anzahl der tatsächlich besetzten Teilnehmerplätze 2.995 in Gruppenmaßnahmen für erwerbsfähige Leistungsberechtigte ab 25 Jahren sowie 1.159 in besonderen Qualifizierungsmaßnahmen für erwerbsfähige Leistungsberechtigte unter 25 Jahren.

Im Jahr 2011 wurden insgesamt 81 Gruppenmaßnahmen durchgeführt. Für diese Qualifizierungsmaßnahmen wurde ein Finanzvolumen von rund 6.362.525 Euro (Vorjahr 9.092.883 Euro) aufgewendet. Die Anzahl der tatsächlich besetzten Teilnehmerplätze belief sich auf insgesamt 4.154 (Vorjahr 5.658).

5. Grundsicherung

Die Grundsicherung der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) ist in die drei Regionen West, Mitte und Ost gegliedert. Die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten werden von ihren zuständigen Ansprechpartnern kompetent betreut. Im Vordergrund stehen die Sicherung des Lebensunterhaltes und Unterstützung bei der Aufnahme oder Beibehaltung einer Erwerbstätigkeit.

5.1 Servicecenter

Mit 4.509 Neuanträgen war die Anzahl nahezu gleich hoch wie im Vorjahr (2010: 4.662 Neuanträge). Im Jahr 2010 wurde das Servicecenter der Abteilung Grundsicherung zugeordnet, um die Beratung der Bürger und Antragsbearbeitung zu verbessern. Zugleich wurden Beschäftigte mit juristischer Ausbildung eingestellt, um durch eine stärkere Beratung in leistungsrechtlichen Fragen die Beschäftigten in der Grundsicherung deutlich zu entlasten.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

5. Grundsicherung (Fortsetzung)

5.1 Servicecenter (Fortsetzung)

Durch Veränderungen in der Beratung sollten Kundenströme effektiv gesteuert werden. Die bisherige Beratung am Servicetresen wurde durch eine so genannte Kurzberatung in den Büros der Beschäftigten ersetzt, wodurch auch der Datenschutz verbessert wurde. Zudem ist eine Aufrufanlage mit fortlaufender Nummerierung installiert worden.

5.2 Regionen West, Mitte und Ost

4.190 Erstanträge auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II wurden zur weiteren Bearbeitung in die Regionen der Grundsicherung eingereicht.

Besonderes Augenmerk hatte die Umsetzung der umfangreichen Gesetzesänderungen zum April 2011. Neben lediglich redaktionellen Anpassungen erfuhr das SGB II in einigen Bereichen erhebliche Neuerungen, bspw. hinsichtlich der Aufrechnungsmöglichkeiten bei Rückforderungen, der Darlehensrückzahlung, der Rückwirkung der Antragstellung auf den Monatsanfang etc.

Die größte Herausforderung bestand in der Ein- und Durchführung des Bildungs- und Teilhabepakets (BTP) nicht nur für die SGB II-Leistungsberechtigten, sondern auch für die Wohngeld- und Kinderzuschlagberechtigten. Sowohl die Kunden als auch die betroffenen Schulen, Vereine etc. wurden durch zahlreiche Informationsschreiben und mehrsprachige Broschüren aufgeklärt. Parallel fanden für die Städte und Gemeinden Informationsveranstaltungen statt. Die zu treffenden Vereinbarungen mit den Anbietern des Mittagessens gestalteten sich - nicht zuletzt aufgrund der insgesamt 13 Gemeinden und der Vielzahl der Schulen des Kreises Offenbach - als besonders arbeitsintensiv. Letztendlich wurden für alle Beteiligten zufriedenstellende Lösungen gefunden, so dass die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes als Erfolg verzeichnet werden kann.

Im Ergebnis wurden insgesamt 2.296 Anträge auf Bildungs- und Teilhabeleistungen nach dem SGB II bewilligt, die jeweils unterschiedliche Leistungsarten berücksichtigten.

Seit Anfang 2011 wurden auch die Beschäftigten der Grundsicherung am Kundentelefon der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) tätig, um sowohl die Kundenzufriedenheit dergestalt zu erhöhen, dass bereits dort allgemeine Anfragen beantwortet und Beratungen durchgeführt werden und nicht auf einen Rückruf des zuständigen Mitarbeiters verwiesen wird. Für die Beschäftigten konnte hierdurch auch eine Entlastung bezüglich der telefonischen Anfragen erzielt werden.

Fortgeführt wurde auch die monatliche Veranstaltung „Rechtskreiswechsel“ in Kooperation mit den Arbeitsagenturen Frankfurt am Main, Rodgau und Seligenstadt.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

5. Grundsicherung (Fortsetzung)

5.3 Grundsatzangelegenheiten

Zum 1. Januar 2011 bzw. 1. April 2011 trat die bisher umfangreichste Gesetzesnovelle in der jungen Historie des SGB II in Kraft. Wesentliche Inhalte wie z.B. die Neubemessung der Regelbedarfe, Vorschriften zur Einkommensberücksichtigung oder neu gefassten Erstattungs- und Darlehensregelungen wurden teils erheblich modifiziert und modernisiert. Unter höchsten medialem und öffentlichem Interesse wurden erstmals Leistungen für das Bildungs- und Teilhabepaket (BTP) für Jugendliche im Gesetz implementiert. Zur Umsetzung des BTP mussten weitreichende, detaillierte Vereinbarungen und Kooperationen mit Schulen, Vereinen etc. im Kreisgebiet geschlossen werden. Aufgrund des verzögerten Gesetzgebungsverfahrens war der verfügbare Zeitrahmen extrem klein. Zeitgleich mussten die Software zur Umsetzung des SGB II und die internen Richtlinien umfänglich angepasst werden. Alle Beschäftigten wurden intensiv über die neuen Verfahren wie z. B. zur Abwicklung der Mittagsverpflegung im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes geschult. Die Kurzfristigkeit war eine große Herausforderung, die dank des hohen Einsatzes der Leitungskräfte, welche die Richtlinien zur Anwendung entwickelt sowie interne Schulungen durchgeführt haben, sowie der Beschäftigten bestmöglich gemeistert wurde.

Von insgesamt 1.281 eingegangenen Widersprüchen wurden 1.175 in der Grundsicherung bearbeitet. Im Vergleich zum Vorjahr (1.082) hat sich die Anzahl leicht erhöht, wobei die Widersprüche unterschiedlich begründet sind. Bei den beschiedenen Fällen ist die Abhilfequote (32%) konstant geblieben, die Teilabhilfe- und Zurückweisungsquote ist mit 57% leicht zurückgegangen. Die Anzahl der zurückgenommenen Widersprüche ist auf 10% gestiegen.

In Bezug auf die Kosten der Unterkunft (KDU) geht die Anzahl der Widerspruchsverfahren weiterhin zurück. Dieser Rückgang ist auf die Einführung des grundsicherungsrelevanten Mietspiegels und die „Gerichtsfestigkeit“ der Angemessenheitswerte zurückzuführen.

Auch die Bearbeitungszeit der Widerspruchsverfahren konnte durch eine weitere Stellenbesetzung gegen Ende 2010 verkürzt werden, so dass sowohl die internen Zielsetzungen als auch Anforderungen an die bundesweiten statistischen Vorgaben erfüllt werden konnten. Zusätzliche Aufgaben wie die Überarbeitung der hausinternen Richtlinien und Bescheidvorlagen anlässlich der umfangreichen Gesetzesänderungen wurden ebenfalls erledigt.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

5. Grundsicherung (Fortsetzung)

5.3 Grundsatzangelegenheiten (Fortsetzung)

Ferner konnte durch die Einführung neuer Programmtools zum 1. Juni 2011 mit der bundesweiten Datenübermittlung nach § 51b SGB II für den Bereich „Widerspruch und Klagen“ begonnen werden. Optimierungsvorschläge aus den praktischen Erfahrungen der Anwendung hervorgingen, sind an den Softwareentwickler zur Umsetzung rückgekoppelt worden.

Im Bereich „Unterhalt und Drittansprüche“ wurden auch im Jahr 2011 die kraft Gesetzes übergegangenen Ansprüche der Leistungsempfänger gegen Dritte bearbeitet, die nicht Sozialleistungsträger sind. Die Hauptaufgabe besteht darin, die außergerichtlich und gerichtlich übergegangenen Fälle zu bearbeiten. Im Jahr 2011 verteilten sich die neu gemeldeten Fälle ebenso wie der Bestand an noch aktiven Fällen aus dem Vorjahr auf verschiedene Gebiete.

Gemeinsam mit den Beschäftigten der Unterhaltsvorschusskasse und Beistandschaft des Kreises Offenbach wurde ein ganztägiger Workshop unter Hinzunahme eines externen Dozenten durchgeführt. Dieser Workshop wurde als großer Gewinn wahrgenommen.

Vom Sozialversicherungsteam wurde die Datenqualität im Bereich der Grundsicherung stetig verbessert und ihre Konsolidierung vorangetrieben. Des Weiteren schulte das Sozialversicherungsteam in regelmäßigen Abständen die neu eingestellten Mitarbeiter der Grundsicherung im Bereich der Sozialversicherung bei SGB II-Bezug.

5.4 Frauenhaus

Für Frauen und ihre Kinder, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, bietet der Verein „Frauen helfen Frauen“ Kreis Offenbach e.V. als einziger Träger im Kreis Schutz und Beratung an. Zum Angebot gehören ein Frauenhaus sowie eine Frauenberatungsstelle.

Im Jahr 2011 nahmen 55 Frauen teilweise mit ihren Kindern das Angebot des Frauenhauses in Anspruch. Die Summe aller Belegtage betrug 5.401, wobei sich die durchschnittliche Verweildauer pro Frau auf rund 51 Tage belief. Zwölf Frauen hielten sich länger als drei Monate im Frauenhaus auf.

Alle Frauen mit ihren Kindern, die im Frauenhaus untergebracht waren, erhielten Leistungen nach dem SGB II. Die Tagessätze betrugen rund 75,-- Euro pro Person, unabhängig davon, ob es sich um eine erwachsene Frau oder ein Kind handelt. Die Gesamtsumme aller Ausgaben für das Jahr 2011 betrug 403.562,72 Euro.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

5. Grundsicherung (Fortsetzung)

5.5 Beschwerdemanagement

Das Beschwerdemanagement hat im Jahr 496 Beschwerden bearbeitet. Die Mitarbeiterinnen der Beschwerdestelle haben sich als dauerhafte Ansprechpartnerinnen für die Anliegen und Beschwerden der Kunden verstanden und für eine angemessene Bearbeitung Sorge getragen.

Im Bereich der Grundsicherung wurden 425 Beschwerden bearbeitet. Das Beschwerdemanagement wurde häufig tätig, um eine sachgerechte und zeitnahe Leistungsgewährung zu initiieren. Im Bereich Jobcoaching (Leistungen zur Eingliederung in Arbeit) wurden 71 Beschwerden bearbeitet. Hier wurde das Beschwerdemanagement zumeist tätig, um die Beschäftigten bei der Ausübung des Ermessens bei der Gewährung von Eingliederungsleistungen und Anwendung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente zu „sensibilisieren“ sowie abschließend die individuelle Ermessensentscheidung des Jobcoachings gegenüber dem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten verständlich zu vermitteln.

5.6 Ermittlungsdienst und Bußgeldstelle SGB II

Wesentliche Aufgaben des Ermittlungsdienstes mit derzeit zwei Mitarbeitern bestehen darin, Verdachtsfälle auf Leistungsmissbrauch zu erkennen, den Bedarf bei beantragter Wohnungserstausstattung festzustellen sowie Ordnungswidrigkeiten im Sinne der Bußgeldvorschriften nach § 63 SGB II zu verfolgen und zu ahnden. Das gesamte Bußgeldverfahren - von der Einleitung des Ermittlungsverfahrens über die Aufklärung des Sachverhaltes bis zum Erlass einer Verwarnungs- oder Bußgeldentscheidung - obliegt dem Ermittlungsdienst.

Beim Ermittlungsdienst gingen insgesamt 941 Fälle als „Neueingänge“ ein (2010: 910 Fälle), davon 446 gemeldete Verdachtsfälle auf Leistungsmissbrauch sowie 495 Anträge auf Bedarfsüberprüfung der Wohnungserstausstattung. Das waren durchschnittlich 3,7 Neueingänge täglich.

162 Verdachtsfälle auf Leistungsmissbrauch wurden abgeschlossen. Der Verdacht auf Leistungsmissbrauch hat sich in insgesamt 69 Fällen bestätigt. In diesen Fällen wurden Leistungen in Höhe von 123.472,49 Euro zu Unrecht bezogen.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

5. Grundsicherung (Fortsetzung)

5.6 Ermittlungsdienst und Bußgeldstelle SGB II (Fortsetzung)

Insgesamt wurden 474 Fälle von beantragter Wohnungserstausstattung überprüft und abgeschlossen. Die Überprüfungen in 226 Fällen erzielten eine Ersparnis in Höhe von 89.992,-- Euro.

81 Anzeigen zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten wurden erfasst und 34 Ordnungswidrigkeitsverfahren bearbeitet. Daraus resultierten 25 Bußgeldbescheide, vier Verwarnungen mit Verwarnungsgeld sowie fünf Einstellungen. Letztlich wurden Bußgelder und Verwarnungen in einer Gesamthöhe von 7.739,02 Euro ausgesprochen. Zehn Strafanzeigen wegen des Verdachts auf Sozialleistungsbetrug wurden erstellt und an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet.

Das Projekt „Begleitung bei Bedarfsüberprüfungen“ bietet den Beschäftigten der Pro Arbeit seit 2007 die Möglichkeit, einmal jährlich den Ermittlungsdienst bei Bedarfsüberprüfungen ganztags zu begleiten. Zum einen wird der Ermittlungsdienst personell entlastet. Zum anderen bietet der Arbeitsplatzwechsel auch einen Blick über den Abteilungsrand hinaus und fördert die Kooperation an innerorganisationalen Schnittstellen. Die Beschäftigten erhalten Einblick in die Lebenssituation der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Aufgrund des positiven Feedbacks wird die Begleitung bei Bedarfsüberprüfungen auch zukünftig fortgesetzt.

6. Bereich Personal

Mit der Reorganisation und dem Methodenwechsel in der Arbeit mit den Kunden (kurz fa:z modell genannt) im Jahr 2010 ging in der Abteilung Jobcoaching ein enormer Schulungsaufwand einher, der bis weit in das Jahr 2011 andauerte. Das Erlernen der neuen Arbeitsmethode und der Umgang mit der Potenzialanalyse gestalteten sich vielschichtig, daher wurde das in der Planung angedachte Einführungsjahr auch benötigt. Den Schulungsmaßnahmen schloss sich zum Jahresende eine Geschäftsprozess-optimierung (GPO) im Jobcoaching an. Aufgabe der GPO war es, die Schnittstellen neu zu definieren und Abläufe besser zu strukturieren. Unterstützt wurde die GPO durch eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Beschäftigten in Zusammenarbeit mit einer Beratungsfirma. Der Abschluss der GPO wird im ersten Quartal des Jahres 2012 erwartet.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

6. Bereich Personal (Fortsetzung)

Die Personalleitung begann Ende November 2010 mit der Vorbereitung zur Ausbildereignungsprüfung. Nach 18 Schulungstagen legte sie am 7. Juni 2011 die Prüfung vor dem Prüfungsausschuss des Hessischen Verwaltungsschulverbandes in Frankfurt mit einem sehr guten Ergebnis ab. Die Ausbildereignung der Personalleitung berechtigt die Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) zur Ausbildung im Ausbildungsberuf der „Verwaltungsfachangestellten".

Am 1. August 2011 nahm die erste Auszubildende für den Beruf der Verwaltungsfachangestellten ihre Ausbildung auf. Diese ist auf drei Jahre angelegt und wird schwerpunktmäßig in der Grundsicherung stattfinden. Mit selbst ausgebildetem Personal soll zukünftig der Fluktuation in der Grundsicherung entgegen gesteuert werden. Weiteres Ziel ist es, im Jahr 2012 bei der Pro Arbeit neben der Ausbildung von Verwaltungsfachangestellten, in Kooperation mit der Berufsakademie Rhein-Main in Rödermark, für eine Bewerberin bzw. einen Bewerber auch einen dualen Studiengang mit dem Abschluss „Bachelor of Business Administration" anzubieten. Das Auswahlverfahren für den Studiengang wird im Frühjahr 2012 stattfinden.

Mit dem Personalrat wurde eine Dienstvereinbarung zur Zahlung der tarifvertraglich vorgegebenen Leistungskomponente geschlossen. Im zweiten Halbjahr wurde in einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitgliedern des Personalrates sowie je einer Sachgebietsleitung der Grundsicherung und des Jobcoachings zusammen mit der Personalleitung, eine Dienstvereinbarung zur Regelung der Gleitenden Arbeitszeit verhandelt. Der Abschluss der Dienstvereinbarung wird im ersten Quartal 2012 erfolgen. Gleichzeitig wurden Schichtarbeitszeiten für die Beschäftigten des Servicecenters mit dem Ziel erörtert, den Kundenservice zu optimieren.

In allen Organisationseinheiten wurden erstmals Mitarbeiter-Jahresgespräche geführt. Der aus den Gesprächen zwischen den Führungskräften und deren nachgeordneten Beschäftigten resultierende Schulungsbedarf wurde in die Fortbildungsplanung für 2012 aufgenommen. Zur Evaluation der Mitarbeiter-Jahresgespräche wird in einer Arbeitsgruppe ein Online-Fragebogen entwickelt, um dieses Personalentwicklungsinstrument bewerten und evtl. verbessern zu können. Die Arbeitsgruppe nahm im Dezember 2011 ihre Arbeit auf.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

6. Bereich Personal (Fortsetzung)

Das Personal aus den Projekten Start.Zeit und M-AUT war zurückzuführen, da auf Weisung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) das Projekt Start.Zeit, das aus Mitteln der Eingliederungsleistungen finanziert wurde, zum Jahresende 2011 aus Gründen der rechtlichen Kollision der Kommunalträger-Abrechnungsverwaltungsvorschrift (KoA-VV) beendet werden musste. Da das Projekt M-AUT nicht die geforderten Kennzahlen und Integrationserfolge erbrachte, wurde auch dieses gleichzeitig beendet. Aufgabe des Bereiches Personal war es, die in beiden Projekten beschäftigten Jobcoaches wieder in die Abteilungen Jobcoaching und 50PLUS zu integrieren.

Über das Personalmanagementsystem DATEV wurden im Jahr 2011 weitere Kennzahlen im Personalcontrolling ermittelt. Ab Jahresbeginn werden die Abteilungsleitungen quartalsweise über die Fehlzeitenquote bezüglich der Arbeitsunfähigkeit ihrer Beschäftigten informiert.

Von der Personalabteilung wurden ca. 50 Einzel- sowie rund 26 Gruppenschulungen eingekauft, organisiert und abgerechnet. Die Beschäftigten erhielten im Berichtsjahr insgesamt 2.513 Schulungstage, das sind durchschnittlich rund acht Schulungstage pro Beschäftigtem.

Anknüpfend an das Vorjahr, in dessen Fokus die Einführung des fa:z modells stand, wurde die Weiterentwicklung des besagten Konzeptes mit Hilfe geeigneter Gruppenqualifizierungen primär für die Abteilung Jobcoaching und 50PLUS unterstützt. Die Schulungsreihe war modular aufgebaut und wurde zur Förderung der Teamfindung in den jeweiligen Sachgebieten durchgeführt.

Im Rahmen des Projektes 50PLUS wurde in Kooperation mit einer Fachärztin ein Konzept zur Verbesserung der Eingliederung von Kunden mit gesundheitlichen Einschränkungen entwickelt. Neben den Beschäftigten der Abteilung 50PLUS wurden auch die des Jobcoachings geschult.

Ca. ein Drittel der Beschäftigten wurde hinsichtlich der Einführung von MS Office 2010 bzgl. der einhergehenden Neuerungen zur bisher verwendeten Vorgängerversion geschult.

Im Rahmen der Dienstvereinbarung zu Mitarbeiterjahresgesprächen wurde eine Schiedsstelle begründet. Im Konfliktfall zwischen Führungskraft und Beschäftigtem kann diese vermitteln. Von jedem Schiedsstellenmitglied ist ein hohes Maß an Neutralität und Menschlichkeit, Kommunikationsgeschick bzw. Konfliktmanagement gefordert. Das nötige Rüstzeug erhielten sie durch eine Fortbildung. Eine Aufbau- bzw. Vertiefungsschulung wird für das Folgejahr angesetzt.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

6. Bereich Personal (Fortsetzung)

Aufgrund der Reorganisation im Vorjahr übernahmen einige Beschäftigte der Abteilungen Jobcoaching und 50PLUS eine neue Position als Führungskraft. Die speziellen Anforderungen an die Beschäftigten in Führungspositionen, wie z.B. Führungs- und Kommunikationskompetenz wurde den Betreffenden in einer modularen Fortbildungsqualifizierung vermittelt.

7. Bereich Finanzen

Die Finanzbuchhaltung der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) hat allgemein die Aufgabe, das gesamte Geschäftsgeschehen im Zusammenhang mit Leistungen nach dem SGB II zahlenmäßig zu erfassen, zu überwachen und auszuwerten. Im Jahr 2011 nahmen durchschnittlich 7,59 beschäftigte Mitarbeiter rund 180 verschiedenartige Aufgabenthemen wahr.

Im Wirtschaftsjahr 2011 wurde der erste Nachtragswirtschaftsplan 2011 sowie der Wirtschaftsplan 2012 erstellt und vom Verwaltungsrat beschlossen.

Am 31. Dezember 2011 bestanden im Bereich der Debitorenbuchhaltung (Forderungsmanagement) 10.686 Kundenkonten (Vorjahr: 10.800).

8. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Zentrale Aufgabe der Pro Arbeit – Kreis Offenbach - (AöR) ist es, durch Maßnahmen der Aktivierung und Qualifizierung eine möglichst hohe Anzahl von Integrationen in den ersten Arbeitsmarkt zu erzielen. Im Jahr 2011 wurden 5.546 erwerbsfähige Leistungsberechtigte in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und 471 in Ausbildung vermittelt. Im Vergleich zum Vorjahr betrug das Plus 421 Integrationen (8%). Weitere 594 Personen begannen ein Praktikum.

Trotz der schwachen konjunkturellen Lage, die zu erwarten ist, gilt es, die Beschäftigungsfähigkeit und Integrationszahlen in den Zielgruppen der unter 25-Jährigen, über 25-Jährigen und über 50-Jährigen weiterhin zu verbessern. Mit zunehmend verhalten ausfallender Arbeitsnachfrage der Unternehmen haben Eingliederungsleistungen, die bedarfsgerecht und passgenau sind, einen besonders hohen Stellenwert. Zum Erreichen dieser Zielvorgaben ist es erforderlich, dass sich die Eingliederungsleistungen stärker auf die arbeitsmarktnahen Kunden konzentrieren.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

8. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Für den bedarfsgerechten Umgang mit erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die gesundheitliche Einschränkungen haben, wurde ein Gesamtkonzept entwickelt. Eine besondere Rolle für die Zielgruppe der über 50-Jährigen hat das Konzept der Beratenden Ärzte. Denn ein wichtiges Ergebnis der mehrjährigen Projektlaufzeit 50PLUS ist: Rund 60% der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten zeigen deutliche gesundheitliche Einschränkungen, die den Integrationsprozess erschweren und sogar z. T. verhindern.

Im Kontext der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) sind sowohl organisatorische als auch inhaltliche Konsolidierungsmaßnahmen notwendig. Seit Einführung des fa:z modells im Jahr 2010 befinden sich die Strukturen der Gesamtorganisation, innerorganisatorische Abläufe, prozessbezogene Schnittstellen und Aufgaben im Umbruch. Um der u. a. mit Einführung des neuen Fallsteuerungssystems deutlich gestiegenen Komplexität auch zukünftig gerecht werden zu können, bedarf es der fortwährenden Entwicklung der Arbeitsstrukturen und -abläufe. Im Jobcoaching wird daher bspw. eine Geschäftsprozessoptimierung (GPO) durchgeführt.

Wesentliche Voraussetzungen für erfolgreiche Aktivierungs- und Integrationsleistungen im Jobcoaching sind die enge Einbindung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in den Prozess und ihre engmaschige Terminierung. Innerorganisatorische Verbesserungschancen sollen mit der Fortführung zielgruppenorientierter Kompetenzteams, selbstorganisierter Gruppenveranstaltungen, modularer Qualifizierungsbausteine sowie hierarchie- bzw. bereichsübergreifender Rückkopplungen erreicht werden.

Aufgrund der organisationalen, strukturellen und methodischen Veränderungen erforderte das Datenverarbeitungs-Fachverfahren comp.ASS vielfältige Anpassungen, insbesondere die Realisierung und Optimierung der fachlichen Vorgaben. Das Datenverarbeitungs-Fachverfahren comp.ASS wird weiterhin optimiert, insbesondere da die Potenzialanalyse als standardisiertes Profiling-Instrument weiterentwickelt und implementiert wurde. Das Controlling sowie die Einführung eines Dash-Boards für das Jobcoaching sollen differenzierte Auswertungen zur Strukturierung des Fallbestandes ermöglichen.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2011 (Fortsetzung)

8. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Seit Einführung des Kennzahlensystems nach § 48a SGB II im Jahr 2011 können die Leistungen aller Grundsicherungsträger des SGB II untereinander verglichen werden. Dadurch erhält die korrekte Erfassung der ergebnisrelevanten Daten und Zahlen einen noch höheren Stellenwert. Denn anhand der Kennziffern, die auf Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit rekurrieren, wird der Umsetzungserfolg der Zielvorgaben bewertet.

Aufgabe der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) ist es, alle erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in Ausbildung oder sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu vermitteln. Neben den Prinzipien „Fördern und Fordern“ ist die Unterstützung zur Selbsthilfe ein weiteres grundlegendes Instrument, um die Leistungsbereitschaft und Selbstverantwortlichkeit zu fordern bzw. zu fördern. Durch passgenaue Maßnahmen sollen grundlegende Voraussetzungen für eine selbstständige Lebensführung geschaffen werden, damit die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nachhaltig vor Langzeitarbeitslosigkeit und Leistungsbezug bewahrt werden können.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

L. Bilanz

	2011	2010	Verände-rung	2009
Aktiva	**in €**	**in €**	**in €**	**in €**
- EDV-Software	23.267	42.732	-19.465	21.733
Immaterielle Vermögensgegenstände	23.267	42.732	-19.465	21.733
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	301.842	183.647	118.195	122.522
Sachanlagen	301.842	183.647	118.195	122.522
Anlagevermögen	325.109	226.379	98.730	144.255
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.856.778	3.909.126	947.651	3.080.290
- Forderungen gegen den Träger Kreis Offenbach	1.439.401	816.777	622.624	653.861
- Sonstige Vermögensgegenstände	288.917	284.962	3.956	47.012
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.585.096	5.010.865	1.574.231	3.781.163
- Guthaben bei Kreditinstituten	611.898	1.563.234	-951.335	1.473.736
Umlaufvermögen	7.196.995	6.574.099	622.896	5.254.899
Rechnungsabgrenzungsposten	32.615	33.385	-770	36.485
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	108.565	108.565	0	0
	7.663.284	**6.942.427**	**720.856**	**5.435.639**
Passiva				
- Verlustvortrag	-108.565	-108.565	0	0
- Jahresüberschuss /-fehlbetrag	0	0	0	0
- Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	108.565	108.565	0	0
Eigenkapital	0	0	0	0
- Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.680.832	1.882.687	-201.855	1.106.088
- Sonstige Rückstellungen	5.555.755	4.611.244	944.511	3.728.339
Rückstellungen	7.236.587	6.493.931	742.656	4.834.427
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	78.412	69.300	9.111	83.153
- Sonstige Verbindlichkeiten	348.285	379.196	-30.911	518.059
Verbindlichkeiten	426.696	448.496	-21.800	601.213
	7.663.284	**6.942.427**	**720.856**	**5.435.639**

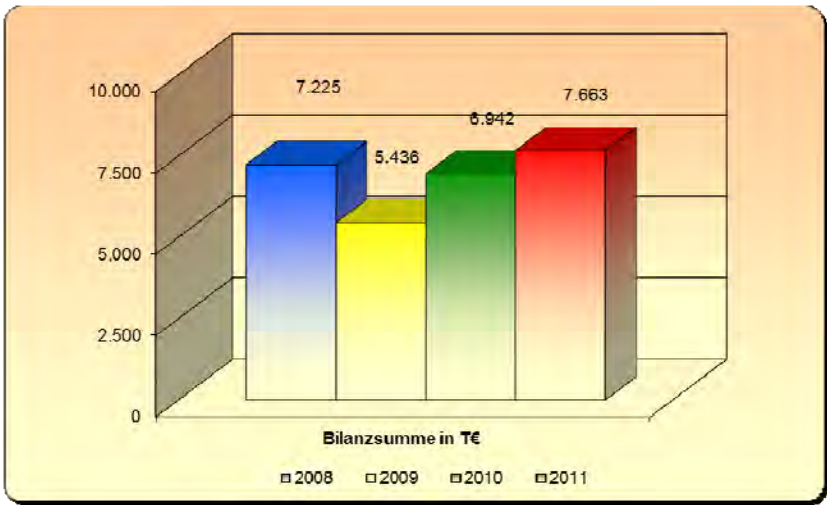
Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

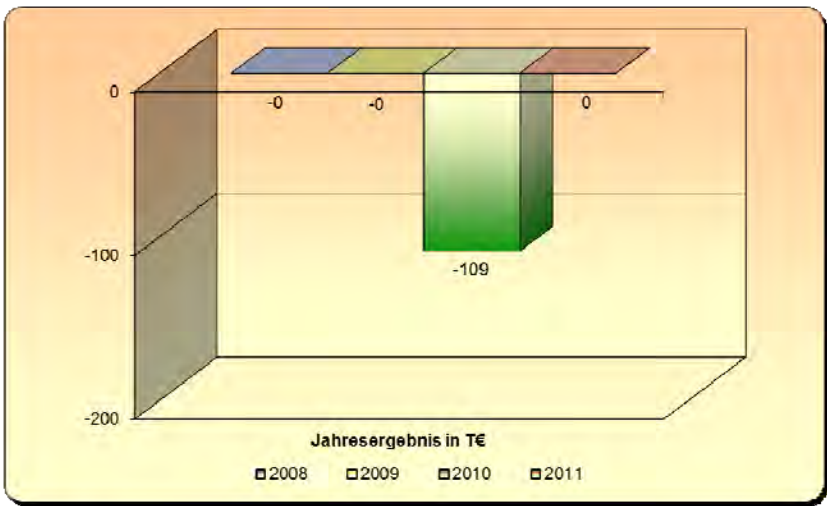
M. Gewinn und Verlustrechnung

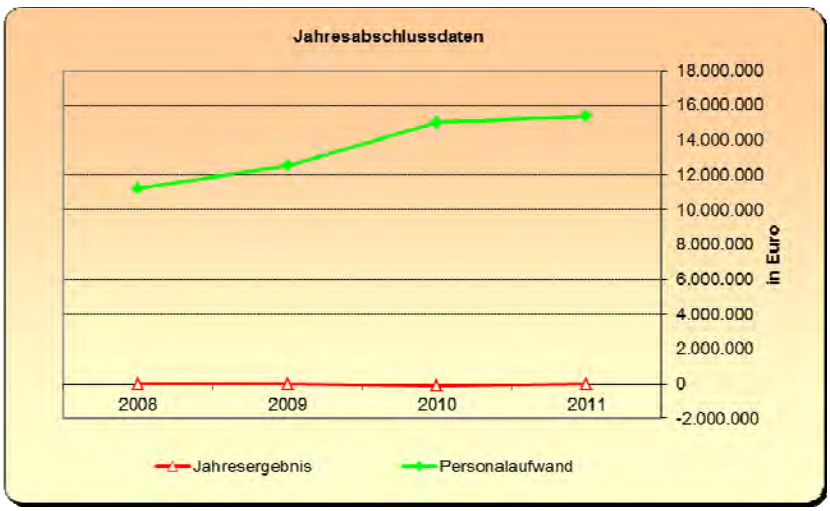
	2011	2010	2009
	in €	in €	in €
Kostenerstattungen für die Aufgabenerfüllung nach SGB II	147.229.737	156.541.071	150.765.795
Sonstige betriebliche Erträge	1.996.129	1.219.858	771.623
Materialaufwand			
a) Aufwendungen für die Gewährung passiver Leistungen nach SGB II	121.142.259	126.242.487	122.892.011
b) Aufwendungen zur Eingliederung in Arbeit nach § 16 SGB II	9.196.033	12.556.411	13.211.339
	130.338.292	138.798.898	136.103.350
Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	12.027.756	11.504.609	9.646.126
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, davon für Altersversorgung: € 1.005.429,33	3.344.083	3.520.474	2.894.726
	15.371.839	15.025.083	12.540.852
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	136.211	192.010	56.219
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.299.001	3.446.583	2.844.779
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	21.302	158.946	7.781
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	101.485	83.380	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**340**	**373.921**	**0**
Außerordentliche Aufwendungen	0	482.112	0
Außerordentliches Ergebnis	0	-482.112	0
Sonstige Steuern	340	374	0
Jahresfehlbetrag	**0**	**-108.565**	**0**

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen







Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

Anschrift	Rathausplatz 1, 61343 Bad Homburg v.d. Höhe Geschäftsstelle: Poststrasse 16, 60329 Frankfurt
Telefon	069/2577-1700
Telefax	069/2577-1750
E-Mail	geschaeftsfuehrung@krfrm.de
Internet	www.krfrm.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2012

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	gGmbH
Gründungsdatum	21. Dezember 2005
Stammkapital	29.650,-- €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag vom 21.12.2005 mit Änderung vom 11.04.2012.
Handelsregistereintrag	HRB 10260 beim Amtsgericht Bad Homburg v. d. Höhe

B. Zweck der Gesellschaft

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Gegenstand und Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Kultur durch die Schaffung und Durchführung regional, überregional und international bedeutsamer Kulturprojekte und Veranstaltungen. Diese haben den Zweck, das kulturelle Profil der Gesellschafter und der Region Frankfurt Rhein-Main zu schärfen und herauszuheben.

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

Der Gesellschaftszweck wird insbesondere verwirklicht durch

- die Fortführung und Durchführung bisher beispielhaft veranstalteter und begonnener Projekte wie die Route der Industriekultur, Garten Rhein-Main, Freiheit des Geistes – Geist der Freiheit und weiterer, bisher noch nicht begonnener Kulturprojekte und Veranstaltungen,
- die Pflege der interkommunalen Zusammenarbeit in Form von Vernetzung, Austausch, Bündelung und Präsentation kultureller Projekte innerhalb der Kulturregion Frankfurt Rhein-Main mit dem Ziel, das Interesse an den vielfältigen Kulturangeboten der Rhein-Main Region zu fördern,
- die Unterstützung regional und überregional bedeutsamer kultureller Projekte gemeinnütziger Träger und Veranstalter, wobei die Grenze hierfür bei maximal 50% der Eigenmittel der Gesellschaft liegt,
- eine übergreifende Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützung der lokalen kulturbezogenen Öffentlichkeitsarbeit,
- die überregionale und internationale Präsentation der Kulturregion.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2012 (Stand: 31.12.2012)		
Vorsitzender	Herr Prof. Dr. Felix Semmelroth	
Zweiter Vorsitzender	Herr Thomas Will	
Mitglieder	Herr Bardo Bayer	
-----„-----	Herr Michael Cyriax	bis 17.01.2012
-----„-----	Herr Jo Dreiseitel	bis 12.10.2012
-----„-----	Herr Burkard Fleckenstein	

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2012 (Stand: 31.12.2012) (Fortsetzung)		
Mitglieder	Frau Beate Fleige	
-----„-----	Herr Dennis Grieser	ab 13.10.2012
-----„-----	Frau Marianne Grosse	
-----„-----	Herr Claus Kaminsky	
-----„-----	Herr Wolfgang Kollmeier	ab 18.01.2012
-----„-----	Herr Ulrich Krebs	
-----„----	Herr Michael Keller	
-----„-----	Frau Antje Köster	
-----„----	Herr Joachim Kolbe	
-----„-----	Herr Jochen Partsch	
-----„----	Frau Cornelia-Katrin von Plottnitz	
-----„----	Herr Oliver Quilling	
-----„----	Herr Horst Schneider	
-----„----	Frau Susanne Simmler	
-----„----	Herr Dr. Thomas Stöhr	
-----„----	Herr Ludger Stüve	ab 01.03.2012

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Geschäftsführung

Geschäftsführerin	Frau Sabine von Bebenburg

Unter Berufung auf § 286 Abs. 4 HGB wurden die Angaben über die Gesamtbezüge unterlassen.

D. Gesellschafter

Gesellschafter (Stand:31.12.2012)	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	9,44 %	2.800,00
Hochtaunuskreis	5,40 %	1.600,00
Landkreis Groß-Gerau	5,73 %	1.700,00
Main-Kinzig-Kreis	9,78 %	2.900,00
Main-Taunus-Kreis	5,73 %	1.700,00
Wetteraukreis (bis 31.12.2012)	6,41 %	1.900,00
Stadt Alzenau	0,68 %	200,00
Stadt Aschaffenburg	2,02 %	600,00
Stadt Babenhausen	0,51 %	150,00
Stadt Bad Homburg vor der Höhe	1,69 %	500,00
Stadt Bad Nauheim	1,01 %	300,00
Stadt Bad Vilbel	1,01 %	300,00
Stadt Bischofsheim	0,51 %	150,00
Stadt Bingen	0,84 %	250,00
Stadt Darmstadt	4,38 %	1.300,00

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

D. Gesellschafter (Fortsetzung)

Gesellschafter (Stand:31.12.2012)	Anteil in %	Anteil in €
Stadt Dieburg	0,51 %	150,00
Stadt Dreieich	1,35 %	400,00
Stadt Eschborn	0,68 %	200,00
Stadt Frankfurt am Main	20,24 %	6.000,00
Stadt Friedberg (Hessen)	0,84 %	250,00
Stadt Friedrichsdorf Taunus	0,84 %	250,00
Stadt Ginsheim Gustavsburg	0,51 %	150,00
Stadt Hanau	2,70 %	800,00
Stadt Hattersheim	0,68 %	200,00
Stadt Kelsterbach	0,51 %	150,00
Stadt Langen	1,01 %	300,00
Stadt Mainz (bis 31.12.2012)	5,73 %	1.700,00
Stadt Miltenberg	0,34 %	100,00
Stadt Offenbach am Main	3,71 %	1.100,00
Stadt Rüsselsheim	1,86 %	550,00
Stadt Seligenstadt	0,68 %	200,00
Gemeinde Niederdorfelden	0,34 %	100,00
Regionalverband FrankfurtRheinMain	3,37 %	1.000,00

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen
keine

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung des Kreises Offenbach an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Die gesetzliche Verpflichtung der Städte, Gemeinden und Landkreise zur Bildung von Zusammenschlüssen im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main ergibt sich aus dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG). Gesetzliche Aufgabe ist unter anderem die Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung von kulturellen Einrichtungen von überörtlicher Bedeutung, § 1 Abs. 1 Nr. 5 BallrG.

Aufgrund dieses Sachverhaltes ist eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entbehrlich.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Privatrechtliche Leistungsentgelte

Produkt Förderung des Ehrenamtes, Sport und Kultur 10.60.01.69100010

Buchungsstelle 10.60.01.69100010, anteilig bezogen auf die Gesellschaft

	2013	2012	2011
Mitgliedsbeitrag Kulturregion Frankfurt Rhein-Main gGmbH	24.100	24.100	24.100

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2011 und 2012 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

k e i n e

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2012	2011	2010
Verbindlichkeiten	19.597	16.029	56.123

Berichtsjahr 2012	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	16.029
Zunahmen	3.568
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31.Dezember)	19.597

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

k e i n e

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012

Grundlagen des Unternehmens

I. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Geschäftsverlauf war geprägt durch die Intensivierung und Expansion der Projektarbeit. Dabei gab es eine signifikante Steigerung auf Seiten der beteiligten Veranstalter/Akteure als auch bei der Nachfrage nach den Programmen und Publikationen der KulturRegion. Hierdurch stieg der Bekanntheitsgrad der KulturRegion mit ihren Projekten und Orten, aber auch die Kosten für Redaktion, Gestaltung, Druck und Vertrieb von Publikationen.

- Bei der hochwertigen Museumsbroschüre, einem im Januar erscheinenden Jahresprogramm mit einer Auflage von 70.000, machten 59 Museen mit (2011: 47).
- Zum vierten Mal fand das etablierte Internationale Kindertheaterfestival "Starke Stücke" vom 6. - 16. März 2012 unter dem Dach der KulturRegion statt: 18 nationale und internationale Theaterproduktionen aus 6 Ländern wurden in 75 Vorstellungen an 15 Spielorten gezeigt, ergänzt durch 60 theaterpädagogische Workshops in Schulen, Kindergärten und Theatern, durch Lehrerfortbildungen und einen deutsch-französischen Austausch.
- Das Jahresprogramm GartenRheinMain erschien im März 2012 wieder in einer Auflage von 45.000, Jahresthema war 2012 "Romantik in Grün", das ergänzt wurde durch eine gesponserte Vortragsreihe im Institut für Stadtgeschichte. Die Buchdokumentation der Vortragsreihe von 2011 "Pinien, Palmen, Pomeranzen - Fremde Welt in heimischen Gärten" erschien im Oktober 2012 im Societätsverlag in der Reihe "Hier ist es schön".
- Das Projekt "Wegekultur" widmete sich in Kooperation mit dem Kulturfonds der "Via Brentano" mit hochkarätigen Veranstaltungen von Bingen bis Alzenau.
- Das umfassende Programm zum Projekt "Burgen, Schlösser und Paläste" samt Wanderausstellung hatte als Leitmotiv ,,Auf der Mauer auf der Lauer - Wehrhafte Orte in Friede und Fehde" und umfasste knapp 100 Veranstaltungen an 34 Orten.
- Auch 2012 wurde die Festspielbroschüre wieder von der KulturRegion herausgegeben, in einer Auflage von 20.000 Stück.

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Grundlagen des Unternehmens (Fortsetzung)

I. Wirtschaftsbericht (Fortsetzung)

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen (Fortsetzung)

- Beim Projekt "Geist der Freiheit" standen die Büchner-Jubiläumsjahre im Mittelpunkt, die Veranstaltungsreihe "Büchner und seine Weggefährten" wurde konzipiert und von September bis Oktober durchgeführt. Mit Schülern fanden Veranstaltungen zum Blog "myBuechner.de" statt.
- Bei der renommierten Route der Industriekultur lieferten die zehnten Tage der Industriekultur "Unterwegs" im August einen neuen Besucherrekord von 24.000 (Vorjahr: 15.000) Teilnehmern an sechs Tagen (Programmauflage: 50.000). Im Sommer wurde mit Unterstützung des Vereins Frankfurt RheinMain und dem Gewinn-Sparverein der Sparda-Bank Hessen ein Reiseführer herausgegeben (Buchtitel: ,,35 Industriekult(o)uren"). Im Herbst wurden die Tage der Industriekultur Rhein-Main als Best Practice bei der Jahrestagung der Europäischen Routen Industriekultur (ERIH) präsentiert.

Alle Projekte führten mit ihren Partnern wieder öffentlichkeitswirksame und attraktive Veranstaltungen durch. Ergänzend zu den Veranstaltungsprogrammen GartenRheinMain und Route der Industriekultur produzierte die Frankfurter Allgemeine Zeitung jeweils Sonderbeilagen.

Im Geschäftsjahr wurden verstärkt Außen- und Repräsentationstermine bei aktuellen und potenziellen Gesellschaftern, z.B. am Bayerischen Untermain, sowie bei anderen kulturellen und regionalen Institutionen wahrgenommen.

Die Stadt Mainz und der Wetteraukreis kündigten ihre Mitgliedschaft zum 31.12.2012. Im Dezember wurde die Neuaufnahme von Eltville (Rheingau-Taunus-Kreis), Wölfersheim (Wetteraukreis) und Großostheim (Landkreis Aschaffenburg) als Gesellschafter zum 01.01.2013 ebenso beschlossen wie der Beitritt der Bad Nauheim Stadtmarketing und Tourismus GmbH als assoziiertes Mitglied.

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Grundlagen des Unternehmens (Fortsetzung)

I. Wirtschaftsbericht (Fortsetzung)

2. Geschäftsverlauf

Die Erträge aus Mitgliedsbeiträgen und Zuschüssen sind um TEUR 37,0 von TEUR 495,7 im Vorjahr auf TEUR 532,7 gestiegen. Die Veränderung resultiert ganz überwiegend aus einem Zuschuss des Kulturfonds Frankfurt RheinMain zu dem Projekt Wegekultur in Höhe von TEUR 45,0. Der Anstieg der Umsatzerlöse um TEUR 5,8 von TEUR 71,3 auf TEUR 77,1 begründet sich in erhöhten Kostenweiterbelastungen für projektbezogene Arbeiten. Der Personalaufwand ist um TEUR 13,4 gestiegen, wird aber in Höhe von TEUR 7,0 kompensiert durch niedrigere bezogene Leistungen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 11,6 TEUR gestiegen, wobei dem Anstieg der veranstaltungsabhängigen Kosten um TEUR 20,0 sowie der Kosten für Druck und Gestaltung um TEUR 7,6 gesunkene Kosten aus nicht abziehbarer Vorsteuer in Höhe von TEUR 13,2 gegenüberstehen. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich insgesamt eine Ergebnisverbesserung von TEUR 38,5.

3. Lage

a. Ertragslage

Die Ertragslage stellt sich unverändert negativ dar, da trotz einer Ergebnisverbesserung um TEUR 38,5 ein Jahresfehlbetrag von TEUR 16,4 ausgewiesen wurde.

Dieser resultierte im Wesentlichen aus den Gewinnen des ideellen Bereiches von TEUR 396,0 (Vorjahr: TEUR 390,4) sowie des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes von TEUR 27,5 (Vorjahr: TEUR 27,1), denen ein Verlust im Bereich Zweckbetrieb von TEUR 441,5 (Vorjahr: TEUR 475,9) gegenüber stand. Ursachen für die Ergebnisverbesserung des Zweckbetriebes um TEUR 34,4 waren insbesondere höhere Erlöse aus dem Verkauf von Publikationen und veranstaltungsgebundene Zuschüsse.

b. Finanzlage

Die Finanzlage hat sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig verändert. Es ergab sich ein negativer Cash Flow (Jahresfehlbetrag zuzüglich Abschreibungen) in Höhe von TEUR 7,0 bei einem um TEUR 6,6 auf TEUR 190,0 gestiegenen Finanzmittelbestand. Gelder werden kurzfristig zu bestmöglichen Marktkonditionen bei den örtlichen Sparkassen angelegt.

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

Grundlagen des Unternehmens (Fortsetzung)

I. Wirtschaftsbericht (Fortsetzung)

3. Lage (Fortsetzung)

c. Vermögenslage

Die Vermögenslage zum Bilanzstichtag war gekennzeichnet durch einen gemessen an der Bilanzsumme von TEUR 199,0 sehr hohen Finanzmittelbestand von TEUR 190,0, der sich überwiegend in einem Eigenkapitalbestand von TEUR 155,2 widerspiegelt. Das Stammkapital blieb im Geschäftsjahr unverändert.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Das Zinsergebnis beläuft sich im Geschäftsjahr auf TEUR. 1,6 (Vorjahr 2,0).

Die Eigenkapitalrentabilität sowie die Umsatzrentabilität sind wie im Vorjahr negativ. Da die Gesellschaft selbstlos tätig ist und nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke verfolgt, ist sie dauerhaft auf die Erwirtschaftung ausgeglichener Ergebnisse ausgerichtet.

Die Liquidität ersten Grades beläuft sich bei liquiden Mitteln von TEUR 190,0 (Vorjahr: TEUR 183,4) und kurzfristigen Verbindlichkeiten von TEUR 12,4 (Vorjahr: TEUR 16,0) auf 15,3 (Vorjahr: 11,5).

Die Liquidität zweiten Grades beläuft sich bei kurzfristigen Forderungen von TEUR 3,0 (Vorjahr: TEUR 4,5) auf 15,6 (VOljahr 11,7).

II. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

K. Auszug aus dem Lagebericht 2012 (Fortsetzung)

III. Chancen- und Risikobericht sowie Prognosebericht

1. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die bestehenden sechs Projekte und zwei zusätzliche Publikationen dienen unmittelbar dem Gesellschaftszweck. Sie weiter zu etablieren bzw. auszubauen kann in Kooperation mit finanzkräftigen Partnern wie dem Kulturfonds gelingen. Zukünftige Themenfelder liegen insbesondere im Bereich Musik, bildende Kunst oder Architektur bzw. Stadt-/Regionalentwicklung. Konkrete Projektarbeit z.B. bei der Erweiterung der Route der Industriekultur bietet den Anlass, potenzielle neue Gesellschafter für einen Beitritt in die KulturRegion anzusprechen.

Ein ebenso wichtiges Themenfeld ist die Bestandspflege und der Austausch mit bestehenden Gesellschaftern, um auch in Zukunft breit und bundesländerübergreifend aufgestellt zu sein. Die Konsolidierung der Gesellschaft, Bestandspflege der Mitglieder und Gewinnen neuer Gesellschafter sowie von Drittmitteln bleiben eine permanente Herausforderung in Zeiten knapper öffentlicher Mittel.

Insbesondere die Kooperation mit der gemeinnützigen Kulturfonds FrankfurtRheinMain GmbH und das geplante Haus der Region im Regionalverband bieten Perspektiven für eine Sicherung der anerkannten Arbeit der KulturRegion. Hier tun sich große Potenziale auf, wenn Kulturfonds und KulturRegion ihre spezifischen Kräfte bündeln.

2. Risikobericht

Trotz der Gemeinnützigkeit der Gesellschaft in Verbindung mit fehlender Gewinnerzielungsabsicht und vollständiger Abkopplung vom Marktgeschehen bleibt die Abhängigkeit von Zuschüssen und Mitgliedsbeiträgen der Gesellschafter.

3. Prognosebericht

Bei Erstellung von vorsichtig bemessenen Wirtschaftsplänen und der Einhaltung der projektbezogenen Budgets sollte, unter Einbezug und Kontrolle der jeweiligen Projektverantwortlichen, künftig ein annähernd ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden können. Die Vielzahl der Gesellschafter und die daraus resultierende breite Streuung der Mitgliedsbeiträge bieten hierfür, zusammen mit den Zuschüssen des Landes Hessen und des Regionalverbandes FrankfurtRhein-Main, eine verlässliche Berechnungsgrundlage.

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

L. Bilanz

	2012	2011	Verän-	2010
			derung	
Aktiva	**in €**	**in €**	**in €**	**in €**
Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände				
- Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen	1.451	1.846	-395	9.264
Sachanlagen				
- andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.557	11.554	-8.997	21.510
	4.008	13.400	-9.392	30.774
Umlaufvermögen				
Vorräte				
- Fertige Erzeugnisse, Waren	0	0	0	4.858
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.970	4.459	-1.489	643
- Sonstige Vermögensgegenstände	2.237	44	2.193	523
	5.208	4.503	704	6.024
Flüssige Mittel				
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	190.048	183.434	6.614	258.569
	195.255	187.937	7.318	264.593
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	199.263	201.337	-2.074	295.367

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2012	2011	Verän-	2010
			derung	
Passiva	**in €**	**in €**	**in €**	**in €**
Eigenkapital				
- Gezeichnetes Kapital	29.650	29.650	0	29.350
- Kapitalrücklagen	141.958	154.979	-13.020	154.979
- Ergebnisrücklagen	0	41.915	-41.915	150.038
- Verlustvortrag	0	0	0	0
- Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-16.442	-54.936	38.494	-108.122
	155.167	171.608	-16.442	226.244
Rückstellungen				
- Sonstige Rückstellungen	24.500	13.700	10.800	13.000
	24.500	13.700	10.800	13.000
Verbindlichkeiten				
- Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	5.000	0	5.000	0
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8.187	10.574	-2.387	49.747
- Sonstige Verbindlichkeiten	6.409	5.455	954	6.376
	19.597	16.029	3.568	56.123
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	199.263	201.337	-2.074	295.367

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

M. Gewinn- und Verlustrechnung

Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Kapitalgesellschaft wurde in den Vorjahren die Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung um die Besonderheiten der §§ 51 bis 68 der Abgabenordnung ergänzt. Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde in folgende Bereiche untergliedert von denen jeder nach dem Gesamtkostenverfahren gem. § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt wurde:

1. Ideeller Bereich, 2. Ertragsneutrale Posten, 3. Vermögensverwaltung, 4. Sonstige Zweckbetriebe, 5. Sonstige Geschäftsbereiche (siehe auf den beiden folgenden Seiten)

Die Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde für das Geschäftsjahr 2012 auf eine Gewinn- und Verlustrechnung reduziert, die dem Gliederungsschema des § 275 Abs. 2 HGB (Gesamtkostenverfahren) entspricht. Die Darstellung des Vorjahres wurde entsprechend angepasst (siehe unten stehende Darstellung).

	2012	**2011**
	in €	**in €**
Umsatzerlöse	**533.680**	**537.551**
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	-4.858
Sonstige betriebliche Erträge	78.363	31.500
Gesamtleistung	**612.043**	**564.193**
Materialaufwand		
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	68.842	75.920
Rohergebnis	**543.201**	**488.273**
Löhne und Gehälter	135.489	128.738
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	35.282	28.666
Personalaufwand	**170.770**	**157.405**
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	9.392	18.364
Sonstige betriebliche Aufwendungen	381.044	369.463
Betriebsergebnis	**-18.005**	**-56.959**
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.564	2.024
Finanzergebnis	**1.564**	**2.024**
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-16.442**	**-54.936**
Jahresfehlbetrag	**-16.442**	**-54.936**

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

M. Gewinn- und Verlustrechnung (Fortsetzung)

	2011	2010	2009
	in €	in €	in €
Ideeller Bereich			
Nicht steuerbare Einnahmen			
- Mitgliedsbeiträge	316.477	314.241	313.657
- Zuschüsse	147.743	169.319	291.927
- Sonstige nicht steuerbare Einnahmen	0	2.900	0
	464.220	**486.460**	**605.583**
Nicht anzusetzende Ausgaben			
- Abschreibungen	15.697	16.723	16.791
- Personalkosten	39.291	40.339	2.683
- Übrige Ausgaben	18.806	35.218	41.149
	73.794	**92.280**	**60.623**
Gewinn/Verlust Ideeller Bereich	**390.426**	**394.180**	**544.960**
Ertragsteuerneutrale Posten			
Ideeller Bereich (ertragssteuerneutral)			
1. Steuerneutrale Einnahmen			
Spenden	2.000	0	2.150
2. Nicht abziehbare Ausgaben			
Gezahlte/hingegebene Spenden	-600	0	-600
Gewinn/Verlust ertragsteuerneutrale Posten	**1.400**	**0**	**1.550**
Vermögensverwaltung			
Einnahmen			
Ertragsteuerfreie Einnahmen			
Zins- und Kurserträge	2.024	2.555	2.287
Ausgaben	0	0	0
Gewinn/Verlust Vermögensverwaltung	**2.024**	**2.555**	**2.287**

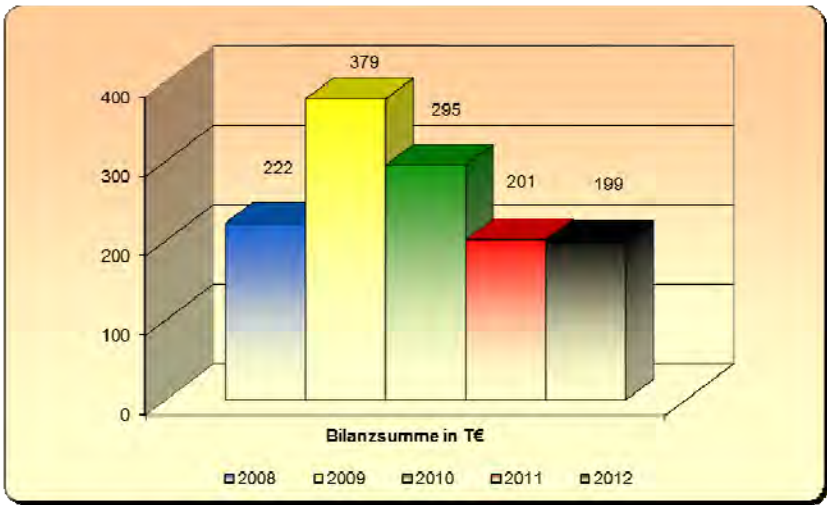
Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

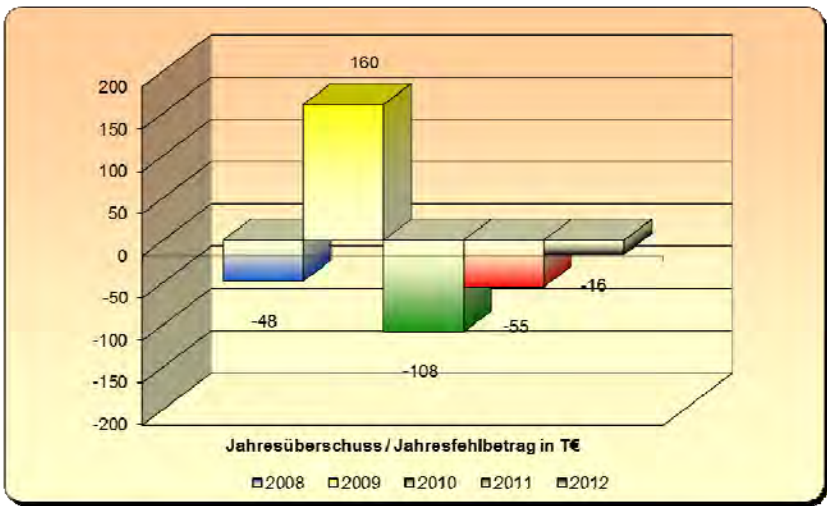
M. Gewinn- und Verlustrechnung (Fortsetzung)

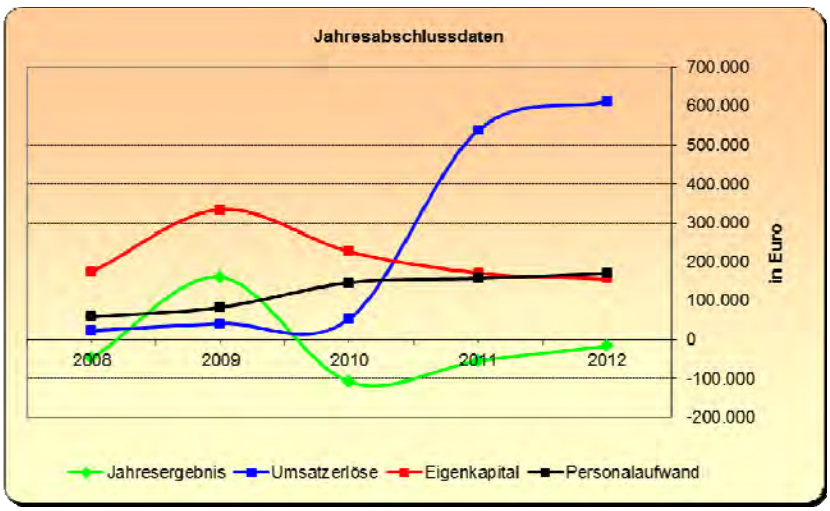
	2011	2010	2009
	in €	in €	in €
Sonstiger Zweckbetrieb			
Umsatzerlöse	44.239	35.374	24.535
Bestandsveränderung	-4.858	-9.754	-2.086
Sonstige betriebliche Erträge	31.500	12.000	0
	70.882	**37.620**	**22.449**
Materialaufwand			
Aufwendungen für bezogene Leistungen	75.582	88.869	90.544
Personalaufwand			
Löhne und Gehälter	96.457	87.490	66.322
Soziale Abgaben	21.657	18.580	14.100
Abschreibungen	2.667	445	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	350.395	365.123	256.536
	546.759	**560.508**	**427.502**
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-475.877**	**-522.888**	**-405.053**
Gewinn/Verlust Sonstiger Zweckbetrieb	**-475.877**	**-522.888**	**-405.053**
Sonstiger Geschäftsbetrieb			
Umsatzerlöse	27.091	18.029	16.643
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**27.091**	**18.029**	**16.643**
Gewinn/Verlust Sonstiger Geschäftsbetrieb	**27.091**	**18.029**	**16.643**
Jahresfehlbetrag/-überschuss	**-54.936**	**-108.122**	**160.387**

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

N. Grafische Darstellung wichtiger Geschäftszahlen







Mitgliedschaften

Mitgliedschaften 2012

Stand: 31.12.2012

Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen (agah)	
Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter	
Arbeitskreis Tourismus der Regionalkonferenz	
Archäologische Gesellschaft Hessen	
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Frankfurt	
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht, Heidelberg	
Deutsches Jugendherbergswerk	
Deutsches Volksheimstättenwerk	
Europa-Union Deutschland Kreisverband Offenbach - Stadt und Kreis e.V.	
Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V.	
Förderverein des MRE-Netzwerkes Rhein-Main (Multiresistente Erreger)	
Förderverein Fritz-Bauer-Institut	
FrankfurtRheinMain - Verein zur Förderung der Standortentwicklung e.V.	1)
Freundschaftsverein Hessen-Wisconsin e.V.	
Gesicht zeigen - Aktion weltoffenes Deutschland e.V.	
Hess. Verwaltungsschulverband Frankfurt, Frankfurt	
Hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung (HAGE)	
Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände	
Hessischer Landkreistag	
Hessischer Museumsverband (für Dreieich-M. + Landschaftsm. Seligenstadt)	
Hessischer Volkshochschulverband	
Kommunale Arbeitsgemeinschaft "Flughafenausbau Frankfurt/Main"	
Kommunale Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Fremdenverkehrs in Stadt und Kreis Offenbach	
Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGST), Köln	
Kreisarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben	
Kultursommer Südhessen e.V.	
Landesarbeitsgemeinschaft Hessischer Frauenbüros	
Landesfilmdienst e.V., Frankfurt	
Landesverkehrswacht Hessen e.V.	
Migrationsrecht.net	
Rat der Gemeinden und Regionen Europas	
Unfallkasse Hessen	
Verein "PPP in Hessen e.V."	2)
Verein Behindertenhilfe für Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach	
West-+ Süddt. Verband für Altertumsforschung Reiss-Engehorn Museum	
Wirtschaftsförderung Region Frankfurt/Rhein-Main e.V.	

1) = gekündigt zum 31.12.2013

2) = gekündigt zum 31.12.2013